

Bulletin  
des  
Deutschen Historischen Instituts Moskau

Nr. 1

Russland und Deutschland.  
Die gemeinsame Geschichte und ihre Erforschung.  
Beiträge zur Eröffnung des Deutschen Historischen Instituts in Moskau,  
12. September 2005

Reihe des Deutschen Historischen Instituts Moskau

Bulletin des Deutschen Historischen Instituts Moskau

Herausgeber: Bernd Bonwetsch  
Redaktion: Corinna Kuhr-Korolev

Deutsches Historisches Institut Moskau  
Russische Föderation, 117418 Moskau, Nachimovskij Prospekt 51/21  
Tel.: +7 499 744 45 62, Fax: +7 495 120 52 13  
E-Mail: [dhi@dhi-moskau.org](mailto:dhi@dhi-moskau.org)  
Webside: [www.dhi-moskau.org](http://www.dhi-moskau.org)

Postadresse aus Deutschland:  
Stiftung DGIA Moskau, DHI Moskau  
c/o APK Worldwide Courir GmbH  
Desenissstrasse 54, 22083 Hamburg

© Deutsches Historisches Institut Moskau 2006  
Alle Rechte vorbehalten

Der Bulletin des DHI Moskau erscheint unregelmäßig und ist nicht kostenpflichtig.

# **Inhalt**

Vorwort

## **Begrüßung**

**Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Schieder,**  
*Vorsitzender des Stiftungsrats der Stiftung DGIA*

Prof. Dr. Dr. h.c. Bernd Bonwetsch,  
*Direktor des Deutschen Historischen Instituts Moskau*

## **Grußworte**

Edelgard Bulmahn,  
*Bundesministerin für Bildung und Forschung der Bundesrepublik Deutschland*

A. A. Fursenko,  
*Minister für Bildung und Wissenschaft der Russischen Föderation*

Dr. Thomas Kempf,  
*Mitglied des Vorstands der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung*

Prof. Dr. Michael Göring,  
*Vorsitzender des Vorstands der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius*

Akademienmitglied Prof. Dr. A. O. Čubarjan,  
*Direktor des Instituts für allgemeine Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften*

Prof. Dr. J. S. Pivovarov,  
*Direktor des Instituts für Wissenschaftliche Information auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften (INION)*

Dr. Walter Jürgen Schmid,  
*Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Russischen Föderation*

## **Anmerkungen zu den Aufgaben und Perspektiven eines Deutschen Historischen Instituts in Moskau**

Prof. Dr. Horst Möller,  
*Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München*

Prof. Dr. Jürgen Kocka,  
*Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung*

Prof. Dr. Manfred Hildermeier,  
*Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des DHI Moskau*

## **„Deutschland und Russland: Parallele Geschichte – geschichtliche Parallelen“. Beiträge zum Kolloquium**

Prof. Dr. Hagen Schulze, London:

Gibt es eine dauerhafte Identität der deutschen Geschichte?

Prof. Dr. Hartmut Kaelble, Berlin:

Europäische Geschichte aus westeuropäischer Sicht? Ein Essay

Prof. Dr. Hein Durchhardt, Mainz:

**Das Heilige Römische Reich und Russland im ausgehenden 18. Jahrhundert –  
methodische Ansätze und Befunde**

Prof. Dr. A. B. Kamenskij:

Probleme und Perspektiven der Erforschung der russisch-deutschen Beziehungen im 18.  
Jahrhundert

Prof. Dr. L. E. Šepeljov, St. Petersburg:

Egor Francevič Kankrin [Georg von Cancrin] als Finanzminister

Prof. Dr. V. V. Šelochajev, Moskau:

Liberaler Strategien und Taktiken zur Lösung von Systemkrisen

Prof. Dr. Lothar Gall, Frankfurt am Main:

Bismarck und Russland

Prof. A. M. Filitov, Moskau:

Innenpolitische Faktoren bei der Entstehung außenpolitischer Vorhaben und Entscheidungen:  
Russland/UdSSR und Deutschland im 20. Jahrhundert

Prof. Dr. Hans Mommsen, Feldafing:

Russland in den Konzepten des konservativen Widerstandes gegen Hitler

Prof. Dr. A. L. Litvin, Kazan’:

Das Schicksal der Deutschen in Tatarstan in den 1930er und 1940er Jahren

## Vorwort

Am 12. September 2005 wurde das Deutsche Historische Institut Moskau feierlich eröffnet. Dieser Akt setzte den Schlussstrich unter langwierige Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der Regierung der Russischen Föderation um den Status des Instituts, das von der bundesunmittelbaren Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland als „Projekt“ geführt und für die Anlaufphase von der ZEIT-Stiftung und der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung gemeinsam finanziert wird. Zugleich markierte die Eröffnung das Ende ebenso langer Vorbereitungen praktischer Art, von denen sich die Auswahl und die Herrichtung der Räumlichkeiten des Instituts als schwierigste herausstellten.

All dies ist nun Vergangenheit, auch wenn viele Fragen nicht als endgültig gelöst gelten können, ganz zu schweigen von der angestrebten Übernahme des Deutschen Historischen Instituts in die Förderung des Bundes über den Haushalt des Ministeriums für Bildung und Forschung bzw. der Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland. Aber so, wie die genannten Fragen angesichts des vorhandenen politischen Willens bisher letzten Endes zum Wohle des Instituts und der Wahrnehmung seiner Aufgaben gelöst wurden, so sind alle Beteiligten optimistisch, dass auch weiterhin auftauchende Probleme im Interesse des Instituts in gegenseitigem Einvernehmen gelöst werden können. Dieser Optimismus kam auch in den nachstehend abgedruckten Grußworten und Bemerkungen zu den Aufgaben und Perspektiven des Deutschen Historischen Instituts Moskau zum Ausdruck.

In den programmatischen Bemerkungen Jürgen Kockas und Manfred Hildermeiers wurden inhaltliche Aufgaben und Herausforderungen des Instituts angesprochen, die die Perspektiven der Tätigkeit des Institutes im Kern treffen. Im anschließenden Eröffnungskolloquium wurden diese Gedanken in unterschiedlicher Weise aufgegriffen. Die beteiligten Historiker aus Russland und Deutschland hatten sich an dem vorgegebenen Thema „Deutschland und Russland: Parallele Geschichte – geschichtliche Parallelen“ orientiert und entsprechende programmatische oder vergleichende bzw. für den Vergleich offene Referate vorbereitet. Es sollte ausdrücklich nicht nur eine historische Schule repräsentiert werden, sondern es sollte im Rahmen des Eröffnungsthemas methodischer und inhaltlicher Breite Raum gegeben werden. Es war ein Ziel, durch der Auswahl der russischen Teilnehmer deutlich zu machen, dass das Deutsche Historische Institut zwar in Moskau an einer Einrichtung der Russischen Akademie der Wissenschaften seinen Sitz hat, aber ein Institut für die unterschiedlichsten Institutionen in allen Regionen Russlands ist. Zugleich signalisierte die Vielfalt der präsentierten Themen, dass das Institut unabhängig von den speziellen Forschungsinteressen seiner Mitarbeiter offen für Fragen aus unterschiedlichen historischen Perioden und Themenbereichen ist.

Die Eröffnungsbeiträge werden nachstehend in überarbeiteter Form wiedergegeben – gleichsam als „Visitenkarte“ des Instituts, das seit einem Jahr in der Bewährung steht und mit viel Optimismus aufgebaut wird. Hartmut Kaelble konnte aufgrund eines familiären Trauerfalls an der Eröffnung selbst nicht teilnehmen. Er hat uns seinen Beitrag trotzdem zur Verfügung gestellt. Wir nehmen ihn in die Publikation auf, weil er nicht nur den Perspektivenwechsel für „europäische Geschichte“ deutlich macht, der sich aus den politischen Veränderungen seit dem Ende des Kommunismus ergeben hat, sondern weil er auch den Gedanken der deutsch-russischen Symmetrie augenfällig macht, der der Eröffnungsveranstaltung zugrunde lag. Dieser

„Symmetrie“, der Berücksichtigung deutscher wie russischer wissenschaftlicher Interessen, die sich mit der Errichtung des Deutschen Historischen Instituts Moskau verbinden, ist die Arbeit des Instituts und seiner Mitarbeiter verpflichtet.

Die Übersetzung der russischen Beiträge wurde von Herrn Dr. Wolfram Eggeling, Bochum, vorgenommen. Die Redaktion lag bei Dr. Corinna Kuhr-Korolev.

Der Herausgeber  
Moskau, im Sommer 2006

## **Begrüßung**

### **Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Schieder, Vorsitzender des Stiftungsrats der Stiftung DGIA**

Es scheint heute ganz selbstverständlich zu sein, dass das Deutsche Historische Institut in Moskau als Repräsentanz der Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland eröffnet wird. Doch war es ein langer Weg bis zur heutigen Eröffnungsveranstaltung, zu der ich Sie alle sehr herzlich begrüße. Als Historiker erlaube ich mir, entlang der Entstehungsgeschichte des Instituts zu berichten und die sogleich zu Wort kommenden Beteiligten in der entsprechenden Reihenfolge zu begrüßen.

Schon in den achtziger Jahren kam in der Bundesrepublik Deutschland erstmals die Idee auf, nach dem Vorbild von Rom, Paris, London und Washington auch in Moskau ein Historisches Institut zu gründen. Doch die Zeit war damals offenkundig noch nicht reif für einen solchen Schritt, sowohl in der damaligen Bundesrepublik Deutschland als auch in der damaligen Sowjetunion war der Widerhall auf diesen Plan gering. Erst Anfang dieses Jahrzehnts konnte ein solches wissenschaftliches Projekt wieder in Angriff genommen werden.

Die Initiative dazu ging zunächst von einigen deutschen Historikern aus, die gute Kontakte zu russischen Kollegen hatten. Einen von Ihnen, Professor Manfred Hildermeier, heute der erste Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts, kann ich hier begrüßen. Die Initiative der Historiker traf mit den Bestrebungen von zwei Stiftungen, der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius und der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung, zusammen, ihre Förderaktivitäten in Russland zu verstärken. Beide Stiftungen waren sich darin einig, dass es sich bei ihrem Engagement nicht um eine einmalige Aktion, sondern um eine längere Förderaktivität handeln müsste. Sie waren daher zu einem ganz ungewöhnlichen und nicht genug zu rühmenden Schritt bereit, nämlich den Aufbau eines Historischen Instituts in Moskau fünf Jahre lang in vollem Umfang zu finanzieren. Ich möchte Professor Michael Göring, dem Vorstandsvorsitzenden der ZEIT-Stiftung und Dr. Thomas Kempf, Mitglied des Vorstands der Krupp-Stiftung, deshalb heute hier mit meinem ganz besonderen Dank begrüßen. Bitte leiten Sie diesen Dank, verbunden mit den besten Grüßen, auch an Professor Berthold Beitz und an Altbundeskanzler Helmut Schmidt weiter, die beide unserer Einladung nach Moskau leider nicht folgen konnten.

Es war ein glücklicher Umstand, dass Professor Bernd Bonwetsch 2003 in dem Augenblick als Direktor für das im Aufbau befindliche Institut gewonnen werden konnte, als die Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland gerade gegründet worden war. So konnte die Errichtung des Moskauer Instituts förmlich zum wissenschaftlichen Projekt der Stiftung erhoben und dessen erster Verwaltungsaufbau übernommen werden. Ich bin sehr glücklich, dass die großen organisatorischen Vorteile der Stiftung damit erstmals für den Aufbau einer wissenschaftlichen Institution genutzt werden konnten.

Alles schien so gut vorbereitet zu sein, doch hatte man, wie ein deutsches Sprichwort sagt, die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Auf russischer Seite wollte man verständlicherweise genauer wissen, welche Funktion denn ein deutsches wissenschaftliches Institut auf russischem Boden haben sollte. Immerhin ist es das erste Institut dieser Art in Moskau. Langwierige Verhandlungen waren fast zwangsläufig das Ergebnis. Sie wurden auf deutscher Seite im Wesentlichen von der Botschaft in Moskau geführt, für deren engagierten Einsatz ich ganz besonders zu danken habe. Sehr gerne begrüße ich deshalb auch den Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Dr. Schmid.

Glücklicherweise hatten wir von Anfang an auch Kontakt zu Professor Aleksandr Čubar’jan, dem Direktor des Instituts für Allgemeine Geschichte der Akademie der Wissenschaften in Moskau und Co-Vorsitzenden der deutsch-russischen Historikerkommission. Ich begrüße ihn mit einem herzlichen Dank für seinen unermüdlichen Einsatz hinter und vor den Kulissen. Ohne Professor Čubar’jan wären wir mit Sicherheit heute nicht soweit, hier das Institut eröffnen zu können. Sehr wichtig war für uns auch der Kontakt zu Professor Jurij Sergeevič Pivovarov, dem Direktor des „Instituts für wissenschaftliche Information auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften“ (INION), dessen liebenswürdigem Entgegenkommen wir es verdanken, dass das Deutsche Historische Institut in diesem Gebäude seinen Standort finden konnte.

Alle Aktivitäten und alle Bemühungen sowohl auf deutscher wie auf russischer Seite hätten freilich nicht zum gewünschten Ziel geführt, wenn sich nicht Frau Ministerin Edelgard Bulmahn persönlich der Sache angenommen und zusammen mit Ihrem russischen Amtskollegen Andrej Fursenko einen Weg gefunden hätte, dem Deutschen Historischen Institut als Repräsentanz der Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland einen beide Seiten befriedigenden Rechtsstatus zu geben. Mein größter Dank gilt deshalb Ihnen Frau Ministerin und Ihnen Herr Minister. Sie haben in einer durchaus unübersichtlichen Situation eine politische Entscheidung herbeigeführt, die sich als außerordentlich tragfähig erweist. Herr Minister Fursenko, wir sehen die Zukunft des Deutschen Historischen Instituts dank Ihrer Intervention in Moskau als vollkommen gesichert an. Ich bin auch davon überzeugt, dass das Institut nach Ablauf der fünf Jahre alle wissenschaftlichen Voraussetzungen erfüllen wird, um dauerhaft in die in Aussicht gestellte staatliche Förderung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung der Bundesrepublik Deutschland übernommen zu werden.

Meine Damen und Herren, das Deutsche Historische Institut ist ein deutsches wissenschaftliches Institut auf russischem Boden. Das verpflichtet alle seine Mitarbeiter, aber auch die sie tragenden deutschen Stiftungen zu großer Dankbarkeit für die gewährte Gastfreundschaft. Wir können aber auch versprechen, dass das Deutsche Historische Institut etwas zu bieten hat. Es wird ein Ort des wissenschaftlichen Austauschs sein, an dem deutsche und russische Historiker miteinander kooperieren. Keineswegs sollen hier nur deutsche Forscher über Themen der russischen Geschichte forschen. Wir hoffen vielmehr, dass das Institut insbesondere auch jüngere russische

Historiker und Historikerinnen dazu animieren wird, sich mit Themen der deutschen Geschichte zu befassen. Es kann für beide Gesellschaften nur von Vorteil sein, wenn ihre Geschichte wechselseitig aufgearbeitet wird. Russen und Deutsche haben sich im 19. Jahrhundert mit dem größten Respekt füreinander interessiert und vielfältige kulturelle und wissenschaftliche Beziehungen hergestellt. Ich erinnere nur daran, dass zwei der bedeutendsten Deutschen des 19. Jahrhunderts, Karl Marx und Otto von Bismarck, eigens die russische Sprache erlernt haben, um das Land und seine Geschichte zu verstehen. Das ist alles im 20. Jahrhundert verloren gegangen, in dem sich Deutsche und Russen in zwei fürchterlichen Kriegen blutig bekämpft haben. Im 21. Jahrhundert scheint ein neuer Anfang möglich zu sein. Möge das deutsche Historische Institut in Moskau dazu beitragen, über das gegenseitige Verständnis der Geschichte die Zukunft der deutsch-russischen Beziehungen freundschaftlich zu gestalten.

## **Prof. Dr. Dr. h.c. Bernd Bonwetsch, Direktor des Deutschen Historischen Instituts Moskau**

Sehr geehrter Botschafter Schmid,  
Sehr geehrte Ministerin Bulmahn,  
Sehr geehrter Minister Fursenko,  
geehrte Gäste,  
liebe Kollegen,

als Gründungsdirektor schließe ich mich dem Stiftungsratsvorsitzenden an und begrüße Sie ganz herzlich. Für alle, die heute, am Vorabend des 50. Jahrestags der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion, hier versammelt sind, ist die Eröffnung des Deutschen Historischen Instituts ein freudiges Ereignis. Es führt zwar kein direkter Weg von jenem 13. September 1955 zur Gründung des DHI, aber so, wie jede lange Reise mit einem ersten Schritt beginnt, so kann man in gewisser Weise doch sagen, dass der Weg zur Gründung des DHI Moskau mit diesem ersten Schritt am 13. September 1955 begonnen hat.

Nun wäre es vermessen zu behaupten, Konrad Adenauer und Nikolaj Bulganin hätten bewusst den ersten Schritt zur Gründung eines DHI getan. Das hätten sie sich in ihren kühnsten Träumen nicht vorgestellt, und auch für mich und andere war ein Deutsches Historisches Institut in Moskau lange bestenfalls ein Traum, dann aber, seit der Perestrojka, eine Hoffnung, und schließlich ein Projekt, das nicht zuletzt dank der Initiative der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius heute Realität wird.

Wozu soll das Institut dienen? Grundsätzlich natürlich der wissenschaftlichen Aufklärung über unsere Vergangenheit zur Orientierung für die Gegenwart und die Gestaltung der Zukunft. Die Politik soll Herr über die Gegenwart sein, und im günstigsten Fall ist sie es auch. Was Menschen über diese Politik denken, wenn sie Vergangenheit geworden ist, darüber sollen die Historiker Herr sein – und günstigstenfalls sind sie es auch. Sie geben den eigentlich sinnlosen Ereignissen erst *ihren* Sinn, wie es Theodor Lessing in durchaus zweideutiger Weise einst gesagt hat.

Wenn wir unseren Beruf im DHI Moskau ausüben wollen, dann weil wir als Historiker zu den Quellen wollen – ganz gewiss ein „Drang nach Osten“, dem man Positives abgewinnen kann. Dabei wollen wir uns nicht als „Kulturträger“ aufspielen, sondern erstens den Quellen nahe sein,



um die Geschichte Russlands und der deutsch-russischen Beziehungen seit dem 18. Jahrhundert zu erforschen. Zweitens wollen wir dies in fruchtbarer Zusammenarbeit mit russischen Kollegen tun. Das drückt sich konkret schon darin aus, dass zwei der vier Wissenschaftler unseres Instituts russische Staatsbürger sind. Es drückt sich auch darin aus, dass wir die Zusammenarbeit anderer fördern. Drittens wollen wir die historische Deutschlandforschung in Russland unterstützen. Es ist insofern auch kein Zufall, dass einer unserer russischen Mitarbeiter Deutschlandhistoriker ist.

Selbstverständlich sind die genannten Aufgaben groß und unsere Möglichkeiten begrenzt. Aber wir hoffen, diese Möglichkeiten optimal zu nutzen: durch die Vergabe von Stipendien an deutsche Russland- und russische Deutschlandhistoriker (die ersten Stipendiaten sind bereits hier), durch den geistigen Austausch zwischen russischen und deutschen Historikern in Form von Vorträgen, Konferenzen und Seminaren, schließlich durch die Schaffung von modernen Arbeitsmöglichkeiten nicht nur für uns, sondern für alle interessierten Historiker.

Zu diesen Möglichkeiten zählt nicht zuletzt unsere Bibliothek, die, anders als in Russland üblich, eine Arbeitsbibliothek ist. Sie verbindet den direkten Zugang der Wissenschaftler zu Büchern und Zeitschriften mit Arbeitsplätzen, die mit Computer und Internetzugang ausgestattet sind. Die Bibliothek, die sie in unseren Räumlichkeiten sehen werden, ist noch klein, aber schon fein. Wir sind stolz auf ihren Grundstock, den die privaten Bibliotheken bedeutender Historiker bilden. Wir werden Namen wie Mommsen, Stökl und Conze durch forschende Nutzung in Ehren halten.

Die Übergabe dieser Sammlungen an das DHI Moskau belegt dessen Unterstützung durch die deutsche Geschichtswissenschaft. Das tun auch die in großer Zahl anwesenden Kollegen aus Deutschland, die zur Eröffnung nach Moskau gekommen sind. Unterstützung finden wir erfreulicherweise auch außerhalb der Wissenschaft und empfehlen die Nachahmung: So erlaubt eine großzügige Spende der Deutschen Bank uns, die Bibliothek zielstrebig auszubauen. Dabei haben wir den Vorteil, mit der Bibliothek des INION kooperieren zu können. Ich bin froh über Ihr Entgegenkommen, Herr Direktor Pivovarov.

Dass wir heute, wenn auch noch etwas atemlos, die Eröffnung feiern können, verdanken wir ganz konkret der Baufirma OKV-Stroj und dem Düsseldorfer Architekturbüro, in dem Erasmus Eller sich im wahrsten Sinne sichtbare Mühe gegeben hat, wissenschaftlicher Arbeit auf beschränktem Raum einen funktionalen, ästhetisch anspruchsvollen Rahmen zu geben und Peter Knoch die Ausführung überwachen zu lassen.

Ferner verdanken wir den heutigen Tag der gemeinsamen Deutsch-Russischen Historikerkommission mit ihren Co-Vorsitzenden Prof. Möller und Akademiemitglied Čubar'jan. Sie haben manches Hindernis aus dem Weg geräumt. Die Deutsche Botschaft hat sich um die diplomatische Absicherung des DHI bemüht. Ihr Ministerium, Herr Minister Fursenko, hat uns durch seine Behandlung wirklich positiv überrascht. Aleksandr Sumbatjan und seine Mitarbeiter sind hier zu nennen. Respekt verlangt auch das Engagement russischer und deutscher Kollegen im Beirat des DHI. Ich nenne hier nur Manfred Hildermeier als dessen Vorsitzenden und Aleksandr Čubar'jan als seinen Stellvertreter. Auch das deutsche Ministerium für Bildung und Forschung, Frau Ministerin Bulmahn, hat nicht zuletzt dank Ihrer Ermutigung für den Fortgang der Gründung gesorgt. Ich freue mich, einige unserer Stützen hier zu sehen.

Das gilt ebenso für die Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland, die uns als lange „Heimatlose“ gleichsam adoptiert hat. Anerkennung und Dank gelten der Krupp- und

der ZEIT-Stiftung, die die Anschubfinanzierung des DHI Moskau auf sich genommen haben. Ich freue mich, den Kuratoriumsvorsitzenden der ZEIT-Stiftung Professor Lahnstein hier begrüßen zu können, und bitte Herrn Dr. Kempf, Professor Beitz unseren Dank zu übermitteln. Danken möchte ich auch der Gerda Henkel-Stiftung, der Fritz Thyssen-Stiftung und dem Stifterverband für ihre wohlwollende Unterstützung.

Zum Schluss möchte ich die Mitarbeiter des Instituts nennen: Brigitte Ziehl, Sergej Kudrjašov, Lorenz Erren, Matthias Uhl und Andrej Doronin – sie haben in den letzten Wochen unermüdlich dafür gearbeitet, dass dereinst hoffentlich gesagt wird: am 12. September 2005 wurde der erste Schritt für eine lange, erfolgreiche Tätigkeit des Deutschen Historischen Instituts Moskau getan. Sie alle haben bei diesem ersten Schritt geholfen.

## Grußworte

### **Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung der Bundesrepublik Deutschland**

Sehr geehrter Herr Kollege Professor Fursenko,  
sehr geehrter Herr Botschafter,  
sehr geehrter Herr Professor Schieder,  
sehr geehrter Herr Professor Čubar'jan,  
meine Damen und Herren,

zunächst möchte ich mich sehr herzlich für die heutige Einladung bedanken. Ich bin ihr sehr gerne gefolgt, weil sich in der Eröffnung des Deutschen Historischen Instituts in Moskau der historische Epochenwandel widerspiegelt, den wir seit dem Ende des Kalten Krieges in Europa erleben. 60 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und 16 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer entsteht mit der Gründung des DHI Moskau ein Ort, an dem wir die in den letzten Jahren beständig gewachsene, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland weiter vertiefen können.

Die Geschichtswissenschaft spielt dafür eine zentrale Rolle: „Geschichte“, so hat Johann Gustav Droysen in seiner „Historik“ formuliert, „ist das Bewusstsein der Menschheit über sich selbst.“ Die Geschichtswissenschaft trägt einen wesentlichen Teil dazu bei, dieses Bewusstsein zu schaffen und es gleichsam wach zu halten.

Für die Bewusstmachung und die systematische Aufarbeitung der vielfältigen, engen und oft schwierigen Beziehungen in der Geschichte beider Länder bedeutet die Gründung des DHI eine große Chance. Denn es ist die Erforschung und Darstellung der deutsch-russischen Geschichte, mit ihren hellen, dunklen und gerade auch ihren düstersten Kapiteln, die einen wichtigen Beitrag zu Verständigung und Freundschaft unserer Völker leistet. Unsere wechselvolle Geschichte in den vergangenen Jahrhunderten war zum einen geprägt durch enge Verflechtungen und gegenseitigen Austausch. So ließ sich zum Beispiel Zar Peter der Große bei der Gründung der Russischen Akademie der Wissenschaften von einem der bedeutendsten Wissenschaftler seiner Zeit beraten – es war Gottfried Wilhelm Leibniz. Im Jahr 1853 baute die Firma Siemens und Halske das russische Telegrafennetzwerk, das von St. Petersburg über Moskau, Kiev und Odessa bis zur Krim führte.

Umgekehrt waren es im 20. Jahrhundert bedeutende russische Physiker – ich nenne stellvertretend nur Abraham Ioffe –, die die deutsche Wissenschaft wesentlich bereicherten. Auch die bedeutenden literarischen Werke eines Thomas Mann oder eines Heinrich Böll wären ohne die großen russischen Vorbilder von Schriftstellern wie Boris Pasternak, Ivan Turgenjev oder Fjodor Dostojewskij so nicht denkbar. Zum anderen kennzeichneten schwere Spannungen und Katastrophen wie der deutsche Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 die gemeinsame Geschichte. Die ungeheuren Opfer, die dieser Krieg den Völkern der Sowjetunion abverlangt hat, sind beispiellos in der Geschichte.

Bis heute sind sehr viele Menschen in Russland und in seinen Nachbarstaaten von dieser Tragödie in unseren Beziehungen und von ihren Nachwirkungen sehr persönlich betroffen. Dennoch sehen 60 Prozent der russischen Bevölkerung Deutschland als Partner, dem sie vertrauen. Für das Vertrauen der Menschen in Russland, das auch ein Zeichen der Versöhnung ist, sind wir Deutschen dankbar. Die Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen hat vor gut 15 Jahren eine neue, positive Wendung erfahren. Nach einer langen Phase der Stagnation, des gegenseitigen Misstrauens und der nur allmählichen Annäherung haben wir gemeinsam die Überwindung der deutschen und der europäischen Teilung erlebt. Dass dabei Russland und seine politische Führung eine wichtige Rolle spielten, ist uns Deutschen mit Dankbarkeit bewusst. Der gerade skizzierte Epochenwandel hat uns die historische Chance eröffnet, die deutsch-russischen Beziehungen neu und partnerschaftlich zu gestalten. Dass wir dabei auf einem sehr guten Weg sind, zeigen nicht zuletzt Veranstaltungen wie der von Präsident Putin und Bundeskanzler Schröder ins Leben gerufene Petersburger Dialog. Dort gab es im Sommer 2001 auch erste Überlegungen für die Gründung eines Deutschen Historischen Instituts in Moskau.

Die Bundesregierung hat die Gründung des DHI Moskau in der Überzeugung unterstützt, dass die wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland in unserem gemeinsamen Interesse und im Interesse Europas liegt. Besonders hervorheben möchte ich das Engagement der ZEIT-Stiftung und der Krupp-Stiftung, die die Chance zum Aufbau eines DHI ergriffen haben und das Institut mit insgesamt 5 Millionen Euro finanzieren. Dafür möchte ich Herrn Dr. Kempf als Mitglied des Vorstands der Krupp-Stiftung und Herrn Prof. Göring, dem geschäftsführenden Vorstand der ZEIT-Stiftung meinen herzlichen Dank sagen. Das BMBF wird nach Auslaufen der Finanzierung der beiden Stiftungen – bei einer positiven Evaluierung des Wissenschaftsrates und der Zustimmung des Parlaments zur Finanzierung – das DHI Moskau als Institut der Stiftung DGIA fördern.

Sie, sehr geehrter Herr Prof. Bonwetsch, haben als Gründungsdirektor vor zwei Jahren die Aufgabe übernommen, das DHI Moskau aufzubauen. In diesen zwei Jahren waren noch einige Hindernisse zu beseitigen, so zum Beispiel die Suche nach einer geeigneten Unterkunft, die Sie meistern mussten. Ich möchte mich an dieser Stelle auch herzlich bei Ihnen, bei meinem Kollegen Fursenko sowie der Deutschen Botschaft in Moskau für Ihre stete Unterstützung bedanken.

Gerade die Geschichtsforschung lebt vom Austausch, vom Dialog mit anderen Wissenschaftlern. Ich freue mich daher, dass das Institut in Räumen des INION freundliche Aufnahme und Unterstützung erfahren hat.

Das DHI soll ein Forum des wissenschaftlichen Austauschs und der Begegnung sein, die Zusammenarbeit mit den russischen Wissenschaftlern verstärken und vor allem den wissenschaftlichen Nachwuchs durch Stipendien und Studienaufenthalte für deutsche und russische junge Historiker fördern. Ich wünsche mir, dass das DHI Moskau darüber hinaus zu einem „Knotenpunkt“ der deutschen Russland- und der russischen Deutschlandforschung für Forscher aus dem In- und Ausland wird, aber auch in die akademische Lehre vor Ort eingebunden wird. Dazu benötigt das Institut auch den Rat und die Unterstützung des wissenschaftlichen Beirats, in dem neben deutschen Historikern Herr Prof. Čubar’jan als Co-Vorsitzender sowie zwei weitere russische Historiker vertreten sind.

Das DHI Moskau steht in der Tradition deutscher geisteswissenschaftlicher Forschungseinrichtungen im Ausland. Eine zentrale Aufgabe der Institute besteht darin, historisch-politische Zusammenhänge in partnerschaftlicher Weise zu erforschen und darzustellen – auch um einen Beitrag dafür zu leisten, die verhängnisvollen Irrwege der Vergangenheit zukünftig zu vermeiden. Die Deutschen Historischen Institute haben dafür wichtige Impulse gegeben und die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit positiv beeinflusst. Dies wünsche ich auch dem DHI Moskau. Denn nur aus dem Verstehen der gemeinsamen Geschichte, dem besseren Verständnis der beiden Länder und Kulturen und einer gemeinsamen Bewertung der Vergangenheit heraus ist die Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft in Frieden und Freiheit möglich.

Der deutsche Philosoph Wilhelm Dilthey hat diesen Zusammenhang einmal so formuliert: „Der durch die Realität des Lebens gebundene und bestimmte Mensch wird nicht nur durch die Kunst – was öfter entwickelt ist –, sondern auch durch das Verstehen des Geschichtlichen in Freiheit versetzt.“ In diesem Sinne wünsche ich dem Institut bei seiner Arbeit eine glückliche Hand und viel Erfolg!

## **A. A. Fursenko, Minister für Bildung und Wissenschaft der Russischen Föderation**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kollegen,

ich freue mich aufrichtig, bei der Eröffnung des Deutschen Historischen Instituts anwesend zu sein. Es ist das erste Institut dieser Art in Russland, aber ich übertreibe wohl nicht, wenn ich sage, dass das heutige feierliche Ereignis eine Tradition fortsetzt, die bereits unter Peter I. begründet wurde. Gerade er lud verstärkt Deutsche dazu ein, in Russland zu leben und zu arbeiten. In jenen Jahren begann, wie man heute sagt, der wissenschaftliche Austausch, der in der Folge ausgebaut wurde. Lomonossov, Pavlov, Mendeleev und viele andere russische Gelehrte reisten zum Studium nach Deutschland.

Heute ist Deutschland das einzige Land, das über ein Netz solcher Institute auf der ganzen Welt verfügt – in Washington, London, Paris, Rom, Warschau, Istanbul und Tokio. Aber das Institut in Moskau ist doch etwas anderes, berücksichtigt man den politischen Hintergrund und die schwierigen wechselseitigen Beziehungen beider Länder im vergangenen Jahrhundert. Man erinnere sich nur an die Wunden zweier Weltkriege, an die Teilung und die Wiedervereinigung Deutschlands, an die Perestrojka und den Zerfall der Sowjetunion, und man kann sich leicht vorstellen, dass die Initiative der deutschen Kollegen zur Gründung eines Historischen Instituts in Moskau nicht nur einhellig begrüßt wurde.

Ich verhehle nicht, dass es ein schwieriger und langwieriger Weg war. Denn um ein komplettes Institut zu gründen, reicht es nicht aus, einfach nur Visa zu erteilen und den Leuten irgendwelche Räume zuzuweisen. Vielmehr muss ein Forschungsprogramm erstellt und mit den russischen Partnern abgestimmt werden, die Tätigkeit muss mit der russischen Gesetzgebung übereinstimmen und so weiter. Unsere deutschen Kollegen haben, das muss man ihnen lassen, Verständnis und Geduld aufgebracht, und das Ziel wurde erreicht: In Moskau wurde ein Institut

eröffnet, das nicht nur ein Zentrum der Kommunikation und des Informationsaustauschs zwischen Wissenschaftlern sein wird, sondern auch ein Forschungsinstitut mit einer eigenen Bibliothek und einem Programm für wissenschaftliche Stipendien. Ich wünsche den Mitarbeitern des Deutschen Historischen Instituts viel Erfolg!

## **Dr. Thomas Kempf, Mitglied des Vorstands der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung**

Sehr geehrter Herr Minister Fursenko,  
sehr verehrte Frau Bundesministerin,  
sehr geehrter Herr Botschafter,  
meine sehr verehrten Damen und Herren !

Das Deutsche Historische Institut in Moskau wird heute offiziell eröffnet. Im Namen der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung, begrüße ich Sie herzlich und danke Ihnen allen, dass Sie heute hierher gekommen sind, um die Eröffnung gemeinsam zu feiern.

Herr Professor Beitz, Vorsitzender des Kuratoriums der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung, bedauert sehr, dass er an der heutigen Eröffnung nicht teilnehmen kann, und lässt Sie herzlich grüßen. Herr Professor Beitz war viele Male in Russland und die Villa Hügel – der Sitz der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung – durfte viele russische Gäste empfangen. Als Generalbevollmächtigter von Alfried Krupp von Bohlen und Halbach hat Herr Professor Beitz seit 1954 die Beziehungen der Firma Krupp zu Russland aufgebaut und weiterentwickelt. Als Vorsitzender des Kuratoriums der Krupp-Stiftung hat er zahlreiche deutsch-russische Vorhaben ins Leben gerufen.

So war es vielleicht kein Zufall, dass der Beginn des jüngsten und bisher größten deutsch-russischen Vorhabens der Stiftung in unmittelbarer zeitlicher Nähe zu einem hohen Besuch aus Moskau stand. Am 26. September 2001 war Staatspräsident Putin zu Gast in der Villa Hügel in Essen. Nur wenige Tage zuvor hatten Professor Göring und Professor Beitz erstmalig über die Idee gesprochen, ein Deutsches Historisches Institut in Moskau zu gründen. So fing alles an. Die Initiative ging von der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius aus, die Umsetzung wurde zu einem Anliegen beider Stiftungen und das Deutsche Historische Institut in Moskau ist heute ein gemeinsames Vorhaben der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius und der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung.

Doch ist ein solches Vorhaben ohne zusätzliche Unterstützung nicht zu realisieren. Rat und Hilfe haben die Stiftungen gern und dankbar angenommen – von den Regierungen Deutschlands und Russlands, den zuständigen Ministerien, den Botschaften, der Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland, vielen Fachleuten und Wissenschaftlern aus beiden Ländern und von weiteren Förderern. Ihnen allen sei an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt!

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat in Aussicht gestellt, dass das Institut nach der durch die beiden privaten Stiftungen ermöglichten Anlaufphase vollständig in die Bundesfinanzierung übernommen werden kann. Voraussetzung ist, dass der Wissenschaftsrat die

Arbeit des Instituts positiv bewertet. Sehr verehrte Frau Bundesministerin, wir sind sehr dankbar, dass Sie sich persönlich dafür eingesetzt haben, dass diese Perspektive eröffnet werden konnte und wir sind sicher, dass sich das Institut bewähren wird.

Das Deutsche Historische Institut in Moskau nimmt nun seine Arbeit auf. Erste Projekte werden in Kürze beginnen. Erste Stipendien für Doktoranden und Nachwuchswissenschaftler sind bereits vergeben worden. Dies ist ein guter Anfang. Hochrangige Forscher aus allen geschichtswissenschaftlichen Disziplinen werden nach Moskau kommen. Sie werden das Profil des Institutes mitgestalten und ihm Glanz verleihen. Der wissenschaftliche Nachwuchs aus Deutschland und Russland wird die Chance ergreifen, hier gemeinsam zu arbeiten und zu forschen. Das Deutsche Historische Institut in Moskau kann zu einem besonderen Ort der persönlichen Begegnung werden, die Forschung fördern und den Nachwuchs beider Länder positiv prägen. Für die auf Osteuropa bezogene Forschung aller Fachrichtungen soll die Arbeit im Deutschen Historischen Institut in Moskau ein Qualitätssiegel sein und das Institut kann einen merklichen Beitrag leisten zur Vertiefung der deutsch-russischen Wissenschaftsbeziehungen.

Hierzu, sehr geehrter Herr Direktor Bonwetsch, wünsche ich Ihnen im Namen der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung eine glückliche Hand!

### **Prof. Dr. Michael Göring, Vorsitzender des Vorstands der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius**

Sehr verehrte Frau Ministerin Bulmahn,  
Herr Minister Professor Fursenko,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

im Namen der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius möchte ich Sie herzlich begrüßen. Dass nach langer Zeit der Vorbereitung wir heute hier das Deutsche Historische Institut Moskau eröffnen, verdanken wir einer ganzen Reihe von Persönlichkeiten. Nachdem die Idee in unserem Hause geboren war, war es Berthold Beitz, der sofort die Chancen sah, die solch ein Institut bieten wird. Ihm gehört mein erster Dank.

Sodann Frau Ministerin Bulmahn, als Vertreterin der Bundesregierung, die unser Vorhaben von Beginn an auf allen Ebenen maßgeblich unterstützt hat. Dies gilt für Sie selbst und Ihr Haus, für die Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland (DGIA), das Bundeskanzleramt und das Auswärtige Amt, insbesondere die Botschaft hier in Moskau. Die Gründung des DHI Moskau hat durchaus Modellcharakter für eine Zusammenarbeit privater Stiftungen mit der Öffentlichen Hand. Wir freuen uns, dass der Bund nach einer fünfjährigen, durch die Krupp-Stiftung und uns finanzierten Anlaufphase das Institut fortführen will.

Der nächste Dank geht an Sie, lieber Herr Professor Čubar'jan, und an Sie, Herr Minister Fursenko und Ihren Herrn Vater, da Sie uns beide mit unbürokratischer Kreativität auf russischer Seite den heutigen Start in der heutigen Form an diesem Ort ermöglicht haben. Wir freuen uns über das Interesse Russlands an einem weiteren Ort, an dem sich die russische Deutschlandforschung und die deutsche Russlandforschung begegnen und befruchten können. Eingebettet in das INION, könnte die Lage des Institutes in jeder Hinsicht nicht besser sein.

Ein ganz besonderer Dank geht an denjenigen, der nach Monaten zwischen Koffern und Kisten nunmehr wieder ganz Hausherr ist. Lieber Professor Bonwetsch, ich glaube, ich spreche im Namen aller hier Anwesenden, wenn ich Ihnen an dieser Stelle ganz herzlichen Dank ausspreche für die von Ihnen und Ihrer Mannschaft bisher geleistete Aufbauarbeit. Zu Zeiten des Preußenkönigs Friedrich Wilhelms I. waren die Kriterien für die Entsendung eines erfolgreichen preußischen Gesandten noch relativ einfach: „vom Zar wohlgeleitet, trinkfest und doch stets bei Verstand bleibend“. All dies und noch viel mehr war und ist heute beim Aufbau des DHI gefragt. Sie sind ein Leiter mit Expeditionserfahrung, mit einem Quantum an „Russlandsucht und Abenteuerlust“ (FAZ) und ungewöhnlicher Vertrautheit mit der russischen Sprache, Kultur, dem Terrain und der Geschichte.

Ein weiterer Dank gilt dem Zusammenspiel der Zivilgesellschaft in Deutschland zugunsten dieser Einrichtung. Wissenschaft und Stiftungen vertragen sich seit alters her. Kein Wunder also, dass Professor Hildermeier sich sofort unserer Idee eines Deutschen Historischen Institutes in Moskau annahm und sein Wegbereiter wurde. Stiftungen sind befreundet untereinander, aber jede verfolgt ihre eigenen Ziele. Bei großen Aufgaben hilft man sich. So danke ich der Fritz-Thyssen-Stiftung und der Gerda-Henkel-Stiftung. Beide haben sich großzügig bereit erklärt, das Deutsche Historische Institut ab sofort mit eigenen Stipendien und Fellowships zu unterstützen. Zur Zivilgesellschaft gehört der Wirtschaftssektor. Und dieser ist beim Deutschen Historischen Institut von Anfang an mit dabei: Die Deutsche Bank unterstützt den Aufbau der Bibliothek des Deutschen Historischen Institutes in den nächsten Jahren mit insgesamt 300.000 €. Dafür sind wir Ihrem Haus, lieber Herr Dr. von Heydebreck, sehr dankbar.

Was nun, meine Damen und Herren, hat uns in der ZEIT-Stiftung geleitet, als wir uns den Aufbau eines Deutschen Historischen Institutes vornahmen? Das waren im Wesentlichen zwei Leitgedanken: Erstens die Tradition außergewöhnlich enger Beziehungen zwischen Deutschland und Russland vor den Verheerungen des 20. Jahrhunderts und, zweitens, die Situation der Osteuropaforschung.

Zu Ersterem: Die russische Gesellschaft ist seit dem Ende der Sowjetunion eine Gesellschaft im Übergang. Unser Stifter Gerd Bucerius hätte es als selbstverständlich angesehen, diesen Übergangsprozess nach besten Kräften zu unterstützen. Er war eine Persönlichkeit mit vielen Interessen, er war Rechtsanwalt, Verleger, Politiker und Stifter. Bucerius war tief durchdrungen von einem Ethos der öffentlichen Verantwortung. Ein ideenreicher Unruhestifter und unablässiger Mahner des öffentlichen Lebens, unbequem für sich selbst und andere, stets aufmerksamer Zuhörer und nimmermüder Anreger. Sein Blatt, die ZEIT, setzte sich früh für eine Außenpolitik ein, die sich nach Osteuropa öffnet. Die von ihm gegründete Stiftung fühlt sich diesem geistigen Erbe verpflichtet und ist seit ihrem Bestehen mit einer ganzen Reihe von Aktivitäten in Osteuropa präsent.

Bucerius gehörte dem Deutschen Bundestag von 1949–1962 an. Er war ein Mann Adenauers, der ihn hoch schätzte. So passt es gut, dass wir gerade heute das Deutsche Historische Institut eröffnen, auf den Tag genau 50 Jahre, nachdem sich hier in Moskau erstmals nach dem Krieg der westdeutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer und der russische Ministerpräsident Nikolai Bulganin trafen. Sie vereinbarten die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern und die Rückführung der letzten knapp 10.000 deutschen Kriegsgefangenen. Dieser Besuch Adenauers, zehn Jahre nach Ende des II. Weltkriegs und mitten im Kalten Krieg,



war innenpolitisch heftig umstritten. Der harschen Ablehnung jeglicher Verhandlungsbereitschaft mit der Sowjetunion, der sich Adenauer selbst im eigenen Kabinett gegenüber sah, war nur mit rheinischer Leichtigkeit beizukommen. Auf die Frage eines Journalisten, was wohl der Zweck der sowjetischen Einladung gewesen sei, antwortete Adenauer lakonisch: „Wahrscheinlich haben die seit Stalin keinen echten Diktator mehr gesehen.“

Adenauer hatte einen Sinn dafür, dass die gemeinsame Tradition Russlands und Deutschland weiter reicht, als es der Große Vaterländische Krieg und der Kalte Krieg vermuten ließen. Bei allen Höhen und Tiefen, ja Abgründen in der gemeinsamen Geschichte, sind die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland in den letzten dreihundert Jahren überwiegend eng gewesen. Alle Zaren seit Peter dem Großen waren familiär eng mit Deutschland verflochten. Russland war Preußen-Deutschlands ältester Verbündeter, umgekehrt ist das Entstehen der modernen russischen Staatlichkeit untrennbar verbunden mit Deutschland.

Nicht nur Peter der Große holte sich zum Aufbau seines modernen Staates eine ausländische Elite ins Haus. Die Deutschen, insbesondere die Deutschbalten, spielten dabei eine maßgebliche Rolle. In dieser Rolle kamen sie mitunter auch zur Rettung des eigenen Heimatlandes. Oberst Friedrich Karl von Tettenborn, Deutschbalte in russischen Diensten, hatte schon zu den Verteidigern Moskaus gegen Napoleon gehört und befreite im März 1813 Hamburg von den Franzosen. Insgesamt spielten Deutschstämmige und Deutschbalten in der russischen Armee, Verwaltung und Diplomatie eine wichtige Rolle. Zu nennen sind dabei die Finanzminister Michael v. Reutern (1862-78) und Nikolai v. Bunge (1881-87), der Justizminister Graf Konstantin v. der Pahlen (1867-78) oder die Außenminister Nikolai v. Giers (1882-1895) und Graf Wladimir Lambsdorff (1900-1906) – sie standen für die große Tradition der Deutschen und Deutschbalten, die als russische Patrioten in der Verwaltung des Zarenreichs dienten.

Umgekehrt schwärmten seit petrinischen Zeiten Hunderte junger Russen aus, um am geistigen und akademischen Leben in Deutschland teilzunehmen. Schiller und Goethe, Wieland und Herder, Kant und Hegel, Schelling und Fichte bildeten die Fixsterne eines geistigen Firmamentes, unter dem sich russische Geistesgrößen wie Michael Lomonosov für einige Jahre bewegten. Lomonosov, von 1736 bis 1741 in Deutschland und mit einer Deutschen verheiratet, wurde zu einem der bedeutendsten Wissenschaftler in Russland. Zarin Katharina II. schickte 1766 bis 1771 ein Dutzend besonders begabter Studenten, unter ihnen Aleksandr Radiščev, zum Studium nach Leipzig. Radiščev wurde dort Kommilitone von Goethe und beschäftigte sich mit den Denkern der Aufklärung. Viele deutsche Universitäten verdankten ihren hohen Standard der Tatsache, dass sie aus vielen Ländern, so auch aus Russland, die besten Köpfe anzogen.

Auch für deutsche Wissenschaftler jeglichen Alters war eine Tätigkeit an den russischen Akademien und Universitäten attraktiv für die wissenschaftliche Karriere. Angesichts der manchmal empfundenen Enge in Deutschland war Russland das Land der großen Möglichkeiten. Außerdem galt es als Ehre, an der Russischen Akademie der Wissenschaften zu dienen. Professoren und Nachwuchswissenschaftler zogen in großer Zahl aus Berlin, Breslau, Göttingen, Jena, Leipzig, Marburg und anderen deutschen Universitäten an die Hochschulen in Moskau und Petersburg, Kazan', Charkov und Dorpat.

So wie der Mathematiker Leonhard Euler oder der Historiker August Ludwig Schlözer verbrachten auch viele andere eine lange Zeit in Russland oder blieben hier sogar auf Dauer. Der Botaniker Johann Georg Gmelin und der Geograph Peter Simon Palas erkundeten und kartierten

gemeinsam mit Stepan Krašeninikov und Ivan Lepechin Russlands Territorien im Osten und Süden. Zahlreiche deutsche Wissenschaftler wurden in Russland heimisch, viele Russen verbrachten Jahre ihrer Studien in Deutschland. Ein renommierter Physiologe wie Ivan Sečenov arbeitete an mehreren deutschen Universitäten und in Paris; der Chemiker Dimitrij Mendeleev studierte in Paris und in Heidelberg, bevor er in Petersburg zum Entdecker des modernen Periodensystems der Elemente wurde. Auch Ivan Pavlov, der Entdecker der so genannten Pavlovschen Reflexe und erster russischer Nobelpreisträger von 1904, hatte vor seinem Wirken in Petersburg auch in Leipzig und Breslau studiert.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatten die Wissenschaften in Deutschland und Russland Weltruf, und dies vor allem deshalb, weil sie, allen Nationalismen zum Trotz, Wissenschaft als kosmopolitische Angelegenheit verstanden. An diese Tradition möchte das DHI mit seinen bescheidenen Möglichkeiten anknüpfen.

Zu Zweitem: Was soll nun das Deutsche Historische Institut in Moskau leisten? Zunächst einmal soll es, erstens, einen Kontrapunkt setzen zu der Entwicklung der Osteuropawissenschaften in Deutschland. Mein Ausflug in die Geschichte konnte nur andeuten, welche Konstellation dazu geführt hat, dass Deutschland aufgrund der historischen Gegebenheiten eine weltweit einmalige und weltweit anerkannte Sonderkompetenz in Fragen der Osteuropaforschung hat. Deshalb ist kaum zu verstehen, weshalb in Deutschland das Interesse an der Osteuropaforschung abnimmt und über Schließungen traditioneller Standorte wie etwa Marburg in einem Moment diskutiert wird, in dem sich die EU nach Osten erweitert und Russland weiter öffnet. Die Neugründung des DHI in Moskau soll hier, ebenso wie die seines Vorgängers in Warschau, ein Zeichen in die umgekehrte Richtung setzen.

Deshalb ist es nun auch Zeit für einen weiteren Dank, denn ein Detail der Gründung macht uns besondere Freude. Für die Erstausrüstung der Bibliothek ist es dem DHI gelungen, eine Reihe von Privatbibliotheken namhafter Wissenschaftler zu erhalten. In diesem Rahmen sind uns freundlicherweise durch die Familie Mommsen die Bestände von Hans und Wolfgang Mommsen zugesagt worden, zudem konnten wir die Bibliothek des verstorbenen langjährigen Doyens der deutschen Osteuropaforschung, Günter Stoekl, erhalten. Dafür danke ich Ihnen ganz herzlich. Darüber hinaus konnte von der Familie Conze die Bibliothek, die im Kern von dem großen Königsberger Historiker Werner Conze stammt, erworben werden.

Ausgestattet mit einer breit angelegten Präsenzbibliothek, soll das DHI, zweitens, ein Stützpunkt der historischen Forschung in der Nähe der Quellen sein. Deutsche Forscher können sich bei ihren Forschungen in Russland beraten lassen. Russischen Forschern wiederum wird durch diese Kontakte der Zugang zu westlicher Forschung erleichtert und die Bildung von Netzwerken ermöglicht.

Drittens soll das DHI dazu beitragen, an diesem Ort russische und deutsche Wissenschaftler zusammenzubringen. Für russische und deutsche Forscher wird das Deutsche Historische Institut deshalb in Kooperation mit einer Reihe privater deutscher Stiftungen ein- bis viermonatige Stipendien vergeben. Darüber hinaus sind für russische Dozenten Weiterbildungsstipendien vorgesehen. Deutsche und russische Forscher sollen gemeinsame Forschungsprojekte betreiben, dafür innerhalb des Deutschen Historischen Instituts auf eine gut bestückte Forschungsbibliothek treffen und erleichterten Zugang zu den Archiven bekommen. Unser Standort hier im INION gewährleistet die Nähe zu allen unseren potentiellen Nutzern. Wenn wir auf diese Weise dazu

beitragen können, für den russischen akademischen Nachwuchs attraktive Angebote vor Ort zu schaffen, ist ein weiteres wesentliches Ziel unserer Arbeit erreicht.

Viertens soll das DHI ein Schaufenster der deutschen Historiographie und der Geisteswissenschaften insgesamt in Russland werden, das sich auch den Nachbardisziplinen zuwendet: Politik und Sozialwissenschaft, Kunstgeschichte, Slavistik, Germanistik. Durch Vorträge, Einladungen, Symposien und andere Aktivitäten soll es in die Gesellschaft hineinwirken und ein Forum bilden für alle, die im freien Austausch von Meinungen, Standpunkten und Kritik wissenschaftliche Erkenntnis und wissenschaftlichen Fortschritt suchen.

All dies scheint uns eine angemessene Rückkehr zur Tradition der fächerübergreifenden Befruchtung zwischen Deutschland und Russland. Sie hat in den vergangenen dreihundert Jahren in ihren besten Zeiten zu überaus guten Ergebnissen geführt. Die Grundlagen für eine enge Zusammenarbeit sind besser denn je. Lassen wir uns von Dostojewskij leiten, der 1880 sagte: "Denn unser Schicksal ist eben die Universalität, die aber nicht durch das Schwert gewonnen wird, sondern durch die Kraft der Brüderlichkeit."

### **Akademienmitglied Prof. Dr. A. O. Čubar'jan, Direktor des Instituts für allgemeine Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften**

Die Eröffnung des Deutschen Historischen Instituts in Moskau ist ein wichtiges Ereignis in den Beziehungen zwischen Deutschland und Russland, besonders hinsichtlich der Geisteswissenschaften. Für die deutsche Seite setzt dieses Ereignis eine lange Tradition fort, da solche Institute bereits in London, Rom, Paris, Tokio, Washington und Warschau existieren. Für die russischen Wissenschaftler, aber auch für die deutschen, schafft das Moskauer Institut einen wichtigen neuen Kanal für die Zusammenarbeit der Historiker beider Länder.

Die Deutschlandstudien nehmen in Russland immer schon einen wichtigen Platz ein. Leider ist in den letzten Jahren der Umfang und in Einzelfällen auch das Niveau der Forschungen zur deutschen Geschichte und zu den russisch-deutschen Beziehungen in russischen Forschungsstätten und Universitäten etwas zurückgegangen. Daher bleibt zu hoffen, dass das neu gegründete Institut den russischen Deutschlandstudien neue Impulse gibt. In diesem Zusammenhang hat das Institut die wichtige Aufgabe, die deutsche Geschichte zu popularisieren, wissenschaftliche Konferenzen durchzuführen, Werke namhafter deutscher Wissenschaftler in russischer Sprache zu veröffentlichen usw.

Die Einrichtung einer Institutsbibliothek, die nicht nur neue Publikationen, sondern auch in der Bundesrepublik Deutschland herausgegebene geschichts- und politikwissenschaftliche Zeitschriften umfasst, kann man nur begrüßen. Denn die russischen Bibliotheken leiden derzeit an einem akuten Mangel an aktuellen deutschen wissenschaftlichen Zeitschriften. Das Institut könnte auch die Organisation gemeinsamer Forschungsprojekte sowie Begegnungen junger Wissenschaftler beider Länder fördern.

Wichtig ist weiterhin, dass eine Vereinbarung zur Koordination der Tätigkeit des Instituts mit der schon seit einigen Jahren erfolgreichen Arbeit der Deutsch-Russischen Historikerkommission unter Dach und Fach gebracht worden ist. Diese Kommission, der namhafte Historiker beider

Länder angehören, betreut eine Reihe wichtiger wissenschaftlicher Projekte, organisiert jährliche wissenschaftliche Kolloquien und trägt zur Festigung der Zusammenarbeit russischer und deutscher Historiker und Archivare bei. Auch in dieser Hinsicht wäre die wechselseitige Unterstützung der Kommission und des Deutschen Historischen Instituts wichtig und von großem Nutzen. Hilfreich dabei ist ein bewährter Mechanismus gegenseitiger Verbundenheit: Der Direktor des Deutschen Historischen Instituts ist Mitglied der Kommission und beide Vorsitzenden der Russisch-Deutschen Historikerkommission gehören dem wissenschaftlichen Beirat des Instituts an.

Insgesamt kann man mit Fug und Recht behaupten, dass die Eröffnung des Deutschen Historischen Instituts in Moskau die erfolgreiche und fruchtbare Zusammenarbeit russischer und deutscher Wissenschaftler bekräftigt und ihre Weiterentwicklung stärkt.

### **Prof. Dr. J. S. Pivovarov, Direktor des Instituts für Wissenschaftliche Information auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften (INION)**

Die Eröffnung des Deutschen Historischen Instituts Moskau ist ein großes Ereignis für die russischen Geistes- und Gesellschaftswissenschaften. Es ist allgemein bekannt, dass es vor allem der Einfluss der deutschen Wissenschaft war, unter dem im 18. Jahrhundert die Wissenschaft in Russland entstanden ist. Seitdem sind etwa 300 Jahre vergangen, und wir Russen können uns ein normales Funktionieren unserer Wissenschaft ohne die Kontakte mit den Kollegen aus Deutschland nicht mehr vorstellen.

Große Bedeutung haben für uns auch die Beziehungen zur deutschen Geschichtswissenschaft. Auf diesem Gebiet des Wissens haben russische Gelehrte wohl mehr als in anderen (vielleicht mit Ausnahme der Philosophie) auf das Neue geachtet, was an deutschen Universitäten entstanden ist. Das 20. Jahrhundert hat dieser rein wissenschaftlichen Gemeinsamkeit auch noch etwas anderes „hinzugefügt“: eine soziale Dimension. Beide Länder sind, leider, wenngleich auf verschiedene Weise, durch die blutige Epoche des Totalitarismus gegangen. Deutschland ist es eher gelungen, die Diktatur zu überwinden und den Weg einer demokratischen Entwicklung einzuschlagen. Die deutsche Erfahrung der Gestaltung einer freiheitlichen Politik und einer sozial ausgerichteten Marktwirtschaft ist für uns sehr wertvoll. Sie ist auch ein Arbeitsfeld für Historiker beider Länder, für ihre fruchtbare Zusammenarbeit.

Als Direktor des INION bin ich stolz darauf, dass die deutschen Kollegen ihre „Unterkunft“ bei uns gewählt haben. Die Mitarbeiter meines Instituts setzen große Hoffnungen auf die gute und enge Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern des Deutschen Historischen Instituts Moskau.

### **Dr. Walter Jürgen Schmid, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Russischen Föderation**

Sehr geehrter Frau Ministerin,  
sehr geehrter Herr Minister,  
sehr geehrter Herr Professor Schieder,  
sehr geehrter Herr Professor Bonwetsch,

sehr geehrte Damen und Herren,

Heute ist ein guter Tag für die deutsch-russischen Beziehungen. Nach einigen Mühen in den vergangenen Jahren eröffnen wir heute das Deutsche Historische Institut in Moskau, in der Absicht und in der Hoffnung, dass es zu einem Mittelpunkt der deutsch-russischen Geschichtsforschung werden möge. Der Ansatz gemeinsamer und vorurteilsfreier Aufarbeitung auch der dunklen Seiten unserer Geschichte während der Nazidiktatur hat wesentlich dazu beigetragen, dass wir heute mit Russland in einer fruchtbaren, strategischen Partnerschaft stehen, die Wissenschaft und Kultur einbezieht. Erst vor wenigen Monaten haben Präsident Putin und Bundeskanzler Schröder ein Dokument zur strategischen Bildungspartnerschaft unterzeichnet. Die Einrichtung des Deutschen Historischen Instituts ist, wie Sie, Herr Minister, mir kürzlich im Gespräch sagten, bereits ein Teil dieser Partnerschaft.

Ich möchte allen danken, die zu diesem Erfolg beigetragen haben. Ihnen, Herr Minister Fursenko, Herr Professor Schieder von der DGIA, dem juristische Dach des DHI, und Ihnen Herr Prof. Pivovarov, dem Direktor des INION, unter dessen Dach das DHI in Moskau seine Bleibe gefunden hat.

Mein besonderer Dank gilt der privaten Initiative, vor allem der ZEIT-Stiftung und der Krupp-Stiftung. Ohne ihren Anstoß, ihre Kreativität und Insistenz, wäre das Institut in seinen heutigen Wirkungsmöglichkeiten nicht denkbar.

Wir begehen in diesem Jahr den zweihundertsten Todestag Schillers, der sich kurz vor seinem Tod im „Demetrius“ mit der russischen Geschichte befasst hat: „Breiter wird immer die Welt, und immer mehr Neues geschieht. Ach, die Geschichte wird stets länger und kürzer das Brot.“

Es ist unbestreitbar: Die Welt ist in den letzten 200 Jahren breiter und unübersichtlicher, die Geschichte länger geworden. Auf der andern Seite ist das beeindruckende Institut, das wir heute eröffnen, doch auch ein ansehnliches Brot für diejenigen, die sich der Geschichte widmen. Ich bin mir sicher, sehr verehrter Herr Professor Bonwetsch, dass Sie und Ihre Mitarbeiter dies nutzen werden.

Ich wünsche Ihnen dabei viel Erfolg.

# **Anmerkungen zu den Aufgaben und Perspektiven eines Deutschen Historischen Instituts in Moskau**

## **Horst Möller, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München**

Erst nach dem Ende des Kalten Krieges konnte sinnvoll über die Gründung eines Deutschen Historischen Instituts in Moskau nachgedacht werden. Dies haben Osteuropa-Historiker, aber auch die damalige Bundesregierung Helmut Kohl schon zu Beginn der 1990er Jahre getan. Auch wenn seitdem mehr als ein Jahrzehnt vergangen ist, so blieb doch die Zeit zur Intensivierung der deutsch-russischen Historikerbeziehungen nicht ungenutzt: 1997 wurde auf Initiative des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl und des russischen Präsidenten Boris Jelzin die paritätisch besetzte, im Auftrag der Regierungen arbeitende Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen ins Leben gerufen. In dieser Kommission arbeiten neben Vertretern großer Institutionen, darunter der großen Archive beider Länder, Experten der russisch-sowjetischen bzw. der deutschen Geschichte sowie Repräsentanten der Geschichtswissenschaft beider Länder. Im Unterschied zu allen Deutschen Historischen Instituten im Ausland handelt es sich aber um eine Kommission, die bilateral ist. Zu ihren Aufgaben gehört es, Forschungen in beiden Ländern über die jeweils andere Geschichte sowie die bilateralen Beziehungen zu unterstützen, Anregungen zu geben, wissenschaftliche Kolloquien durchzuführen und beide Seiten zu zentralen Themen, v. a. der Geschichte des 20. Jahrhunderts, zusammenzuführen. Ein Hauptziel war und bleibt es, die Zugänglichkeit der Archive für Historiker im Rahmen der üblichen internationalen Regelungen herbeizuführen und zu sichern. Diese Aufgabenstellungen hat die Gemeinsame Kommission mit großem Erfolg vorangetrieben.

Von den zahlreichen Einzelresultaten erwähne ich nur die Erschließung der Archive der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland 1945 bis 1949, deren Bestände auch durch wissenschaftliche Projekte zugänglich gemacht wurden: Damit ist eine Analogie zur Erforschung der alliierten Besatzungspolitik der drei westlichen Besatzungsmächten in Deutschland nach 1945 ermöglicht worden.

In den Forschungen und Kolloquien wird kein Tabu-Thema ausgeschlossen, andererseits beschränken sich diese Vorhaben keineswegs auf schmerzliche Themen wie die beiden Weltkriege, das schreckliche Schicksal der Kriegsgefangenen beider Länder oder die Besatzungspolitik, sondern beziehen durchaus konstruktive und erfreuliche Phasen der deutsch-russischen Geschichte ein. So haben beispielsweise auch Kolloquien über den Moskauer Vertrag 1970, über die Erinnerungskultur oder auch die Wiedervereinigung 1989/90 stattgefunden.

Selbstverständlich sind die Aufgaben einer bilateralen, von den Regierungen eingesetzten Kommissionen von denen der Deutschen Historischen Institute im Ausland zu unterscheiden, die eben deutsche Einrichtungen im jeweils anderen Land sind. Die Deutsch-Russische Historikerkommission hat aus diesem Grund nachhaltig die Gründung eines Deutschen Historischen Instituts unterstützt und begrüßt es sehr, dass nun das DHI Moskau mit seiner Arbeit im Rahmen der Deutschen Geisteswissenschaftlichen Institute im Ausland aufgrund einer

großzügigen Startfinanzierung der ZEIT-Stiftung und der KRUPP-Stiftung beginnen kann. Wenngleich die Aufgabenstellungen unterschiedlich sind, so ist doch eine Korrespondenz der Arbeit gegeben, und aus diesem Grund sind die Vorsitzenden der Deutsch-Russischen Historikerkommission Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats des DHI Moskau, während dessen Direktor und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats Mitglieder der Deutsch-Russischen Historikerkommission sind. Wir halten eine enge Zusammenarbeit im Interesse der Sache für notwendig, zumal es, verglichen mit der Kooperation der Historiker anderer Länder, durchaus spezifische Aufgaben, aber auch großen Nachholbedarf gibt.

Die Geschichtswissenschaft ist organisatorisch in einem differenzierten System gegliedert, und natürlich gab es schon vor der Gründung der Kommission, aber auch des Deutschen Historischen Instituts in Moskau intensive Forschungen zur Geschichte Russlands bzw. der Sowjetunion in Deutschland und umgekehrt. Deshalb freuen wir uns, dass von den führenden deutschen Historikern zur Geschichte Russlands bzw. der Sowjetunion Prof. Dr. Helmut Altrichter (Universität Erlangen-Nürnberg) und Prof. Dr. Manfred Hildermeier (Universität Göttingen) in unserer Kommission engagiert mitarbeiten. Damit wird nicht allein über die Brüche hinweg eine Kontinuität der deutschen Russland-Forschung, die ja schon im 18. Jahrhundert begann und über die beispielsweise der Historiker Eduard Winter Darstellungen geschrieben und Dokumentationen publiziert hat, deutlich. Vielmehr zeigt sich zugleich die grundsätzliche Struktur der Geschichtsforschung der Bundesrepublik Deutschland, die traditionellerweise sowohl an den Universitäten mit Osteuropa-Lehrstühlen, als auch an außeruniversitären Forschungseinrichtungen und durch die Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen und das Deutsche Historische Institut Moskau organisiert ist. Zwischen all diesen Einrichtungen, die in ihrer Weise unverzichtbar sind, gibt es - und muss es geben - intensive Kooperationen.

Das DHI Moskau ist das jüngste in der Reihe Deutscher Historischer Institute im Ausland, die mit der Gründung eines Preußischen Historischen Instituts in Rom vor ca. 115 Jahren begonnen hat. Es folgten die Deutschen Historischen Institute in Paris, in London, in Washington, in Warschau und nun auch in Moskau. Es gibt durchaus Berührungspunkte, aber auch große Unterschiede in der Aufgabenstellung dieser Institute. Es versteht sich auch, dass das DHI Warschau aufgrund der Lage Polens zwischen Russland und Deutschland, die seit dem 18. Jahrhundert immer wieder zur Aufteilung bzw. Besetzung Polens geführt hat, ein besonderes Interesse an der Arbeit des DHI Moskau hat. Für alle Deutschen Historischen Institute im Ausland gilt, dass sie einer bilateralen, aber auch einer europäischen Perspektive verpflichtet sind und dass sie sich nicht auf die Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts beschränken, sondern - wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß - das 19. Jahrhundert, die Frühe Neuzeit und das Mittelalter in die Betrachtung einbeziehen. Obwohl ich selbst Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München - Berlin bin, halte ich die Einbeziehung früherer Epochen und Jahrhunderte in die Arbeit des DHI Moskau doch für thematisch und methodisch zwingend. Die Beschäftigung mit dem 20. Jahrhundert ist aufgrund der Bedeutung, aber auch der Quellenmassen dieses Jahrhunderts für die Geschichte notwendig. Die Erweiterung der Perspektive in den bilateralen Beziehungen zeigt aber immer wieder, dass man die Geschichte, auch die der Beziehungen Russlands und Deutschlands, nicht auf die Kriegsgeschichte und die problematischen Epochen beschränken kann.

Nicht allein die Weltkriege, auch der Kalte Krieg hat, wie wir wissen, die Gründung eines Deutschen Historischen Instituts in Moskau ausgeschlossen. Wir ersehen daraus, dass es politische Voraussetzungen für die Etablierung freier Forschung gibt, und diese bestehen zweifellos in der Demokratisierung von Staat und Gesellschaft. Eine solche historische Erfahrung ist heute für die meisten Länder selbst ein Thema der Forschung und der gesellschaftlichen Debatte, nämlich die jeweilige nationale Erinnerungskultur, die es immer mit äußerst schmerzlichen Erfahrungen zu tun hat und die ohne eine nationale Selbstkritik nicht möglich ist. Die Erfahrung der Deutschen nach 1945 war eindeutig: Ohne eine vorbehaltlose und nachhaltige Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Diktatur, ihren Massenverbrechen, auch ihren massenhaften Besatzungsverbrechen, beispielsweise in der Sowjetunion und in Polen, auf andere Weise in Westeuropa, wäre der Weg zur Demokratie und die Stabilisierung der Demokratie in Westdeutschland nach 1945 nicht möglich gewesen. Und so unterschiedlich die Wege in vielem waren, so klar ist auch: Deutschland und Russland haben über Jahrzehnte hinweg Diktaturerfahrungen, die Deutschen eine doppelte Diktaturerfahrung. Beide Länder haben auch die Besatzung des eigenen Landes erlitten – eine Besatzung, die ebenfalls diktatorisch war und zu der jeweils eine spezifische und im Ausmaß sehr unterschiedliche Besatzungskriminalität gehörte. Mit anderen Worten: Thematisch gibt es sowohl die Erfahrung der Diktatur als auch die der Demokratisierung in beiden Ländern: In Deutschland nach 1918 und nach 1945 bzw. nach 1989 seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Diktatur in der DDR, in Russland seit 1991. In beiden Ländern hat die Forschung zur Zeitgeschichte deshalb neben vielen Unterschiedlichkeiten auch analoge Bezüge, die, wie wir wissen, auch einen Vergleich der nationalsozialistischen und der bolschewistischen Diktatur provozieren - ein Vergleich in dem Sinne, dass neben Analogien auch gravierende Differenzen bestehen. Identisches braucht man nicht zu vergleichen, das wäre unfruchtbar.

Ich habe schon erwähnt, dass es nicht allein eine deutsche Russlandkunde seit dem 18. Jahrhundert gab, sondern auch sehr positiv zu bewertende Epochen in der Geschichte beider Länder, was nicht allein eine konstruktive Politik, sondern auch eine wechselseitige kulturelle Befruchtung bedeutet. So hat bereits einer der Historiographen der Aufklärung, August Ludwig Schlözer in Göttingen, sich intensiv mit Russland befasst; so hat es nicht allein zu Zeiten Peters des Großen eine enge kulturelle und wirtschaftliche Kooperation gegeben, die Sankt Petersburg zum Fenster Russlands nach Westeuropa machte, sondern danach beispielsweise auch die europäische Aufklärung, die zwar in Russland nicht die Breite erlangt hat wie beispielsweise in Frankreich, Deutschland und England, aber dennoch bemerkenswert ist und große Vertreter, beispielsweise Lomonosov, hervorgebracht hat. Und im Bereich der internationalen Beziehungen existierten vom 18. bis zum 20. Jahrhundert immer wieder enge Kooperationen: friedensbewahrende wie zu Zeiten Bismarcks, friedensgefährdende wie 1939.

Die Aufgabe des Deutschen Historischen Instituts Moskau besteht meines Erachtens darin, die epochale Vielfalt und die sachliche Komplexität der deutsch-russischen Geschichte deutlich zu machen und, wie im Falle anderer Deutscher Historischer Institute im Ausland auch, aus der unterschiedlichen thematischen Schwerpunktsetzung und den unterschiedlichen methodischen Ausrichtungen nationaler Historiographien für die eigene Thematik und Methodik die Perspektiven zu erweitern. Das DHI Moskau sollte meines Erachtens in der Wahl seiner Themen und der Methode keiner Reduktion verfallen - auch keinen modischen Reduktionen, wie sie innerhalb der Wissenschaft, auch der Geschichtswissenschaft, immer wieder auftreten -, sondern die zeitliche, thematische und methodische Offenheit zur Richtschnur nehmen. Dabei wird einmal mehr deutlich, dass auch die Geschichte Russlands europäische Geschichte ist und dass die



wechselseitigen Spiegelungen zwischen der Geschichte Deutschlands und Russlands wie derjeniger anderer europäischer Länder ihre Spezifik über die Jahrhunderte hinweg entwickelt haben. Dabei sollen in den Forschungen, wie ich schon in bezug auf die Themenstellung andeutete, immer wieder komparatistische Fragestellungen in europäischer Perspektive verfolgt werden. Das Deutsche Historische Institut kann selbstverständlich an große Forschungstraditionen anknüpfen, wie sie beispielsweise durch die Namen Reinhard Wittram, Günther Stökl, Georg von Rauch, Karlheinz Ruffmann, Gottfried Schramm, Dietrich Geyer, Klaus Zernack, Helmut Altrichter und Manfred Hildermeier bezeichnet werden. Dabei ist immer wieder auch ein europäischer, ja sogar ein globalisierter Blick für einzelne Themen notwendig, wie beispielsweise bei der Untersuchung des Aufstiegs und des Untergangs von Imperien.

Doch möchte ich davor warnen, ein solches Institut wie das DHI Moskau zu überfordern. Aus eigener Erfahrung als früherer Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Paris, das immerhin schon eine jahrzehntelange Forschungstradition hat und auch größere Personalkapazitäten, weiß ich: Unter den vielen sinnvollen und wünschbaren Themen wird man immer nur einen kleineren Teil bearbeiten können, und es ist in diesem Fall besser, wenn es sich um systematisch ausgewählte wenige Themen handelt, die ertragreich und methodisch sauber behandelt werden, als ein flatterhaftes Agieren in einem tatsächlich schier unübersehbaren Raum von Forschungsmöglichkeiten. Auch deshalb habe ich so stark betont, dass die Geschichtsforschung ein differenziertes System mit Universitätslehrstühlen, mit außeruniversitären Forschungen, mit Kommissionen und Instituten ist, die jeweils auf ihre spezifische Weise zur gemeinsamen Aufgabe beitragen.

Es kommt also erstens darauf an, dass zentrale Forschungsfelder aus unterschiedlichen Epochen definiert werden und dass innerhalb dieser zentralen Felder spezifische, im weiteren Sinne als exemplarisch angesehene Studien durchgeführt werden. Mit wenigen wissenschaftlichen Mitarbeitern werden das auch nur wenige Themen sein können. Zu solchen Themen gehören nicht zuletzt solche, die eine komparatistische Perspektive für die deutsche und die russische Geschichte haben.

Eine zweite wesentliche Aufgabe besteht meines Erachtens darin, eine sehr gute Arbeitsbibliothek zu erstellen, die russischen Forschern Zugang zur deutschen und westeuropäischen Geschichte ermöglicht, indem sie klassische und neuere Werke sowie die wesentlichen Zeitschriften in Moskau zugänglich macht.

Der dritte wesentliche Aufgabenbereich besteht selbstverständlich in der Vermittlung zwischen etablierten Forschern beider Länder, ganz besonders aber in der Nachwuchsförderung, wobei es im Moskauer, analog dem Warschauer Fall, meines Erachtens darauf ankommt, nicht allein deutsche Historiker in das Gastland zu bringen, sondern auch russischen Historikern, v. a. auch Nachwuchswissenschaftlern, die Möglichkeit zu vermitteln oder zu finanzieren, in Deutschland zu arbeiten.

Eine vierte Aufgabe besteht meines Erachtens in der sehr engen Zusammenarbeit nicht allein mit den genannten deutschen Aktivitäten zur Russlandforschung oder zur Erforschung der bilateralen Beziehungen, sondern außerdem mit den einschlägigen russischen Institutionen, beispielsweise der Russischen Akademie der Wissenschaften, aber sicher nicht ausschließlich mit Moskauer Einrichtungen.

Eine fünfte und letzte Aufgabe wird nur indirekt verfolgt werden können. Hier handelt es sich um den Beitrag zur historisch-politischen Bildung, den alle Geschichtsforschung und ihre populäre Vermittlung für ein breiteres Publikum leistet. Die Forschung hat ihre eigenen Gesetze und ist nicht Pädagogik. Die Nutzung historischer Erkenntnisse für die historisch-politische Bildung ist jedoch eine notwendige Aufgabe, und so kann man auch heute bei einem besonders erfolgreichen Beispiel der wissenschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Kooperation wie der deutsch-französischen Zusammenarbeit sagen: Das gerade in Vorbereitung befindliche deutsch-französische Geschichtsbuch, das von den Kultusministern beider Staaten als Lehrbuch zugelassen und empfohlen werden soll, wäre ohne die freundschaftliche Kooperation von Geschichtswissenschaftlern (und auch von Politikern und Beamten) Deutschlands und Frankreichs nicht möglich gewesen. Auf das Deutsche Historische Institut wartet eine große Aufgabe, die aber realistischerweise nur nach und nach und nur exemplarisch erfüllt werden kann.

## **Jürgen Kocka, Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung**

Die anderthalb Jahrzehnte seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, der Auflösung der Blöcke und dem Ende des West-Ost-Gegensatzes sind durch einen anhaltenden Schub der Transnationalisierung, tendenziell: der Globalisierung, geprägt. Damit sind grenzüberschreitende Bewegungen, Beziehungen und Verflechtungen mit teils regionaler, teils globaler, jedoch immer transnationaler Reichweite in den Bereichen Ökonomie, Kommunikation, Migration, Kultur und Politik gemeint, die zwar die Welt nicht homogener gemacht, jedoch dafür gesorgt haben, dass grenzüberschreitende Zusammenhänge im Sinn von grenzüberschreitenden Wahrnehmungen, Wechselwirkungen, Kohärenzen und Konflikten immens an Gewicht gewonnen haben und weiter gewinnen. Zwar reichen Prozesse der Transnationalisierung, auch der Globalisierung, Jahrhunderte weit zurück. Im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert gewannen sie vorübergehend besonders an Schwung. Insofern sind sie nicht neu. Aber ihre Intensität und Verbreitung sind in den letzten anderthalb Jahrzehnten ungeheuer gewachsen, so dass Globalisierung als epochenspezifisches Merkmal der Gegenwart gelten kann. Diese Prozesse werden unterschiedlich erfahren und kontrovers diskutiert.

In der Geschichtswissenschaft hat sich dieser Schub beschleunigter Globalisierung nicht nur in einer weiteren Zunahme der grenzüberschreitenden Kommunikation der Historiker niedergeschlagen, sondern auch in der neuen Entwicklung oder doch neuen Betonung transnationaler Fragestellungen, Zugriffe und Forschungen. Zwar bleibt überall die Nationalgeschichte der wichtigste Rahmen, in dem Geschichte erforscht, gelenkt und verbreitet wird. Doch daneben hat das Interesse an Weltgeschichte bzw. Globalgeschichte einen immensen Aufschwung erfahren. Neue Schlagworte bürgern sich ein, wie „Verflechtungsgeschichte“, „entangled histories“, „histoire croisée“. Grenzüberschreitungen haben Konjunktur, und in diesem intellektuellen Klima wird der Geschichte der Wechselverhältnisse zwischen Europa und nicht-europäischen Teilen der Welt – zwischen „the west and the rest“ – erhebliche Aufmerksamkeit zugewendet, zum Teil im Geist der „postcolonial studies“. Sieht man die Programme der letzten Internationalen Historikerkongresse – 1985 Stuttgart, 1990 Madrid, 1995 Montreal, 2000 Oslo, 2005 Sydney – vergleichend durch, bemerkt man den Trend zu globalgeschichtlichen Themen sehr deutlich. Die Geschichte der internationalen Politik kommt im breiteren Kontext – als Teil transnationaler Prozesse – zurück.

In dieser jüngsten Erweiterung und Umakzentuierung der geschichtswissenschaftlichen Interessen und Probleme verfügt die deutsche Geschichtswissenschaft mit den Auslandsinstituten über ein wichtiges Kapital, um das sie andere Geschichtswissenschaften nur beneiden können. Allerdings müssten die Deutschen Historischen Institute in den Hauptstädten wichtiger Partnerländer diese gegenwärtig stattfindende Öffnung des geschichtswissenschaftlichen Fragens, Forschens und Darstellens auch für sich akzeptieren. Dies wünsche ich mir vom neuen Deutschen Historischen Institut in Moskau. Ich wünsche mir, dass es den Arbeiten zur deutsch-russischen Beziehungsgeschichte, zur Geschichte Russlands und der Geschichte Deutschlands zwar den ersten Platz einräumt, sie aber in breiten transnationalen und transdisziplinären Zusammenhängen einbettet. Was soll das heißen?

Einerseits sollte verflechtungsgeschichtlichen Momenten hinreichend Rechnung getragen werden. Der wechselseitigen Wahrnehmung, dem Transfer von Menschen, Ideen und Gütern, der gegenseitigen Beeinflussung, den grenzüberschreitenden Bezügen und Prägungen sollte große Aufmerksamkeit gewidmet werden, also etwa wissenschaftsgeschichtlich dem Verhältnis der Akademien St. Petersburg, Berlin, Paris und London seit dem 18. Jahrhundert; oder den Kriegen als wichtigen politischen Prozessen und verheerenden sozialen Erfahrungen, die auch den Blick auf die Völker zwischen den Russen und Deutschen lenkt; oder der gegenseitigen Wahrnehmung, Stilisierung und Darstellung in einer Erinnerungsgeschichte mit kritischer Absicht. Jeweils käme es darauf an, die deutsche und die russische Seite als Teile umfassender, vielseitiger Zusammenhänge zu sehen, beispielsweise beide als Formen europäischer Existenz.

Andererseits empfiehlt sich weiterhin der Vergleich, also die systematische Frage nach Ähnlichkeiten und Unterschieden, um auf dieser Basis besser fragen, beschreiben und erklären zu können. Die Möglichkeiten sind unbegrenzt. Natürlich gehört der Vergleich zwischen Stalins und Hitlers Diktatur, also der Vergleich der beiden totalitärsten Diktaturen des 20. Jahrhunderts dazu, mit dem Ziel, sie im Spiegel der jeweils anderen besser zu begreifen oder auch mit dem Ziel, die Kenntnis der Anatomie von Diktaturen des 20. Jahrhunderts und ihrer Überwindung zu fördern. Freier Zugang zu archivarischen Quellen ist dafür unabdingbar, aber laut Besorgnis erregenden Nachrichten, die uns erreichen, nicht immer gewährleistet. Sehr viel weniger ausgetreten ist der Pfad des Vergleichens zwischen der DDR und der Sowjetunion 1950-1990. Er erlaubt es, die Ausprägungen, das Funktionieren und das Scheitern sozialistisch-kommunistischer Systeme unter sehr unterschiedlichen geographisch-historisch-sozialen Bedingungen zu studieren, dabei allerdings die asymmetrische Verflechtung zwischen beiden nicht aus den Augen zu verlieren. Im Hinblick auf die Zeit vor 1914/17 hat es sich in der letzten Zeit als ertragreich erwiesen, zivilgesellschaftliche Tendenzen in den großen Städten des Deutschen und des zaristischen Reichs im Vergleich zu untersuchen. Bürgertum, Bürgerlichkeit, *citizenship*, der Umgang mit Minderheiten, zum Beispiel mit Juden, lassen sich im Anschluss daran für jene Zeit vergleichen, in all ihrer deutsch-russischen Unterschiedlichkeit.

Darüber hinaus könnte die Erforschung deutsch-russischer, russischer und deutscher Phänomene unter Berücksichtigung umfassender, tendenziell globaler Perspektiven erfolgen; diese sollten jedenfalls nicht ganz vergessen werden, sondern als Fragen generierender und Argumente strukturierender Rahmen genutzt werden. Beispielsweise ließe sich manches an der Geschichte der beiden Kaiserreiche mit der gegenwärtig intensiven Debatte über Struktur und Geschichte der Imperien verknüpfen. Dass nicht nur europäische Mächte und Vorbilder außerhalb Europas gewirkt haben, sondern umgekehrt auch „die Anderen“, die Kolonialisierten, die Beeinflussten in benachbarten Kontinenten auf Europa und die Europäer prägend rückgewirkt haben, ist ein derzeit oft beschworener Gesichtspunkt globalgeschichtlich orientierter Historiker. Wie weit dies wirklich der Fall war, bleibt aber noch zu untersuchen. Vor allem dürften sich die verschiedenen Teile Europas im Grad und in der Art ihrer Verflechtung mit außereuropäischer Geschichte tief greifend unterschieden haben. Das deutschsprachige Mitteleuropa blieb in dieser Hinsicht weniger „entangled“ als der koloniale und imperial viel aktivere Westen. Und wie steht es mit Russland mit seiner enormen Expansion in den asiatischen Raum? Manches in der deutschen und russischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts könnte in diesen Diskussionszusammenhang einbezogen werden und dadurch in neuem Licht erscheinen.

Es liegt auf der Hand, dass – aus deutscher Perspektive gesprochen – über solche Ansätze die Geschichte Russlands von einer Spezialität für sich arbeitender und unter sich bleibender

Osteuropa-Historiker zu einem wichtigen Bestandteil der allgemeinen Geschichte werden könnte. Ich hoffe, das DHI Moskau wird dazu beitragen.

Schließlich sei daran erinnert, dass Geschichte nicht nur eine Fachwissenschaft ist, nicht nur etwas, was Fachkollegen für Fachkollegen betreiben. Vielmehr besitzt, was Historiker tun, auch oft einen Öffentlichkeitsbezug. Geschichte kann viel mit Zivilgesellschaft zu tun haben, denn für ihre Bewahrung und Kritik sind nicht nur staatliche Organe und staatliche Institutionen zuständig, sondern auch Stiftungen, Vereine, Initiativen usw. Das DHI Moskau, das in hohem Maß von der Zivilgesellschaft aus mitgegründet worden ist, wird sich den daraus erwachsenden Verpflichtungen sicherlich gewachsen erweisen.

## **Manfred Hildermeier, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des DHI Moskau**

Es versteht sich von selbst, dass nach dem Ende des Kalten Krieges nicht zuletzt die deutsch-russischen Beziehungen auf eine neue Grundlage zu stellen waren. Zum einen war dies der Fall, weil die Teilung Europas mitten durch Deutschland ging. Über das Schicksal der ehemaligen DDR ist wohl am intensivsten nachgedacht worden; die Verhandlungen über den Abzug der Roten Armee und die Zugehörigkeit des wiedervereinigten deutschen Staates zur NATO waren besonders schwierig. Zum anderen gehörte zu den Besitzern des „europäischen Hauses“, in dem Gorbachev nach seinem bekannten Wort ein „Zimmer“ für Russland einrichten wollte – und der erste Präsident der neuen Russischen Föderation, Boris El'cin, ist ihm darin ausnahmsweise gefolgt – nicht zuletzt die Bundesrepublik und danach das wiedervereinigte Deutschland. Nicht ohne Grund hat der jetzige Präsident Putin dieses Wort daher in seiner Berliner Rede im Reichstag im Jahr 2002 wiederholt. Deutschland und Russland waren – und sind, wie ein Blick auf die jüngere Geschichte verdeutlicht, erneut - in besonderem Maße auf einander bezogen und miteinander verbunden.

Eben dies ist natürlich von Anfang an gesehen worden und hat bereits in den Wendejahren 1989-1991 zu Überlegungen geführt, nach dem Vorbild ähnlicher Einrichtungen in Rom (gegründet 1888), in Paris (gegründet 1958), in London (gegründet 1975) und Washington (gegründet 1987) auch ein Deutsches Historisches Institut in Moskau ins Leben zu rufen. Allerdings kamen die Beteiligten seinerzeit bald zu dem Schluss, dass die Lage in Russland noch zu unübersichtlich sei, als dass man hätte dauerhaft in ein solches Unternehmen investieren können. Dies war bekanntlich nicht falsch, da letztlich erst die Annahme der neuen Verfassung und die ersten Dumawahlen im Dezember 1993 Klarheit über den weiteren Kurs des Landes gebracht haben.

Dafür wurde in demselben Jahr aber eine andere Einrichtung, und dies sogar auf Regierungsebene, verabredet, die der Besonderheit und den besonderen Problemen vor allem der deutsch-sowjetischen Beziehungen im 20. Jahrhundert Rechnung tragen sollte: die Deutsch-Russische Historikerkommission. Ich habe sie daher stets – und ich denke: sie sich selbst auch – als Markstein auf dem Weg zu einer permanenten Repräsentanz der deutschen Geschichtswissenschaft im neuen Russland gesehen. Insofern hat nicht zuletzt sie die Entwicklung maßgeblich befördert, die zum heutigen Tag geführt hat.

Zugleich ist ein Deutsches Historisches Institut natürlich eine Einrichtung anderer Art mit anderen Aufgaben, die an dieser Stelle kurz skizziert seien:

Ein DHI in Moskau sollte nach dem Vorbild der jüngeren Neugründungen in London, Washington und Warschau (1993) dem allgemeinen Ziel dienen, auf der Grundlage der wissenschaftlichen Erforschung der russisch-deutschen Geschichte als Beziehungs- und Transfergeschichte im Kontext der gesamteuropäischen Geschichte zur besseren Verständigung der beiden Länder und Kulturen sowie der Annäherung zwischen ihnen beizutragen. In diesem Sinne sollte es eine wissenschaftlich begründete „Übersetzungsleistung“ in einem breiten Verständnis erbringen und die Zugehörigkeit Russlands und seiner geistigen Kultur zur europäischen in Vergangenheit und Gegenwart verdeutlichen helfen.

„Stoff“, Gegenstände und Voraussetzungen dafür gibt es genug. Außer Frankreich und Polen dürfte es keinen Staat in und außerhalb Europas geben, mit dem Deutschland in der neueren Geschichte im Guten wie im Schlechten so eng verbunden war. Seit Peter dem Großen, der an der Wende zum 18. Jahrhundert das „Fenster nach Europa“ aufstieß, richtete sich Russlands Interesse primär auf den deutschen historisch-kulturellen Raum. Wie bekannt, verheiratete Peter seine beiden Kinder als Teil eines außen- und kulturpolitischen Programms mit Angehörigen deutscher Fürstenhäuser. Die meisten Zarinnen des Ancien Régime stammten aus deutschen Fürstenhäusern, und eine von ihnen, Katharina II., an die man sich inzwischen wieder gern erinnert, avancierte zu einer der bedeutendsten Herrscherpersönlichkeiten nicht nur des 18. Jahrhunderts. Im 19. Jahrhundert stieg Deutschland zum wichtigsten Wirtschafts- und Handelspartner auf. Nicht zuletzt wurde Deutschland zum Vorbild für Kultur und Wissenschaft. Kein Geringerer als Leibniz entwarf den Plan für die Gründung der St. Petersburger Akademie der Wissenschaften, und zahlreiche deutsche Professoren prägten bis weit ins 19. Jahrhundert hinein die Entwicklung von Forschung und Wissenschaft an den russischen Universitäten.

Auch die frühe Sowjetunion hat die deutsche Herkunft ihrer Staatsideologie und die führende Rolle der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg nie vergessen. Nach 1945 bildete die DDR den wichtigsten Vorposten der sozialistischen Welt, während die Bundesrepublik als Handels- und politischer Gesprächspartner eine herausgehobene Position in Europa einnahm. Nicht zufällig wurde das Ende der Nachkriegszeit durch die neue Ostpolitik der Bundesrepublik und die korrespondierende sowjetische „Westpolitik“ nach 1969 eingeleitet, und nicht zufällig fiel auch die zentrale Entscheidung über den Fortbestand des Ostblocks in Bezug auf die DDR.

Zugleich sind im letzten Jahrhundert schreckliche Kriege zwischen Deutschland und Russland bzw. der Sowjetunion geführt worden. Für außereuropäische Beobachter schwer verständlich, folgte nach fast zwei Jahrhunderten der Verbundenheit 1914-18 eine Konfrontation im Ungeist des Nationalismus. Das Zweckbündnis von Rapallo (1922) mündete nach dem Aufstieg des Nationalsozialismus trotz des Hitler-Stalin-Pakts (August 1939) in die Katastrophe des deutschen Überfalls vom Juni 1941. Seit Beginn des „Kalten Krieges“ zwischen den Blöcken und der Bildung der beiden deutschen Staaten 1949 wurden die innerdeutsche Grenze und besonders Berlin zu Brennpunkten von globaler Bedeutung. Berlinkrise und Mauerbau stehen für einen Zustand von Labilität und permanenter Spannung, der nur langsam in vertraglich geregelte Koexistenz zu überführen war.

Aus diesen und anderen Gründen sollte sich die Arbeit des DHI nicht allein auf das 20. Jahrhundert beschränken, sondern sich über den gesamten Zeitraum zumindest der letzten drei Jahrhunderte erstrecken. Auch zeitlich noch weiter zurückreichende Projekte sollten nur aus personellen und sonstigen Kapazitätsgründen, jedoch nicht grundsätzlich ausgeschlossen sein.

Mit Blick auf diesen großen Zeitraum sollte das DHI vor allem folgende Aufgaben wahrnehmen:

1. Neue Dokumente und Quellen erschließen und dies auf mittlere Sicht möglichst in längerfristigen und größeren Unternehmungen, als sie üblicherweise an Universitäten möglich sind.
2. Forschungen zur gegenseitigen Beziehungs- und Transfergeschichte durchführen, anregen und fördern. Kaum ein Land hat aus den genannten Gründen so viel von Deutschland übernommen wie Russland. Diese Rezeptionsgeschichte ist im wesentlichen nur am Beispiel der großen Reformen, von der Magistratsreform Peters des Großen über die katharinäische Stadtreform bis zur Aufhebung der Leibeigenschaft unter Alexander II. bearbeitet worden, nicht aber für die vielen weniger bedeutenden Maßnahmen und im Gesamtzusammenhang.
3. Historische Probleme von genereller Bedeutung (man denke nur an den Totalitarismus) möglichst in vergleichender Absicht oder vergleichsvorbereitend untersuchen.

Diese sachlich-wissenschaftlichen Aufgaben sollte das DHI mit spezifischen Zielen und Zwecken verbinden, so vor allem:

4. Die Förderung der Kooperation mit russischen Kollegen, die für alle größeren Projekte vorgesehen werden sollte. Es ist eine der vorrangigen Aufgaben aller Deutschen Historischen Institute, die Zusammenarbeit und Verständigung mit den Wissenschaften des Gastlandes zu intensivieren.
5. Durchführung von Konferenzen und Symposien, die sicher meist in Verbindung mit den Projekten stehen werden. Das DHI Moskau kann und soll vor Ort im Wissenschaftsbetrieb präsent sein und Teil des bestehenden Netzwerks werden. Dabei sollte es sich jedoch nicht auf die beiden Hauptstädte beschränken. Das DHI hat zwar seinen Sitz in Moskau und mitten im Herzen seines Akademie-Viertels, aber es ist kein DHI Moskau, sondern sollte darüber hinaus nicht nur mit St. Petersburg in enge Beziehungen treten, sondern auch mit den größeren Regionaluniversitäten.
6. Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die ebenfalls zu den Kernaufgaben aller Deutschen Historischen Institute gehört. Diese Aktivität, primär durch Stipendien verwirklicht, sollte sowohl deutschen Wissenschaftlern, die sich um einschlägige Themen der russisch-deutschen bzw. osteuropäisch-mittel/westeuropäischen Geschichte bemühen, als auch jungen russischen Historikern zugute kommen. Vermutlich wird es sinnvoll sein, einen Teil der Fördermaßnahmen für sie zu reservieren und entsprechend auszuschreiben.
6. Der Aufbau einer modern ausgestatteten, leistungsfähigen Bibliothek, einer Unternehmung, die vielleicht gerade in Russland von besonderer Bedeutung sein wird. Diese Bibliothek soll eine zentrale Informationsquelle und Arbeitseinrichtung für alle sein, die sich über deutsch-russische Beziehungen hinaus mit deutscher Geschichte in Mittel- und Westeuropa befassen. Deshalb soll sie von vornherein mit moderner EDV-Ausstattung versehen werden und ein elektronischer Katalog aufgebaut werden, der landesweit abfragbar ist.
7. Eine allgemeine „Übersetzungsleistung“ in Gestalt z. B. der Begründung einer Buchreihe mit Übersetzungen herausragender russischer und deutscher geschichtswissenschaftlicher Werke in die jeweils andere Sprache. Auch Serviceangebote anderer Art, die sich der Möglichkeiten des Internets bedienen könnten, wie die online-Aufbereitung von Primär- und Sekundärtexten, sind nicht nur denkbar, sondern auch erwünscht.

Viele weitere Aufgaben, die sich weder vorhersehen noch planen lassen, werden hinzukommen. Sie alle dürften um das Hauptziel kreisen: die Kooperation zwischen der deutschen und der russischen Geschichtswissenschaft zu vertiefen und eine Anlaufstelle für historische Forschung - sicher in einem breiten, disziplinar nicht verengten Sinn - in Russland sowie für Forschungen von Deutschland aus zu sein. Ich bin sicher, dass ein Deutsches Historisches Institut mit solchen Zielen und Aktivitäten gar nicht anders kann, als erfolgreich zu sein.



# **Deutschland und Russland: Parallele Geschichte – geschichtliche Parallelen“. Beiträge zum Kolloquium**

**Hagen Schulze, London**

## **Gibt es eine dauerhafte Identität der deutschen Geschichte?**

Gibt es eine langwirkende deutsche Kontinuität? Ein auf lange Dauer angelegtes Gemeinschaftsbewusstsein ist Sache der Deutschen anscheinend nicht. Ohnehin wissen wir, verglichen mit unseren Nachbarn, erst seit recht kurzer Zeit, dass wir Deutschen eine Nation sind. Bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts wurde in Mitteleuropa entweder Reichsgeschichte geschrieben und wahrgenommen, und die umfasste Italiener, Tschechen und Burgunder nicht weniger als Deutsche, oder aber Territorialgeschichte, etwa die Geschichten Bayerns, Sachsens oder des Fürst-Erzbistums Salzburg. Mit dem späten Erwachen einer deutschen Nationalbewegung aus den Umwälzungen der napoleonischen Epoche wuchs aber auch hier das Bedürfnis nach Legitimation durch nationale Kontinuität. Da eine solche Kontinuität der Deutschen nicht bestand, musste sie erfunden werden. Da wurde Preußen zum jahrhundertealten Sachwalter deutscher Nationalgeschichte ernannt oder ein großer Bogen aus mythisch verklärten Vorgeschichten bis in die Gegenwart geschlagen, beginnend mit dem Staufischen Mittelalter, mit dem Germanien des Tacitus oder mit der edlen Einfalt des klassischen Griechenland, wie Winckelmann oder Wilhelm v. Humboldt es erträumten und umstandslos in die deutsche Gegenwart um 1800 transponierten. So entstanden viele deutsche Nationalgeschichten, zumindest so viele, wie es politische Zukunftserwartungen gab. Der norddeutsche Bildungsbürger fand sich in durchaus anderen historischen Kontinuitäten als der katholische Handwerker, die Geschichtsbilder des ostpreußischen Junkers hatten mit denen eines sozialdemokratischen Fabrikarbeiters kaum etwas gemeinsam, und zudem änderten sich die historischen Zusammenhänge und Schwerpunkte mit dem geographischen Standpunkt: Von Berlin aus ließ sich eine durchaus andere deutsche Geschichte schreiben als aus den Perspektiven Münchens, Frankfurts, Stuttgarts oder Wiens. Historische Daten, erinnerungswerte Ereignisse und Namen, Feste und Gedenktage - das alles war und blieb über Jahrhunderte verschieden.

Die späte Geburt der deutschen Nation als bewusste politische Einheit hat verhindert, dass die vielen deutschen Geschichten in eine Geschichte zusammenwachsen. Und zum Unheil Deutschlands war es Adolf Hitler, der als erster und letzter deutscher Staatsmann versuchte, die vielen deutschen Traditionen und Geschichtsbilder in der politischen Wirklichkeit zusammen zu zwingen: Arminius und Barbarossa, Karl den Großen und Widukind, Friedrich den Großen und Prinz Eugen, Windischgraetz und Bismarck, alle die disparaten, auseinanderstrebenden, widerspruchsvollen Mythen des deutschen Nationalbewusstseins. Nur ein einziges Mal in der deutschen Geschichte wurden Träume und Wirklichkeit aller Deutscher zusammengebracht: Im Alptraum des "Großdeutschen Reichs".

Und da das Großdeutsche Reich und der Ruin der deutschen Geschichte zusammengehörten, beschlossen die Deutschen nach 1945 ihren Austritt aus der Geschichte. In der sowjetischen Besatzungszone wurde die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte einstweilen mit der Spitzhacke geführt. Gutshäuser der vormals landbeherrschenden Adelselite wurden aus der Landschaft radiert, als habe es sie niemals gegeben, das Berliner Schloss, der Turm der

Potsdamer Garnisonskirche als Denkmäler des "Preußischen Militarismus" geschleift, Rauchs Statue Friedrichs des Großen von ihrem Platz auf dem Berliner Lindenforum entfernt, Dörfer und Städte umbenannt. Der neue deutsche sozialistische Staat sollte aus dem Nichts entstehen, die Unschuld der Deutschen Demokratischen Republik an der deutschen Geschichte bedurfte der *tabula rasa*.

Der westliche Teil Deutschlands war nicht weniger vergangenheitsmüde. Die "deutsche Katastrophe", die Friedrich Meinecke in seinem Essay von 1946 beklagte, bestand nicht allein im politischen und militärischen Geschehen der Zeit, sondern in erster Linie im Auseinanderfallen von Nationalgeschichte und Sittlichkeit, von Macht und Geist. Der Traum des deutschen 19. Jahrhunderts von einer deutschen Nationalgeschichte hatte große Verheißungen für die Zukunft der deutschen Nation enthalten; die deutsche Wirklichkeit des 20. Jahrhunderts war durch Niederlagen, Zusammenbrüche und Verbrechen verdunkelt. Der Schweizer Historiker Jakob Burckhardt hatte einst den "siegesdeutschen Anstrich" der deutschen Historie ironisiert; mit der Auflösung dieses Anstrichs fiel die deutsche Geschichte auseinander. Wenn Alfred Heuss 1959 vom "Verlust der Geschichte" sprach, dann meinte er nicht nur das Desinteresse der Deutschen an ihren historischen Wurzeln, sondern er beklagte auch, dass ein Zusammenhang deutscher Geschichte, der vom Mittelalter in die unmittelbare Gegenwart führte, nicht mehr erkennbar sei. Die Zukunft der Nation war zerbrochen, Nationalgeschichte daher sinnlos.

Eine Zeitlang waren das hauptsächlich Probleme einer kleinen Expertenzeit; für die Bewohner Westdeutschlands schien es ein komfortabler Zustand, die Geschichte zu verdrängen, die Gegenwart mit ihren hohen industriellen Wachstumsraten und dem zunehmenden Massenwohlstand zu genießen und etwas erstaunt die übrige Welt zu betrachten, in der das Prinzip der nationalen Identität ungebrochen herrschte und seine politische Wirksamkeit Tag für Tag unter Beweis stellte.

Dieser Zustand bekömmlichen inneren Wohlstandes und seliger außenpolitischer Verantwortungslosigkeit änderte sich jedoch seit Mitte der 1970er Jahre. Die problemlose Einbettung der Bundesrepublik Deutschland in ein stabiles Bündnissystem ging ebenso zu Ende wie der lange Wirtschaftsboom der Nachkriegszeit. Unruhe, Angst, Identitätszweifel und Orientierungsverlust erschüttern die Gesellschaft. In solchen Zeiten wächst das Bedürfnis nach kollektiver Identität. Es hatte deswegen nichts mit "Nostalgiewelle" oder reaktionärem Bewusstsein zu tun, wenn auf massive öffentliche Proteste hin der Geschichtsunterricht in die Schulen zurückkehrte, wenn historische Ausstellungen und Museen die Menschen in Massen anzogen, wenn die geschichtliche Sachbuchliteratur einen Aufschwung wie einst im 19. Jahrhundert nahm. Ähnliches fand auch in dem zweiten deutschen Staat statt. Die DDR hatte sich ebenso von ihrer ursprünglichen historischen Abstinenz gelöst, was vor allem daran deutlich wurde, dass die Geschichte Preußens als historisches Erbe der DDR entdeckt wurde. Eine - übrigens in vieler Hinsicht vorzügliche - Biographie Friedrichs II. aus der Feder Ingrid Mittenzweigs war in kürzester Zeit vergriffen, Clausewitz- und Schinkel-Gedenktage wurden als staatliche Feiern begangen, und auch der Alte Fritz ritt wieder Unter den Linden gen Osten, polnischen Berlin-Besuchern zum Ärgernis. Im Wettlauf um die deutsche nationale Identität durch Besetzung der Historie deutete sich eine Art von Konvergenzentwicklung zwischen Bundesrepublik Deutschland und DDR an, und manch einer sah bereits in Ostdeutschland eine Art rotes Piemont heranreifen, das sich zunächst der Erbschaft der deutschen Geschichte bemächtigte, bevor es dann, solchermaßen historisch legitimiert, die deutsche Einheit unter den Auspizien von Hammer und Sichel vorantrieb. Aber dennoch blieben bis zur Vereinigung 1989

tief greifende Unterschiede bestehen. Westdeutsche wie ostdeutsche Schüler mussten im Laufe ihrer Schulzeit jeweils etwa 250 historische Daten zur Kenntnis nehmen; mehr als die Hälfte dieser Daten war jedoch in Ost und West verschieden.

Von einer in sich zusammenhängenden, lang dauernden Kontinuität des nationalen Gemeinschaftsbewusstseins der Deutschen kann also keine Rede sein. Dennoch sind wir zweifellos ein Volk, das sich historisch wieder erkennt – allerdings nicht in einer Geschichte, sondern in mehreren.

Da ist einmal, als die wahrscheinlich tiefste Schicht, die Selbstwahrnehmung der Deutschen als Kulturnation. Das gemeinsame Erbe der Erinnerung ist in Deutschland vor allem mit Dichtern und Denkern, Künstlern und Wissenschaftlern verbunden. Hier findet sich am ehesten ein Kanon von Namen und Werken, die den Wechsel von Ideologien und Regimes überdauert haben, von Bach bis Wagner, von Dr. Faustus bis Einstein, von Goethe bis Karl May. Wie sehr es sich bei solchen Namen um Ikonen des nationalen Gedächtnisses handelt, zeigt sich bereits darin, dass es kein Regime in Deutschland vermocht, ja nur versucht hat, diesen Kanon aufzubrechen oder neu zu besetzen; Nationalsozialisten wie Kommunisten haben sich lediglich bemüht, ihn jeweils neu zu interpretieren. Nicht zufällig war die Goethe-Gesellschaft eine der ganz wenigen gesamtdeutschen Vereinigungen vor 1989. Gewiss verblasst dieses historische Band allmählich, wobei nicht so sehr die Kulturrevolution der Achtundseziger als vielmehr die immer stärkere Einbindung Deutschlands in eine transatlantische Trivialkultur eine Rolle spielt; doch zeigt die kollektive Empörung gegen die Anmaßung von Ministerialbürokraten, das Volk mit neuen Rechtschreiberegeln zu beglücken, wie tief das Gemeinschaftsgefühl der Kultur- und Sprachnation noch verwurzelt ist.

Wollen wir dagegen an staatlich-politischen Erinnerungen anknüpfen, bleibt uns in erster Linie die Erinnerung an das von Bismarck gegründete Deutsche Reich von 1871 bis 1945, das ja nicht nur Obrigkeitsstaat, sondern auch Nationalstaat war, und zwar der einzige Nationalstaat, den wir Deutschen vor 1990 gehabt haben. Um den Oppositionssprecher in der großen Bundestagsdebatte um die Ostverträge am 22. März 1972, Richard v. Weizsäcker, zu zitieren: „Mit allen Fehlern, mit allen Irrtümern des Zeitgeistes und doch mit dem gemeinsamen Willen und Bewusstsein hat unseren heutigen Nationsbegriff das Jahr 1871 geprägt. Von daher – und nur von daher – wissen wir Heutigen, dass wir uns als Deutsche fühlen. Das ist bisher durch nichts anderes ersetzt.“<sup>1</sup> Es ist kein Zufall, dass die allmählich konvergierenden Geschichtsbilder in DDR und Bundesrepublik von beiden Seiten her auf Bismarck zuliefen – auf die in vielem vorzügliche Bismarck-Biographie des Marxisten Ernst Engelberg folgte die große Bismarck-Ausstellung in West-Berlin. Es war dieser deutsche Nationalstaat, an den die Bundesrepublik Deutschland ihre *raison d'être* knüpfte, wenn sie die Weiterexistenz Deutschlands „in den Grenzen von 1937“ postulierte, also jenes Staatsgebiets, das nach dem Versailler Vertrag und den darauf folgenden Volksabstimmungen zu Deutschland gehörte. Und jenseits der Mauer proklamierte man zwar seit 1974 eine „sozialistische Nation“ in einem „sozialistischen deutschen Staat“, aber stets mit dem Vorbehalt einer Wiedervereinigung, falls irgendwann in Westdeutschland sozialistische Zustände einkehrten.

So definiert sich auch der zweite deutsche Nationalstaat, der mit dem 3. Oktober 1990 ins Leben getreten ist, unter Rückgriff auf den ersten deutschen Nationalstaat, wenn auch selten

---

<sup>1</sup> Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 6. Wahlperiode. Stenographische Berichte Bd. 79, S. 9837 C.

ausdrücklich. Das geschieht vielmehr in aller Regel völlig unbewusst; wie sich ohne weiteres ergibt, wenn man die großdeutsche Alternative zum kleindeutschen Bismarck-Reich ins Auge fasst – sie ist aus den deutschen Geschichtsbildern völlig verschwunden, Österreich ist trotz aller historischen und kulturellen Gemeinsamkeiten aus der geschichtlichen Perspektive der Deutschen ausgewandert. Dass dennoch das Deutsche Reich zwischen 1871 und 1945 bei unserer heutigen historischen Identitätsbestimmung nur noch selten ausdrücklich als Referenz gilt, erklärt sich ohne weiteres aus seiner Erfolglosigkeit – das Kaiserreich endete in Kriegsniederlage und Revolution, die so anständige und erinnerungswerte Weimarer Republik scheiterte nicht zuletzt, weil sie in den Herzen ihrer Bürger keinen Platz fand und bis heute in erster Linie als Inbegriff von Unordnung und Bürgerkrieg im kollektiven Gedächtnis geblieben ist, als negative Hintergrundfolie zur Bonner und Berliner Republik. Mit dem so genannten Dritten Reich fuhr schließlich der erste deutsche Nationalstaat mit dem Kriegsende zur Hölle. Vor allem ist da der Geschichtsfelsen Nationalsozialismus, der eine positive Identifizierung mit der jüngeren deutschen Geschichte nicht erlaubt und in den Augen vieler Betrachter seine Schatten auch über frühere Epochen der deutschen Geschichte wirft.

Und dennoch, so paradox es klingt: Gerade die Katastrophe des Nationalsozialismus gehört zu den Erinnerungen, die die Deutschen zusammenhalten, und zwar in hohem Maße. Hier sitzt uns unsere Geschichte wirkungsmächtig im Nacken und fordert unsere Anteilnahme, vom Historikerstreit zwiespältigen Angedenkens über die Wirkung von Büchern wie im Fall Goldhagen, bis hin zur Umbenennung von Straßen oder zur Planung von Mahnmalen. Zur geschichtlichen Identitätsfindung der Deutschen gehört eben nicht nur Zustimmungsfähiges, und die Stimmen, die fordern, Schluss mit der Erinnerung an diesen Teil unserer Vergangenheit zu machen, unterschätzen die traumatische Kraft der Erinnerung an die Verbrechen, die von Deutschen und im Namen der Deutschen geschehen sind. Der Versuch, hier auszusteigen, ist mit Sicherheit zum Scheitern verurteilt, wie jeder weiß, der sich längere Zeit im Ausland aufgehalten hat - denn was uns Kontinuität verschafft, ist ja nicht nur unsere eigene Geschichte, sondern auch der Blick unserer Nachbarn auf unsere Vergangenheit. Auch gemeinsame Verantwortung vereint.

Im Übrigen darf man nicht annehmen, nationale Kontinuität werde in erster Linie vom Bewusstsein und der Kenntnis historischer Zusammenhänge genährt. Wer danach in der Bevölkerung sucht, der wird enttäuscht werden – mit der Wirksamkeit der Historiker und ihrer Produkte in der Öffentlichkeit ist es nicht weit her. Der Blick auf die gemeinsame Vergangenheit wird vielmehr in aller Regel von Trümmern und Bruchstücken einstiger, untergegangener kollektiver Erfahrungen bestimmt. Da sind Denkmäler und Mahnmäler, die das gemeinsame Bewusstsein auf bedeutende Ereignisse oder Personen lenken sollen, aber auch andere Monumente oder Gebäude, die unabsichtlich in diese Aufgabe hinein gewachsen sind, wie beispielsweise der Berliner Reichstag, die Frankfurter Paulskirche oder die Wartburg. Da gibt es Gedenkfeiern und historische Daten – 3. Oktober, 17. Juni, 20. Juli -, historische Gestalten wie Luther, Bismarck, Napoleon oder Rosa Luxemburg, Albert Einstein oder Faust, symbolische Erscheinungen wie „made in Germany“ und die D-Mark, der Volkswagen-Käfer und die Bundesliga, Grimms Märchen und die 65 Bände Karl May, die Völkerschlacht, Weihnachten, der deutsche Wald, Willy Brands Kniefall in Warschau oder der Bamberger Reiter. In welchem Maße das Fernsehen daran beteiligt ist, dergleichen Bilder hervorzubringen und sie im kollektiven Bewusstsein zu befestigen, wissen wir noch nicht. Die Zahl solcher Identifikationsknoten, auch „Erinnerungsorte“ genannt, ist außerordentlich groß: alles Kristallisationskerne des kollektiven Gedächtnisses, von ganz unterschiedlichem Gewicht, sehr unterschiedlich bewertet, vieles furchtbar trivial, anderes kaum noch erinnert, dem Zugriff der Sinnstifter und Manipulateure

preisgegeben und dennoch ein Netz von materiellen und immateriellen Erinnerungsorten, das das nationale Bewusstsein in einem ungenau bestimmbar, aber sehr profunden Sinne zusammenhält. Eine solche Topographie des gemeinsamen kulturellen Bewusstseins ist in Deutschland noch zu entwickeln, wie dies in Frankreich von Pierre Nora mit seinen „Lieux de mémoire“, wenn auch auf anderen Voraussetzungen beruhend, bereits geschehen ist. Wahrscheinlich werden wir dann der Antwort auf die Frage näher sein, worin tatsächlich die Kontinuität des deutschen Volkes besteht.

Die gemeinsamen Erinnerungen, die unser Volk zusammenhalten, sind prekär und widersprüchlich; wir haben nicht nur eine Geschichte, sondern wir haben mehrere Geschichten, die nebeneinander herlaufen, sich in den Köpfen der Menschen überlagern und bei verschiedenen Anlässen unterschiedlich hervortreten. So sind wir Deutschen im Vergleich mit unseren Nachbarn, wenn das Bewusstsein der nationalen Kontinuität in Frage steht, ärmer und reicher zugleich.

**Hartmut Kaelble, Berlin**

## **Europäische Geschichte aus westeuropäischer Sicht? Ein Essay**

Gibt es einen besonderen, westeuropäischen Blick auf die europäische Geschichte? Schreibt man als Spezialist für Westeuropa eine andere europäische Geschichte als ein Spezialist für Osteuropa?<sup>1</sup> Rückt man als Westeuropaspezialist bestimmte Themen eher in das Zentrum einer europäischen Geschichte wie das Römische Reich, Karl den Großen, die Romanik und die Gotik, den mittelalterlichen Aufschwung der Städte und der Universitäten, die Renaissance, die Konfessionalisierung, die Aufklärung und den Barock, den Liberalismus und den Nationalstaat, die Industrialisierung des 19. Jahrhunderts, die deutsch-französischen Beziehungen, die Amerikanisierung, die Montanunion und die EWG? Ist diese Art, europäische Geschichte zu schreiben, zu befangen, da keines dieser Themen über Westeuropa hinausgreift oder sind diese Themen doch Essentials jeder europäischen Geschichte?

Europäische Geschichte zu schreiben hat sich für Westeuropa- und Osteuropahistoriker seit dem Fall der Mauer grundlegend geändert. Neue Herausforderungen entstanden. Die *mental maps*, die Vorstellungen vom Raum Europa wandelten sich. Deshalb erstaunt es nicht, dass seit dem Fall der Mauer viele Synthesen zur Geschichte Europas geschrieben wurden, die in völligem Widerspruch zu der verbreiteten Einschätzung der Verlage steht, wonach sich das Thema Europa schlecht verkauft. Mindestens sechs europäische Verlage stiegen in den 1990er Jahren in solche Handbuchprojekte ein: die Oxford University Press mit mehreren Bänden, der italienische Verlag Einaudi mit fünf Bänden, der Kohlhammer Verlag in fünf Bänden, der Siedler Verlag in vier Bänden, der Eugen Ulmer Verlag in zehn Bänden, auch der französische Verlag Seuil mit acht Autoren in einem Band, in dem René Rémond die Situation präzise umschrieb: „Kann man sich einen günstigeren historischen Situation für eine Geschichte Europas vorstellen als die Zeit der Wiederannäherung der beiden lang getrennten Hälften Europas?“<sup>2</sup> Wahrscheinlich gab es weit mehr geplante Projekte, die aber entweder scheiterten oder - wie etwa das mehrbändige Projekt der Moskauer Akademie der Wissenschaften – nur in Bruchstücken veröffentlicht wurden.<sup>3</sup> Nach dem Fall der Mauer haben sich darüber hinaus einzelne Historiker auf das Wagnis eingelassen, als Alleinautor eine Geschichte Europas von den Anfängen bis heute zu schreiben. Die Geschichte Europas von Norman Davies von 1996 ist das erfolgreichste Projekt eines Einzelautors.<sup>4</sup>

Eine ganze Reihe von Autoren haben auch das bescheidenere Vorhaben unternommen, eine Geschichte Europas in der Epoche zu schreiben, die sie selbst gut kennen, etwa die Geschichte Europas im 20. Jahrhundert von Mark Marzower oder von Serge Berstein und Pierre Milza oder von Helmut Altrichter und Walther L. Bernecker oder die Geschichte Europas seit 1945 von

---

<sup>1</sup> In einer etwas anderen Version erschien dieser Essay ursprünglich in: Gunilla Budde/Sebastian Conrad/Oliver Janz (Hrsg.): *Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien*. Festschrift für Jürgen Kocka, Göttingen 2006, S.105-116. Er war konzipiert als Gegenpart zu dem Aufsatz von Manfred Hildermeier: *Osteuropa als Gegenstand vergleichender Geschichte*, a.a.O., S. 117-136.

<sup>2</sup> René Rémond: *Préface*, in: Jean Carpentier/François Lebrun (Hrsg.): *Histoire de l'Europe*, Paris 1990, S.7.

<sup>3</sup> Vgl. H. Ahrweiler (Hrsg.): *Les Européens*, Paris 2000.

<sup>4</sup> Norman Davies: *Europe. A History*, Oxford 1996.

Tony Judt.<sup>5</sup> Vielleicht werden daher spätere Historiker die 1990er Jahre als eines der produktivsten Jahrzehnte in der Historiographie über Europa sehen.

Es ist auch nicht erstaunlich, dass sich sowohl Westeuropahistoriker als auch Osteuropahistoriker auf solche Synthesen der europäischen Geschichte über Europa einließen. Norman Davies und Mark Marzower sind die bekanntesten Osteuropaspezialisten, die eine europäische Geschichte des ganzen Europa schrieben. Auch eine lange Liste von Westeuropahistorikern hat sich daran versucht. Die 1990er Jahre sind deshalb das ideale Testfeld für unsere Frage, ob Westeuropahistoriker eine Geschichte Europas anders schreiben als Osteuropahistoriker.

Sicher ist in den neunziger Jahren nach dem Ende der Teilung Europas keine uniforme, konsensuale Geschichte Europas entstanden. Historiker haben ganz unterschiedliche Antworten auf die vier Herausforderungen zur Geschichte ganz Europas gegeben, wie sie sich seit dem Fall der Mauer stellen: die Verbindungen des östlichen und westliche Europas; die Berücksichtigung des südlichen Europas; die Frage nach einem Kerneuropa; die globale Bedeutung Europas. Ich werde zuerst diese Herausforderungen schildern, bevor ich auf die Frage zurückkomme, wie weit sich Osteuropahistoriker und Westeuropahistoriker in ihrem Bild von europäischer Geschichte unterscheiden.

### **Östliches und westliches Europa**

Die dringlichste, neue Herausforderung an die europäische Geschichtsschreibung nach dem Fall der Mauer war die Neubestimmung der Rolle des östlichen und westlichen Europa in der europäischen Geschichte. Mit dem Fall der Mauer wurde eine auf Westeuropa beschränkte Geschichte Europas fragwürdig. Die dauerhaft erscheinende, durch eine riesige sowjetische Armee gesicherte Grenze hatte zuvor in Westeuropa die Vorstellung entstehen lassen, dass hier ein Europa endete und ein völlig anderes, schwer zugängliches, fremdes, den Experten überlassenes Europa begann, das sich nur unter großen Schwierigkeiten und nur als Fremdkörper in eine Geschichte Europas integrieren ließ. Nach dem Fall der Mauer und dem Verschwinden dieser Grenze brachten der ungehinderte intellektuelle Austausch, das ungehinderte Reisen, die neuen wissenschaftlichen Zentren im östlichen Europa, neuerdings auch die gemeinsame Mitgliedschaft in der Europäischen Union den östlichen Teil Europas den Westeuropäern näher. Vor allem Ostmitteleuropa erschien den Westeuropäern wieder als ein normaler, vertrauter Teil Europas, den man nicht aus der Geschichte Europas ausschließen konnte und wollte. Die scharfe, durch den Kalten Krieg entstandene Trennung zwischen zwei Expertisen von Historikern, der "allgemeinen" westeuropäischen und der osteuropäischen Expertise, und damit auch zwischen zwei verschiedenen Geschichten Europas, ließ sich in der alten Form nicht mehr halten. Die Expertisen änderten ihren Charakter. Osteuropahistoriker arbeiteten wieder eher über andere Länder, nicht mehr unbedingt über ein anderes politisches System.

Allerdings wurde die Aufnahme des östlichen Europa in die gemeinsame europäische Geschichte auf ganz verschiedenen Wegen vollzogen. Mehrere Optionen schälten sich heraus, die ich getrennt behandeln möchte, auch wenn sie sich nicht unbedingt gegenseitig ausschließen.

---

<sup>5</sup> Serge Berstein/Pierre Milza: *Histoire de l'Europe contemporaine*, Paris 2002; Mark Marzower: *The Dark Continent. Europe's Twentieth Century*, New York 1999; Helmut Altrichter/Walther L. Bernecker: *Geschichte Europas im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2004; Tony Judt: *Postwar. A history of Europe since 1945*, New York 2005.

Das östliche Europa wurde in der gemeinsamen europäischen Geschichte oft als die Geschichte einer anderen Entwicklung, einer östlichen Alterität konzipiert. Viele einflussreiche und anregende Typologien sind von Historikern über unterschiedliche Entwicklungswege der Wirtschaft, der Nation, der Kirche, der Zivilgesellschaft und der Beziehung zwischen Ethnien in Europa entwickelt worden, meist schon längst vor dem Fall der Mauer.<sup>6</sup> In der Regel stellten diese Typologien nicht nur West- und Osteuropa gegenüber, sondern differenzierten mehrere Entwicklungswege in Europa aus. Häufig wird zwischen Mitteleuropa und Osteuropa im engeren Sinn unterschieden. Die Alterität des östlichen Europa wurde dabei unter zwei grundsätzlich verschiedenen Perspektiven gesehen. Entweder wurde sie als eine Geschichte von osteuropäischen Rückständigkeits der wirtschaftlichen Dynamik, der modernen Arbeits- und Familienwerte, der Zivilgesellschaft und der Demokratie geschrieben. Oder das östliche Europa wurde als ein anderer, eigenständiger, aber nicht rückständiger Weg zur Moderne gesehen. Innereuropäische Unterschiede wurden mit einem Konzept der multiplen Modernen interpretiert, als unterschiedliche Formen des Zusammenlebens von Ethnien, als verschiedene Arten von transnationalen Imperien, als eigene Wege der Resistenzen gegen Diktaturen, als unterschiedliche Kirchlichkeit und Säkularisierung, als verschiedene Wertewelten.

Die Geschichte der Spannungen und Konflikte zwischen östlichem und westlichem Europa vor allem während des Kalten Krieges ist eine zweite Form der Aufnahme des östlichen Europa in eine gemeinsame europäische Geschichte. Sie wird einerseits als eine Geschichte der Teilung Europas aufgefasst, als die Entstehung eines fremden östlichen Imperiums, das die europäischen Verflechtungen und Kontinuitäten durchschneidet und letztlich ein Fremdkörper in der europäischen Geschichte war. Gleichzeitig wird aber gerade die Geschichte der Ost-West-Konfrontation zu Recht oft auch als eine Geschichte der europäischen Verflechtungen, der europäischen Entspannungspolitik, der West-Ost-Transfers, der Migrationen und Exilanten im Westen, der inneren Oppositionen gegen die Diktaturen im östlichen Europa, die sich stark auf westliche Öffentlichkeiten stützten, auch umgekehrt als eine Geschichte der Wirkung des Kalten Krieges auf den Westen, der Konkurrenz zwischen westlichen und östlichen in den westeuropäischen Innenpolitiken geschrieben.

Noch kaum geschrieben ist dagegen eine dritte Option, die genau umgekehrte Geschichte der Rückkehr des östlichen Europa nach Europa seit 1989. Sie ist sicher nicht einfach eine Geschichte der Rückkehr in die Vergangenheit, der Wiederaufnahme von Kontinuitäten, die in den späten 1940er Jahren von den kommunistischen Regimes abgebrochen worden waren und gleichsam aus dem Tiefkühlfach der Geschichte geholt wurden. Sie ist vielmehr die Geschichte eines Zusammenwachsens mit einem westlichen Europa, das sich seit der Teilung Europas in den späten 1940er Jahren völlig verändert hatte. Die Rückkehr nach Europa war paradoxerweise anfangs auch die Geschichte einer neuen, bisher unbekanntenen west-östlichen Divergenz, der Transitionskrise im östlichen Europa, der Umstrukturierung der Wirtschaft, des Rückgangs der sozialen Sicherheit und der sicheren Zukunftserwartungen, des Anstiegs der Arbeitslosigkeit, der dramatischen Umbrüche des Familienlebens, in einigen Ländern sogar der verkürzten

---

<sup>6</sup> Vgl. als einige besonders einflussreiche Konzepte: Alexander Gerschenkron: *Europe in the Russian Mirror. Four lectures in Economic history*, Cambridge 1970; Jenő Szűcs: *Die drei historischen Regionen Europas*, Frankfurt 1990 (ungarische Version 1983); Miroslav Hroch: *From National Movement to the Fully-formed Nation. The Nation-building Process in Europe*, in: Gopal Balakrishnan (Hrsg.): *Mapping the Nation*, New York/London 1996, S. 78-97; Klaus Zernack: *Osteuropa. Eine Einführung in seine Geschichte*, München 1977; vgl. auch Holm Sundhaussen: *Osteuropa, Südosteuropa, Balkan. Überlegungen zur Konstruktion historischer Raumbegriffe*, in: ders.: *Was ist Osteuropa?*, Berlin 1998.



Lebenserwartung. Allerdings begann gleichzeitig während der vergangenen fünfzehn Jahre die alte Ost-West-Teilung Europas zu verblassen und die inneren Unterschiede der europäischen Sozial- und Kulturgeschichte ganz anderen geographischen Trennlinien zu folgen, auch wenn die wirtschaftlichen Kontraste scharf blieben. In der Religiosität und im Familienleben ähnelt Polen eher Irland als Ungarn und Tschechien, während umgekehrt Tschechien und Ungarn eher Frankreich oder Deutschland ähneln als Polen. Im Nationsverständnis hat Polen ebenfalls mehr mit Großbritannien und Schweden gemeinsam als mit Ungarn oder Tschechien. Es mag sein, dass sich deshalb auch in den *mental maps* bald andere innereuropäische Räume entwickeln, in denen die alte Ost-West-Teilung Europas in den Hintergrund tritt.

Eine weitere Option: Man muss eine Geschichte Europas allerdings nicht immer nur als eine Geschichte von Unterschieden und der Konfrontation zwischen Ost und West schreiben. Man würde sie sogar künstlich einengen, wenn man nicht auch die europäischen Gemeinsamkeiten behandelte. Diese Gemeinsamkeiten bestehen nicht nur aus den großen europäischen Ereignissen, den gemeinsamen Kriegen und Friedensschlüssen, den gemeinsamen Revolutionen und Wirtschaftskrisen. Im 19. und 20. Jahrhundert gab es darüber hinaus eine Vielzahl gemeinsamer Tendenzen wie die Industrialisierung, die Verstädterung, die Durchsetzung des Nationalstaats, die Ausbreitung von Diktaturen in der Zwischenkriegszeit und umgekehrt der langsame Siegeszug der Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg, die Durchsetzung des modernen Massenkonsums, die Familienwerte und Familienstrukturen, die Alphabetisierung und Expansion der Hochschulbildung, die Entstehung des Sozialstaats, die sozialen Bewegungen, die Säkularisierung und die Wiederaufnahme religiöser Werte. Diese ausgeprägten Parallelitäten erklären sich zum erheblichen Teil daraus, dass zwischen den europäischen Gesellschaften intensive Transfers, also freiwillige Übernahmen und Anverwandlungen bestanden. Diese Transfers wurden sicher nicht immer geduldet, sondern von den Rechtsdiktaturen ebenso wie von den kommunistischen Diktaturen zu unterbinden und andere internationale Anpassungen mit Gewalt und Repressionen durchzusetzen versucht. Aber die freiwilligen Transfers setzten sich doch durch wie Wasser im Kalkstein. Diese Transfers haben damit zu tun, dass die meisten europäischen Gesellschaften sich vor allem in Europa, daneben sicher auch in den USA, umsehen und europäische Modelle diskutieren, wenn sie ein Problem im eigenen Land haben und dafür eine Lösung suchen. Diese Transfers sind zwischen dem östlichen und westlichen Europa sicher ebenso dicht wie über andere innere Grenzen Europas hinweg.

## **Westliches und südliches Europa**

Eine zweite Herausforderung für Westeuropahistoriker war und ist die Rolle des Südens in der europäischen Geschichte. Diese Herausforderung hat eine ganz andere Geschichte als die osteuropäische Geschichte. Sie ist in den vergangenen zweihundert Jahren nie durch eine so massive politische Konfrontation wie der Ost-West-Konflikt zu einem Fundamentalproblem geworden, sondern war eher durch die Thematik der Rückständigkeit der Wirtschaft und der Demokratie des Südens Europas geprägt. Der zentrale Umbruch lag nicht am Ende des 20. Jahrhunderts, sondern eher im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert, als sich die Raumvorstellungen der Europäer grundlegend wandelten und die Aufteilung Europas sich verschob von der Vorstellung eines überlegenen, zivilisierten, reicheren, mildereren Südens und eines ärmeren, rückständigeren, rauen, aber oft unruhigeren, protestierenden, freieren Nordens zu einem reicheren, dynamischeren, kommerzialisierten, demokratischen Westen und einem zurückgebliebenen, weniger innovativen, autokratischen, aber oft auch originären Osten Europas. Der Süden Europas geriet dadurch eher in den Schatten.

Die Vorstellung des Südens hat allerdings heute drei gegensätzliche Formen angenommen. Mit dem Süden Europas meint man häufig den relativ kleinen, wirtschaftlich zurückgebliebenen, milden, für Tourismus und das Dritte Alter attraktiven, aber nicht selten auch von mafiösen Strukturen durchzogenen Süden. Andalusien, Sizilien, der Balkan, teilweise auch Anatolien, sind die wichtigsten Beispiele dieses Südens. In der Geschichte Andalusiens, Siziliens und des Balkans spiegelt sich auch die Brückenrolle dieses Südens zwischen Europa und Afrika bzw. dem Nahen Osten, die intensive Mischung zwischen europäischer und arabischer bzw. osmanischer Kultur wider.

Mit dem Süden meint man aber oft auch einen völlig anderen, größeren Süden, der heute das wichtigste dynamische Zentrum Europas geworden ist: Nord- und Ostitalien, die Schweiz, Österreich, Slowenien, Süddeutschland, der Süden Frankreichs, Katalonien, vielleicht auch die Ägäis, der Athener Raum und der Westen der Türkei. In diesem Süden Europas wächst die Wirtschaft stärker, sind die Arbeitslosenraten niedriger, expandieren die Städte immer noch stärker als in anderen Teilen Europas. In diesem Raum entscheidet sich die wirtschaftliche Zukunft Europas. Diese Vorstellung eines dynamischen, größeren Südens lebt vom Kontrast zum alten, einst dynamischen Norden, der seit den 1970er Jahren in eine Krise geriet, den Midlands, dem Süden Belgiens, dem Norden Frankreichs, dem Ruhrgebiet, dem Norden und Osten Deutschlands. In diesem Teil Europas lahmt die Wirtschaft, sind die Arbeitslosenraten hoch, stagnieren oder schrumpfen die Städte. Die Geschichte dieses Südens und Nordens Europas schreiben allerdings die Historiker noch kaum. Diese Geschichte ist noch zu jung.

Mit dem Süden meint man schließlich einen dritten, noch größeren Süden, den Mittelmeerraum. Dieser Süden ist wiederum ein altes Thema der Historiker, eingeführt vor allem durch die weltberühmte „Méditerranée“ Fernand Braudels. Dieser große Süden ist einerseits für Europa seit seiner Entstehung der wichtigste maritime Raum gewesen. Über keinen anderen Raum außer dem Nordatlantik hat Europa soviel Wissen, Menschen, Waren, Kapital erhalten und gleichzeitig auch weitergeben wie über das Mittelmeer. In keinem anderen Raum haben sich die Grenzen Europas so vielfach verschoben wie im Mittelmeer. Gleichzeitig ist das Mittelmeer der Raum, in dem heute die Gefahr einer neuen weltpolitischen Konfrontationslinie droht und der sich in einen vertrauten europäischen Teil und einen fremden, schwer zugänglichen, nichtwestlichen, nordafrikanischen Teil aufspalten könnte. Dieser Raum könnte in Zukunft ungefähr die Rolle spielen, die das östliche Europa bis 1989 spielte. Er ist daher der Raum, in dem eine Vermittlungs- und Verständigungspolitik der Europäischen Union eine besonders hohe Priorität hat. Die Europäische Union transferiert heute weit höhere Summen in diesen Raum, in die Nachbarländer am Mittelmeer, als nach Osteuropa und Südosteuropa.

Allerdings ist dieser Raum seit Braudel von den Historikern kaum noch als Ganzes behandelt worden. Eine Geschichte der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Beziehungen, Verflechtungen, Transfers und Konflikte, auch der Vergleiche in diesem Raum fehlt. Normalerweise wird er auch in der Geschichte Europas nicht als ein europäischer Raum behandelt. Nach Braudels Buch folgte nicht nur der Zusammenbruch der französischen und englischen Vorherrschaft und das Auslaufen der spanischen, italienischen und griechischen Einflussnahme in diesem Raum, sondern auch der Auszug der Historiker aus diesem Thema.

Deshalb ist unter Historikern umstritten, wo die Grenzen Europas in diesem Raum liegen.<sup>7</sup> Die aktuelle Debatte konzentriert sich auf den östlichen Teil des Mittelmeers und auf die Frage, ob das Osmanische Reich und die Türkei als Teil Europas angesehen werden sollen. Für das Mittelalter hat Michael Borgolte dafür plädiert, das Osmanische Reich zu Europa zu schlagen.<sup>8</sup> Die Historiker, die Überblicke über das 19. und 20. Jahrhundert schreiben, behandeln dagegen in der Regel das osmanische Reich und die Türkei nicht als Teil Europas.

## Westeuropa als Kerneuropa

Eine dritte Option: Europäische Geschichte wird nicht selten als Geschichte Westeuropas geschrieben. Besonders in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre kam eine ganze Reihe von Büchern von Europäern über Westeuropa heraus: Anthony Sutcliffe veröffentlichte 1996 eine Wirtschafts- und Sozialgeschichte Europas seit 1945. Max-Stephan Schulze brachte einen überwiegend wirtschaftshistorischen Sammelband über Westeuropa seit 1945 heraus. Die Kulturgeschichte Europas von Hermann van der Dunk, die 2000 in holländischer Sprache herauskam, konzentriert sich in ihrem Kapitel über die Zeit nach 1945 ebenfalls stark auf Westeuropa, ganz ähnlich auch die 1998 erschienene Geschichte Europas von Jean-Michel Gaillard und Anthony Rowley. Für die französische Aggregation, die ein Thema zur westeuropäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte stellte, wurden 1998 mehrere Überblicke publiziert: von einer Gruppe um Eric Bussière, von François Guedj und Stéphane Sirot, von Jacques Marseille und von einer Gruppe um Jean-Louis Robert.<sup>9</sup> Zwei ganz unterschiedliche, soziologische Überblicke über die Gesellschaftsgeschichte Westeuropas wurden 1997 von Henri Mendras bzw. von Stephan Hradil und Stephan Immerfall veröffentlicht. Jacques Le Goff hat unlängst eine viel übersetzte Geschichte des Mittelalters geschrieben, die die Ursprünge Europas behandelt und sich dabei fast ganz auf Westeuropa konzentriert.<sup>10</sup> Attraktive Forschungsgebiete der jüngsten Geschichte wie die Amerikanisierung, die Geschichte des Wohlfahrtsstaats, die Geschichte der Studentenbewegung und der sozialen Bewegungen, die Geschichte der europäischen Integration reichen über Westeuropa oft kaum hinaus und gehören ebenfalls zu diesem Ansatz, Westeuropa als Kern einer Geschichte Europas zu sehen. Insgesamt wurde die Geschichte Westeuropas seit 1989 nicht weniger behandelt. Überblicke über Westeuropa wurden in den 1990er Jahren eher häufiger geschrieben als zuvor. Dahinter steht teils ein Bedürfnis nach Selbstvergewisserung im großen Europa, die Vorstellung von einer klar begrenzten Latinitas, einem eigenständigen, besonders dynamischen, letztlich entscheidenden Westeuropa. Teilweise hat diese Beschränkung auf Westeuropa aber auch einfach mit den Grenzen der Expertise dieser Autoren zu tun.<sup>11</sup>

---

<sup>7</sup> Jürgen Kocka: Die Grenzen Europas. Ein Essay aus historischer Perspektive, in: Gunnar F. Schuppert/Ingolf Pernice/Ulrich Haltern

(Hrsg.): Europawissenschaft, Baden-Baden 2005.

<sup>8</sup> Michael Borgolte: Christen, Juden, Muselmanen. Die Erben der Antike und der Aufstieg des Abendlandes 300 bis 1400 n. Chr. (=Siedler Geschichte Europas), München 2006.

<sup>9</sup> Antony Sutcliffe: An economic and social history of Western Europe since 1945, London 1996; Max-Stephan Schulze (Hrsg.): Western Europe. Economic and social change since 1945, Harlow 1999; Hermann W. von der Dunk: Kulturgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 2004; Jean-Michel Gaillard/Anthony Rowley: Histoire du continent européen de 1850 à la fin du XXe siècle, Paris 1998; François Guedj/Stephane Sirot (Hrsg.): Histoire sociale de l'Europe. Industrialisation et société en Europe occidentale 1880-1970, Paris 1997; Jacques Marseille (Hrsg.): Industrialisation de l'Europe occidentale, 1880-1970, Paris 1998; Pierre Saly/Michel Margairaz/Michel Pigenet/Jean-Louis Robert: Industrialisation et sociétés. Europe occidentale 1880-1970, Paris 1998.

<sup>10</sup> Jacques Le Goff: L'Europe est-elle née au Moyen Age, Paris 2004.

<sup>11</sup> In meinen Publikationen bis 1989 habe ich ebenfalls diesen westeuropäischen Blick gewählt. Vgl. Hartmut Kaelble: Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft. Eine Sozialgeschichte Westeuropas, 1880-1980,

## Europa in globalen Beziehungen

Eine vierte Option, vor der die Historiker stehen, wenn sie eine Geschichte Europas schreiben, ist Europa in seinen globalen Zusammenhängen darzustellen. Für diese Option gibt es bisher noch kaum Modelle, da sich die Gesamtdarstellungen Europas normalerweise weitgehend auf die innere Entwicklung konzentrieren, vielleicht noch die Kolonien und die internationalen diplomatischen Beziehungen, aber nicht die ganze Vielfalt von Außenbeziehungen, Einflüssen von außen und Wirkungen nach außen behandeln. Die Geschichte Europas fordert aber aus drei Gründen zu einer solchen auch nach außen gewandten Darstellung heraus.

Erstens hat Europa in der Weltgeschichte eine besonders wichtige globale Rolle gespielt, nicht nur durch die Kolonialimperien, sondern auch als Modell für Industrialisierung, für Wissenschaft, für Menschenrechte, für Sozialstaat, freilich auch für Kriegsführung und Diktaturen, mit vielfachen Rückwirkungen auf Europa. Die Geschichte der reinen Innenseite Europas schneidet diese globale Rolle Europas ab. Zweitens hat sich diese globale Rolle Europas während der vergangenen Jahrhunderte dramatisch gewandelt: von einem expandierenden Europa, das während frühen Neuzeit in Konkurrenz mit wenigstens zwei anderen expandierenden Zivilisationen, mit China und der arabischen Welt, stand zu einem dominierenden Europa, das im 19. und frühen 20. Jahrhundert mächtiger war als alle anderen Zentren der Welt, und dann zu einem zweitrangigen Europa, dessen globale Rolle sich weitgehend auf die Wirtschaft und die Kultur beschränkte und die frühere politische, militärische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Dominanz verloren hatte. Drittens lässt sich die Geschichte Europas auch nicht ohne die massiven Einflüsse von außen auf Europa beschreiben. Man kann dabei eine Geschichte Europas als die eines Globalisierungsopfers schreiben und dafür in der jüngeren Geschichte die Verluste von Arbeitsplätzen an billiger produzierende, asiatische und nahöstliche Länder, die Verluste an Hochqualifizierten im *brain drain* nach USA, die Belastungen durch den Zustrom von oft unqualifizierten Immigranten, den Verlust an politischer und wirtschaftlicher Autonomie der europäischen Nationalstaaten und den globalen Druck auf die Sozialstaaten anführen. Man kann diese Geschichte aber auch als ein Gewinn durch Transfers von außen schreiben und Europa als eine Zivilisation darstellen, die immer besonders zielgerichtet Innovationen, Konzepte und Waren von außen übernahm und integrierte und damit mehr reüssierte als die meisten anderen Zivilisationen. Der französische Historiker Rémy Brague hat diese besondere europäische Offenheit die „voie romaine“ genannt.<sup>12</sup> Man kann die Geschichte Europas auch nach dem Ende der Kolonien als die Geschichte eines globalen Akteurs schreiben, der zwar keinen imperialen Charakter besaß, aber in der globalen Wirtschaft, in der globalen Migration, in der globalen Kultur, in der globalen Debatte über Werte und in den globalen Organisation eine bedeutsame Rolle spielte

---

München 1987. Im Verlauf der 1990er Jahre wurde mir klar, dass sich eine europäische Geschichte nur unter Einschluss des östlichen Teils Europas schreiben lässt. Vgl. Hartmut Kaelble: Social History, in: Mary Fulbrook (Hrsg.): Oxford History of Europe since 1945, Oxford 2001, S. 57-94; Hartmut Kaelble: Eine Sozialgeschichte Europas schreiben. Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: W. Medrzecki (Hrsg.) Spoleczenstwo panstwo modernizacja. Studia ofiarowane Januszowi Zarnowskiemu w siedemdziesiata rocznice urodzin, Warschau 2002, S. 235-249; Hartmut Kaelble: Eine europäische Gesellschaft?, in: Schuppert, Europawissenschaft, S. 299-330; Hartmut Kaelble: Sozialgeschichte Europas seit 1945, München voraussichtlich 2007.

<sup>12</sup> Rémy Brague: Europe, la voie romaine, Paris 1992.

Die globalen Verflechtungen Europas werden in der Regel als Teil eines historischen Prozesses angesehen, in dem die Welt ökonomisch, aber auch medial und politisch immer stärker zusammenwuchs und regionale Konflikte sich immer intensiver auf alle Teile der Welt auswirkten. Dabei ist umstritten, wann die entscheidenden Epochenumbrüche in diesem Prozess der globalen Verflechtung stattfanden. Je nach dem, welchen Epochenbruch man in das Zentrum stellt, erscheint die globale Rolle Europas stärker oder schwächer. Sieht man den Umbruch um 1500 mit dem Beginn der europäischen Expansion und der von Europa vorangetriebenen Ausbildung einer Weltwirtschaft, aber auch mit der arabischen und chinesischen Expansion, erscheint die globale Rolle Europas wichtig, aber von Rivalen bedroht. Setzt man den Umbruch um 1850 an mit dem Beginn der weltweiten Industrialisierung und dem Höhepunkt der europäischen Kolonialimperien, dem dann allerdings auch wenige Jahrzehnte danach der Aufstieg der USA und Japans folgte, erscheint Europas Rolle als beherrschend. Sieht man dagegen den entscheidenden Umbruch in den 1950er und 1960er Jahren, der Zeit der modernen Transport- und Informationsrevolution, gleichzeitig der dominanten Rolle der USA und der UdSSR, auch der Entstehung globaler Institutionen wie UNO, Weltbank, Weltwährungsfond, dann rückt Europa eher an den Rand.

## Schlussbemerkungen

Zurück zur Ausgangsfrage: Schreibt ein Westeuropahistoriker die Geschichte Europas anders als ein Osteuropahistoriker? Ohne Zweifel werden beide von ihrem Gegenstand mitgeprägt und sehen daher eine Reihe zentraler Themen der europäischen Geschichte etwas anders. Westeuropahistoriker gehen die Geschichte des Nationalstaats oft etwas anders an, gewichten die Transnationalität und vor allem die Supranationalität in der Regel stärker als Osteuropahistoriker und sehen umgekehrt multiethnische Imperien weniger als Normalfall an. Westeuropahistoriker denken darüber hinaus bei Imperien in erster Linie an außereuropäische maritime koloniale Imperien wie das englische, französische, belgische, niederländische, spanische, portugiesische und auch das unbedeutende deutsche Kolonialimperium. Osteuropahistoriker denken in erster Linie an multiethnische europäischen Imperien wie das Zarenreich, das Habsburger Reich und das Osmanische Reich. Imperienvergleiche werden daher unterschiedlich konzipiert. Christophe Charles Buch über „La crise des sociétés impériales“<sup>13</sup> und das Projekt des CEU in Budapest über den Imperienvergleich zeigen diesen Gegensatz. Auch die Beziehungen zur islamischen Welt werden häufig unterschiedlich konzipiert. Sie sind für Ost- wie Westeuropahistoriker ein ähnlich wichtiges Thema, aber Westeuropahistoriker sehen sie primär als eine Geschichte von Kolonialisierung, Dekolonialisierung, Immigration, vielleicht auch Konversion, Osteuropahistoriker erst einmal als eine Geschichte des Zusammenlebens von Ethnien, als Säkularisierung und Rückkehr von islamischen Identitäten. Modernität und Rückständigkeit werden ebenfalls unterschiedlich angegangen. Westeuropahistoriker konzentrieren sich in der Regel auf Unterschiede innerhalb Westeuropas, etwa auf die wirtschaftliche Pionierrolle Großbritanniens in der Industrialisierung gegenüber den umliegenden Ländern oder auf das politische Modell Frankreichs in der Epoche der französischen Revolution in Italien, den Beneluxländern, der Schweiz, Spanien und Deutschland oder auf die kulturelle Führungsrolle Italiens während der Renaissance im westlichen Europa. Osteuropahistoriker betreiben seltener Analysen von Pionierrollen, konzentrieren sich in der Regel auf die Frage von Rückständigkeit und Einholen, sehen dabei Westeuropa eher als eine Einheit, oder versuchen sich ganz von dieser

---

<sup>13</sup> Charle Christophe: La crise des sociétés imperials. Allemagne, France, Grande-Bretagne 1900-1940, Essai d'histoire social compare, Paris 2001.

Debatte zu lösen. Auch der Raum Europa wird etwas unterschiedlich gesehen. Zu einer Geschichte ganz Europas gehört für Westeuropahistoriker die Berücksichtigung des östlichen Europas, aber auch des südlichen Teils Europas, allerdings oft mit der Neigung, den Süden Europas auf das westliche Mittelmeer zu begrenzen. Osteuropahistoriker befassen sich seltener mit der Frage des Südens Europas oder gehen es eher aus dem östlichen Teil des Mittelmeers an. Auch den globalen Verflechtungen und der globalen Macht Europas werden unterschiedliche Bedeutungen zugeschrieben. Bisher arbeiten darüber eher Westeuropahistoriker, seltener Osteuropahistoriker.

Das sind Unterschiede, die sich rasch wieder ändern mögen, auf die man aber in den letzten Jahren stoßen konnte. Sie sind ohne Zweifel nicht so fundamental, dass deswegen Westeuropahistoriker eine andere Geschichte Europas schreiben als Osteuropahistoriker. Die schon erwähnten Europabücher der Osteuropahistoriker Norman Davies und Mark Mazower sehen deshalb nicht grundlegend anders aus als die Europabücher von Westeuropahistorikern. Die Essentials der europäischen Geschichte sind im Wesentlichen dieselben. Aber man kann die genannten Unterschiede auch nicht einfach vernachlässigen. Sie spielen eine produktive Rolle. Die gemeinsame Diskussion einer europäischen Geschichte lässt den West- wie Osteuropahistorikern bewusst werden, dass sie oft mit unreflektierten Annahmen arbeiten, die nicht für ganz Europa zutreffen, sondern nur für ihre eigene begrenzte Region. Eine Geschichte des ganzen Europa schreibt man als Westeuropahistoriker deshalb besser im Dialog mit Osteuropaexperten.

## **Heinz Durchhardt, Mainz**

### **Das Heilige Römische Reich und Russland im ausgehenden 18. Jahrhundert – methodische Ansätze und Befunde\***

Ein neu errichtetes Historisches Auslandsinstitut steht vor der Herausforderung, in einem vorgegebenen, also schon bestehenden akademischen Interaktionsgefüge seinen unverwechselbaren, ihm das Alleinstellungsmerkmal sichernden Platz suchen und finden zu müssen. Anregungen von der einen oder anderen Seite – auch von Nicht-Russlandspezialisten – wird es genug geben. Nach einer Selbstfindungs- und Inkubationsphase dann zu entscheiden, wo und wie das Institut zunächst einmal seine wissenschaftlichen Schwerpunkte setzt, liegt in seinem autonomen Ermessen. Dabei wird viel Pragmatismus im Spiel sein, was es aber nicht hinfällig macht, einen kurzen Blick auf die theoretischen Ansätze zu werfen.

Die moderne Geschichtswissenschaft hat bekanntermaßen verschiedene methodische Konzepte entwickelt, um sich dem komplizierten Gefüge von Nachbarschaftsgeschichten zu nähern. Ich lasse dabei den vordergründigen „bloßen“ Vergleich, selbst wenn er die vorwissenschaftliche Ebene hinter sich lässt, ganz außer Betracht, dessen Problematik immer deutlicher erkannt worden ist. Einen größeren Stellenwert im gegenwärtigen Wissenschaftsdiskurs hat das Modell der parallelen Geschichte, das im Sinn der asymmetrischen Verflechtung zweier Nationalgeschichten verstanden werden kann, aber auch im Sinn paralleler oder differenter Haltungen zu historischen Metaprozessen wie Konfessionalisierung oder Rezeption des römischen Rechts oder – noch enger – in der Variante des Hinterfragens der Reaktion zweier Gemeinwesen auf Ereignisse und Prozesse in einem Drittland. Daneben steht das Konzept der Beziehungsgeschichte, wie es etwa jetzt das Pariser Deutsche Historische Institut mit seiner deutsch-französischen Beziehungsgeschichte verwirklicht, wobei nach den direkten und indirekten gegenseitigen Beeinflussungen politischer, ökonomischer oder geistiger Art in der einen oder der anderen Richtung gefragt wird.<sup>1</sup> Der Beziehungsgeschichte subsumiert werden kann cum grano salis die Transfergeschichte, die sich vor allem auf dem deutsch-französischen Feld seit geraumer Zeit des besonderen Interesses der Forschung erfreut und in einem weiten Verständnis stark kulturgeschichtlich orientiert ist.

Wenn wir die Geschichte Deutschlands und Russlands im vorrevolutionären 18. Jahrhundert vergleichend ins Auge fassen, ist der erste Befund freilich der, dass es strukturell Vergleichbares kaum zu geben scheint. Hier ein Gemeinwesen – das Heilige Römische Reich deutscher Nation –, das seiner staatsrechtlichen Struktur wegen sogar für das „westliche“ Alteuropa etwas ganz und gar Exzeptionelles war – mit einer Fülle quasi-souveräner Territorialherren, die dem gewählten Kaiser fast auf gleicher Augenhöhe gegenübertraten, und die, sofern sie eine bestimmte kritische Masse mitbrachten, in der internationalen Politik einen Part zu spielen versuchten, ein Gemeinwesen zudem, das sehr kluge Mechanismen und Institutionen erfunden hatte, Konflikte zu minimieren und rechtlich beizulegen. In Russland hingegen ein streng auf die Person des autokratischen Herrschers ausgerichtetes Imperium, dem sowohl die in Alteuropa übliche Instanz

---

\* Ich danke meinen Mainzer Mitarbeitern Dr. Claus Scharf und Dr. Martin Peters für eine ganze Reihe von Hinweisen.

<sup>1</sup> Erschienen sind bisher zwei Bände: Rolf Große: Vom Frankenreich zu den Ursprüngen der Nationalstaaten, 800 bis 1214, Darmstadt 2005; Rainer Babel: Deutschland und Frankreich im Zeichen der habsburgischen Universalmonarchie, 1500 bis 1648, Darmstadt 2005.

der ständischen Mitregierung abging als auch rechtliche Instanzen, die ein vergleichbares Maß an Rechtssicherheit hergestellt hätten, wie es die territorialen Gerichte, das Reichskammergericht und der Reichshofrat im deutschen Reich vermochten. Es waren zwei Außenseiter-Gemeinwesen: das Reich ein durchaus positiv konnotiertes, nahmen es seit den Tagen eines John Bellers und des Abbé de Saint-Pierre doch zahlreiche Europa- und Friedens-Publizisten als ein Vorbild für ihre utopischen Entwürfe, eins der vielen „Vaterländer“ und somit noch in einem pränationalen Aggregatzustand, und Russland, dem - ungeachtet seiner Hinwendung zu „westlichen“ Verhaltensweisen, ungeachtet seiner zunehmenden, mit phantasiereichen Verwandtschaftslegenden abgestützten dynastischen Verklammerung mit „Alteuropa“<sup>2</sup> und ungeachtet der seit der Jahrhundertmitte enger werdenden akademischen Verflechtungen - immer noch der leichte Geruch anhing, ein durch und durch autokratisches Gebilde weit unterhalb der europäischen Normen zu sein, eins freilich auch, dem man unter veränderten Rahmenbedingungen ein besonderes Entwicklungspotential zutraute. Dass russische Heere, wenn sie im 18. Jahrhundert ins deutsche Reich kamen, ein Bild hinterließen, in dem Momente der besonderen Rücksichtslosigkeit und Grausamkeit nicht fehlten, hat zur pejorativen Konnotation alles Russischen sicher mit beigetragen.

Schaut man näher hin, verliert dieses schwarz-weiße Bild-Gegenbild-Schema indes rasch seine Klarheit. Ich will das an drei Schlaglichtern in aller Kürze beleuchten und greife dabei auf die oben angesprochenen Schlagworte zurück.

So richtig die Beobachtung ist, dass die Aufklärung ein im wesentlichen von West nach Ost verlaufender Prozess war, der deswegen auch zeitliche Abfolgen aufwies, so sehr ist davor zu warnen, der deutschen Aufklärung einen riesengroßen oder wenigstens doch beträchtlichen Vorsprung vor der russischen zuzusprechen. Hier wie dort war „Aufklärung“ ja zunächst einmal ein Rezeptionsvorgang in Gestalt der Adaption französischer, eidgenössischer und britischer Autoren, und hier hatte das Reich allenfalls einen Vorsprung von zehn oder fünfzehn Jahren, ehe unter und durch Katharina II. in Russland dann der konsequente Rezeptionsvorgang begann, der freilich dort auf die beiden Kapitalen, also Moskau und St. Petersburg, beschränkt blieb und trotz aller Bemühungen im schulischen Bereich in der katharinäischen und nachkatharinäischen Zeit, die Jan Kusber soeben nachgezeichnet hat,<sup>3</sup> nicht die Breitenwirkung entfaltete wie im deutschen Reich. Ob sich diese Defizite dem Ansatz der „Reform von oben“ schuldeten, dem Ansatz, Modernisierung mit Zwang einzuführen, ist eine schon unter den Zeitgenossen viel diskutierte Frage gewesen, die im übrigen aber auch für das Reich relevant war; die geistlichen Fürsten, die per Dekret deutschsprachige Gesangbücher oder ähnliches einzuführen gedachten, wussten ein Lied davon zu singen. Man hat zudem, wenn der Eindruck des Nicht-Russland-Spezialisten nicht täuscht, wohl zu konstatieren, dass es in Russland weitgehend bei der Rezeption blieb und daraus offenbar nur wenige eigenständige aufklärerische Positionen erwachsen. Über diese These wird weiter zu arbeiten sein, und zwar unter Zurückstellung aller außerwissenschaftlichen Prestige Gesichtspunkte – Erkenntnisfortschritte werden sich nur durch den konsequenten Vergleich russischer Schriften mit den Sujets und den Begrifflichkeiten einschlägiger französischer (oder auch britischer) Publikationen herausfiltern lassen, nicht durch bloße Behauptungen der Selbständigkeit. Aber lässt man dies und den Gesichtspunkt der

---

<sup>2</sup> Ein Beispiel, zugleich ein Beispiel für deutsch-russische Kooperation Manfred von Boetticher (red.): Braunschweigische Fürsten in Russland in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, Göttingen 1998.

<sup>3</sup> Jan Kusber: Eliten- und Volksbildung im Zarenreich während des 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Studien zu Diskurs, Gesetzgebung und Umsetzung, Stuttgart 2004.



unzureichenden Vermittlung einmal beiseite, den Transfer von Aufklärung über die verschiedensten Medien an ein breites Publikum, der im deutschen Reich – bei aller Würdigung auch der gezielten, weit über die Hofkreise hinausweisenden Theaterpolitik Katharinas<sup>4</sup> – über Moralische Wochenschriften, Akademieabhandlungen, Lesevereine und Geheimgesellschaften sicher viel konsequenter angegangen wurde, so scheint in Bezug auf das Stehenbleiben bei der Rezeption der französischen, britischen und eidgenössischen Autoren und der nur sehr moderaten Weiterentwicklung der importierten Gedankengebäude doch eine Art gemeinsamer Grundzug hier wie dort festzustellen zu sein – ohne die Wolff und Gellert, die Reimarus und Nicolai hier und die Lomonosov, Euler oder Jakob von Stählin dort in ihrer Bedeutung schmälern oder gar marginalisieren zu wollen.

Im Prinzip ist dieser Ansatz auf einer deutsch-russischen Konferenz vom Herbst 2001 verwirklicht worden, die nach der Intensität und Wegen der Rezeption der westeuropäischen Aufklärung in Russland und im deutschen Reich fragte und an dem Modell der Spiegelbildlichkeit orientiert war.<sup>5</sup> Denkbar wären hier aber auch noch zahlreiche weitere Forschungsfelder, etwa, um nur noch eins zu benennen, die Auseinandersetzung mit der Dekolonisations- und Emanzipationsbewegung in Lateinamerika im frühen 19. Jahrhundert; die Rezeption der amerikanischen Revolution in den beiden Vergleichsstaaten ist zwar sowohl für Deutschland<sup>6</sup> als auch für Russland<sup>7</sup> angegangen worden, jedoch ohne dass die einschlägigen Forschungen Bezug aufeinander genommen hätten und somit ein wirklicher Vergleich stattgefunden hätte.<sup>8</sup>

Mein zweites Beispiel zeigt die Grenzen des Ansatzes „Parallelgeschichte“ und zielt stärker in Richtung traditioneller Beziehungsgeschichte. Während Russland unter seiner mitteldeutschen Zarin nach dem Ende des Siebenjährigen Krieges und vollends seit dem Koalitionswechsel von Preußen nach Österreich in den frühen 1780er Jahren das Reich als Handlungs- und Interaktionsraum entdeckte, vermehrt Diplomaten auch an die mittleren und sogar kleineren Höfe – so etwa den Grafen Romanzoff – entsandte, um gemäß dem recht extensiv ausgelegten (und vom Reich nie förmlich anerkannten<sup>9</sup>) Auftrag des Teschener Friedens und gemäß seinem neuen Selbstverständnis als dirigierende kontinentale Großmacht eine Art Schutzmachtrolle aufzubauen, blieb das Reich qua Reich in dieser Hinsicht strukturbedingt passiv. Es gab natürlich keine kurkölnischen oder reichsstädtisch-augsburgischen Diplomaten, die in Moskau vorstellig geworden wären, es gab auch keinen vom Reichstag entsandten Delegierten, der ständig oder auch nur befristet am Zarenhof geweiht hätte. Augenhöhe mit der östlichen Großmacht konnten allenfalls noch die beiden konfligierenden deutschen Orientierungsstaaten erreichen, und sie füllten diese Rolle dann auch konsequent aus. Es war nach 1763 schlicht nicht mehr vorstellbar, dass Preußen und Österreich durch Gesandte nicht in der Kaiserresidenz vertreten gewesen wären, weil beide Seiten ein elementares Interesse daran hatten, das Zarenreich, das unter allen

---

<sup>4</sup> Vgl. Alexander Otto: Die russische Hofgesellschaft in der Zeit Katharinas II., Diss. Tübingen, Tübingen 2005, S. 413 und passim.

<sup>5</sup> Heinz Duchhardt/ Claus Scharf (Hrsg.): Interdisziplinarität und Internationalität. Wege und Formen der Rezeption der französischen und der britischen Aufklärung in Deutschland und Russland im 18. Jahrhundert, Mainz 2004.

<sup>6</sup> Horst Dippel: Deutschland und die amerikanische Revolution. Sozialgeschichtliche Untersuchung zum politischen Bewusstsein im ausgehenden 18. Jahrhundert, Diss. Köln 1970.

<sup>7</sup> Dieter Boden: Das Amerikabild im russischen Schrifttum bis zum Ende des 19. Jahrhunderts, Hamburg 1968.

<sup>8</sup> Kein Thema ist das auch für Rüdiger Horn: Das amerikanisch-russische Verhältnis, 1780–1917, in: Ludmila Thomas/ Dietmar Wulff (Hrsg.): Deutsch-russische Beziehungen. Ihre welthistorischen Dimensionen vom 18. Jahrhundert bis 1917, Berlin 1992, S. 74-91.

<sup>9</sup> Vgl. Karl Härter: Reichstag und Revolution 1789–1806. Die Auseinandersetzung des Immerwährenden Reichstags zu Regensburg mit den Auswirkungen der Französischen Revolution auf das Alte Reich, Göttingen 1992, Kap. 3.1.2.

europäischen Großmächten den rasantesten Aufschwung vollzog, als Bündnispartner zu erhalten oder zu gewinnen. Es waren ganz unterschiedliche Motive, aber es ist keine Frage, dass in beiden Gemeinwesen das Interesse am anderen sprunghaft zunahm und sich die diplomatischen Verflechtungen deutlich verstärkten – zumal sie, was Wien und Petersburg betraf, seit den 1740er Jahren ja auch nicht mehr durch die leidige Titulaturfrage belastet waren.

Aber Heiliges Römisches Reich meinte eben nicht nur den Kaiser- und den preußischen Königshof, sondern qualitativ mehr und anderes. Die Komplexität des politischen Gebildes „Reich“ scheint erst in der katharinäischen Zeit voll ins Bewusstsein der russischen Funktionsebenen gedrungen zu sein, und dieses Bewusstsein von einer ganz anderen politischen Welt wird in den Korrespondenzen der russischen Gesandten im sog. dritten Deutschland wohl besonders eindrücklich fassbar. Wenn wir uns vergegenwärtigen, dass diplomatische Berichte längst nicht nur die „große Politik“ beleuchten, sondern auch Mentalitäten und differente Weltbilder widerspiegeln, könnte in der Aufbereitung der Relationen der russischen Diplomaten des ausgehenden 18. Jahrhunderts, die zum Teil an entlegenen und die ganze Unsicherheit der russischen Kanzleibeamten widerspiegelnden Stellen abgelegt wurden, eine Herausforderung liegen, die für interkulturelle Fragestellungen und den Wechsel des Bildes vom Anderen gleichermaßen reizvoll wäre. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie – wie bei Romanzoff<sup>10</sup> – zu den politisch eher erfolglosen oder den erfolgreichen zählten. In umgekehrter Richtung – wie also westliche diplomatische Berichte zur Erhellung der russischen Kulturgeschichte fruchtbar gemacht werden können – ist dieser Ansatz jüngst durch das Buch von Wolfgang Geier zumindest schon einmal erprobt worden.<sup>11</sup>

Nur mit einer Bemerkung soll darauf hingewiesen werden, dass Russland über die politische Schallmauer 1789 hinweg dem vielgliedrigen Reich ein gerüttelt Maß an Aufmerksamkeit bewahrte und zumindest nicht zu den prominenten Kräften zählte, die seinen Untergang betrieben. Die Chance, das deutsche Territorienkonglomerat jederzeit mit einer antipreußischen oder einer antiösterreichischen Spitze aktivieren zu können, ist unter der späten Katharina und Paul zweifelsfrei erkannt worden. Nachdem jene deutschen Staaten, die sich von französischer Besetzung und informeller Kontrolle zunächst noch freihalten konnten, unter dem Eindruck der Radikalisierung der Revolution rasch ins antirevolutionäre Lager gewandert waren, gab es zudem eine tiefe Geistesverwandtschaft mit dem russischen Reich, dessen Führungsschichten ja von der ersten Stunde an zu den engagiertesten Gegnern des revolutionären und systemdestabilisierenden Umbruchs zählten. Insofern kann es kaum überraschen, dass eine ganze Reihe von Reichsständen in der Krisensituation des Jahres 1791 sich darum bemühte, die russische Garantiefunktion gegenüber dem Reich in Aktivität zu bringen.<sup>12</sup> Die Affinität Russlands zum Reich veranlasste St. Petersburg zwar noch, förmlich gegen die Verletzung der Reichsintegrität durch den Coup von Ettenheim, die Verschleppung des Herzogs von Enghien, die Stimme zu erheben,<sup>13</sup> ging freilich aber nicht mehr so weit, dass Russland gegen die von österreichischer Seite ausgegangene förmliche Auflösung des Reiches seinen Protest angemeldet hätte.

---

<sup>10</sup> Karl Otmar Frhr. von Aretin: Die Mission des Grafen Romanzoff im Reich 1782–1797, in: Klaus Hildebrand/Reiner Pommerin (Hrsg): Deutsche Frage und europäisches Gleichgewicht. Festschrift für Andreas Hillgruber zum 60. Geburtstag, Köln/Wien 1985, S. 15-29.

<sup>11</sup> Wolfgang Geier: Russische Kulturgeschichte in diplomatischen Reiseberichten aus vier Jahrhunderten, Wiesbaden 2004.

<sup>12</sup> Vgl. Härter, Reichstag, S. 178-186.

<sup>13</sup> Vgl. Ebd., S. 625.

Obwohl – strukturbedingt – nicht das gesamte Reich an diesem Prozess des politisch-diplomatischen Interagierens teilhaben konnte, verstärkten sich die Verzahnungen auf anderer Ebene. Sie sind zugleich ein Symptom für Neugier und Bereitschaft, an einem rapiden und für viele Zeitgenossen als faszinierend eingestuften Modernisierungsprozess mitzuwirken. Hier ist an die von Katharina eingeladenen (ca. 27000) deutschen Siedler zu denken, die überwiegend aus den kleinteiligen Gebieten Hessens, Badens und der Pfalz in den riesigen Flächen Russlands heimisch wurden und – ohne dass wir über ihre Beweggründe, sich für die Option Russland zu entscheiden, schon genau Bescheid wüssten<sup>14</sup> – nachhaltige innovative Impulse gaben. Es ist an die deutschen Wissenschaftler zu denken, die über Jahrzehnte hinweg als mit Abstand größter ausländischer „Block“<sup>15</sup> das Profil der Petersburger Akademie prägten. Es ist umgekehrt an die russischen Studenten zu erinnern, die nach Jena und Göttingen, nach Paris und Wien wanderten, um sich dort nicht nur wissenschaftlich à jour zu bringen, sondern auch westliche Lebensart in sich aufzusaugen; 1802–1806 studierte zum Beispiel der spätere Freund Puschkins und Verfasser bedeutsamer Tagebücher und Reisechroniken Aleksandr Turgenew in Göttingen, 1808–1811 ein weiteres Mitglied dieser Familie, Aleksandrs Bruder Nikolaj, der nachmalige Mitarbeiter Steins und Vorkämpfer der Bauernbefreiung.<sup>16</sup> Dies pars pro toto hier herausgegriffen, wäre nicht vorstellbar gewesen, wenn nicht nach der entsprechenden petrinischen Vorlaufphase spätestens seit Katharina die westliche Option auf die Agenda der russischen Geschichte gekommen wäre.<sup>17</sup>

Vollends gilt das für die Ebene des Kulturtransfers. Auf diesem Feld ist die Forschung besonders rege geworden, was sich u. a. darin spiegelt, dass auf dem letzten Deutschen Historikertag eine eigene Sektion sich mit den Begriffstransfers zwischen West und Ost beschäftigte. Sie hat u. a. ergeben, welche Probleme es aufwarf, wenn Katharina bestimmte ihr aus ihrer Muttersprache vertraute Begriffe wie etwa den des „Eigentums“ in das russische Sozialsystem zu übernehmen suchte.<sup>18</sup> Aber der methodische Ansatz geht ja über die Begriffsgeschichte weit hinaus. Generell ging es in der katharinäischen Epoche um die Orientierung an westlichen Formen und Normen, beispielsweise im Rechts- oder auch im Hochschulwesen. Auch das Bemühen der Kaiserin, westliche Kunst – oft über geheime Kanäle und unter Ausschluss der Öffentlichkeit<sup>19</sup> – zu importieren und auch in dieser Hinsicht auf gleiche Augenhöhe zu gelangen, wäre in diesem Zusammenhang zu erwähnen. Das alles mit Einschluss der Interaktionen auf den Gebieten des Handels und des Handwerks<sup>20</sup> ist bisher nur zum Teil erhellt und ist vor dem Hintergrund eines deutlichen Paradigmenwechsels in der russischen Geschichtsschreibung, fremden Einflüssen auf die russische Kultur nicht mehr eo ipso die kalte Schulter zu zeigen oder sie gar völlig in Abrede

---

<sup>14</sup> Vgl. Michael Schippan: Zu einigen Problemen einer „Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen im 18. Jahrhundert“, in: Deutsch-russische Beziehungen, S. 49-67, hier S. 56.

<sup>15</sup> Conrad Grau: Institutionen und Personen in Berlin und Petersburg in den deutsch-russischen Wissenschaftsbeziehungen, in: Deutsch-russische Beziehungen, S. 115-137, hier S. 116.

<sup>16</sup> Vgl. R. Lauer: Russische Studenten in Göttingen im 18. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Elmar Mittler/ Silke Glitsch (Hrsg.): 300 Jahre St. Petersburg. Russland und die „Göttingische Seele“, Göttingen 2003, S. 323-347.

<sup>17</sup> So eine Formulierung Manfred Hildermeiers: Traditionen der Aufklärung in der russischen Geschichte, in: Interdisziplinarität und Internationalität, S. 1-15, hier S. 2.

<sup>18</sup> Vgl. den Internet-Bericht von Frithjof Benjamin Schenk: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=440&view=print>.

<sup>19</sup> Ein anschauliches Beispiel von Christoph Frank: Der Friderizianische Kunsttransfer nach Russland. Zur Bedeutung Rembrandts und Georg Friedrich Schmidts, in: Geist und Macht. Friedrich der Große im Kontext der europäischen Kulturgeschichte, Berlin 2005, S. 245-270.

<sup>20</sup> Aufschlussreiches Material jetzt in dem Katalog: Petersburg um 1800. Ein goldenes Zeitalter des russischen Zarenreichs, Essen 1990.

zu stellen, auch ein Arbeitsbereich, der wirkliche grenzüberschreitende Kooperation ermöglichen könnte. Zugegebenermaßen hat seit den 1950er Jahren durch marxistische deutsche Historiker wie etwa Eduard Winter, Erich Donnert oder Peter Hoffmann eine breite Forschung zu den kulturellen und wissenschaftlichen Wechselbeziehungen stattgefunden, aber das hatte doch eher einen zusammentragenden – um den Begriff des Positivistischen zu vermeiden – Akzent und beantwortete etwa die Fragen nach den politischen Motiven der russischen Wissenschaftspolitik noch längst nicht hinreichend. Wichtig bei alledem ist, nicht nur „Prozesse der Selektion, Adaption und Modifikation westlicher Kulturgüter“ in den Blick zu nehmen, sondern auch das generelle Russlandbild, den Blick des Westens auf Russland nicht aus den Augen zu verlieren, der ja lange überaus positiv konnotiert war. Festzumachen ist dies etwa an der Gestalt Schlözers<sup>21</sup> und seines epochalen Bestsellers „NeuVerändertes Russland“ aus dem Jahr 1767, wie eine große Göttinger Ausstellung im Jahr 2003 noch einmal unterstrichen hat.<sup>22</sup> Die vor knapp 20 Jahren in der Reihe „West-östliche Spiegelungen“ erschienenen Bände über das Russlandbild der Deutschen und etliche neuere Untersuchungen<sup>23</sup> erschöpfen das Thema, wie mir scheint, noch nicht, auch wenn es sich nicht unbedingt als ein neues Forschungsterrain eines Instituts aufdrängt. Dabei wird schließlich auch die Rolle und Funktion des polnisch-litauischen Großreiches neu zu hinterfragen sein, das ja trotz seiner radikalen Amputation in der 1. Teilung auf kulturellem Gebiet eine Größe blieb, eine Art Resonanzboden und Brücke, die für viele Bereich der Kommunikation essentiell war. Wenn man das Konzept des Kulturtransfers zu einer in Frankreich entwickelten *histoire croisée* weiterentwickelte, wäre jedenfalls die Außerachtlassung des Faktors Polen nicht hinnehmbar, ebenso wenig im übrigen die der baltischen Provinzen, die gewissermaßen Vorposten der deutschen Kultur waren und etwa im Bereich des Verlagswesens (Riga) wichtige Knotenpunkte bildeten.

Zukünftige Forschungsfelder scheinen mir, was das ausgehende Ancien Régime betrifft, vor allem unter einer stärker politikgeschichtlich akzentuierten Fragestellung im Bereich der kulturellen und wissenschaftlichen Wechselbeziehungen zwischen dem Heiligen Römischen Reich und Russland zu liegen, sowie in der Aufarbeitung der diplomatischen Berichte der vielen russischen Diplomaten, die seit den frühen 1780er Jahren das Reich geradezu überschwemmten und hier eine politische Erfahrung mit einem trotz Vielgliedrigkeit, Machtlosigkeit und Religionsverschiedenheit funktionierenden Gemeinwesen machten, das in seinen Strukturen von dem politischen System ihrer Heimat meilenweit entfernt war.

---

<sup>21</sup> Schlözer hatte seit 1768 auch die erste in Deutschland eingerichtete Professur für russische Geschichte inne. Insgesamt vgl. Martin Peters: *Altes Reich und Europa. Der Historiker, Statistiker und Publizist August Ludwig (v.) Schlözer (1735–1809)*, Münster/Hamburg/London 2003.

<sup>22</sup> 300 Jahre St. Petersburg. Russland und die „Göttingische Seele“.

<sup>23</sup> Mechthild Keller (Hrsg.): *Russen und Russland aus deutscher Sicht*, München 1987; Astrid Blome: *Das deutsche Russlandbild im frühen 18. Jahrhundert*, Wiesbaden 2000; Romualda Poljakov: *Russlandberichte deutscher Reisender vom 16. bis zum 19. Jahrhundert*, Frankfurt a. Main u.a. 1999; *Deutsche in St. Petersburg und Moskau vom 18. Jahrhundert bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs*, Lüneburg 1994 (Nordost-Archiv NF 3, H. 1); *Die Zarin und der Teufel. Europäische Russlandbilder aus vier Jahrhunderten* [Katalog Halle], Halle 2003; vgl. auch: Dagmar Herrmann (Hrsg.): *Deutsche und Deutschland aus russischer Sicht*, München 1992.

## **A. B. Kamenskij, Moskau**

### **Probleme und Perspektiven der Erforschung der russisch-deutschen Beziehungen im 18. Jahrhundert**

In der Geschichte der russisch-deutschen Beziehungen nimmt das 18. Jahrhundert eine besondere und sehr wichtige Rolle ein. Einige allgemein bekannte Fakten seien genannt: An der Schwelle vom 17. zum 18. und im Verlauf des ersten Viertels des 18. Jahrhunderts änderte sich durch die Reformen Peters des Großen der Vektor der historischen Entwicklung Russlands. Bei der Wahl von nachahmenswerten Modellen im Westen orientierte sich der Zar vor allem an protestantischen Ländern. Natürlich wusste Peter nichts von dem, was Max Weber später „protestantische Ethik“ nannte, aber offensichtlich reizten ihn Tatkraft, Rationalismus, Pragmatismus und als Folge davon wirtschaftliche Effektivität. Die ideelle Basis der Petrinischen Reformen, die Vorstellungen Peters von einem „geregelten Staat“, in den er Russland verwandelt sehen wollte, und seiner Ideen von Macht und Gesellschaft, die in der „Wahrheit des monarchischen Willens“ verkörpert sind, bilden die Werke westeuropäischer, nicht zuletzt deutscher Gelehrter rationalistischer Prägung wie Samuel Pufendorf und Gottfried Wilhelm Leibniz. Vorgreifend sei angemerkt, dass die Werke der deutschen Kameralisten wie Jakob Friedrich Bielfeld, Johann Heinrich Gottlob von Justi, Friedrich Carl von Moser, Ewald Friedrich von Herzberg und des Schweizer Doktors Johann Georg Zimmermann einen großen Einfluss auf die politischen Ansichten auch Katharinas der Großen ausübten. So wurden im Verlauf des ganzen 18. Jahrhunderts politische Ideen und Theorien, die in Deutschland entstanden waren, in Russland umgesetzt und bestimmten in beträchtlichem Maße die Entwicklung des Landes in dieser und auch in der Folgezeit.

Während der Regierungszeit Peters I. wurde Russland zu einem gleichberechtigten Mitglied im System der zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa. Einer der Wege zur Integration des Landes in dieses System waren die ehelichen Verbindungen zwischen den herrschenden Dynastien. Seit Peter schlossen die Romanovs ihre Ehen vorrangig mit Vertretern der regierenden deutschen Fürstenhäuser. So verheiratete der Zar seine Nichten Katharina und Anna mit den Herzögen von Mecklenburg und Kurland, seinen Sohn mit einer braunschweigischen Prinzessin und seine ältere Tochter mit dem Herzog von Holstein-Gottorf. Die Tochter des Herzogs von Mecklenburg, Anna Leopoldovna, wurde 1740 Regentin von Russland und ihrer Ehe mit dem Herzog von Braunschweig-Lüneburg, Anton-Ulrich, entstammte der russische Kaiser Ivan VI. Peter II. war Sohn einer Braunschweigischen Prinzessin und Peter III., verheiratet mit einer Prinzessin von Anhalt-Zerbst, war Sohn des Herzogs von Holstein. Paul I. war in erster Ehe mit einer Prinzessin von Hessen-Darmstadt und in zweiter Ehe mit einer württembergischen Prinzessin verheiratet. Schließlich wurde Russland 34 Jahre lang von einer Deutschen regiert, die als Katharina die Große in die russische Geschichte einging.

Unter Peter I. erhielt der Russische Staat infolge des Nordischen Kriegs das Baltikum mit seiner deutschen Bevölkerung, die sich im Verlauf des 18. Jahrhunderts allmählich in die politische Elite Russlands integrierte und eine immer größere Rolle darin spielte. Dabei war die Integration des so genannten baltischen Adels ein ausdrückliches Ziel der Regierungspolitik. So hieß es zum Beispiel in den Statuten des 1731 gegründeten Korps der adligen Landkadetten, das eine wichtige Rolle bei der Entstehung des säkularen Bildungssystems in Russland spielte und in dem ein

Viertel der Kadetten aus dem baltischen Raum kommen sollten: „In einem Zimmer können sechs bis sieben Personen wohnen, und alle dürfen zwei Diener haben... den Russen kann man ausländische und den Esten und Livländern russische Diener zuordnen, damit auf diese Weise jeder die Sprache des anderen lernt und sich daran gewöhnt.“<sup>1</sup> In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurde der Baltendeutsche Denis von Wiesen [Fonwisin] der wichtigste russische Dramatiker, und im Jahre 1805 vollbrachte der Adjutant und Schwiegersohn des Heerführers Michail Kutusov, Graf Tiesenhausen, auf dem Schlachtfeld von Austerlitz eine Heldentat, die Lev Tolstoj später in seinem Roman „Krieg und Frieden“ als Tat Andrej Bolkonskijs beschrieb.

Außer den Baltendeutschen ergoss sich unter Peter dem Großen ein Strom deutscher Fachkräfte nach Russland - Militärs, Ingenieure, Ärzte, Apotheker, Handwerker und andere, ohne die die beschleunigte Petrinische Modernisierung nicht zu verwirklichen war. Viele von ihnen blieben für immer in Russland und spielten eine wichtige Rolle im wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben des Landes. Namen wie Heinrich Johann Friedrich [Andrej Ivanovič] Ostermann, Burchard Christoph Münnich, Ernst Johann Biron und Karl Löwenwolde sind fest mit der russischen Geschichte verbunden. Unter Katharina II. wurde die Zahl der „russischen Deutschen“ durch Tausende Siedler, die sich an der Wolga niederließen, erhöht. Es erübrigt sich fast, eigens über die Rolle der deutschen Gelehrten bei der Entstehung der russischen Wissenschaft und bei der Erforschung der Geschichte, Geografie und Ethnografie Russlands zu sprechen.<sup>2</sup> Viele angesehene Persönlichkeiten der russischen Kultur des 18. Jahrhunderts erhielten an deutschen Universitäten ihre Ausbildung, darunter Michail Lomonosov und Aleksandr Radiščev. Auch das russische Bildungssystem entstand im 18. Jahrhundert nach deutschen Vorbildern, das gilt für die 1755 gegründete Moskauer Universität ebenso wie für die Schulbildung seit den 1780er Jahren.<sup>3</sup> Kaum zu überschätzen ist die Rolle, die die deutsche Sprache in der russischen Kultur und Wissenschaft spielte. So erschien die 1728 von Gerhard Friedrich Müller gegründete erste russische Zeitung zuerst auf Deutsch, ebenso wie die erste russische historische Zeitschrift, die ebenfalls von Müller ins Leben gerufen wurde.

Diese Reihe von Beispielen, die von den engen Kontakten und dem engen und vielgestaltigen Zusammenwirken von Deutschen und Russen im 18. Jahrhundert zeugen, kann man endlos fortsetzen. Jedoch ist im historischen Gedächtnis der Russen die Geschichte dieser Kontakte und dieses Zusammenwirkens von zahlreichen Stereotypen und historischen Mythen belastet. Am beständigsten ist natürlich der auf die Historiker S. M. Solovjov und V. O. Ključevskij zurückgehende Mythos von der „bironovščina“, der „Ausländerherrschaft“ und der „deutschen Partei“, welche die Regierungszeit von Anna Ioannovna geprägt hätten. Das historische Bewusstsein der Massen neigt von Natur aus zur Mythologie und man kann kaum damit rechnen, dass es irgendwann einmal auf wissenschaftlichen Fakten basieren wird. Die Aufgabe der Historiker besteht allerdings darin, eine gewisse Balance zwischen Mythen und

---

<sup>1</sup> Polnoe sobranie zakonov Rossijskoj imperii. Sobranie 1, T. 8, Nr. 5881. [Vollständige Gesetzessammlung des Russischen Imperiums. Sammlung 1, Band 8].

<sup>2</sup> Dieses Thema wird in letzter Zeit intensiv von deutschen und russischen Wissenschaftlern untersucht. Siehe: Nemcy v Rossii: rusko-nemeckie naučnye i kul'turnye svjazi [Deutsche in Russland: russisch-deutsche Wissenschafts- und Kulturbeziehungen], St. Petersburg 2000; Nemcy v Rossii: Tri veka naučnogo sotrudničestva [Deutsche in Russland: Drei Jahrhunderte wissenschaftlicher Zusammenarbeit], St. Petersburg 2003.

<sup>3</sup> Siehe: Nemcy i razvitie obrazovanija v Rossii [Die Deutschen und die Entwicklung des Bildungssystems in Russland], St. Petersburg 1998; A. Ju. Andreev: Russkie studenty v nemeckich universitetach XVIII – pervoj poloviny XIX veka [Russische Studenten auf deutschen Universitäten im 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts], Moskau 2005.

wissenschaftlichen Kenntnissen aufrechtzuerhalten, wobei das Mythologische eine kritische Linie niemals überschreiten sollte.

In den letzten 15 Jahren, in denen sich breite Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen russischen und deutschen Wissenschaftlern aufgetan haben, ist in dieser Hinsicht etliches geleistet worden. Gemeinsame Konferenzen und Ausstellungen fanden statt, einige Sammelbände sind herausgegeben und gemeinsame Projekte realisiert worden und nicht zuletzt wurden neue Forschungen zu Themen angeregt, die in der UdSSR faktisch mit Verbot belegt waren. Verständlicherweise ist dabei das Thema der russisch-deutschen Beziehungen im 18. Jahrhundert, wie jedes wissenschaftliche Problem, unerschöpflich. Dennoch können wir, wie es aussieht, einige der augenfälligsten und wichtigsten Probleme der modernen Historiografie zu bestimmen versuchen, zu deren Lösung das Deutsche Historische Institut beitragen kann.

Zunächst ist zu sagen, dass die gegenwärtige Historiografie bei aller Vielfalt konkreter historischer Forschung bislang in vielem einem Mosaik ähnelt. Man untersucht den Einfluss der deutschen Philosophie, Literatur und Kunst sowie die Rolle der Deutschen in Wissenschaft und Politik, aber es fehlt bisher ein ganzheitliches, umfassendes Bild. Meiner Ansicht nach bedarf es aber gerade einer umfassenden, ganzheitlichen kulturhistorischen und historisch-anthropologischen Würdigung der Rolle Deutschlands, der Deutschen und der deutschen Kultur in Politik, Wissenschaft, Medizin und Kunst sowie im Alltag Russlands im 18. Jahrhundert. Greifen wir zu einigen Büchern, die in den letzten Jahren erschienen sind, so können wir dort lesen, dass „wir mit keinem der nichtslawischen Völker einen so dichten, gar ‚häuslichen‘ Kontakt, einen so intensiven Umgang und Widerstreit haben wie mit den Deutschen“,<sup>4</sup> oder „im Verlauf von dreihundert Jahren, beginnend mit dem 17. Jahrhundert, hatte Russland mit keinem europäischen Staat so enge Beziehungen wie mit Deutschland... Deutschland verband unser Land wie eine Membran, eine Brücke mit Europa und half uns, uns leichter an die westliche Kultur anzupassen“,<sup>5</sup> oder „mit einigen ihrer Nachbarn haben die Deutschen engere Beziehungen als mit den Russen, aber mit keinem tiefer“,<sup>6</sup>. Diese Worte werden von verschiedenen Menschen ausgesprochen und stehen in der Regel in den Vorworten von Sammelbänden über russisch-deutsche Beziehungen. Diese Sammelbände ihrerseits enthalten jedoch meist Aufsätze über Themen unterschiedlicher Gewichtung, die eher beziehungslos nebeneinander stehen. Wir müssen aber nach Wegen zu einer ganzheitlichen Erfassung des angesammelten Faktenmaterials suchen. Dabei ist klar, dass ein umfassendes Bild sich nur aus einzelnen, von zahlreichen Historikern zu erarbeitenden Themen zusammensetzen kann. Aber auch hier gibt es noch viele weiße Flecken prinzipieller Art.

So wurde in letzter Zeit die typologische Untersuchung des Russischen Imperiums, auch in vergleichender Perspektive, zu einem wichtigen Zweig der Geschichtswissenschaft. Im Zusammenhang damit kommt der Analyse der politischen Ansichten Peters des Großen, auf deren Entstehen, wie gesagt, deutsche Gelehrte einen großen Einfluss ausübten, natürlich eine besondere Bedeutung zu. Zwar wurden über Peter Hunderte Bücher verfasst, eine tief greifende,

---

<sup>4</sup> S. V. Obolenskaja: Istorija nemcev v Rossii kak problema russkoj kul'tury [Die Geschichte der Deutschen in Russland als Problem der russischen Kultur], in: Russkie i nemcy v XVIII veke: Vstreča kul'tur [Russen und Deutsche im 18. Jahrhundert: Begegnung der Kulturen], Moskau 2000, S. 6.

<sup>5</sup> Ot redakcionnoj kollegii [Vorwort der Redaktion], in: Rossija – Germanija: Kontakty i vzaimovlijanija. XVIII – XX vek [Russland – Deutschland: Kontakte und gegenseitige Einflüsse. 18. – 20. Jahrhundert], Moskau 1994, S. 6.

<sup>6</sup> R. Weizsäcker: Vstuplenie [Vorwort], in: Nemcy v Rossii – Russkie v Germanii. Katalog vystavki [Deutsche in Russland – Russen in Deutschland. Ausstellungskatalog], Moskau 1994, S. 6.

komplexe, auf Quellen basierende und dem gegenwärtigen Niveau der historischen Wissenschaften – unter Berücksichtigung der Geistesgeschichte – entsprechende Untersuchung der politischen und sozialen Anschauungen des Zaren und Reformers und der von ihm geschaffenen politischen Kultur existiert aber bislang nicht. Folglich ist auch die Ideologie der Petrinischen Reformen, die man ebenso wie spätere Reformen im Kontext der westeuropäischen Praxis des Staatsaufbaus sehen muss, noch unzureichend erforscht und daher nicht bis ins Letzte verstanden worden.

Führt man dieses Thema weiter, so geht es letzten Endes um die Rezeption der Ideen der westeuropäischen Wissenschaft und der europäischen Aufklärung im Russland Peters I. und seiner Nachfolger. Für sich genommen hat die Frage nach der Rezeption der europäischen Aufklärung in Russland eine reiche historiografische Tradition. Jedoch stoßen wir in vielen Arbeiten auf einen sehr vereinfachten Begriff von Rezeption. So wird zum Beispiel ein beliebiger russischer Text aus dem 18. Jahrhundert genommen und einer textologischen Analyse unterzogen, bei der herauskommt, dass darin Ideen vertreten werden, denen in der westeuropäischen Literatur ganz konkrete Autoren zugeordnet werden können. Daraus wird der Schluss gezogen, dass die entsprechenden Ideen in Russland rezipiert worden sind. Oftmals gibt es jedoch keine Beweise dafür, dass der betreffende russische Autor die jeweiligen westlichen Texte kannte. Bei einem solchen Vorgehen wird meines Erachtens die Spezifik des Jahrhunderts der Aufklärung ignoriert, die in einer intensiven Zirkulation von Ideen innerhalb eines zahlenmäßig begrenzten aber geografisch hinreichend breiten, kompakten und intellektuell gesättigten Raumes besteht. In diesem Raum erzeugte eine neue Idee oftmals andere neue Ideen gleichzeitig an verschiedenen Enden Europas und unabhängig voneinander. Mir schwebt vor, dass die Erforschung der Aufklärung als ganzheitliches, umfassendes kulturhistorisches Phänomen – und darin sehe ich eine der zentralen Aufgaben des Deutschen Historischen Instituts in Moskau – auf eine neue Ebene der Erkenntnis übergehen müsste. Der Akzent muss von der Rezeption zur Untersuchung von Prozessen der Zirkulation und der Wechselwirkung von Ideen sowie ihrer Transformation auf der einen oder anderen nationalen Grundlage verschoben werden.<sup>7</sup> Denn im 18. Jahrhundert waren bekanntlich sogar die Übersetzungen aus Fremdsprachen, so auch aus dem Deutschen, ins Russische eher spezielle Bearbeitungen für die russischen Leser als Übersetzungen im modernen Sinne. Dabei können die Texte selber als äußerst interessante Quelle dafür dienen, wie die Übersetzer die Unterschiede in der Wahrnehmung bei deutschen und russischen Lesern aufgefasst haben. Ich denke, dass die Analyse solcher Texte eine der möglichen Zielsetzungen innerhalb eines größeren Projekts zur Erforschung der Aufklärung sein könnte.

Schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts versuchten Historiker, die Mythen der „bironovščina“ und der „deutschen Partei“ zu widerlegen. Nicht wenig haben auch heutige Historiker wie E. W. Anisimov und I. W. Kurukin dazu beigetragen.<sup>8</sup> Man braucht jedoch nur einen Blick in die letzten Arbeiten des Papstes der russischen Historiografie, N. M. Pavlenko, zu werfen um zu

---

<sup>7</sup> Einen interessanten und perspektivreichen Ansatz präsentiert Claus Scharf in seinem Aufsatz „Osnovanie Berlinskoj i Peterburgskoj Akademij nauk i ich otnošenija v XVIII v. v evropejskoj perspektive“ [Die Gründung der Berliner und der Petersburger Akademie der Wissenschaften und ihre Beziehungen im 18. Jahrhundert in europäischer Perspektive], in: Nemcy v Rossii [Deutsche in Russland], S. 7-38.

<sup>8</sup> S. E. V. Anisimov: Rossija bez Petra [Russland ohne Peter], St. Petersburg 1994; ders.: Anna Ioannovna, Moskau 2002; I. V. Kurukin: Épocha dvorskich bur' [Die Epoche der Palastrevolten], Rjazan' 2003.



sehen, wie lebendig diese Mythen noch sind.<sup>9</sup> Ich denke, dass der Streit darüber, ob es bei Hofe eine „deutsche Partei“ gab, heutzutage im Grunde sinnlos ist, aber es bedarf auf Archivquellen basierende politische Biografien der wichtigsten Persönlichkeiten jener Zeit. Demnächst erscheint in der Reihe „Das Leben bemerkenswerter Menschen“ ein Buch Kurukins über Biron; mit Ostermann hat man sich in letzter Zeit in Deutschland befasst, aber der große Bestand von Dokumenten zu Ostermann im Russischen Staatsarchiv Alter Akten (RGADA) ist praktisch noch nicht erschlossen und weitgehend unbekannt. Ernstzunehmende Untersuchungen zu Münnich existieren überhaupt nicht, von den vielen weniger bekannten Deutschen jener Zeit ganz zu schweigen.

Auch der Themenkomplex der deutschen Wissenschaftler im Russland des 18. Jahrhunderts ist längst nicht ausgeschöpft. So gelang es erst in den vergangenen Jahren, die durch die sowjetische Geschichtswissenschaft Ende der 1940er Jahre verzerrten Vorstellungen von der Rolle deutscher Historiker, vor allem Gottlieb Siegfried Baier, Gerhard Friedrich Müller und August Ludwig Schlözer zurechtzurücken. Im Jahre 2005 wurde das 300. Geburtsjahr von Müller mit wissenschaftlichen Tagungen und Ausstellungen begangen. Aber sein umfangreicher Briefwechsel u. a. mit vielen herausragenden russischen und westeuropäischen Wissenschaftlern und Kulturschaffenden, der sich im RGADA und in der Petersburger Abteilung des Archivs der Akademie der Wissenschaften befindet, ist weiterhin unveröffentlicht und faktisch unbekannt. Ohne die Erschließung dieses Materials ist es nicht möglich, eine vollwertige wissenschaftliche Biografie dieses Gelehrten zu schreiben. Übrigens stoßen wir bei Müller auf eine sehr charakteristische Situation. Seinen Namen findet man nicht nur in Werken zur Geschichte der russischen Geschichtswissenschaft oder der Petersburger Akademie der Wissenschaften, sondern auch in Arbeiten zur Geschichte der Ethnologie, der Linguistik, Archäologie, Archäografie, Astronomie, der russischen Journalistik, des Archiv- und Bibliothekswesens, der russischen Literatur usw. Dabei kennen häufig die Spezialisten der einen Disziplin nicht die Arbeiten ihrer Kollegen aus den anderen Disziplinen. Eine gesonderte Untersuchung verdient natürlich auch Schlözer, sowohl als Wissenschaftler, der einen wesentlichen Beitrag zur Geschichtsschreibung geleistet hat, als auch als Persönlichkeit.

Über Katharina II. und ihre Zeit muss man gesondert sprechen, vor allem über die Frage „Katharina und Deutschland“. Einen großen und unschätzbaren Beitrag zur Erarbeitung dieses Problems hat Claus Scharf mit seiner exzellenten Monografie „Katharina II., Deutschland und die Deutschen“ geleistet.<sup>10</sup> Mit diesem Buch wurde faktisch eine neue Seite in der Erforschung sowohl der Persönlichkeit Katharinas als auch Russlands unter Katharina aufgeschlagen, denn bisher richtete sich die Aufmerksamkeit fast ausschließlich darauf, welchen Einfluss französische, englische und italienischen Aufklärer auf die Kaiserin ausübten.

Scharf selbst schreibt in seiner im Jahre 2000 auf Russisch erschienenen thesenartigen Zusammenfassung seines Buches, dass er es als „Interpretation bestehender Forschungen“ betrachtet, die neue Untersuchungen stimulieren soll. 1. Insbesondere sollten meine Thesen durch eine Analyse unveröffentlichter Quellen überprüft werden. 2. Fast alle russischen

---

<sup>9</sup> Bezeichnend ist schon der Titel des Buches: N. I. Pavlenko: Anna Ioannovna: Nemcy pri dvore [Die Deutschen am Zarenhof], Moskau 2002. Offenbar sollte auch die Hervorhebung der Worte „Die Deutschen am Zarenhof“ auf dem Titelblatt des Buches nach Meinung des Autors und der Herausgeber zu seinen kommerziellen Erfolg beitragen. Zugleich betont der Autor, als handele es sich um eine neue Erkenntnis, dass die beschriebene Epoche gerade dadurch gekennzeichnet sei.

<sup>10</sup> Claus Scharf: Katharina II., Deutschland und die Deutschen, Mainz 1995.

Quelleneditionen erfordern eine kritische Neudeutung der Texte sowie neue Kommentare. 3. Die Untersuchungen sollten sich vor allem auf die Wahrnehmung konkreter Prozesse in den deutsch-russischen politischen, kulturellen und ökonomischen Beziehungen konzentrieren. Ebenso geht es um andere Vermittler, um Gegner und Widerstände, um sich aufeinander schichtende Einflüsse, um die Rolle von Staat und Politik sowie um wirtschaftliche, persönliche und Gruppeninteressen. Zugleich sollten die Wechselbeziehungen zweier Nationalkulturen in der Epoche der Aufklärung nicht nur bilateral, sondern auch im gesamteuropäischen Kontext betrachtet werden<sup>11</sup>. Mit diesen Worten hat Scharf im Grunde ein ganzes wissenschaftliches Programm mit seinen wichtigsten Prinzipien formuliert. Ich würde noch eine Sache hinzufügen: die vergleichende Analyse zweier großer politischer Persönlichkeiten des 18. Jahrhunderts – Katharina II. und Friedrich II. Scharf schreibt zum Beispiel, dass „man nur erahnen kann, welche Wirkung das Vorbild Friedrichs II. als Herrscher auf das Verständnis Katharinas von den Pflichten eines aufgeklärten Monarchen hatte“<sup>12</sup>. Ich wage anzunehmen, dass diese Wirkung sehr groß war, und eine ebenso große Rolle spielte ein anderer Faktor, der der politischen und persönlichen Rivalität mit Friedrich.<sup>13</sup> Aber all das erfordert spezielle Untersuchungen.

Im Zusammenhang mit dem Buch von Claus Scharf muss angemerkt werden, dass in den letzten Jahren in Russland recht viele Arbeiten westlicher Kollegen, die sich mit russischer Geschichte befassen, in russischer Übersetzung erschienen sind, darunter jedoch kaum Werke deutscher Historiker. Über das 18. Jahrhundert gibt es, wenn ich nicht irre, nur das Buch von Erich Donnert über Katharina II. Jedoch sind solche Übersetzungen dringend notwendig. Außer dem Buch von Scharf, das man an die erste Stelle dieser Liste setzen sollte, wäre eine russische Ausgabe von Reinhard Wittrams Buch über Peter den Großen<sup>14</sup> sehr nützlich, das vor mehr als 40 Jahren erschienen ist, aber von Spezialisten nach wie vor für eines der besten gehalten wird. Hinzu kämen Arbeiten von Dietrich Geyer, Manfred Hildermeier und anderen. Es mag als paradox gelten, dass der bekannte amerikanische Historiker David Griffiths einige Aufsätze Geyers für seine Vorlesungen ins Englische übersetzt hat, dass diese Arbeiten in Russland aber nur sehr wenigen bekannt sind.

Meiner Ansicht nach könnte es eine der wichtigen Aufgaben des Deutschen Historischen Instituts in Moskau sein, die Übersetzung und Publikation von Werken deutscher Osteuropahistoriker in Russland zu fördern. Dabei wäre es zweckmäßig, neben Monografien auch einen Sammelband mit dem Arbeitstitel „Deutsche Russistik“ nach dem Muster der kürzlich erschienenen dreibändigen „Amerikanischen Russistik“ zu veröffentlichen.<sup>15</sup> Notwendig ist dies auch zur Überwindung vieler Vorurteile, die einige russische Historiker immer noch gegenüber der so genannten „westlichen Geschichtswissenschaft“ hegen.

Außer den Werken deutscher Russisten brauchen die russischen Historiker aber auch Übersetzungen von Arbeiten deutscher Kollegen, die allgemeinere Fragen zum Beispiel zur

---

<sup>11</sup> Klaus Scharf: Ekaterina II i Germanija [Katharina II und Deutschland], in: Russkie i nemcy v XVIII veke [Russen und Deutsche im 18. Jahrhundert], S. 57.

<sup>12</sup> Ebd., S. 55.

<sup>13</sup> Versuche der Annäherung an dieses Thema findet man im Buch von P. W. Stegnij: Chroniki vremen Ekateriny II [Chroniken der Zeit Katharinas II.], Moskau 2001.

<sup>14</sup> Wittram, Reinhard: Peter I. Czar und Kaiser: zur Geschichte Peters des Großen in seiner Zeit, Göttingen 1964.

<sup>15</sup> Fragen des 18. Jahrhunderts werden im ersten Band angeschnitten: Amerikanskaja rusistika. Vechi istoriografii poslednich let. Imperatorskij period [Meilensteine der Historiografie der letzten Jahre. Die Zeit der Kaiser]. Antologija, Samara 2000.

Theorie und Methodologie der Geschichte behandeln. Heute kennt man in Russland leider eher die neueren Arbeiten französischer, amerikanischer und englischer Historiker über aktuelle Probleme der historischen Erkenntnis. Im Übrigen zeigen zum Beispiel einige Aufsätze im Almanach „Odyssee: Der Mensch in der Geschichte“, in der Zeitschrift „Ab Imperio“, in den gemeinsamen Publikationen der Europäischen Universität St. Petersburg und des Max-Planck-Instituts für Geschichte in Göttingen<sup>16</sup> u. a., dass solche Übersetzungen nicht nur sehr nützlich für russische Historiker sind, sondern auch interessante Diskussionen in Gang setzen.

Eine weitere Tätigkeit des Deutschen Historischen Instituts wäre meines Erachtens im Zusammenhang mit Editionen von Dokumenten zu sehen. Vor einigen Jahren wurde auf einer internationalen Konferenz, u. a. auch mit deutschen Teilnehmern, angeregt, die „Briefe und Papiere der Kaiserin Katharina der Großen“ herauszugeben nach dem Muster der unter Experten wohlbekannten vielbändigen Ausgabe der „Briefe und Papiere des Kaisers Peter der Große“.<sup>17</sup> Leider konnte mangels finanzieller Unterstützung bis jetzt nur eine Bibliografie veröffentlichter Werke über Katharina realisiert werden.<sup>18</sup> Die große Masse von Dokumenten zu Katharina, darunter ihr Briefwechsel und Rohfassungen von umgesetzten und nicht umgesetzten Gesetzesentwürfen ist bis heute unveröffentlicht. Ich meine, es wäre sinnvoll, unter der Ägide des Deutschen Historischen Instituts in Moskau auch auf dieses Projekt zurückzukommen. Es braucht nicht eigens bewiesen zu werden, dass solche Publikationen nur einmal, dann aber für die Ewigkeit gemacht werden und dass man ihre Bedeutung für die Entwicklung der Wissenschaft kaum überschätzen kann.

Es gibt noch ein großes Thema, das bisher nur in geringem Maße von Forschern angegangen wurde – das Zusammenwirken von Russen und Deutschen im alltäglichen Leben Russlands im 18. Jahrhundert sowie der Einfluss der Deutschen auf die Transformation und Modernisierung des russischen Alltags. Das ist zweifellos ein schwer zu untersuchendes, aber äußerst wichtiges Problem. Andererseits weiß man in Russland sehr wenig darüber, ob es in Deutschland im 18. Jahrhundert irgendwelche kulturellen Einwirkungen aus Russland gegeben hat. So heißt es zum Beispiel, dass das von Peter dem Großen geschaffene Modell eines vorbildlichen Herrschers nicht nur in Russland, sondern auch in Europa insgesamt von Bedeutung war. Hatte dies Auswirkungen auf die deutsche politische Kultur jener Zeit? Hatte der zeitweilige Aufenthalt von Deutschen in Russland in irgendeiner Weise Auswirkungen auf ihren Lebensstil auch nach ihrer Rückkehr in die Heimat? All das sind auch Elemente des generellen Bildes, das noch zu erstellen ist. Zusammenfassend kann man sagen, dass das Deutsche Historische Institut in Moskau Organisator und Koordinator wissenschaftlicher Forschungen zur Geschichte russisch-deutscher Wechselwirkungen werden und dabei diese Forschungen auf ein neues Niveau heben muss, das den gegenwärtigen Entwicklungstendenzen der Geschichtswissenschaft entspricht.

---

<sup>16</sup> Prošloe – krupnym planom: sovremennye issledovanija po mikroistorii [Die Vergangenheit im Brennpunkt: Neue Forschungen zur Mikrogeschichte], St. Petersburg 2003; Sem’ja, dom i uzy rodstva v istorii [Familie, Haus und verwandtschaftliche Bande in der Geschichte], St. Petersburg 2004.

<sup>17</sup> A. B. Kamenskij: Komissija po izdaniju „Pisem i bumag imperatricy Ekateriny Velikoj“ [Kommission zur Publikation der „Briefe und Papiere der Kaiserin Katharina der Großen“], in: Archeografičeskij ežegodnik za 1999 god [Archäografisches Jahrbuch für 1999], Moskau 2000, S. 377-378.

<sup>18</sup> I V. Babič/M. V. Babič/T. A. Laptjeva (Hrsg.): Ekaterina II: Annotirovannaja bibliografija publikacij, Moskau 2004.

## L. E. Šepeljov, St. Petersburg

### Egor Francevič Kankrin [Georg von Cancrin] als Finanzminister

In der russischen Historiografie herrscht die Meinung, dass die Regierungszeit Nikolaus' I. eine Periode nicht nur politischer, sondern auch wirtschaftlicher Stagnation gewesen sei. Letzteres sei in Vielem eine Folge der erfolglosen Politik Kankrins gewesen, der mehr als 20 Jahre, von 1823 bis 1844, dem Finanzministerium vorgestanden hatte. Als Verdienst Kankrins wird gewöhnlich nur auf die unter ihm durchgeführte Geldreform 1839-1843 verwiesen. Die kritische Haltung ihm gegenüber ging teilweise auf seine deutsche Herkunft zurück, auf Grund derer er, so heißt es, Russland und seine Bedürfnisse nicht verstanden hätte. Kankrin selbst verfasste im März 1843, bevor er in den Ruhestand ging, einen „Überblick über bemerkenswerte Vorgänge im Finanzwesen im Verlauf der letzten zwanzig Jahre (seit 1823)“, den er dem Kaiser vorlegte. Er endet folgendermaßen: „Der hier präsentierte Überblick kann dem unvoreingenommenen Leser als Material dienen, darüber zu urteilen, ob es einen Grund gibt, dem Finanzminister dahingehend Vorwürfe zu machen, wie es einige taten, als hätte er 20 Jahre lang nichts getan und planlos gehandelt. Im Gegenteil: In Gedanken zurückblickend auf eine so bedeutende Periode seines Lebens, hat der Finanzminister ein reines Gewissen und den Mut zu denken, dass er neben einer Unzahl unnötiger, überflüssiger und geringfügiger Dinge und Formalitäten, die man in unserer Verwaltung häufiger als anderswo antrifft, nicht müde wurde, so viel substantiell Nützliches wie möglich zu tun in der Hoffnung, dass die verschiedenen Maßnahmen des Finanzministeriums in vieler Hinsicht nicht nur einen zeitweiligen Einfluss auf den Verlauf der Angelegenheiten und der Kräfte des Verstandes im Vaterland hatten.“

Um zu einer zutreffenden Einschätzung Kankrins als Finanzminister zu gelangen, ist es unumgänglich, die Umstände seines Lebens und seiner Karriere und vor allem die Rahmenbedingungen seiner politisch-ökonomischen Anschauungen zu berücksichtigen.

Egor (Georg) Francevič Kankrin wurde am 16. November 1774 als Sohn des bekannten deutschen Mineralogen und Ingenieurs Franz-Ludwig Cancrin geboren, der zu jener Zeit als Kämmerer im Dienst des Landgrafen von Hessen-Kassel stand. Im Jahre 1774 wurde Kankrins Vater zur Aufnahme einer Arbeit nach Russland eingeladen, wo er Mitglied des Berg-Kollegiums wurde und der Saline in Staraja Russa vorstand. Gerade diese Stellung galt als sehr wichtig, da die Saline die Hauptstadt mit Salz versorgte. Anfang der 1780er Jahre wurde Franz-Ludwig Cancrin für längere Zeit freigestellt. Zurück in der Heimat, hatte er die Möglichkeit, sich der Erziehung seines Sohnes anzunehmen. Nachdem er 1797 ein zweites Mal nach Russland gekommen war, nahm er seine bisherige Stellung im Rang eines Wirklichen Staatsrats (IV. Klasse der Rangtabelle) wieder ein. Schon bald rief er seinen Sohn zu sich.

Der junge Kankrin lernte zunächst auf dem klassischen Gymnasium seiner Geburtsstadt Hanau und studierte danach Jura und politische Wissenschaften an den Universitäten Gießen und Marburg. Im Jahre 1774 wurde er Doktor der Jurisprudenz. Neben juristischem Wissen erwarb er fundierte Kenntnisse in den Naturwissenschaften und auf vielen Gebieten der Technik, vor allem im Bergwerks-, Forst- und Bauwesen. Außerdem befasste er sich mit Philosophie und Literatur. Nach Abschluss seiner Ausbildung trat er in die Dienste des regierenden Fürsten von Anhalt-Bernburg und erhielt den Rang eines Regierungsrats. Er konnte allerdings seine berufliche

Position in Deutschland nicht festigen, und so folgte er 1797 seinem Vater nach Russland, wo er als Hofrat (VII. Klasse) eingestellt wurde. In den ersten drei Jahren hatte er keine bestimmte Funktion inne und verdiente seinen Lebensunterhalt mit privaten Tätigkeiten, wobei er nicht selten unter Entbehrungen litt. Im Jahre 1800 wurde der ehemalige Vizekanzler Ivan Andreevič Ostermann auf Kankrins Fähigkeiten aufmerksam und vermittelte ihm eine Stelle als Gehilfe seines Vaters bei der Leitung der Saline in Staraja Russa im Rang eines Kollegienrats (VI. Klasse). Am 16. November 1803 wurde er in das Referat Staatswirtschaft des Innenministeriums als Rat in der Abteilung für Salzförderung übernommen. In dieser Stellung unternahm Kankrin einige Dienstreisen durch Russland, wobei er auch seine neue Heimat kennen lernte. Die hervorragende Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben war Anlass, ihn 1805 zum Staatsrat zu befördern (V. Klasse).

Am 7. August wurde Kankrin zum Inspektor für die Kolonien im Gouvernement St. Petersburg ernannt. Die neue Arbeit ließ ihm hinreichend Zeit für publizistische Betätigung, als deren Ergebnis zwei Abhandlungen zu aktuellen Problemen seiner Zeit erschienen: die Broschüre „Über die Kriegskunst“ und das Projekt „Über die Mittel zur Verpflegung einer großen Armee“. Aufgrund dieser Arbeiten wurde Kriegsminister Barclay de Tolly auf ihn aufmerksam, und die zweite von ihnen, die Alexander I. zur Kenntnis gelangte, wurde vom Kaiser gutgeheißen und brachte Kankrin einen neuen Wirkungsbereich ein. Durch persönlichen Erlass vom 28. Februar 1811 wurde er der Militärbehörde als Gehilfe des Generalproviantmeisters zugeordnet und zum Wirklichen Staatsrat (IV. Klasse) befördert. 1812 erfolgte die Ernennung zum Generalintendant der ersten Westarmee und am 29. April 1813 zum Generalintendanten des gesamten aktiven Heeres.

Während der Kriege von 1812 bis 1815 legte Kankrin ungewöhnliche Energie und Umsicht bei der Verpflegung des russischen Heeres während seiner Bewegungen innerhalb und außerhalb Russlands an den Tag. Da er mit seinen geschickten Verfügungen zum Erfolg der Kriegshandlungen beitrug, wurde er regelmäßig in die Ausarbeitung der Pläne für die Truppenbewegungen einbezogen. Bei der Abrechnung der Verpflegung für die russischen Truppen im Ausland konnte er beweisen, dass die Forderungen der verbündeten Regierungen zu einem großen Teil überhöht waren, und damit die erforderliche Summe erheblich verringern. Ebenso erfolgreich waren seine Verhandlungen mit der französischen Regierung über die Erstattung der Ausgaben für den Unterhalt der russischen Armee. Im Jahre 1815 legte Kankrin dem Kaiser den Rechenschaftsbericht über die Operationen der Intendantur während des Krieges mit Frankreich vor, der die Korrektheit und den Uneigennutz der Handlungen des Generalintendanten bestätigte. In einem Dankeschreiben vom 15. Mai 1815 zu Händen des Oberkommandierenden des Heeres wurde ihm „höchstes Wohlwollen“ ausgesprochen. Im selben Jahr, am 15. August, wurde er zum Generalleutnant (III. Klasse) befördert.

Kankrins Tätigkeit während des Vaterländischen Krieges offenbarte in vollem Umfang seine hervorragenden administrativen und betriebswirtschaftlichen Fähigkeiten: Durch seine Sachkenntnis und seine Sparsamkeit trug er wesentlich zur Verringerung der Kosten des sich hinziehenden Krieges bei, und es gelang ihm, eine beträchtliche Summe der dafür vorgesehenen Mittel einzusparen. Der bekante Staatsmann jener Zeit, Michail Michajlovič Speranskij, zog aus den Erfolgen Kankrins den Schluss, dass es in Russland „keinen ... Menschen gibt, der geeigneter als Kankrin für den Posten des Finanzministers wäre.“ Damals jedoch erfolgte keine Berufung.

1816 gab es ein anderes wichtiges Ereignis im Leben Kankrins: Er heiratete Ekaterina Sacharovna Muravjova (1795-1849), die Schwester eines der künftigen Dekabristen, Artamon Muravjov, der in der Familie von Michail Barklaj-de-Tolli lebte. Die Eheleute hatten sieben Kinder. Am 14. April 1820 wurde Kankrin, dessen berufliche Situation durch häufige Konflikte schwierig geworden war, auf eigenen Wunsch von seiner Funktion als Intendant entbunden, jedoch mit dem Auftrag, sich im Rat des Kriegsministeriums einzufinden. Am 31. Oktober 1821 wurde er Mitglied des Staatsrates für die Abteilung Staatswirtschaft.

Zu dieser Zeit (Anfang der 1820er Jahre) erschienen zwei Werke Kankrins: „Über die Kriegswirtschaft in Friedens- und Kriegszeiten und über ihre Beziehung zu militärischen Handlungen“ und „Weltreichthum, Nationalreichthum und Staatswirthschaft“. Obwohl beide Abhandlungen auf Deutsch geschrieben waren, wurden sie auch in Russland bekannt und erfuhren einige Beachtung. Als Aleksandr I. am 22. April 1823 den Rücktritt des seit 1810 amtierenden Finanzministers Graf Dmitrij Aleksandrovič Gurjev entgegennahm, wurde Kankrin wie selbstverständlich sein Nachfolger. Zu jener Zeit war das Finanzministerium nicht nur für die Finanzen zuständig, sondern auch für Handel und Industrie: Seit Anfang des 19. Jahrhunderts gehörten ihm die Abteilungen für Bergbau und für Außenhandel an, und seit 1819 auch die Abteilung für Manufakturen und Binnenhandel. Als Nikolaus I. 1825 an die Macht kam, waren Kankrins Kenntnisse auf dem Gebiet der Kriegsökonomie in vollem Umfang anerkannt und festigten seine Position als Finanzminister. Seine außergewöhnliche Arbeitsfähigkeit und Autorität zeigten sich auf seinem neuen Posten vor allem darin, dass er bis 1839 ohne Zuhilfenahmen eines Stellvertreters, der ihm zugestanden hätte, tätig war.

Schon bald nach seinem Machtantritt ernannte Nikolaus I. ihn zum Infanteriegeneral (II. Klasse). Im Verlauf seiner Dienstjahre wurden Kankrin alle hohen Orden des Russischen Reiches verliehen. Am 22. April 1829 erhielt er die Grafenwürde. 1832 wurden in einem besonderen Dankeschreiben seine Verdienste bei der Finanzierung der Kriege mit Persien und der Türkei sowie der militärischen Operationen zur Niederschlagung der Aufstände in Polen vermerkt. In demselben Dankeschreiben hieß es auch, dass dank der Bemühungen Kankrins „Manufakturen und vaterländische Industrie eine beschleunigte und nützliche Entwicklung erhalten haben“. Mit Nikolaus I. pflegte Kankrin vertrauensvolle persönliche Beziehungen. Der Kaiser erzählte später: „Es kam vor, dass Kankrin in Pantoffeln zu mir kommt, seinen Rücken am Kamin wärmt und auf jedes meiner Worte erwidert: ‚Das geht nicht, Eure Majestät, das geht auf keinen Fall‘“.

Zu den wichtigsten Eigenschaften der Persönlichkeit Kankrins gehörten seine unerschütterliche Ehrlichkeit, die Bescheidenheit seiner Gewohnheiten, Sparsamkeit und eine unter äußerer Strenge verborgene Herzengüte. Im Umgang mit Untergebenen waren ihm jegliche Formalitäten fremd, und er errang ihre aufrichtige Zuneigung. Seine vielseitigen Kenntnisse und seine geistigen Fähigkeiten charakterisierte sein Zeitgenosse, Graf Modest Andreevič Korff, folgendermaßen: „Versehen mit breiten, wenn auch nicht immer vertieften Kenntnissen auf allen Gebieten menschlichen Wissens, mit erstaunlicher Tatkraft und Geschwindigkeit bei der Arbeit, mit scharfsinniger Weitsicht und schließlich mit einem ungewöhnlich praktischen Verstand, konzentrierte sich in ihm die außergewöhnliche Gabe, für die schwierigsten und delikatesten Fragen eine einfache und leicht ausführbare Lösung zu finden. Seine Rede hatte, ungeachtet ihres seltsamen deutschen Einschlags und ihrer noch seltsameren Aussprache immer etwas Plastisches und Anschauliches für Geisteskräfte und Auffassungsgaben jeglichen Niveaus...“

Unter den Ministern Aleksanders I. und Nikolaus' I. war Kankrin nicht der einzige Deutsche: Da war vor allem Karl Vasilevič Nesselrode, Außenminister von 1816 bis 1856. Er konnte Russisch weder sprechen noch schreiben. Seine Zeitgenossen und spätere Forscher äußerten sich abfällig über ihn als Minister.

1839 verschlechterte sich Kankrins Gesundheitszustand rapide, eine längere Amtspause wurde nötig. Im folgenden Frühjahr erhielt er einen halbjährigen Auslandsurlaub, die Leitung des Finanzministeriums übergab er für diese Zeit seinem Stellvertreter F. P. Vrončenko und hinterließ ihm ausführliche Instruktionen. Die Heilung im Ausland stellte seine Kräfte wieder einigermaßen her, aber nicht für lange: Im Frühjahr 1841 musste er erneut um Urlaub ersuchen. Seine Gesundheit war offenbar zerstört. Eine Reise ins Ausland im Sommer 1843 brachte ihm schon keine Linderung mehr. Anfang 1844 erkrankte er erneut und teilte Nikolaus I. nachdrücklich seinen Entschluss mit, das Amt des Finanzministers niederzulegen.

Aufgrund eines Erlasses vom 1. Mai 1844 wurde er zum Mitglied des Staatsrates ernannt und erhielt vom Kaiser ein Dankeschreiben folgenden Inhalts: „Mit großem Mitgefühl angesichts der Krankheiten, die Sie schon so lange quälen, bin ich gezwungen, Ihrem Wunsch nachzukommen, Sie aus der Leitung des Finanzministeriums zu entlassen, dem Sie einundzwanzig Jahre lang zur völligen Zufriedenheit sowohl des verstorbenen Kaisers Aleksandr Pavlovič als auch meiner Person vorgestanden haben. Ich drücke Ihnen noch einmal meine aufrichtige Verbundenheit für ihre so nützlichen Dienste aus und hoffe, dass Sie nach Wiederherstellung Ihrer Kräfte erneut zum Dienst im Staatsrat und vor meiner Person erscheinen mit Ihrem früheren, Sie auszeichnenden Eifer zum Nutzen des Staates.“

Kankrin begab sich nun ins Ausland, wo er sich etwa ein Jahr aufhielt. In dieser Zeit wählte ihn die Pariser Akademie der Wissenschaften zu ihrem Ehrenmitglied. Er selbst beendete die Arbeit an einem schon lange konzipierten Buch mit dem Titel „Die Ökonomie der Menschlichen Gesellschaften und das Finanzwesen“, das 1845 in Stuttgart herauskam. Im folgenden Jahr wurde es ins Russische übersetzt und in einigen Ausgaben der bekannten „Bibliothek fürs Lesen“ abgedruckt. Nach seiner Rückkehr nach Russland ließ sich Egor Francevič in Pavlovsk, nahe St. Petersburg, nieder. Im Herbst erlitt er erneut Anfälle seiner schweren Krankheit und in der Nacht vom 9. zum 10. September verstarb er. Am 15. September wurde Kankrin auf dem Smolensker Friedhof in St. Petersburg feierlich zu Grabe getragen.

Die zwanzig Jahre in denen sich Kankrin an der Spitze des russischen Finanzministeriums befand, waren eine Zeit, in der sich das Land wesentlich weiter entwickelte. So vergrößerte sich die Bevölkerungszahl um 30% und Staatseinnahmen wuchsen um fast 50% an. Die demographischen Veränderungen betrachtete Kankrin als einen sehr wichtigen ökonomischen Indikator. Seine Einstellung zu den wichtigsten Problemen der ökonomischen Entwicklung Russlands erläuterte er in seiner Schrift „Die Ökonomie der Menschlichen Gesellschaften und das Finanzwesen“:

„Um die produzierenden menschlichen Kräfte gehörig anzuwenden, sind gewisse Verhältnisse als unabweisliche Bedingung nothwendig, ohne welche die Kräfte wirkungslos oder wenig wirkend bleiben würden. Hierher gehört vorerst, daß die Organisation der Gesellschaft zum Staat der Art sey, daß Ruhe und Ordnung bestehe, und jeder ungestört seine Kräfte, so wie das durch dieselben Hervorgebrachte, nutzen könne. Es ist dazu keinesweg nöthig, daß der Staat idealisch vollkommen sey, oder zu den sogenannten freien Ländern gehöre. Die Erfahrung lehrt, daß auch in

Monarchien, weit schwerer in Despotien, die Produktivität eines Volkes sehr groß sein könne. Nicht die politische Freiheit, sondern die individuelle, seine Kräfte zu entwickeln, zu brauchen und ihre Früchte zu genießen, sind das, was die Produktion befördert, und diese Freiheit kann auch bei der Alleinherrschaft so gut bestehen, wie in der Republik. [...]

Die zweite Bedingung der Produktion ist das Eigenthum, sowohl das handhäßige als auch das liegende, und dasselbe muß erblich seyn. [...] Nach communistischen Ideen war die Erwerbung des Eigenthums ein bloßer Raub, und es mag in vielen Fällen so gewesen seyn. Allein es ist überhaupt nicht die Frage vom Ursprung des Eigenthums, den übrigens Zeit und Kauf legalisirt haben, sondern was an die Stelle des jetzigen Eigenthums zu setzen wäre. Eine neue erbliche Vertheilung würde in kurzer Zeit die alte Ungleichheit zurückführen. Die Einführung eines Gemeineigenthums, an dem Jeder seinen Antheil lebenslänglich erhielte, würde nicht blos die Produktion herabbringen, deren Sporn der ausschließend eigne Vortheil und die Sorge für die Nachkommenschaft ist, sondern sie wäre auch praktisch, als eine ungeheure, zu weite Idee, gar nicht durchzuführen. Denn Staat nach communistischen Ideen, so zu sagen, zum Familienvater zu machen, ist noch phantastischer, eine praktische Unmöglichkeit der Unmöglichkeiten. Wie soll man Jedem geben, was er verdient? [...]

Die dritte Grundbedingung der Produktion besteht in dem Vorhandenseyn des Kapitals. Der Mensch muß leben, während er produziert; viele Gegenstände müssen zu weiterer Verarbeitung im Voraus hervorgebracht werden; die wichtigsten Bedürfnisse des Menschen und viele andere kommen nur epochenweise zur Reife, es muß gesäet werden, um zu erndten; es bedarf auch der Wohnung, der Kleidung, des Lichtes, der Feuerung, und das alles kann man nicht von Tag zu Tag erhalten. Es ist also ein Vorrath nöthig, um zu leben und allen genannten Bedürfnissen genüge zu thun. Dieser Vorrath ist das Kapital verzehrer Dinge, oder das Sachenkapital.“<sup>1</sup>

Wir lassen nicht zu, schreibt Kankrin, „...daß höchstmögliche Produktion und reiner Ertrag der Zweck der Gesellschaft seyen, sondern das allgemeine, wenn auch mittlere Wohlseyn der Meisten“.<sup>2</sup> Das würde nicht nur zur sozialen Stabilität des Staates beitragen, sondern auch die Produktivität aktivieren. In Russland aber lebten viele Menschen, die kein Kapital schaffen, über ihre Verhältnisse (vor allem höhere Beamte und Offiziere).

Nach Meinung Kankrins sei es vor allem nötig („sehr wünschenswerth“), „...daß ein Land in den nothwendigsten Acker-Erzeugnissen [...] unabhängig sey, besonders weil Kriege und Mißwachs in fremden Kornländern die Zufuhr erschweren können“.<sup>3</sup>

Er weist darauf hin, dass zu Anfang des Jahrhunderts „Chemie und Mechanik, Physik und andere Wissenschaften so viel Großes und Tiefes auch im Technischen gewirkt haben“.<sup>4</sup>

Aber alle

„...diese Erfindungen [haben] niedrigere Preise und größere Consumption hervorgebracht, ohne die Menschen eigentlich reicher und glücklicher zu machen; [...] sie [bieten] zur Ueberproduktion die Hand, und [...] [versetzen] die arbeitende Klasse in Ungewißheit ihrer Existenz und oft in's Elend. Aber den Fortschritten des menschlichen Geistes und der Industrie kann kein Ziel gesetzt werden; man muß hinnehmen, gut oder böse, was die Zeit bringt“.<sup>5</sup>

Zwar würdigt Kankrin die Fabrikproduktion, wo alle diese Errungenschaften vorrangig und in großer Zahl Anwendung finden, beobachtet aber die Fabrik mit kritischer Aufmerksamkeit.

---

<sup>1</sup> Sämtliche Zitate sind in der deutschen Übersetzung des Aufsatzes der deutschen Erstausgabe entnommen: Die Oekonomie der menschlichen Gesellschaften und das Finanzwesen, Stuttgart 1845. S. 14-17. [Russische Ausgabe: E. F. Kankrin: Ëkonomija čelovečeskich obščestv i sostojanie finansov; in: Biblioteka dlja čtenija 1845, Bd. 75-79].

<sup>2</sup> Cancrin, Oekonomie, S. 35.

<sup>3</sup> Ebd., S. 49f.

<sup>4</sup> Ebd., S. 57.

<sup>5</sup> Ebd., S. 62.



„Die Fabrikfabrikation bringt das Meiste hervor, schafft aber das meiste Elend. [...] So weit ist es in verschiedenen Ländern bei einigen Fabrikzweigen gekommen, und wie es weiter gehen wird, dem kann man nur mit Furcht entgegensehen“.<sup>6</sup>

„So nothwendig übrigens die Unternehmer sind, um die gesellschaftlichen Dinge in Gang zu bringen, so sind sie doch in den meisten Fällen ein großer Druck für die Arbeiter selbst, denen sie zu ihrem Vortheil, was nur immer möglich, abzuwängen suchen, und so ist der Kleine und Arme immer das Opfer des Großen und Reichen.“<sup>7</sup>

Seine besondere Sympathie gilt der „Familienfabrikation“ – so bezeichnet er das bäuerliche Kleingewerbe. Sie „besteht in den noch wenig vorgeschrittenen Ländern, wo der Landmann einen großen Theil [der Gegenstände] seiner Bedürfnisse [...] selbst macht. Es hat dies da, wo lange Winter herrschen, seine Vortheile [...]“ wie zum Beispiel in Russland. Einer der Gründe für das Aufkommen bäuerlicher Hausindustrie bestehe auch darin, dass es für den Bauern vorteilhafter sei, „seine Arbeit und sein Kapital eher auf Handel und Wandel [zu verwenden], als auf kostbare Verbesserung des Landes“.<sup>8</sup>

Die Lage von Staaten mit entwickelter Fabrikproduktion ist nach Meinung Kankrins äußerst gefährlich in sozialer Hinsicht. Gefährlich sei ihre Lage auch in militärischer Hinsicht: den vorwiegend landwirtschaftlich ausgerichteten Ländern würde ihre Abhängigkeit zur Last und sie würden versuchen, sie abzuschütteln. Die Einstellung von Soldaten aus der Arbeiterschicht würde aber kein zufrieden stellendes Kontingent ergeben. Kankrin war der Ansicht, dass die Situation in Russland eine andere sei als im Westen.

„In Rußland [kommen] die [...] Fabrik- und andere Arbeiter alle vom Lande, welches indessenden großen Vortheil hat, daß es keine oder wenig städtische Fabrikbevölkerung giebt, die bei stockender Arbeit in Elend geräth. Der Bauer geht nach Haus, und wenn er auch nichts verdient, seine Abgaben nicht zahlt, hat er doch Dach und Fach und zur Noth zu leben; die Fabrikbevölkerung truppt sich nicht zu Haufen und koalirt sich nicht.<sup>9</sup> [...] Das Auflegen der Arbeit, Tumulte, helfen aber zur Verbesserung der Lage der Fabrikarbeiter nichts, hindern höchstens und zum Theil daß sie nicht noch schlechter wird; doch für das gesellschaftliche Leben sind diese Auftritte sehr beunruhigend, und man kann nicht wissen, wie weit es mit einem solchen Lande und überhaupt mit dieser Lage der Dinge einmal kommen kann“.<sup>10</sup>

Bereits im November 1834 schrieb Kankrin an Nikolaus I. im Zusammenhang mit der Arbeiterbewegung in Europa, dass in Russland in dieser Hinsicht eine ganz andere Lage herrsche, da die Arbeiter in den städtischen Fabriken fast ausschließlich aus zugereisten Bauern bestünden oder bei sich zu Hause Ackerbau betrieben. Bei einem Stillstand der Arbeit kehrten sie zurück nach Hause. Dieser Umstand zeige, dass eine Vermehrung von Fabriken in Russland weitaus vorteilhafter und ungefährlicher sei, als in anderen Staaten. Einerseits hätten die Fabrikeigner keinen so großen Einfluss auf ihre Arbeiter und andererseits bildeten letztere in ihrer Gesamtheit kein gefährliches Element. Erstere seien im eigenen Interesse überall der bestehenden Ordnung

---

<sup>6</sup> Ebd., S. 59, 60.

<sup>7</sup> Ebd., S. 93.

<sup>8</sup> Ebd., S. 77. Eine Rückübersetzung des russischen Text würde lauten: „[...] als auf die kostspielige Verbesserung des Bodens“. (Anm. d. Ü.)

<sup>9</sup> Im Russischen: „[...] um eine Lohnerhöhung zu erzwingen“. (Anm. d. Ü.)

<sup>10</sup> Cancrin, Oekonomie, S. 196. Im Russischen: „[...] wie weit so ein Volk in seiner Erbitterung gehen kann“. (Anm. d. Ü.)

verbunden. Daher gebe es keinen Grund einer Konzentration von Fabriken in Russland entgegenzuwirken.

„In so fern die Privatindustrie das Bedürfniß [des Staates] sicher und gut decken kann, muß ihr dies überlassen bleiben; allein da der Staat in verschiedenen Bedürfnissen des Kriegswesens unabhängig und ganz gesichert seyn muß, und man sich in wenigen oder keinen Ländern in dieser Hinsicht ganz auf die Privatindustrie verlassen kann, so sind dem Staat eigene Kanonengießereien, Pulvermühlen, Gewehrfabriken, zum Theil Kugelgießereien und Werfte [u. a.] mit allem Zubehör unentbehrlich. Allerdings mögen die Fabrikate theurer kommen als in Privatfabriken, aber man ist gesichert, kann in Nothfällen die Arbeit forciren, entgeht dem Schrauben der Privaten, wenn man in Noth ist, und den möglichen Unterschleifen der Lieferer und Empfänger. Man hat daher auch überall [staatliche] Fabriken der Art, wohl auch Bergwerke, um des rohen Materials versichert zu seyn. [...]

Staatsfabriken [...] sind in minder vorgerückten Ländern nothwendig, um neue Industriezweige einzuführen, oder Musteranstalten einzurichten, freilich mit Verlusten. Die administrative Klugheit fordert aber, solche Fabriken zu rechter Zeit fallen zu lassen, oder mit Unterstützungen an Private aufzuhören, denn sonst untergräbt der Staat Privatunternehmen überhaupt [...]“.<sup>11</sup>

Kankrin verhielt sich bekanntlich skeptisch (wenn nicht feindlich) gegenüber den Plänen für den Eisenbahnbau in Russland, vor allem wenn dies mit Hilfe von Aktiengesellschaften geschehen sollte. So schrieb er aus diesem Anlass:

„Es leidet keinen Zweifel, daß Eisenbahnen in hochbevölkerten Ländern oder unter besonderen Umständen mit Vortheil erbaut worden sind, aber [...] dieß [kann] nicht überall der Fall seyn, und je mehr ihrer werden, desto stärker muß die Frequenz [der Benutzung] abnehmen. Uebrigens läßt sich noch Folgendes anführen.

1) Die Frachtfahrt kann auf weite Distanzen und für schwere Gegenstände, besonders wenn sie zu Wasser verführt werden könnten, keine sehr große Ausdehnung erhalten, um so weniger, da die Erndten nur einmal im Jahr kommen, schnelle Zufuhr also gar nicht erforderlich ist, man ferner auch bei leichteren Waaren Magazin halten muß, also beeilte Zufuhren nur einzeln nöthig sind; die Fahrpreise aber können sich auf den Eisenbahnen nicht sehr niedrig stellen.

2) Also kommt es hauptsächlich auf den Personen-Transport an. Aber dieser ist in vielen Fällen bloß ein Luxusbedürfniß. Man fährt öfter und ohne Noth, und die Unstätigkeit unserer Zeit in den Völkern wird nur vermehrt.

3) Es werden erfahrungsgemäß dem Landbau, durch den Reiz der Agiotage, zu großem Nachtheil Kapitalien entzogen, und es ist unnatürlich, auf einen der minder wichtigen Theile der Produktion, die Verführung und die Personenbewegung, so unverhältnißmäßige Kapitalien zu verwenden. Die kleineren Städte müssen zugleich in Verfall kommen und die Hauptorte der Bahnen noch mehr anschwellen.

4) Sollten indessen große Eisenbahnen erbaut werden, so ist es ein falsches System, sie Privatpersonen ganz oder wohl gar halb zu überlassen und im ersten Falle Prozente zu garantiren. Die Regierung muß das Publikum nicht der Gewinnsucht von Privatgesellschaften hingeben, sondern die Sache selbst übernehmen, um sie in der Hand zu haben und nöthigen Falls die Fahrpreise, selbst mit Schaden, herabzuschlagen, welches sie thun kann, aber eine Gesellschaft nicht. Wollte man Prozente garantiren, so müßten sie bedeutend niedriger sein, als die der Staatsfonds, sonst, da der Aktionär noch außerdem Gewinn hofft, geben sie zu einer ärgerlichen Agiotage Anlaß, wie wir noch kürzlich gesehen haben.

Und was dem mehr ist. – Wir sehen das übertriebene Eisenbahnwesen für eine wahre Krankheit der Zeit an; doch ein Vortheil wird daraus entstehen: es werden ungeheure Kapitalien todtgeschlagen, in die unteren Klassen vertheilt und hier zum Theil wieder zu Kapital aufgespart.

---

<sup>11</sup> Ebd., S. 60 f.

Dieß schafft einen Theil der Kapitalien bei Seite, welches zu Zeiten nöthig ist, [...] und die große Ungleichheit des Reichthums wird etwas nivellirt“.<sup>12</sup>

Kankrin billigt die Leibeigenschaft natürlich nicht, er hält sie aber nicht für ein unüberwindbares Hindernis auf dem Weg der wirtschaftlichen Entwicklung Russlands.

Er schreibt:

„...man muß übrigens die wesentlichen Unterschiede zwischen Sklaverei und Leibeigenschaft nicht aus den Augen lassen. Bei den Alten gab es Haus-Sklaven und Acker-Sklaven; ihr Zustand war geschichtlich milder als der der heutigen Neger-Sklaven, weil diese zu spezieller besonders harter Arbeit angehalten werden. Die Leibeigenschaft ist dagegen überhaupt ein minder harter Zustand, denn der Leibeigene auf dem Land ist ein freier Arbeiter an den Tagen, wo er keine Frohnde zu leisten hat. Anders verhält es sich mit dem leibeigenen Hausgesinde; es ist [...] mit diesem Zustand eine Sorgenfreiheit verbunden, die bei den meisten Leuten der Art keinen lebhaften Wunsch der Veränderung aufkommen läßt, in Russland halten sie sich sogar höher wie den gemeinen Bauer. Ueberhaupt muß ein Zustand einigermaßen erträglich seyn, wenn er dauern soll; und ohne im Entferntesten die Existenz der Unfreiheit entschuldigen zu wollen, ist es leider doch nicht zu verhehlen, daß die Leibeigenschaft nicht das schlechteste Verhältniß ist, in das ein Mensch gerathen kann. Der leibeigene russische Bauer ist, ohne Vergleich, in einer besseren Lage als der irische Kleinpächter“.<sup>13</sup>

„Vergütung des Bodengenusses durch Arbeit ist in weniger vorgerückten Ländern<sup>14</sup> der natürliche, nicht selten der einzige Weg; aber die Frohnde soll allmählig in Getreide- oder Geldpacht übergehen und zuletzt ablöslich werden, wenn ein Zustand der Emanzipation bezweckt wird,<sup>15</sup> wie wohl jetzt überall der Fall ist. Dabei muß strenge im Auge behalten werden, daß der Bauer eigenes Land bekomme oder wenigstens erblich nutznießliches; denn die Erfahrung hat gelehrt, daß die Emanzipation ohne Besitz, mit bloßem kleinen Zeitpacht, schlimmer ist als die Leibeigenschaft; ich möchte sagen, eine Vogelfreiheit.“<sup>16</sup>

Die angeführten Aussagen Kankrins können den Inhalt seines Buches „Die Ökonomie der menschlichen Gesellschaft und das Finanzwesen“ nicht erschöpfend wiedergeben. Von Nutzen wäre eine wissenschaftlich kommentierte Ausgabe in neuer russischer Übersetzung. Die unterschiedlichsten historischen Quellen legen nahe, dass die Anschauungen Jegor Frančewitsch Kankrins zu seiner Zeit nicht einzigartig waren und von vielen geteilt wurden. Ohne Berücksichtigung dieses Umstands ist ein richtiges Verständnis der Wirtschaftspolitik während der Zarenherrschaft und der ökonomischen Entwicklung Russlands in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts überhaupt kaum möglich.

---

<sup>12</sup> Ebd., S. 95-97. Hervorhebung im Text.

<sup>13</sup> Ebd., S. 40f.

<sup>14</sup> Im russischen Text: „In einigen Ländern [...]“ (Anm. d. Ü.)

<sup>15</sup> Dieser Halbsatz fehlt im russischen Text, ohne dass eine Auslassung gekennzeichnet wäre. (Anm. d. Ü.)

<sup>16</sup> Cancrin, Oekonomie, S. 75f.

**V. V. Šelochajev, Moskau**

## **Liberaler Strategien und Taktiken zur Lösung von Systemkrisen**

Bei meinen langjährigen Studien zur Geschichte des Liberalismus in Russland und anderen Ländern, darunter auch Deutschland, interessierten mich nicht nur Fragen der Gemeinsamkeiten und Besonderheiten, sondern auch Situationen, wo der Liberalismus von Ländern im Übergangsstadium in wesentlichen Parametern den "Liberalismen" von Ländern, die bereits in eine Periode evolutionärer Entwicklung eingetreten waren, voraus war. Derartige Situationen gab es in Zeiten heftiger Systemkrisen des 17. bis 19. Jahrhunderts, als der Liberalismus, um adäquat auf die Herausforderungen der Zeit zu antworten, einen fälligen qualitativen Sprung in seiner Entwicklung machen musste. Dieser Gesetzmäßigkeit unterlag auch der russische Liberalismus, der sich an der Schwelle vom 19. zum 20. Jahrhundert zu einem Liberalismus neuen Typs wandelte. Diese Transformationen betrafen seine ideologischen, politischen und taktischen Komponenten. Der Liberalismus neuen Typs bildete nicht nur eine Synthese aus vorangehenden Stadien der eigenen Entwicklung, sondern machte auch einen „Sprung“ in der gedanklichen Erfassung der Evolutions- und Revolutionstheorie, des Vektors der weiteren Entwicklung neuer politischer und sozialer Autoren, die seine Verbündeten im Kampf für Demokratie und die Schaffung eines Sozialstaats werden konnten. Unter den Bedingungen der Systemkrise nahm der russische Liberalismus neuen Typs in einer Reihe von Positionen einen führenden Platz in der „Familie der Liberalismen“ ein. Aufbauend auf Erfahrungen vorangegangener Revolutionen in Westeuropa, so auch der Revolution von 1848 in Deutschland, konnte er mit eigenen Lösungsvorschlägen bei der Frage aufwarten, wie man verhindert, dass eine Krisensituation sich zu Chaos und Anarchie auswächst.

Im vorliegenden Aufsatz, der meine vorausgegangenen Arbeiten weiterführt,<sup>1</sup> untersuche ich die liberale Konzeption von Krisen sowie die darin vorgeschlagenen Wege und Mechanismen zu ihrer Überwindung, angewandt auf die historischen Bedingungen Russlands zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Ich möchte betonen, dass das Problem der Krisen aus theoretischer und historiosophischer Warte am gründlichsten in den Arbeiten von Pavel Nikolaevič Miljukov analysiert worden ist. Unter Berücksichtigung der von der Geschichtswissenschaft bereits geleisteten Aufarbeitung der historischen und soziologischen Konzeption Miljukovs,<sup>2</sup> möchte ich zwei Arbeiten herausgreifen, in denen meines Erachtens seine Ausgangspositionen in Bezug auf die Krisen in Russland am deutlichsten formuliert sind.<sup>3</sup> Der ersten Arbeit liegt eine Vortragsreihe zugrunde, die Miljukov an der Chicagoer Universität gehalten hat, der zweiten sein

---

<sup>1</sup> Siehe: Russkij liberalizm kak istoriografičeskaja i istoriosofskaja problema [Der russische Liberalismus als historiografisches und historiosophisches Problem], in: Russkij liberalizm: istoričeskie sud'by i perspektivy. Materialy meždunarodnoj naučnoj konferencii [Der russische Liberalismus: Historische Schicksale und Perspektiven. Materialien einer internationalen wissenschaftlichen Konferenz], Moskau 1999, S. 17-38.

<sup>2</sup> Siehe: A. N. Meduševskij: Istorija ruskoj sociologii, Moskau 1993; T. Bohn: Russische Geschichtswissenschaft von 1880 bis 1905. Pavel Miljukov und die Moskauer Schule, Köln 1998; T. Bon [Bohn]: Istorija kul'tury v Germanii i Rossii v trudach Karla Lamprechta i Pavla Miljukova, sravnitel'nyj analiz [Kulturgeschichte in Deutschland und Russland in den Arbeiten Karl Lamprechts und Pavel Miljukovs: eine vergleichende Analyse], in: P. N. Miljukov. Istorik, politik, diplomat. Materialy meždunarodnoj naučnoj konferencii Moskva, 26-27 maja 1999, Moskau 2000, S. 225-226.

<sup>3</sup> P. Milyoukov: Russia and it's Crisis, Chicago 1905; P. Milyoukov: Constitutional Government for Russia, New York 1908.

Auftritt vor amerikanischem Publikum in der Carnegie Hall. Während Miljukov im ersten Buch soziologisch-vergleichend die historischen Besonderheiten von Krisensituationen in Russland in einem breiten chronologischen Rahmen entfaltet, so fasst er im zweiten die Erfahrungen von fünf Verfassungskrisen des Zeitraums 1905 bis 1907 zusammen.

Den Kern des Problems in Bezug auf die russische Geschichte sieht Miljukov in der asynchronen Situation ihrer beiden Ausgangskomponenten: zum einen des amorphen Zustands der russischen Gesellschaft, die in ihren Grundparametern traditionsbehaftet bleibt, zum anderen der Präsenz eines starken Staates, der im Verlauf der Jahrhunderte eine ambivalente Rolle spielte, bei der er einerseits die Gesellschaft von der gemeinsamen Ausarbeitung und Annahme von Beschlüssen fern hielt, und damit Konflikte generiert, und andererseits ein mächtiges Potenzial von Ressourcen in seinen Händen konzentrierte. Durch beides wurde er indes unter bestimmten Bedingungen zu einem realen Instrument, um das Land aus Krisensituationen herauszuführen. Im Rahmen dieser historischen Gegebenheit standen die russischen Liberalen vor einem schwierigen Problem: Auf welche Weise sollte die Transformation vom absoluten Staat zu einem Rechtsstaat verwirklicht werden, der seinerseits den friedlichen Übergang der Traditions- zu einer Zivilgesellschaft ermöglichen konnte.

Aus dieser allgemeintheoretischen Prämisse ergab sich logisch das Hauptziel des Liberalismus – mit verschiedenen Methoden und Mitteln auf den absolutistischen Staat und seine Institutionen und Strukturen einzuwirken, um sie allmählich aus Machtorganen, die vornehmlich enge ständische und korporative Interessen verteidigen, in konstitutionelle Institutionen und Strukturen im eigentlichen Sinne zu verwandeln, deren Aufgabe die Realisierung systembezogener demokratischer Umgestaltungen im Interesse der Gesellschaft als Ganzes ist. Die Weigerung der alten politischen Machteliten, einen solchen Kurs liberaler Reformen einzuschlagen, war nach Meinung Miljukovs einer der ausschlaggebenden Gründe für die permanenten Krisen im Verlauf der gesamten russischen Geschichte. Mehr noch, an der Schwelle zum 20. Jahrhundert wurden diese Krisen besonders folgenschwer durch ihre Tendenz, sich zu einer sozialen Revolution auszuweiten.

Miljukov war der Ansicht, dass die Permanenz der Krisen nur dann überwunden und der Teufelskreis nur dann durchbrochen werden könne, wenn der Absolutismus selbst sich zu einem Rechtsstaat wandle und den Übergang von der Traditions- zur Zivilgesellschaft ermögliche. Eine so umfassende Transformation ist theoretisch auf zweifache Weise denkbar: durch eine Verwirklichung konstitutioneller Reformen „von oben“ oder „von unten“ auf dem Wege einer sozialen Umwälzung mit nicht vorhersagbaren Folgen für das weitere Schicksal Russlands. Ich möchte hervorheben, dass im Unterschied zu den Vertretern des klassischen Liberalismus, die gerade eine friedliche konstitutionelle Transformation bevorzugten, die Neoliberalen, deren Theoretiker und Führer Miljukov war, sich als Anhänger der ersten Variante positionierten, die man als politische Revolution erachtete.

Nach aufmerksamem Studium früherer westeuropäischer Revolutionen des 17. bis 19. Jahrhunderts, darunter auch in Deutschland, erkannten die Liberalen der neuen Generation deren fortschrittliche Rolle an. Dabei gingen sie sehr differenziert an die Charakterisierung und Herausarbeitung der wichtigsten Komponenten des Begriffs „Revolution“ selbst heran, indem sie ihn in zwei „Begriffe“ aufgliederten – die soziale Revolution und die politische Revolution. Letzterer Revolutionstyp erschien den Neoliberalen nicht nur möglich, sondern in einigen konkreten Fällen sogar historisch unausweichlich. „Wir“, schrieb Miljukov, „sind für die

Revolution, weil sie dem Ziel der politischen Befreiung und der sozialen Reform dient; aber wir sind gegen diejenigen, die die Revolution für permanent erklären“.<sup>4</sup> Die Neoliberalen waren der Ansicht, dass die politische Revolution völlig gesetzmäßig in dem Fall ist, wo sie die Lösung objektiv herangereifter historischer Aufgaben auf sich nimmt, die aus den einen oder anderen Gründen das bisherige politische Regime nicht in der Lage ist zu lösen. Daraus folgte die Anerkennung des obersten Rechts der Revolution „als Faktor, der künftiges Recht im offenen Kampf mit dem historischen Recht des heute überlebten politischen Systems schafft“.<sup>5</sup> In diesem Kontext stellte die politische Revolution einen großen konstitutionellen Umschwung „in den Lebensbedingungen und den Denkmustern [dar], einen Umschwung in materieller Hinsicht sowie in den Ideen und dem Streben des ganzen Volkes“.<sup>6</sup> Aus diesen allgemeintheoretischen Überlegungen folgte: Die Liberalen setzten die politische Revolution mit dem Übergang zur Verfassungsordnung gleich (konstitutionelle Revolution) und hielten sie für den ersten praktischen Akt und die notwendige Bedingung, wonach die evolutionäre, durch Rechtsnormen geregelte demokratische Umgestaltung des gesamten Systems der ökonomischen und sozialen Beziehungen beginnen sollte.

Was den Begriff der sozialen Revolution betrifft, so lehnten die neoliberalen Theoretiker und Politiker ihn ab; sie störte vor allem gerade seine marxistische Interpretation und die gewaltsamen, außerhalb des Rechts stehenden Methoden ihrer Verwirklichung. „Der Begriff der sozialen Revolution als theoretischer Begriff“, schrieb Pjotr Bernardovič Struve, „ist nicht nur bedeutungs- und zwecklos, sondern geradezu irrig. Wenn ‚soziale Revolution‘ einen völligen Umsturz der Sozialordnung bedeutet, so kann sie in unserer Zeit nicht anders denkbar sein, als in Form eines andauernden, ununterbrochenen Prozesses sozialer Umgestaltungen“.<sup>7</sup> So lief bei den liberalen Theoretikern und Praktikern das Problem der Überwindung des Teufelskreises permanenter Krisenzustände auf die Befreiung des Landes vom absolutistischen Regime hinaus und auf seine Ersetzung durch Institutionen und Strukturen eines verfassungsmäßig verankerten Rechtsstaates. Der Übergang von einem schon überlebten politischen System zu einem anderen, zeitgemäßen System war eine gesetzmäßige Erscheinung, das Ergebnis objektiv herangereifter Bewegungen in der Wirtschaft sowie in der sozialen und geistigen Sphäre. Die Frage, die die Liberalen beunruhigte, war: Wie bald erkennt das autoritäre Regime die Notwendigkeit objektiv herangereifter politischer Reformen; gelingt es „den Oberen“, das politische System zu modernisieren, bevor „die Unteren“ es mit Gewalt zerschlagen.

Die Liberalen stellten den Kampf gegen den Absolutismus als Kampf vor allem gegen die Willkür der Bürokratie dar, ein Kampf, der Jahrzehnte lang von der russischen Intelligenz geführt wurde, und meinten, es genüge, bloß den bürokratischen „Auswuchs“ vom gesunden Körper des Staatsorganismus abzuschneiden und die Jahrhunderte alte „Scheidewand“ zwischen Macht und Volk zu liquidieren, und schon bilde sich im Land nahezu automatisch eine konstitutionelle Rechtsordnung heraus. Die Schwierigkeit und Tragik der Situation bestand aus ihrer Sicht darin, dass das absolutistische Regime sowie die hinter ihm stehenden sozialen und politischen Kräfte, die um jeden Preis ein Maximum ihrer Privilegien und ihres Eigentums zu bewahren suchten,

---

<sup>4</sup> P. N. Miljukov: *God bor'by*. Publicističeskaja chronika [Ein Jahr des Kampfes. Publizistische Chronik], St. Petersburg 1907, S. 168.

<sup>5</sup> Ebd., S. 165.

<sup>6</sup> P. N. Miljukov: *Vtoraja Duma* [Die zweite Duma], St. Petersburg 1908, S. 29.

<sup>7</sup> P. B. Struve: *Marksova teorija social'nogo razvitija* [Marxens Theorie der sozialen Entwicklung], Kiew 1905, S. 22.

nicht von selbst und freiwillig den neuen Zeitströmungen, die schon nach den Reformen<sup>8</sup> in Russland Wurzeln geschlagen haben, nachgeben, die Macht abgeben und ihr Eigentum mit den neuen sozialen und politischen Schichten teilen wollen. Die Liberalen standen vor einem äußerst schwierigen Dilemma: entweder unterwürfig auf politische Reformen „von oben“ zu warten oder Eigeninitiative zu zeigen und selbst den Kampf mit dem bestehenden Regime aufzunehmen. Die erste Variante war theoretisch vorzuziehen, und die Liberalen gingen davon aus, dass man eine politische Reform „von oben“, die mit einer gewissen Verbesserung der materiellen Lage der Massen einhergehe, „immer gern beschleunigen und ihr den Weg frei machen sollte, da dies bedeutet, den Weg für einen natürlichen Verlauf des Lebens freizumachen“. Sie zogen aber durchaus auch die zweite Variante in Betracht, wo man bei einer fatalen Unzugänglichkeit der alten Macht vielleicht zu revolutionären Methoden des Kampfes greifen muss. In diesem Fall verpflichteten sie sich dazu, die öffentliche Meinung auf die Wahrnehmung herangereifter Umschwünge vorzubereiten, die man nach Möglichkeit ohne gewaltsamen Sturz des Absolutismus vollziehen sollte. Eine gewaltsame Revolution, so betonten die Liberalen mehrfach, sollte man vermeiden, „sie abzuwenden ist eine Akt politischer Kunst“.<sup>9</sup>

Da sie in einer Krise des politischen Systems und im scharfen Konkurrenzkampf verschiedenartiger politischer Kräfte in Russland nicht passive Zuschauer bleiben wollten und sich zu Anhängern einer friedlichen politischen Revolution erklärt hatten, waren die Liberalen gezwungen, sich „auf den Boden der Revolution“ zu stellen und die ihr eigenen Formen und Methoden des Kampfes gegen den Autoritarismus anzuerkennen. Nicht umsonst unterstrich Miljukov, dass die Revolution eine Methode und eine Art des Kampfes sei, aber kein Ziel für sich.<sup>10</sup>

Die Vorbereitung einer politischen Revolution in Russland sollte nach Meinung der Liberalen vor allem in der geistigen Vorbereitung der Nation zum Ausdruck kommen, deren öffentliche Meinung der materiellen Kraft des Regimes entgegengestellt werden sollte. Die Liberalen sahen ihre Aufgabe darin, der Gesellschaft den einfachen Gedanken vor Augen zu führen – „so kann man nicht mehr leben“. Das autoritäre Regime habe seinen Platz freiwillig anderen politischen Kräften zu überlassen. Dabei verstanden die Liberalen sehr wohl, dass ein „Aufrütteln“ des gesellschaftlichen Bewusstseins in Krisenzeiten zu einem zweifachen Ergebnis führen kann: Entweder verzichtet die Macht freiwillig auf ihre Vorrechte und gibt der öffentlichen Meinung nach, da jede Regierung gegen den geistigen Aufstand der Bevölkerung im Grunde machtlos ist, oder es kommt, im gegenteiligen Fall, zu einem gewaltsamen Zusammenstoß zwischen der sich an ihre Macht klammernde unumschränkte Bürokratie und dem aufständischen Volk. Aus einem gewaltsamen Sturz des Autoritarismus ziehen jedoch nach Meinung der Liberalen nur die Handlanger der Selbstherrschaft einen Vorteil, die sich auf organisierte, grobe physische Gewalt stützen.<sup>11</sup> Ein bewaffneter Volksaufstand, erklärten die Liberalen, sei von sich aus nicht in der Lage, die materiellen Kräfte des Staates zu besiegen, daher seien seine Unterdrückung und die Wiederherstellung der alten Ordnung nahezu unausweichlich. Schließlich würden die Kräfte des Fortschritts auf lange Zeit von den Kräften der Reaktion besiegt werden, und das zögere natürlich die ersehnte konstitutionelle Umgestaltung des Landes auf unbestimmte Zeit hinaus.

---

<sup>8</sup> Aufhebung der Leibeigenschaft 1861 u.a.m. (Anm. d. Ü.)

<sup>9</sup> P. N. Miljukov: Vtoraja Duma, S. 29.

<sup>10</sup> P. N. Miljukov: God bor'by, S. 165.

<sup>11</sup> Poljarnaja zvezda [Polarstern], 1906, Nr. 5, S. 352.

Mit diesem Argument waren die Liberalen im Prinzip gegen eine bewusste und planmäßige Vorbereitung eines bewaffneten Aufstands und unterstrichen, dass sie nicht an „jene technisch ablaufende, aufrührerische Revolution“ glaubten, „die man mit verschiedenen Methoden organisatorischen Charakters vorbereiten muss“.<sup>12</sup> Zugleich waren sie der Ansicht, dass ein bewaffneter Aufstand nur dann gerechtfertigt sein könne, wenn er spontan ausbreche, denn ein spontaner Ausbruch der Volksempörung, bei dem das Volk plötzlich zu den Waffen greift, würde gewöhnlich sogar der Revolution sehr nützen. Er erleichtere nämlich der Armee und besonders den Offizieren den Verzicht auf die Anwendung von Waffengewalt und rechtfertige, dass sie auf die Seite des Volkes übergehen. Die Idee der Liberalen ist in diesem Fall ganz einfach: Die Möglichkeit des spontanen Ausbruchs eines Volksaufstands lässt sich nicht völlig ausschließen, damit muss man auf die eine oder andere Weise rechnen oder sich sogar abfinden; wichtig ist nur, die Massen nicht an den Gedanken zu gewöhnen, staatliche Fragen mit Waffengewalt zu lösen.<sup>13</sup>

Im Kontext der oben erläuterten theoretischen Prämissen wird verständlicher, was Miljukov meinte, wenn er fünf Phasen des Kampfes um eine Verfassung zu Beginn des 20. Jahrhunderts herausarbeitete. Die erste Phase – die „Befreiungsphase“ – war gekennzeichnet durch die Einheit der Handlungen aller demokratischen Kräfte auf der Basis der durch die so genannte „Volksfront“ erzwungenen Manifests vom 17. Oktober 1905. In der zweiten Phase, die nach Veröffentlichung des Manifests begann, vollzog sich die Spaltung der Einheitsfront im Kampf gegen den Autoritarismus. Sie äußerte sich einerseits in einer Ausdifferenzierung innerhalb der liberalen Opposition und andererseits in der verstärkten Konfrontation zwischen dem Liberalismus insgesamt und den Sozialisten, vor allem ihrem extremistischen Teil, der im Dezember 1905 den Versuch eines bewaffneten „Sturms“ auf den Autoritarismus unternommen hatte. In dieser Phase stand der rechte Flügel der liberalen Opposition, der „Bund des 17. Oktober“, für die Unterstützung des „sich modernisierenden“ Regimes. Das „Zentrum“ des Liberalismus bildeten die Parteien der Demokratischen Reformen, der Friedlichen Erneuerung sowie der Fortschrittlichen. Sie setzten ebenfalls auf friedliche Reformen und Methoden des parlamentarischen Kampfes. Der linke, aktivere und stärker demokratisch orientierte Flügel der liberalen Opposition, die Konstitutionellen Demokraten („Kadetten“), verstand jedoch sehr wohl, dass der Autoritarismus nur gezwungenermaßen nachgegeben hat, und bestand konsequent und entschieden auf der Notwendigkeit einer unverzüglichen „Umschmelzung“ der deklarativen Versprechungen des Manifests vom 17. Oktober 1905 in konkrete Verfassungs- und Rechtsakte, die in ihrer Gesamtheit folgendes garantieren sollten: erstens die Unumkehrbarkeit der Errungenschaften der ersten Phase der gesamtnationalen politischen Revolution; zweitens die Ersetzung der alten Machtinstitutionen und –strukturen durch ein verantwortliches Ministerium, das aus angesehenen Persönlichkeiten des gesellschaftlichen Lebens gebildet werden sollte. Der liberalen Opposition insgesamt wiederum passten die extremen Positionen der linksradikalen politischen Parteien (vor allem der Sozialdemokraten) nicht, die darauf abzielten, dass die politische (konstitutionelle) Revolution in eine soziale umschlägt. Auch konnten sie nicht die Kampfmaßnahmen der Sozialisten gegen das Regime (Terror, Exzesse) unterstützen, die sich schon 1905 zu einem umfassenden Bürgerkrieg auswachsen konnten.

Nach dem Sieg in der Ersten Staatsduma, die den Beginn der dritten Phase markierte, setzten die Führer der konstitutionell-demokratischen Partei endgültig nicht mehr auf die „Straße“, sondern auf die Volksvertretung. Sie wollten sie als Hauptinstrument benutzen, um einerseits

---

<sup>12</sup> Reč' [Die Rede], 2. Juni 1906.

<sup>13</sup> Osvoboždenie [Befreiung], 1905, Nr. 74, S. 401.



Systemreformen anzugehen und andererseits Druck auf die Macht auszuüben. Die Kadetten verfolgten das Ziel, einen Konsens zwischen der Staatsmacht und der Gesellschaft herzustellen, was seinerseits eine soziale Revolution vermeiden half. Wenngleich die Kadetten die Priorität eines friedlichen parlamentarischen Weges zur Lösung von Systemkrisen anerkannten, bedeutete dies jedoch nicht, dass sie bereits in der dritten Phase völlig mit der Revolution gebrochen hatten. Vielmehr brachte die Revolution von 1905 bis 1907 gerade der liberalen Opposition Vorteile, denn sie ebnete ihr den Weg für eine Verwirklichung des Verfassungsmodells bei der Umgestaltung Russlands. Im Unterschied zu den Linksradiكالen, den Sozialisten, die auf einer Überführung der politischen Revolution in eine soziale bestanden, waren die Liberalen um jeden Preis bemüht, die errungenen Resultate der politischen Revolution zu festigen und mit Hilfe der von ihnen vorgeschlagenen systembezogenen Maßnahmen die Entwicklung Russlands endgültig in eine friedliche parlamentarische Richtung zu lenken.

Das autoritäre Regime löste jedoch die Erste und Zweite Duma auf und blockierte damit die Weiterentwicklung Russlands auf dem Weg des Parlamentarismus, den die Kadetten vorgeschlagen hatten. Anstelle eines liberalen Modells des realen Konstitutionalismus für Russland wurde nun nach Worten Miljukovs in der vierten Phase unter Kontrolle der Bürokratie und des Adels das Modell des sog. monarchischen Scheinkonstitutionalismus implementiert, das den Interessen der liberalen Opposition nicht entsprach. Ungeachtet dessen, dass die revolutionäre Massenbewegung unterdrückt worden war und die Regierung von Pjotr Arkadjevič Stolypin unter Berücksichtigung der durch diese Bewegung vermittelten Erfahrungen der Gesellschaft ein Reformpaket konservativ-liberalen Charakters anbot, war sich die liberale Opposition schon nicht mehr sicher, dass die Staatsmacht dieses aufrichtig tue und bereit sei, die Reformen in vollem Umfang zu verwirklichen. Die sich abzeichnenden negativen restaurativen Tendenzen, die von rechtskonservativen Kreisen der Bürokratie initiiert wurden, beunruhigten die Liberalen. Unterstützt von bürokratischen Kreisen, vom Rat des vereinigten Adels und der Hofkamarilla verhehlten die rechtskonservativen Kräfte nicht ihren Wunsch nach Revanche für die Niederlage von 1905 und 1906. Daher schlossen die Liberalen in der fünften Phase der Verfassungskrise, die nach dem 3. Juni 1907 begann,<sup>14</sup> die hypothetische Möglichkeit einer Restauration des autoritären Regimes in seinem früheren Umfang nicht mehr aus.

Nach dem 3. Juni entstand eine Lage, in der schon ganz deutlich die Perspektive einer neuen und größeren Systemkrise gesehen wurde, die sich erneut in eine permanente Revolution zu verwandeln drohte. Die Liberalen standen, wie schon vor 1905, vor dem Dilemma: entweder Restauration des Absolutismus im Sinne der rechtskonservativen Kräfte, oder soziale Revolution im Sinne der linksradikalen Sozialisten. Für die liberale Opposition war es ganz offensichtlich, dass es zwischen diesen beiden extremistisch gestimmten Kräften früher oder später zu einem Zusammenstoß kommen würde. Der einzige Weg, ihn zu vermeiden, schien der einer radikalen politischen Reform, die auf grundlegende Weise, ohne die sozialen Beziehungen zu berühren, zu einer friedlichen Transformation des politischen Systems führen und die Krise auf dem Weg des Rechts zu lösen erlaubte. In dieser dramatischen Situation wies die Geschichte den Liberalen die Rolle eines Vermittlers zwischen den einander entgegen gesetzten materiellen Kräften zu. Ihre Aufgabe bestand darin, zwischen ihnen einen Kompromiss herbeizuführen. Diese historische Mission konnten die Liberalen jedoch im Moment der Entfaltung einer neuen Etappe der

---

<sup>14</sup> An diesem Tag löste die Regierung nach Verhaftung der sozialdemokratischen Dumaabgeordneten und der Führer der Sozialrevolutionäre die Duma auf und erließ unter Verstoß gegen die Reichsgrundgesetze ein neues Wahlgesetz, das eine konservative Mehrheit sicherte (sog. Staatstreich vom 3. Juni). (Anm. d. Ü.)

Systemkrise nicht erfüllen. Mehr noch waren sie selber gezwungen, Kompromisse sowohl mit den rechtskonservativen Kräften in der Periode der Dritten und Vierten Duma, als auch mit den linksradikalen sozialistischen Kräften nach dem Sieg der Februarrevolution 1917 einzugehen. Sowohl in dem einen als auch in dem anderen Fall befanden sich die Liberalen in einer unvorteilhaften Lage, da sie keine eigenen materiellen Kräfte hatten, die es ihnen erlaubt hätten, die Bedingungen des Kompromisses zu diktieren.

Die Februarrevolution von 1917 schien nur anfänglich ein Ausweg aus diesem Teufelskreis zu sein. Die Liberalen schätzten die Ereignisse vom Februar und März 1917 als politische Revolution ein, die sie endlich an die Macht bringen könnten. Sie waren davon überzeugt, dass sie selbst die allgemeinen nationalen Interessen Russlands am adäquatesten zum Ausdruck brächten. In der Situation nach dem Februar standen sie vor einer zweifachen Aufgabe: zum einen die Errungenschaften der politischen Revolution zu bewahren und auf dem Gesetzeswege zu sichern und zum anderen ein Abgleiten des Landes in Anarchie und Chaos einer sozialen Revolution zu verhindern. Dabei hegten die Liberalen die naive Hoffnung, dass die linksradikalen Sozialisten auf ihre Machtansprüche verzichten und die Provisorische Regierung unterstützen würden. Eine Zeitlang hingen sie der Illusion nach, dass die Räte der Arbeiter- und Soldatendeputierten, deren Führung in der ersten Zeit bei den gemäßigten Sozialisten lag, eine sichere Rückendeckung gegenüber Maximalismus und Bolschewismus bildeten. Jedoch erwies sich das Kalkül der Kadetten, mit den Räten zusammen zu arbeiten, als unrealistisch, denn die „vernünftig denkenden“ sozialistischen Elemente empfanden selber einen wachsenden Druck „von unten“. Um ihren Einfluss auf das Volk zu erhalten, das von den Unbilden des Krieges, Arbeitslosigkeit und Inflation ermüdet war, waren die Sozialisten gezwungen, einerseits Druck auf die Provisorische Regierung auszuüben, indem sie ihr in immer größeren Umfang radikale und praktisch unerfüllbare Forderungen stellten, und andererseits sich mit den radikal und extremistisch gestimmten Elemente gut zu stellen, die für eine „Vertiefung“ der Revolution und ihren Übergang in eine soziale Revolution eintraten.

Ungeachtet der Radikalisierung ihres Programms (Verzicht auf die Monarchie und Anerkennung einer demokratischen Republik, Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung, wesentliche Zugeständnisse im Sozialbereich usw.) ist es den Kadetten dennoch nicht gelungen, die sich rasch ausbreitende Krise zu überwinden, die im Herbst 1917 schon einen allgemeinen nationalen Charakter annahm. Ohne eine feste soziale Basis und folglich ohne reale materielle Kräfte konnten die Liberalen trotz zahlreicher Propagandaaktionen nicht verhindern, dass das Land in Anarchie und Chaos abglitt. Zum Herbst hin verlor die Provisorische Regierung die Kontrolle über die politische Lage im Land. Die liberale Taktik des Konsenses und Kompromisses erlitt einen Misserfolg. Der Hauptgrund für die misslungenen Versuche der Liberalen, einen Ausweg aus den Systemkrisen zu finden, lag meines Erachtens vor allem darin, dass sich in Russland eben keine strukturierte Zivilgesellschaft gebildet hatte. Mehr noch, in der Gesellschaft vollzog sich eine tief gehende kulturelle und soziale Spaltung, es gab keine Erfahrung mit demokratischen Vorgehensweisen und einer dialogischen Lösung objektiv herangereifter Probleme. Letzen Endes konnte der Liberalismus in Russland keine Wurzeln schlagen, weder als weltanschauliches System noch als effektive politische Praxis.

## **Lothar Gall, Frankfurt am Main**

### **Bismarck und Russland**

Eine Frage, die insbesondere in der deutschen Geschichtswissenschaft seit ihren Anfängen als eigenständige wissenschaftliche Disziplin, also seit mehr als 200 Jahren, immer wieder, angetrieben durch die jeweilige aktuelle politische Konstellation, intensiv, oft leidenschaftlich diskutiert wurde und wird, ist die Frage nach dem Verhältnis von innerer und äußerer Politik. Ist die Beziehung des jeweiligen Staates zu den anderen Staaten und der Platz, der ihm machtpolitisch von diesen eingeräumt oder auch bestritten wird, bestimmend auch für dessen innere Politik? Ja, ist die machtpolitische Stellung des betreffenden Staates, die außer von seiner Größe auch von seiner geopolitischen Lage abhängig ist, schlechterdings entscheidend für die Grundsätze und den Kurs seiner inneren Politik? Oder wird das Handeln seiner leitenden Staatsmänner und führenden Eliten im Gegenteil auch in dieser Beziehung ganz von innenpolitischen Erwägungen und Rücksichten bestimmt, vom Kampf um die Behauptung und den Ausbau ihrer Stellung im Inneren als dem ursprünglichsten Antrieb aller Politik, unabhängig davon, was sie damit für gesellschaftliche, wirtschaftliche und im weiteren Sinne politische Ziele verfolgen?

Historisch gesehen waren sich die Führer der europäischen Mächte unabhängig von ihren Interessengegensätzen nach dem Ende der Zeit der konfessionellen Bürgerkriege, das heißt seit der Mitte des 17. Jahrhunderts, für mehr als ein Jahrhundert weitgehend einig: dass Politik Außenpolitik sei und Innenpolitik nur, wie es in der Sprache der Zeit hieß, in „guter Policey“, also in Verwaltung bestehe, die der Außenpolitik nur das Fundament schaffe, sie aber in keiner Weise bestimme. Mit der amerikanischen, vor allem aber mit der Französischen Revolution von 1789 aber schienen sich die Verhältnisse auch in dieser Hinsicht grundlegend zu verändern. Die Innenpolitik bestimmte fortan die Außenpolitik in immer stärkerem Maße, die Beziehungen der Staaten zueinander. Es bildeten sich Koalitionen, ja, eine Art „internationale Blockbildung“ (Heinz Gollwitzer) anhand der neuen Trennlinie der Befürworter und der Gegner der Revolution und ihrer leitenden Prinzipien.

Mit dem Aufstieg Napoleons und der immer unverhohleneren französischen Machtpolitik schien das Pendel zwar in gewisser Weise wieder zurückzuschlagen, einzelstaatliche Interesse erneut über die von innenpolitischen Optionen bestimmte Blockbildung zu triumphieren. Aber die Szene war doch grundlegend verändert. Selbst ein Mann wie Leopold Ranke, der an dem Gedanken eines Vorrangs, ja, eines Primats der Außenpolitik für die politische Haltung der Staaten festhielt, räumte doch ein, dass das eigentliche Signum, das bestimmende Element der Politik nicht hier, sondern in dem liege, was er den Gegensatz zwischen monarchischem Prinzip und Volkssouveränität nannte, also dem Gegensatz zwischen der alten Ordnung und „der“ Revolution als ein staatenübergreifendes Prinzip.

Hinter der scheinbar rein analytischen Frage, was den Vorrang habe und das bestimmende Element bilde, die äußere oder die innere Politik der einzelnen Staaten, verbargen sich also schon damals sehr grundlegende Positionen und politische Richtungsentscheidungen. Das aber führt uns zu dem zu erörternden Problem, wie weit die Außenpolitik Bismarcks rein macht- und interessenpolitisch bestimmt gewesen sei oder inwieweit sich in diese doch auch noch andere

Elemente hineingemischt hätten, die mit seiner Grundhaltung in gesellschafts- und verfassungspolitischen Fragen, kurz mit seiner Innenpolitik zusammenhingen. Dieser Frage soll hier beispielhaft am Verhältnis Bismarcks, dem leitenden Staatsmann zunächst Preußens und dann zugleich des 1871 gegründeten Deutschen Reiches, zum zaristischen Russland nachgegangen werden.

Otto von Bismarck galt und gilt bis heute vielerorts als Repräsentant einer von innenpolitischen Rücksichten und Überlegungen völlig freien, unideologischen, allein an den Machtinteressen seines Staates unter Berücksichtigung der Interessen der übrigen Staaten orientierten Außenpolitik. In der Tat hat er sich schon früh, in Abwehr der Aufforderung seiner hochkonservativen politischen Freunde, sich in keiner Weise mit dem in ihren Augen als Protagonist der „Revolution“ und des Prinzips der Volkssouveränität geltenden französischen Staatschef Napoleon III. einzulassen, zu einer Politik der völlig freien Hand bekannt. Auch das Frankreich Napoleons III. sei für ihn wie alle übrigen Staaten nur „ein Stein, und zwar ein unvermeidlicher in dem Schachspiel der Politik, ein Spiel, in welchem ich nur meinem Könige und meinem Land zu dienen Beruf habe“, schrieb er im Mai 1857 an seinen väterlichen Freund und politischen Förderer Leopold von Gerlach. Und er fuhr in scharfer Zuspitzung fort: „Sympathien und Antipathien in Betreff auswärtiger Mächte und Personen vermag ich vor meinem Pflichtgefühl im auswärtigen Dienste meines Landes nicht zu rechtfertigen, weder an mir noch an Andern; es ist darin der Embryo der Untreue gegen den Herrn oder das Land, dem man dient.“<sup>1</sup> Aber war das, wie man vielfach liest und wie es auf den ersten Blick auch scheint, wirklich das Bekenntnis zu einer gleichsam im Prinzip prinzipienlosen sogenannten Realpolitik? Stand hier tatsächlich der Vertreter einer Politik, die auch auf dem internationalen, besser gesagt dem zwischenstaatlichen Feld für ein Festhalten an, in diesem Falle konservativen, Prinzipien eintrat, einem Mann gegenüber, der in dieser Beziehung, allein geleitet von den (Macht-)Interessen seines Staates, für völlige Bindungslosigkeit eintrat? Dieser bis heute höchst aktuellen Frage soll hier am Beispiel des Verhältnisses Bismarcks und des von ihm geleiteten zunächst preußischen und dann preußisch-deutschen Staates zum zaristischen Russland nachgegangen werden.

Mit vier großen Mächten hatte es das Preußen Bismarcks und dann das Deutsche Reich in Europa als der damaligen „Vormacht der Welt“ (Theodor Schieder) in erster Linie zu tun: mit Frankreich, mit England, mit Österreich bzw. seit 1867 mit Österreich-Ungarn und eben mit Russland. Zwischen ihnen beanspruchte Bismarck von früh auf, geleitet allein von den Interessen Preußen bzw. dann des Deutschen Reiches, freie Hand zu haben – jedenfalls, so schränkte Bismarck, von vielen Interpreten übersehen, sogleich ein, solange kein übergreifendes Prinzip wirklich auf dem Spiel stehe. Das werde erst in dem Augenblick der Fall sein, in dem sich eine der großen Mächte zu den Prinzipien der Revolution, sprich also der Französischen Revolution und ihrer Erben bekenne. Aber weder für Napoleon I. noch für seinen Neffen Napoleon III. gelte dies, so Bismarcks kühne These. Schon Napoleon I. wäre die Revolution, schrieb er an Leopold von Gerlach, „recht gern aus seiner Vergangenheit los gewesen, nachdem er die Frucht davon gepflückt und in der Tasche hatte“.<sup>2</sup> Gleiches gelte in noch sehr viel stärkerem Maße für Napoleon III. Er, Bismarck, könne also mit Fug und Recht feststellen, dass die „Verschiedenheit“ ihrer Ansichten „im Blättertrieb und nicht in der Wurzel“ stecke. Das über den einzelnen Staat

---

<sup>1</sup> Bismarck an Leopold von Gerlach, 2. 5. 1857, in: Otto von Bismarck: Gesammelte Werke (sog. Friedrichsruher Ausgabe), Bd. 14, Berlin 1935. S. 465.

<sup>2</sup> Bismarck an Leopold von Gerlach, 30. 5. 1857. Ebd. S. 471.

hinausführende „Prinzip des Kampfes gegen die Revolution“, das diesen Staat in seiner Politik bestimmen müsse, erkenne auch er „als das meinige an“.<sup>3</sup>

Das konnte man als ein taktisches Zugeständnis an Gerlach und seine hochkonservativen Freunde, an die sogenannte Kamarilla, interpretieren, aber auch als eine grundlegende Positionsbestimmung jenseits aller pragmatischen, situations- und konstellationsbestimmten Entscheidungen, in deren Bewältigung er über Jahrzehnte hin ein Meister blieb. Seine im Verlauf der Zeit immer stärker umstrittene Russlandpolitik mag zumindest Anhaltspunkte für die Beantwortung dieser Frage liefern.

Von Anfang an war das zaristische Russland der entschiedenste Gegner der Revolution, und auch die zweite Welle der weite Teile Europas erfassenden Revolution verharrte an den Grenzen des Riesenreiches. Als einzige der europäischen Großmächte blieb Russland auch nach 1848 ein absolutistisch regierter Staat, in dem die Machtstellung von Adel und Kirche unter klarer Vorherrschaft der Krone zunächst ungebrochen blieb. Wer sich in Europa zu Russland bekannte, bekannte sich zugleich zur vorrevolutionären politischen und gesellschaftlichen Ordnung beziehungsweise zu deren Wiederherstellung. Das galt auch und in speziellem Maße für Preußen, und dass sich Preußen unter Leitung des neu ernannten preußischen Ministerpräsidenten und Außenministers Otto von Bismarck offen auf die Seite der russischen Regierung stellte, als diese im Frühjahr 1863 den polnischen Aufstand blutig unterdrückte, wurde über den aktuellen Anlass hinaus als eine klare Demonstration der antiliberalen, ja, gegenrevolutionären Haltung des neuen Preußen angesehen. Dass diese Haltung der preußischen Regierung in den folgenden Jahren die Unterstützung, sogar die Bundesgenossenschaft Russlands eintrug, das nach dem Krimkrieg in Europa weitgehend isoliert war, war dann freilich eine, wenn nicht die entscheidende, Grundbedingung für die Erfolge der preußischen Politik bis zur Reichsgründung von 1871.

Russland erwartete dafür die weitgehend bedingungslose Unterstützung des zum Deutschen Reich erweiterten Preußen für seine Politik auf dem Balkan und gegenüber dem Osmanischen Reich, nachdem es vorher, 1875, in der sogenannten „Krieg-in-Sicht-Krise“ zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich demonstriert hatte, wo es seinerseits die Grenzen seiner Unterstützungsbereitschaft gegenüber Preußen-Deutschland sah.<sup>4</sup> Deutschland allerdings erklärte sich unter Bismarcks Führung zum größten Ärger der russischen Seite nicht zu einer solchen bedingungslosen Unterstützung bereit. Vielmehr trat es 1878 auf dem Berliner Kongress der europäischen Großmächte, der einen Ausweg aus der von Russland ausgelösten orientalischen Krise suchte, gemeinsam mit England als Vermittler, beziehungsweise wie Bismarck es ausdrückte, als „ehrlicher Makler“ auf, der, selber territorial auf dem Balkan nicht unmittelbar interessiert, „das Geschäft wirklich zustande bringen will“.<sup>5</sup> „Die orientalische Frage ist ein Gebiet“, so hatte Bismarck schon kurz nach seinem Amtsantritt als preußischer Außenminister, Ende November 1862, maximenhaft formuliert, „auf welchem wir unseren Freunden nützlich und unseren Gegnern schädlich sein können, ohne durch direkte eigene Interessen wesentlich

---

<sup>3</sup> Ebd., 470.

<sup>4</sup> Vgl. dazu zuletzt Klaus Hildebrand: Aspekte der deutsch-russischen Beziehungen 1871-1890 (Friedrichsruher Beiträge, Bd. 20) Friedrichsruh 2003, und Nikolaus Katzer: Bismarck und Russland. Von der Reichsgründung bis zum Rückversicherungsvertrag, in: Eckardt Opitz (Hrsg.): Bismarck-Forum, Hamburg 1997. Siehe auch allgemein Klaus Hildebrand: Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, Stuttgart<sup>2</sup>1996, sowie Konrad Canis: Bismarcks Außenpolitik 1870-1890. Aufstieg und Gefährdung, Paderborn 2004.

<sup>5</sup> Reichstagsrede vom 19.2.1878, in: Horst Kohl (Hrsg.): Die politischen Reden des Fürsten Bismarck. Historisch-kritische Gesamtausgabe, Bd.7, Stuttgart 1993, S. 92.

gehemmt zu werden.“<sup>6</sup> Und Ende 1876 hatte er im Reichstag noch einmal bekräftigt, hier, auf dem Balkan, sei für Preußen-Deutschland unmittelbar nichts zu gewinnen, nichts, das auch nur „die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert“ wäre.<sup>7</sup>

So ist es kein Zufall, dass er gerade im Zusammenhang mit der orientalischen Frage jenseits aller Einzelprobleme, die ihn, wie gesagt, nicht weiter tangierten, die Grundsätze seiner Außenpolitik in abstrakter Form festgehalten hat. Während eines Kuraufenthaltes in Kissingen diktierte er seinem Sohn Herbert, was sich aus der außenpolitischen Situation, die sich für ihn auf lange Zeit in erster Linie durch den weltpolitischen Gegensatz zwischen Russland und England bestimmt zu sein schien, für das Deutsche Reich und seine Außenpolitik seiner Meinung nach für Schlussfolgerungen ergäben. Das Ziel, das Idealbild, das ihm vorschwebte, sei, so Bismarck, „nicht das irgend eines Ländererwerbs, sondern das einer politischen Gesamtsituation, in welcher alle Mächte außer Frankreich unser bedürfen, und von Koalitionen gegen uns durch ihre Beziehungen zueinander nach Möglichkeit abgehalten werden“.<sup>8</sup>

Dieser Leitlinie, sprich einer Politik der möglichst freien Hand, suchte Bismarck in den nächsten Jahren zu folgen, ohne sich dabei einseitig zu binden. Einer solchen Bindung versuchte zunächst der alte Bundesgenosse Russland, tief enttäuscht über Bismarcks Haltung auf dem Berliner Kongress, das Deutsche Reich, in dem es immer noch einen Juniorpartner sah, zu unterwerfen. Aber auch England versuchte, nachdem es ihm unter Disraeli auf dem Berliner Kongress offenkundig gelungen war, das Bündnis der drei konservativen Ostmächte, Russland, Deutschland und Österreich-Ungarn, zu sprengen, das Deutsche Reich näher an sich heranzuziehen und damit gegen Russland in Stellung zu bringen. Und auch Österreich-Ungarn suchte in Sorge über den übermächtigen Konkurrenten im Osten eine über das bisherige Verhältnis hinausgehende nähere Verbindung zum Deutschen Reich. Nur auf letzteres ist der deutsche Kanzler mit dem Zweibundvertrag von 1879 eingegangen. Die beiden anderen Mächte suchte er auf Äquidistanz zu halten. Darauf wollte sich jedoch vor allem Russland nicht einlassen und suchte das Reich mit allen Mitteln, darunter auch der verschleierte Drohung eines Bündnis mit dem republikanischen Frankreich, zu einer Option zu zwingen, die in ihrer Konsequenz dann zugleich eine Frontstellung gegen Österreich-Ungarn, vor allem aber gegen England bedeutete hätte.

Verzweifelt und mit schließlich immer komplizierten und problematischeren Mitteln hat sich Bismarck gegen die Konsequenzen einer derartigen Option gewehrt, die ihm aber letztlich als solche unvermeidlich schien. Das ist im Einzelnen bekannt und auch der letztliche Ausgang: die Nichterneuerung des sogenannten Rückversicherungsvertrages mit Russland nach Bismarcks Sturz 1890 und die Annäherung des Zarenreiches an Frankreich. Warum aber, so muss man sich fragen, blieb Bismarck an das Konzept einer Wiederherstellung des Bündnisses zwischen den drei konservativen Ostmächten, wenngleich in wesentlich modifizierter Form, gebunden und zwar auch als die zaristische Autokratie nach der Ermordung Alexander II. unter seinem Sohn Alexander III. innenpolitisch auf einen immer reaktionäreren Kurs einschwenkte, der von den

---

<sup>6</sup> Bismarck an Heinrich VII. Prinzen Reuß, damals erster Sekretär bei der preußischen Gesandtschaft in Paris, 29. 11. 1862, in: Ges. Werke (wie Anm. 1), Bd. 14/II, S. 630.

<sup>7</sup> Reichstagsrede vom 5. 12. 1876: Kohl, Reden (wie Anm. 5), Bd. 6, S. 461.

<sup>8</sup> Sogen. Kissinger Diktat: Die große Politik der europäischen Kabinette von 1871-1914. Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Bd. 2, Berlin 1922, S. 153f.

meisten politischen Lagern auch in Deutschland auf das schärfste kritisiert wurde bis hin zu der Forderung, dem mit militärischen Mitteln von außen her Einhalt zu gebieten?

Gerade hieran zeige sich der von allen innenpolitischen Überlegungen abstrahierende und in diesem Sinne „unideologische“ Charakter der Bismarckschen Außenpolitik, so hat man vielfach argumentiert. Aber, das wäre die Gegenposition, ist nicht das Gegenteil der Fall? Zeigt nicht gerade das zähe Festhalten an dem Bündnis mit der immer schroffer auftretenden zaristischen Autokratie, dass es Bismarck nicht zuletzt mit Blick auf den näher heranrückenden Thronwechsel in Deutschland und dessen zu erwartende innenpolitische Konsequenzen vor allem darum ging, die sich aufdrängende Alternative, nämlich eine engere Verbindung mit dem parlamentarisch regierten England anzustreben, auszuschließen?

Natürlich standen einer solchen Verbindung mancherlei Gründe entgegen, vor allem auch die wachsende Konkurrenz beider Mächte auf kolonialpolitischem Gebiet, die Bismarck freilich selber sehr plötzlich aus sich nicht unmittelbar aufdrängenden Motiven angeheizt hatte.<sup>9</sup> Und man konnte auch argumentieren, dass damit, mit einer Option für England die Gefahr eines Zweifrontendrucks von Seiten Frankreichs und von Seiten Russlands auf das Deutsche Reich gewaltig verschärft worden wäre. Aber es ist doch ganz offen, ob es angesichts eines engeren Zusammenwirkens von dreien der fünf Großmächte überhaupt zu einer solchen effektiven, also zu einer militärischen Konfrontation gesteigerten Zweifrontenbedrohung des Reiches gekommen wäre – von der inneren Brüchigkeit eines Zusammengehens zwischen der russischen Autokratie und dem republikanischen Frankreich ganz zu schweigen. Einiges spricht meines Erachtens also doch dafür, dass hier die innere Nähe zwischen einem trotz aller Veränderungen immer noch autoritär regierten Deutschen Reich und der zaristischen Autokratie im Vergleich zu dem parlamentarisch regierten England eine größere Rolle gespielt hat als man ihr im Banne der These einer nur nüchtern am außenpolitischen Machtkalkül orientierten, von aller Innenpolitik abstrahierenden, in diesem Sinne völlig »unideologischen« Außenpolitik vielfach einzuräumen bereit war.

Wirklich beweisen lässt sich eine solche Vermutung nicht. Hier versagen die Quellen, die immer nur faktische Schachzüge und konkrete Vorgänge dokumentieren, das aber, was dahinter an Grundentscheidungen, an prinzipiellen Vorwegdispositionen stand, nur selten offen legen. Der Historiker ist hier auf übergreifende Einschätzungen angewiesen, die sich auf die Kenntnis der Gesamtkonstellation und die mentalen Voraussetzungen des Handelnden gründen. Sie aber sprechen meines Erachtens dafür, dass hier im Letzten doch innenpolitische Faktoren bestimmte Grundoptionen der Außenpolitik stärker bestimmten, als man vielfach angenommen hat.

---

<sup>9</sup> Vgl. Lothar Gall: Bismarck und England, in: Aspekte der deutsch-britischen Beziehungen im Lauf der Jahrhunderte (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, Bd. 4), Stuttgart 1978, S. 46ff., und Klaus Hildebrand: Zwischen Allianz und Antagonismus. Das Problem bilateraler Normalität in den britisch-deutschen Beziehungen des 19. Jahrhunderts, in: Heinz Dollinger/Horst Gründer/Alwin Handschmidt (Hrsg.): Weltpolitik. Europagedanke. Regionalismus. Festschrift für Heinz Gollwitzer zum 65. Geburtstag, München 1982, 305ff.

## A. M. Filitov, Moskau

### Zur Rolle innenpolitischer Faktoren für außenpolitische Entscheidungen: Die Sowjetunion und Deutschland im 20. Jahrhundert

Primat der Außenpolitik oder Primat der Innenpolitik – die Kontroverse um diese Frage gehört zu den ältesten und dauerhaftesten in der Geschichtswissenschaft. Allerdings ließ sich in der Periode der ideologischen Spaltung der Wissenschaft in eine westliche bzw. „bürgerliche“ und eine östliche bzw. „marxistische“ eine Diskrepanz in Intensität und Tiefe der jeweiligen Diskussionen in beiden Lagern beobachten. Allgemein lässt sich zusammenfassen, dass die „bürgerlichen“ Historiker ein wesentlich weiteres Spektrum an Konzeptionen und Argumentationen vorlegten, während für die „marxistischen“ alles mehr oder weniger klar war: Außenpolitik ist lediglich eine Projektion der Innenpolitik auf die internationalen Beziehungen, und, obwohl auch der umgekehrte Einfluss, der der Außen- auf die Innenpolitik, nicht grundsätzlich negiert wurde, galt die Frage nach dem „Primat“ nahezu a priori als entschieden. Gemeint war damit, dass in kapitalistischen Ländern außenpolitische Entscheidungen von den Interessen der „Magnaten des Kapitals“ bestimmt wurden (bezogen auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts sprach man schon vom „Monopolkapitalismus“ oder vom „Imperialismus als höchste Stufe des Kapitalismus“) und in sozialistischen von den Interessen der „Werk tätigen“. Dementsprechend wurden Kriege und Konflikte als unvermeidliche Phänomene der „bürgerlichen“ Welt behandelt, die der Natur der „Werk tätigen“ fremd seien und ihr widersprächen.

Heute gilt mit dem Verschwinden ideologischer Scheuklappen ein sozialer Determinismus dieser Art nicht mehr als adäquate Methode zur Betrachtung und Interpretation historischer Ereignisse. Wenn also früher die Genesis des Ersten Weltkriegs darauf zurückgeführt wurde, dass die einen Monopolkräfte (konkret die deutschen) die Neuverteilung der Kolonien anstrebten und die anderen (in erster Linie die englischen) die Bewahrung der für sie günstigen kolonialen Aufteilung der Welt, so wird diese Sicht heute angezweifelt. In einem kürzlich erschienenen Sammelband mit Impulsvorträgen angesehener russischer Historiker, Spezialisten für den Ersten Weltkrieg, kann man zum Beispiel folgendes lesen: „Die Widersprüche auf imperialistischer Grundlage waren auch in kolonialer Hinsicht nicht so absolut hundertprozentig antagonistisch und unversöhnlich“, wobei sich das besonders auf die russisch-deutschen Beziehungen bezog (L. G. Istjagin).<sup>1</sup> Diese These spiegelt offenbar den heute unter russischen Historikern herrschenden Standpunkt wider, obgleich daraus unterschiedliche Schlüsse gezogen werden. Wenn ein Autor meint, dass „die führenden Weltmächte streng genommen keinen Grund hatten, einen Krieg anzustreben“ (A. V. Revjakin),<sup>2</sup> so polemisiert ein anderer (V. N. Vinogradov) mit ihm, indem er gerade einen sehr wesentlichen Grund wahrnimmt: „Die hegemonialen Ansprüche Deutschlands auf dem Kontinent Anfang des 20. Jahrhunderts machten den Prozess des Hineinschlitterns in den Krieg unumkehrbar“, da analoge Präntentionen Frankreichs vom 17. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts Kriege hervorgerufen hätten – vom Dreizehnjährigen bis zu den Napoleonischen.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Siehe V. L. Mal'kov (Hrsg.): *Pervaja mirovaja vojna: Prolog XX veka* [Der Erste Weltkrieg: Prolog des 20. Jh.], Moskau 1998, S. 55f.

<sup>2</sup> Ebd., S. 66.

<sup>3</sup> Siehe O. A. Ržeševskij (Hrsg.): *Mirovye vojny XX veka. V četyrech knigach* [Weltkriege des 20. Jahrhunderts. 4 Bd.], *Kniga 1: Pervaja mirovaja vojna. Istoričeskij očerk* [Der Erste Weltkrieg. Historischer Abriss], Moskau 2002, S. 119.



Man erkennt unschwer, dass im letzteren Fall eine Kausalbeziehung auf die Sphäre der Gesetzmäßigkeiten in der Funktionsweise des internationalen Systems übertragen wird, d. h. im Grunde geht es hier um eine historische Konzeption, die auf der Anerkennung des Primats außenpolitischer Faktoren basiert.

Ist sie optimal? Ohne auf die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs spezialisiert zu sein, wage ich das zu bezweifeln. Es handelt sich um einen hyperdeterministischen Ansatz, der das Problem der Variantenvielfalt des historischen Prozesses und historischer Alternativen aufhebt. Adäquater hat, so scheint mir, der deutsche Historiker Epkenhans die zum Krieg führende Ereigniskette enthüllt, der die Beziehungen zwischen der Firma Krupp und dem Staat im Wilhelminischen Reich untersucht hat. Der historische Kontext sieht bei ihm folgendermaßen aus: Der Lieferant von Panzerplatten für die kaiserliche Flotte wollte seine Produkte teurer verkaufen, der Staat als Auftraggeber aber wollte sie billiger kaufen. Es wurde ein Kompromiss erzielt: Die Firma ließ im Preis nach, erreichte dafür aber, dass sie einen recht umfangreichen und langfristigen Auftrag bekam.<sup>4</sup> Für die Außenpolitik hatte dies zur Folge, dass jegliche Verhandlungen über die Beendigung oder wenigstens die Begrenzung der Aufrüstung bei der Marine von vornherein zum Scheitern verurteilt waren, worin ein Grund für den Ausbruch des Krieges zu sehen ist. In diesem Fall sehen wir ein klares Primat der Innenpolitik, aber es geht dabei nicht um einen Konflikt zwischen Monopolen, sondern um den Konflikt eines Monopols mit dem Staat, dessen eigenwillige Lösung zu schicksalhaften Folgen auf der internationalen Arena führte.

Nun lässt sich schwerlich sagen, dass der dargestellte Konflikt allein eine hinreichende „kritische Masse“ für den Ausbruch einer kriegerischen Konfrontation darstellen konnte, was Epkenhans übrigens keineswegs behauptet. Diese Masse wurde ebenfalls in anderen Sphären angehäuft, so in der geistigen, wo vor allem die russophoben Komplexe in der öffentlichen Meinung, auch in ihrem linken Sektor eine große Rolle spielten. Jedenfalls handelte es sich – sowohl in Bezug auf Deutschland, als auch in Bezug auf andere Mächte, einschließlich Russlands – um einen determinierten, aber nicht fatal vorherbestimmten Prozess. Dieser war durch eine komplexe Wechselwirkung von Faktoren bedingt, welche eine Konfrontation herbeiführten, wobei gleichzeitig Gegenfaktoren in die umgekehrte Richtung wirkten. In dieser Hinsicht lohnt es sich auch, den Aufsatz des bekannten Historikers I. V. Bestužev zu nennen, in dem die Vorgeschichte des Krieges – in ihrer russischen Dimension – als „Kampfarena“ verschiedener politischer und gesellschaftlicher Kräfte und Strömungen betrachtet wird.<sup>5</sup>

Leider wurde der von Bestužev vorgeführte Ansatz zur Analyse der Geschichte des zaristischen Russland lange Zeit nicht auf die Politik Sowjetrusslands und (nach 1922) der UdSSR angewandt. Man nahm an, dass die sowjetische Führung eine Art Monolith bildete, jedenfalls nach der Beseitigung darin auftretender oppositioneller Strömungen und der Etablierung von Stalins Alleinherrschaft. In sowjetischen Arbeiten über die sowjetische Außenpolitik folgte, wenn der Titel das Wort „Kampf“ enthielt, stets die Präposition „für“ („für Frieden und Sicherheit“, „für ein einiges demokratisches, friedliebendes Deutschland“), aber niemals die Präposition „in“, wie es im Titel von Bestuževs Aufsatz über die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs der Fall ist.

---

<sup>4</sup> M. Epkenhans: Zwischen Patriotismus und Geschäftsinteressen, in: Geschichte und Gesellschaft 1989, H. 2, S. 196-226.

<sup>5</sup> I. V. Bestužev: Bor'ba v Rossii po voprosam vnešnej politiki nakanune pervoj mirovoj vojny (1910-1914) [Der Kampf um Fragen der Außenpolitik in Russland am Vorabend des Ersten Weltkriegs], in: Istoričeskie zapiski [Historische Aufzeichnungen], T. 75, Moskau 1965.

Der Erste, der den Gedanken vorbrachte, dass unterschiedliche Konzeptionen in der sowjetischen Politik existierten (angewandt auf die deutsche Frage nach dem Zweiten Weltkrieg), war Boris Meissner.<sup>6</sup> Dieser Gedanke geriet danach lange Zeit in Vergessenheit, bis Bernd Bonwetsch ihn wieder aufgriff und auf Grundlage neuer Dokumente (allerdings nichtsowjetischer Herkunft) weiterentwickelte.<sup>7</sup> Im Folgenden geht es darum, diese meines Erachtens fruchtbare Tendenz in der Geschichtswissenschaft fortzusetzen und ein komplexeres, facettenreicheres Bild der sowjetischen Vorstellungen von Deutschland und den es betreffenden Vorhaben zu vermitteln, als es bei Autoren der Fall ist, die eine einzige Linie in der deutschen Frage seitens der Sowjetführung postulieren und diese entweder ausschließlich positiv oder (häufiger) ausschließlich negativ behandeln.

Hauptgegenstand meiner wissenschaftlichen Interessen ist die deutsche Frage in der Periode des Kalten Krieges, so dass ich mich auf diesen Zeitraum konzentrieren werde. Beginnen will ich jedoch mit einem kurzen Exkurs in die vorangehende Periode, um Linien sowohl in der Abfolge, als auch in der Evolution der sowjetischen Ansätze zur Lösung der deutschen Frage aufzuzeigen.

Sehr verbreitet ist die These, nach der die in Russland siegreichen revolutionären Bolschewiki mit allen Mitteln danach strebten, die Revolution „auf den Bajonetten“ der Roten Armee nach Deutschland zu exportieren, und dabei jenen „Drang nach Westen“ fortsetzten, dem Russland schon seit der Zarenzeit nachhing. Dieser Version zollte auch der erste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, Tribut, als er in seinen Memoiren auch noch ein passendes Lenin-Zitat platzierte, in dem es um die Weltrevolution und die deutsche Revolution geht, die darin das wichtigste Glied sei. Vergegenwärtigt man sich jedoch den entsprechenden Ausschnitt aus der Rede Lenins vom 22. Oktober 1918, aus der das Zitat stammt, so wird deutlich, dass sie überhaupt keinen Aufruf zur Übertragung der Revolution nach Deutschland enthält, sondern im Gegenteil die Empfehlung, von aktiven Handlungen gegen die deutschen Besatzungstruppen auf dem Territorium des ehemaligen Zarenreichs abzusehen. Hier das Zitat in voller Länge:

„Ich nehme als Beispiel die Ukraine. Vergegenwärtigen Sie sich, wie dort die Lage ist und was die Arbeiter und die einsichtigen Kommunisten unter den heutigen Umständen tun sollen. Einerseits sehen sie die Empörung gegen die deutschen Imperialisten, gegen die schreckliche Ausplünderung der Ukraine, andererseits sehen sie aber, dass ein Teil der deutschen Truppen, und vielleicht der größere Teil, abgezogen ist. Vielleicht kommt ihnen da der Gedanke, dem aufgespeicherten Hass und Ingrimmt Luft zu machen und die deutschen Imperialisten sofort, ohne auf etwas Rücksicht zu nehmen, anzugreifen. Andere wieder sagen: Wir sind Internationalisten, wir müssen die Dinge sowohl vom Standpunkt Russlands als auch vom Standpunkt Deutschlands aus sehen; selbst vom Standpunkt Deutschlands wissen wir, dass sich die Macht dort nicht halten wird; wir wissen genau, dass, wenn parallel mit dem Sieg der ukrainischen Arbeiter und Bauern die Macht in Russland sich festigen und Erfolge erringen wird, die sozialistische proletarische Ukraine nicht nur siegen, sondern auch unbesiegbar sein wird! Diese einsichtigen ukrainischen Kommunisten sagen sich: Wir müssen sehr vorsichtig sein; vielleicht werden wir morgen schon alle unsere

---

<sup>6</sup> Boris Meissner: *Russland, die Westmächte und Deutschland. Die sowjetische Deutschlandpolitik 1943-1953*, Hamburg 1954.

<sup>7</sup> Bernd Bonwetsch: *Kalter Krieg als Innenpolitik. Überlegungen zu innenpolitischen Bedingungen des Ost-West-Konfliktes nach 1945*, in: F. Quarthal, W. Setzler (Hrsg.): *Stadtverfassung, Verfassungsstaat, Pressepolitik. Festschrift für Eberhard Naujoks*, Sigmaringen 1980, S. 230-249; ders.: *Außenpolitik als Innenpolitik. Zur Rolle der auswärtigen Beziehungen für die innere Rivalität in der Sowjetunion 1953-1963*, in: *Deutsche Studien* 1986, S. 3-25.

Kräfte anspannen müssen, vielleicht werden wir für den Kampf gegen den Imperialismus und gegen die deutschen Truppen alles aufs Spiel setzen müssen. Vielleicht ist es morgen soweit, aber nicht heute, heute wissen wir, dass sich die Truppen der deutschen Imperialisten von allein zersetzen; es ist bekannt, dass nicht nur bei den Truppen in der Ukraine, sondern auch in Ostpreußen und im übrigen Deutschland revolutionäre Literatur herausgegeben wird. Zugleich ist unsere Hauptaufgabe die Propaganda im Interesse des ukrainischen Aufstands. Das ist so vom Standpunkt der internationalen Revolution, der Weltrevolution, denn das wichtigste Glied in dieser Kette ist Deutschland, denn die deutsche Revolution ist schon herangereift, und vor allem von ihr hängt der Erfolg der Weltrevolution ab.

*Wir werden darauf achten, dass unsere Einmischung ihrer Revolution keinen Schaden bringe. [...]* Deshalb sagen die einsichtigen ukrainischen Kommunisten: Wir müssen alles für den Sieg der Weltrevolution hergeben, doch wir müssen uns bewusst sein, dass die Zukunft uns gehört, und wir müssen im gleichen Schritt gehen mit der deutschen Revolution.<sup>8</sup>

Mit diesem Zitat soll nicht gesagt werden, dass Lenin prinzipiell gegen eine Einmischung in die Angelegenheiten Deutschlands um der Interessen der „Weltrevolution“ willen war; er hielt so etwas einfach nicht immer für angebracht, manchmal auch für schädlich. Man kann übrigens darüber streiten, wie tief der Glaube an diese „Weltrevolution“ beim Gründer des Sowjetstaates war und ob sich dahinter nicht der einfache Gedanke des „staatlichen Interesses“ und des Machterhalts verbarg, auch gegen „Ultrarevolutionäre“ in den eigenen Reihen. In Bezug auf seinen Nachfolger Stalin ist die Antwort auf diese Frage jedenfalls eindeutig: Er glaubte nicht an die Weltrevolution, er war ein „staatsorientierter“ Mensch und Adept persönlicher Macht, um deren Ergreifung und Erhalt willen er nicht vor den blutigsten Methoden Halt machte. All das trat deutlich im Verlauf der deutschen Krise von 1923 zu Tage.

Herrschte früher der Standpunkt vor, dass der Kurs auf den „deutschen Oktober“ den Konsens der damaligen sowjetischen Parteiführung widerspiegeln sollte, so zeigen neue Archivaldokumente ein komplexeres und differenzierteres Bild. Als die Führung der KPD, um damit zu beginnen, im Juli das Exekutivkomitee der Komintern (IKKI) um Rat fragte, wie sie sich verhalten sollte, wenn die Behörden die Durchführung eines von ihr angekündigten „Antifaschistischen Tages“ verböten, entwarf der Vorsitzende des IKKI Sinowjew, der sich zu der Zeit im Urlaub in Kislowodsk aufhielt, ein Telegramm, in dem er ohne Abstriche eine Ignorierung des Verbots und eine unverzügliche Konfrontation befürwortete. Auch Bucharin unterschrieb das Telegramm. Der sich in Moskau aufhaltende Hauptexperte des IKKI für Deutschland, Karl Radek, und der Mitarbeiter des IKKI-Apparats Kuusinen hielten dieses Telegramm jedoch zurück. Die in Moskau verbliebenen Mitglieder des Politbüros nahmen sich der Frage an und verwarfen die Position Sinowjews und Bucharins. An die deutschen Kommunisten erging am 26. Juli eine Direktive, in der eine zurückhaltendere Taktik empfohlen wurde. Eine wichtige Rolle bei diesem Entschluss spielten Stalin und Trockij.

Letzterer jedoch änderte danach seine Position und schloss sich den Anhängern einer Forcierung der „sozialistischen Revolution“ in Deutschland an. Wie kam diese Meinungsänderung zustande? Trockij war unzufrieden mit der Demobilisierung der Roten Armee (ihre Kommandokader waren seine Hauptstütze im innerparteilichen Kampf), und für ihn stellte sich die Frage folgendermaßen:

---

<sup>8</sup> V. I. Lenin: *Polnoe sobranie sočinenij*, t. 37 [Sämtliche Werke, Bd. 37], S. 120-122. [Deutsche Fassung: W. I. Lenin: *Werke*, Band 28 (Juli 1918 – März 1919), Berlin 1959, S. 113-115]. Hervorhebung A. F. Vgl. im übrigen: B. Bonwetsch: *Lenin und Deutschland*, in: D. Herrmann (Hrsg.): *Deutsche und Deutschland aus russischer Sicht, 19./20. Jahrhundert*, München 2006, 280-305.

Wenn die Rote Armee verringert wird, kann sie der deutschen Revolution keine Hilfe mehr erweisen, deshalb, und nur deshalb war er gegen die Linie von Sinovjev und Bucharin. Ende August fand indes eine Sitzung des Politbüros statt, auf der ein Beschluss gefasst wurde, worin es hieß, dass „das deutsche Proletariat unmittelbar vor dem entscheidenden Kampf um die Macht steht“, und zu den „anstehenden Aufgaben der RKP“ gehörte „die Mobilisierung der Streitkräfte der Republik“.<sup>9</sup> Das war ein klarer Sieg Trockij's, da dieser Beschluss die Annullierung der laufenden Demobilisierung der Roten Armee bedeutete; und gerade deshalb schloss er sich nun der Position Sinovjevs und Bucharins an.

Stalin trat nicht offen gegen die klare Mehrheit im Politbüro auf (das tat nur Rykov, indem er eine Machtübernahme der Kommunisten in Deutschland als abenteuerlich bezeichnete), die Idee einer „Mobilisierung der Streitkräfte der Republik“, die die Position Trockij's gestärkt hätte, begeisterte ihn jedoch keineswegs. Hilfe erhielt er von den Vertretern der kommunistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs und der Tschechoslowakei, die vom 21. August an in Moskau tagten. Dort schilderte der Vorsitzende der KPD, Heinrich Brandler, in den rosigsten Farben den Stand des politischen Einflusses und der militärisch-technischen Bereitschaft der deutschen kommunistischen Partei, und die Vertreter der anderen kommunistischen Parteien erklärten ebenso optimistisch, dass sie eine Intervention ihrer Regierungen gegen ein „rotes Deutschland“ nicht zulassen würden. Damit entfiel die Notwendigkeit einer Unterstützung seitens der UdSSR, eine „Mobilisierung“ fand tatsächlich nicht statt, die Rote Armee wurde weiter verringert.

Dennoch fasste das Politbüro am 4. Oktober einen Beschluss, in dem sogar das ungefähre Datum des in Deutschland geplanten Umsturzes – „der 9. November dieses Jahres“ – genannt und eine „Vierergruppe“ (Pjatakow, Radek, Rudsutak und Kujbyšev) gebildet wurde, die nach Deutschland reisen und zusammen mit dem dortigen Botschafter Krestinskij „den deutschen Genossen Hilfe“ leisten sollten.<sup>10</sup> Es stellt sich die Frage, warum Stalin sich nicht gegen diese waghalsige Linie gewandt hat. Es gibt Gründe anzunehmen, dass er im vollen Bewusstsein der absoluten Perspektivlosigkeit eines „deutschen Oktobers“ nichts dagegen hatte, dass die Anhänger dieses Plans versuchten, ihn zu verwirklichen, dabei ein Fiasko erlitten und sich damit kompromittierten, um so mehr als Pjatakow und Radek Parteigänger seines damaligen Hauptgegners Trockij waren.

Sicher: verbal hatte Stalin auf alle mögliche Weise seinen Optimismus hinsichtlich der Perspektiven der KPD verkündet. Zitiert sei nur sein Telegramm an den Redakteur der „Roten Fahne“, August Talheimer, vom 10. Oktober 1923: „Der Sieg der Revolution in Deutschland wird für das Proletariat Europas und Amerikas eine größere Bedeutung haben, als der Sieg der russischen Revolution vor sechs Jahren. Der Sieg des deutschen Proletariats wird das Zentrum der Weltrevolution von Moskau nach Berlin verschieben.“ Der Grad der Zweideutigkeit ist hier einfach frappierend, und diese Eigenschaft Stalinscher Aussagen gilt es zu berücksichtigen, wenn wir seine Pläne in Bezug auf Deutschland auch in der Folgezeit objektiv beurteilen wollen.

Durchaus berechtigt ist folgende Frage: Wenn Stalin in einer Situation heftiger Machtkämpfe, die deutliche Auswirkungen auf die Außenpolitik hatten, zu komplexen Manövern sowohl in der Politik, als auch in der Phraseologie greifen musste, änderte sich dann die Lage nicht

---

<sup>9</sup> Siehe: Politbjuro CK RKB(b)-VKP(b) i Evropa. Rešenija „osoboj papki“. 1923-1939 [Das Politbüro des ZK der RKB(b)-WKP(b) und Europa. Die Beschlüsse der „Sondermappe“], Moskau 2001, S. 19-20.

<sup>10</sup> Ebd., S. 22-23.

grundlegend, als die Machtfrage entschieden war und Stalin keine Gegner mehr hatte? In der heutigen russischen Geschichtswissenschaft wird der Standpunkt vertreten, dass die Anhänger der „Weltrevolution“ ihren Einfluss in der Staats- und Parteiführung der UdSSR, ohne ihn groß herauszustellen, ziemlich lange behielten, auf alle Fälle bis Mitte der 1930er Jahre.<sup>11</sup> Unter dilettierenden Historikern zirkuliert sogar die Version, dass es zwischen dem „Realpolitiker“ Stalin und dem „Ideologen“ Litvinov Widersprüche gegeben, ja sogar ein Konflikt bestanden habe, der sich bis 1939 hinzog. Litvinov soll gar für die Verschlechterung der sowjetisch-deutschen Beziehungen nach Hitlers Machtantritt verantwortlich gewesen sein, obgleich es keine objektiven Gründe dafür gegeben hätte.<sup>12</sup> Auch wenn man diese Spekulation verwirft, kann man einen gewissen Pluralismus im System der von der Sowjetregierung getroffenen politischen Entscheidungen nicht einfach ignorieren.<sup>13</sup> Wahrscheinlich stimulierte Stalin selbst solch einen Pluralismus, behielt sich natürlich aber das Recht zur Auswahl vor (oder, die eine oder andere Frage zeitweilig im Schwebezustand zu belassen). Es handelte sich also nicht um eine Polykratie, sondern um eine gewisse Polyphonie in der Praxis der Monokratie.

Dieses Phänomen ist anscheinend charakteristisch für alle diktatorischen Regime, jedoch gibt es Grund für die Annahme, dass es zum Beispiel im Hitlerdeutschland schwächer ausgeprägt war, als in der Stalinschen Sowjetunion. Die Ignorierung dieses Unterschieds führte übrigens zu klaren Fehlern in den Urteilungen, die die Komintern über die Lage in den „Regierungskreisen“ Deutschlands am Vorabend der Operation „Barbarossa“ abgab. So zeichnete Walter Ulbricht in einer Notiz vom 13. Juni (!) 1941 folgendes Bild: „Innerhalb der Bourgeoisie treten zwei grundlegende politische Gruppen hervor. Jene Kräfte, die heute entscheidend sind, streben eine schnellstmögliche Schwächung Englands und einen Friedensschluss auf der Grundlage eines Sieges (über England) an. ... Der andere Teil der Bourgeoisie scheut das Risiko einer Fortsetzung des Krieges und strebt eine Vereinbarung mit dem englischen Imperialismus gegen die Sowjetunion an. Dieser Teil der Bourgeoisie sieht die Radikalisierung der Massen und den verstärkten Einfluss der Sowjetunion auf die Volksmassen als Bedrohung ersten Ranges an und führt eine antisowjetische Kampagne in den Reihen der NSDAP“. Bezeichnenderweise zählen zu diesen „antisowjetisch Gestimmten“ bei weitem nicht die führenden Figuren in der Hierarchie des Reichs (Rosenberg, Darre, Ley), während es zum Beispiel „im Offizierskorps der Reichswehr anscheinend starke Kräfte gibt, die gegen einen antisowjetischen Krieg eintreten und den Krieg gegen England bis zum siegreichen Ende führen wollen“. Hitler sei wie ein passives Objekt den

---

<sup>11</sup> Ju. N. Žukov: Inoj Stalin. Političeskie reformy v SSSR v 1933-1937 gg. [Der andere Stalin. Politische Reformen in der UdSSR 1933-1937], Moskau 2003.

<sup>12</sup> Siehe: S. Kremlev, (S. T. Brezkun): Rossija i Germanija: Vmeste ili porozn'? SSSR Stalina i reičh Gitlera [Russland und Deutschland: Zusammen oder getrennt. Stalins UdSSR und Hitlers Reich], Moskau 2004.

<sup>13</sup> Man kann zum Beispiel auf die scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der außenpolitischen und der Außenhandelsbehörde im Zusammenhang mit dem Vorfall bei der sowjetischen Handelsmission in Berlin („den Konflikt Kopp – Krasin“) im Jahre 1924 oder zwischen dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten und der Vereinigten staatlichen politischen Leitung beim Rat der Volkskommissare der UdSSR (OGPU) anlässlich der sog. „Sache der deutschen Studenten“ 1925 verweisen. Siehe V. L. Černoperov: Iz istorii sovetsko-germanskogo konflikta (NKVT kontra NKID) [Zur Geschichte eines sowjetisch-deutschen Konflikts (Volkskommissariat für Außenhandel gegen Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten), in: Vejmarskaja respublika: istorija, istoriografija, istočnikovednie [Die Weimarer Republik: Geschichte, Geschichtswissenschaft, Quellenkunde], Ivanovo <sup>3</sup>2004, S. 61-91; Politburo CK RKP(b), a.a.O. S. 66-68. In diesen Episoden vertrat keine der Seiten die Ansichten der antistalinschen Opposition, die Gegensätze hatten vielmehr „funktionalen“ Charakter.

Einwirkungen dieser beiden „Gruppen“ ausgesetzt, er könne und müsse „auf den rechten Weg gebracht werden“.<sup>14</sup>

Die Archivbestände der Komintern enthalten Dokumente, aus denen hervorgeht, dass auch bei den Lagebeurteilungen in der ersten Periode des Großen Vaterländischen Krieges beharrlich der Gedanke eines Konflikts zwischen Hitler und dem Wehrmachtsskizzenkommando verfolgt wurde.<sup>15</sup> Bei der Erzeugung dieses eindeutig desinformierenden Wahrnehmungsmodells spielte nicht nur das ideologische Postulat eine Rolle, nach dem in einem „bürgerlichen Staat“, zu dem man auch das „Dritte Reich“ zählte, Unterschiede und Widersprüche im System politischer Entscheidungen unvermeidlich seien, sondern auch die entsprechende Erfahrung mit diesem System in der UdSSR. Diejenigen, die mit dieser Erfahrung vertraut waren, konnten sich einfach nicht vorstellen, dass das zur Analyse der Lage beim Gegner ungeeignet sein könnte.

Unterdessen zeugen die heute zugänglichen Archivadokumente davon, dass sich in der UdSSR hinter der Fassade eines totalitären Monoliths eine äußerst komplexe Verflechtung unterschiedlicher, zuweilen auch widersprüchlicher Interessen, politischer (auch außenpolitischer) Konzeptionen und entsprechender Vorhaben verbarg. Besonders deutlich trat das bei der Ausarbeitung einer Nachkriegsordnung für Deutschland zu Tage.

Als sich auf der Moskauer Außenministerkonferenz der „Großen Drei“ die Frage stellte, wie in Zukunft mit Deutschland zu verfahren sei, ob es aufgeteilt werden sollte und wenn ja, wie, wies der Leiter der sowjetischen Delegation, Wjačeslav Michailovič Molotov, darauf hin, dass es in der Sowjetunion in dieser Frage verschiedene „Meinungen“ gebe. Wörtlich sagte er: „Ich zweifle nicht, dass in der öffentlichen Meinung der Sowjetunion diejenige Gruppe, die sich für eine Aufteilung Deutschlands auf dem Wege einer Lösung dieser Frage von oben durch die Alliierten ausspricht, ein großes Gewicht besitzt. Die sowjetische Regierung verhält sich sehr aufmerksam gegenüber diesen Stimmungen und hat diese Frage sorgfältig geprüft und wird sie weiterhin prüfen, sowohl vom Standpunkt der Wünsche unserer gesellschaftlichen Kreise und der gesellschaftlichen Kreise der Alliierten, als auch vom Standpunkt der politischen Zweckmäßigkeit der Lösung dieser Frage in der einen oder anderen Richtung.“<sup>16</sup>

Den Begriff „öffentliche Meinung“ kann man in Bezug auf die damalige UdSSR natürlich nicht wörtlich nehmen. Meint man jedoch diejenigen, die real in die Planung einer Nachkriegsordnung einbezogen waren, so wurden dort tatsächlich die unterschiedlichsten Standpunkte vertreten. Es gab sogar nicht nur zwei Gruppen, wie es die Bemerkungen Molotovs nahe legen – Anhänger und Gegner einer Aufteilung Deutschlands –, sondern viel mehr. Mindestens vier kann man anführen. Das sind zunächst die Vertreter der kommunistischen Emigration, die sich vom Grundsatz „Nach Hitler kommen wir“ leiten ließen. Ausdruck dieser Haltung war das Programm des „Blocks militanter Demokraten“, das die Einnahme führender Positionen durch die Kommunisten im besetzten Deutschland im Rahmen einer formal nicht Partei gebundenen politischen Struktur vorsah (was den Einfluss der Sozialdemokraten zu neutralisieren erlaubte, die, zumindest für Leute wie Ulbricht, immer noch der Hauptgegner waren). Diese Gruppe fand

---

<sup>14</sup> Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii [Russisches Staatsarchiv für soziale und politische Geschichte] (RGASPI), f. 495, op. 292, d. 110, l. 1. 8, 13.

<sup>15</sup> Siehe z. B. RGASPI, f. 495, op. 74, d. 156, ll. 12-13.

<sup>16</sup> Moskovskaja konferencija ministrov inostrannyh del SSSR, SŠA i Velikobritanii (19-30 oktjabrja 1943). Sbornik dokumentov [Die Moskauer Konferenz der Außenminister der UdSSR, USA und Großbritanniens (19.-30. Oktober 1943). Dokumentensammlung], Moskau 1984, S. 170.

eine gewisse Unterstützung seitens des Komintern-Apparats und seiner Nachfolgerorganisation, der Abteilung für internationale Information beim ZK der VKP(b). Die zweite Gruppe wurde vom Apparat der sowjetischen Geheimdienste ins Spiel gebracht: Das waren die Vertreter der deutschen Generalität, die sich in sowjetischer Gefangenschaft befanden und gewisse politische Ambitionen hegten. Führend war hier General Seydlitz. Beide Gruppen hatten übrigens einen eher marginalen Charakter. Verhältnismäßig großes Gewicht hatte, wie Molotov zu Recht bemerkte, die (dritte) Gruppe, die auf einen „harten Frieden“ aus war, vergleichbar mit dem „Morgenthau-Plan“. Zu dieser Gruppe gehörten die Vorsitzenden zweier von drei Kommissionen beim Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, die im Herbst 1943 das Mandat für die Planung einer Friedensordnung erhalten hatten, Litvinov und Majskij. Die einflussreichste Gruppierung schließlich ging von einem einheitlichen bürgerlich-demokratischen deutschen Staat aus, einer Art Fortsetzung der Weimarer Republik. Institutionell war sie in der dritten Abteilung des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten verankert. Ihren Kern bildeten Vertreter der sowjetischen militärisch-theoretischen Denkschule (man kann sogar der „russischen“ sagen, da eine sehr aktive Rolle darin zum Beispiel Generalleutnant A. I. Ignatjev spielte, der seinen vorherigen Rang eines Generalmajors bereits in der zaristischen Armee erhalten hatte).<sup>17</sup>

Die reale Entwicklung im Nachkriegsdeutschland verlief in eine Richtung, die in keinem der vier genannten Konzepte vorgesehen war. Es entstanden zwei Staaten. Deutschland war gespalten. Die Gründe dafür und Möglichkeiten alternativer Entscheidungen sind ein großes Thema, das an dieser Stelle nicht untersucht werden kann. Angemerkt sei bloß, das von Zeit zu Zeit verschiedene nichtkonfrontative (oder weniger konfrontative) Varianten auf der Tagesordnung der Sowjetführung standen. Woher stammten sie? Vor einiger Zeit wurde eine Veröffentlichung aus dem Nachlass Stalins zu einer veritablen Sensation, aus der hervorgeht, dass es zum Jahreswechsel 1945/46 einen heftigen Konflikt zwischen Stalin und Molotov gegeben hat; letzterer wurde der übermäßigen Nachgiebigkeit gegenüber den „Imperialisten“ bezichtigt.<sup>18</sup> Man kann diese Anschuldigungen natürlich der krankhaften Psyche Stalins zuschreiben, einige Fakten, gerade aus der Sphäre der deutschen Frage, kann man jedoch tatsächlich als Indikatoren einer gewissen besonderen Position der „Nummer zwei“ in der Stalinschen Führung interpretieren, die, vorsichtig gesagt, nicht ganz dem Bild des Oberdogmatikers und „Oberfalken“ entspricht, der sogar manchmal den gutmütigen und nachgiebigen „Onkel Joe“ in diesen Eigenschaften übertrifft.<sup>19</sup>

Was sind das für Fakten? Es gibt etliche. Molotov wandte sich gegen die Praxis willkürlicher Verhaftungen, die von den sowjetischen Geheimdiensten in der sowjetischen Besatzungszone

---

<sup>17</sup> Siehe: A. M. Filitov: SSSR i germanskij vopros: povorotnye punkty (1941-1961 gg.) [Die UdSSR und die deutsche Frage: Wendepunkte], in: N. I. Egorova/A. O. Čubarjan (Hrsg.): Cholodnaja vojna. 1945-1963 gg. Istoričeskaja retrospektiva [Der Kalte Krieg. Historische Retrospektive], Moskau 2003, S. 224-229.

<sup>18</sup> Siehe: „Sojuzniki nažimajut na tebjja dlja togo, čtoby slomit' y tebjja volju...“ Perepiska Stalina s Molotovym i drugimi členami Polibjuro po vnešnepolitičeskimi voprosami v sentjabre-dekabre 1945 g. [„Die Alliierten üben Druck auf Dich aus, um Deinen Willen zu brechen...“]. Briefwechsel Stalins mit Molotov und anderen Mitgliedern des Politbüros zu Außenpolitischen Fragen, September bis Dezember 1945], Publikacija V. O. Pečatnova, in: Istočnik [Die Quelle] 1999, Nr. 2.

<sup>19</sup> Der Secretary of State der USA James Francis Byrnes schrieb in seinen Memoiren: „Wenn die eine oder andere Frage im Blickfeld Stalins ist, muss man sie häufig schnell lösen, auch wenn man dafür eine Entscheidung desavouieren muss, die zuvor von seinem Außenminister getroffen worden war.“ Siehe Byrnes, J.: Speaking frankly, New York 1947, S. 65.

durchgeführt wurden.<sup>20</sup> Hierin kann man eine Fortsetzung des Konflikts zwischen dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten (NKID) und der Vereinigten Staatlichen Politischen Leitung beim Rat der Volkskommissare der UdSSR (OGPU) sehen, von dem schon die Rede war. Noch Boris Meissner sprach von Tjul'panov und Semenov als Vertreter unterschiedlicher Ansätze in Bezug auf Deutschland, eines harten, ideologischen und eines gemäßigten, pragmatischen. Gewöhnlich galt dabei Tjul'panov als Geschöpf Ždanovs und Semenov als Geschöpf Berijas. Viel wahrscheinlicher ist jedoch die Annahme, dass Semenov im Grunde die Ansichten des NKID und des späteren Außenministeriums (d. h. Molotovs) vertrat, Tjul'panov dagegen die des Militär-Partei-Apparats (einige Forscher sprechen konkret von seinen Verbindungen zur „grauen Eminenz“ Stalins, L. S. Mechlis). Hervorzuheben ist, dass die Tätigkeit Tjul'panovs und der von ihm geleiteten Informationsverwaltung der SMAD am kritischsten von derjenigen ZK-Kommission beurteilt wurde, die ein Vertreter des Außenministeriums, A. A. Sobelev, leitete, während die im Unisono mit der politischen Führung der Sowjetarmee agierenden Beamten des ZK der Partei diese Kritik abschwächen konnten. Das von Molotov geführte Außenministerium unternahm auch Schritte zur Begrenzung der propagandistischen Polemik während der Berlinkrise.<sup>21</sup> Möglicherweise war diese „Schwäche“ einer der Gründe, um Molotov im März 1949 vom Posten des Außenministers zu entbinden.

Nachdem er von der operativen Leitung des Außenministeriums entfernt worden war, behielt er aber als stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR die Betreuung der außenpolitischen Angelegenheiten bei und spielte weiterhin eine gewisse Rolle in der Deutschlandpolitik. Dabei demonstrierte er bisweilen höchst unorthodoxe Positionen. So wandte er sich auf der Prager Konferenz vom 20. und 21. Oktober 1950 dagegen, den „deutschen Militarismus“ in übermäßiger Weise zu entlarven und die Regierung Adenauer zu ignorieren.<sup>22</sup> Es gibt gewichtige Gründe für die Annahme, dass die bekannte sowjetische Note zur deutschen Frage vom 10. März 1952, die gewöhnlich „Stalin-Note“ genannt wird, eher das Kennzeichen „Molotov-Note“ verdient.<sup>23</sup> Jedenfalls waren bei der Erstellung des Notentextes (die fast ein halbes Jahr in Anspruch nahm), ebenso wie während des „Notenkriegs“ (von März bis September 1952) die Anmerkungen und Verbesserungen, die Molotov auf den ihm zur Bestätigung vorgelegten Dokumenten vornahm, stets darauf angelegt, die dort verwendeten Formulierungen für die westlichen Partner annehmbarer zu machen.

Stalins Rolle in der Episode mit dieser Note, die seltsamer Weise mit seinem Namen verbunden wurde, lief darauf hinaus, dass er zunächst ihre Ausarbeitung und Bestätigung hinauszögerte und dann dafür sorgte, dass der Notenwechsel einen äußerst harten, konfrontativen Charakter erhielt. Eine Art Diversion gegen eine Milderung der Situation in Deutschland stellte die Operation des Geheimdienstes der DDR vom 8. Juni 1952 dar, bei der einer der politischen Gegner des

---

<sup>20</sup> Davon zeugt eine Notiz des Leiters der Sowjetischen Militärverwaltung in Thüringen, Generalmajor I. S. Kolesničenko, an den stellvertretenden Vorsitzenden der Internationalen Abteilung des ZK der VKP(b), B. N. Ponomarjov, vom 29. November 1948. Siehe: B. Bonwetsch/G. Bordjugov/N. Naimark (Hrsg.): Sowjetische Politik in der SBZ 1945-1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjulpanov. Bonn 1997, S. 198. In der russischen Buchausgabe ist dieses Dokument nicht enthalten.

<sup>21</sup> Očerki po istorii Ministerstva inostrannych del SSSR [Aufsätze zur Geschichte des Außenministeriums der UdSSR], Bd. 2, Moskau 2002, S. 358.

<sup>22</sup> Ebd., S. 359.

<sup>23</sup> Siehe: A. M. Filitov: Nota 10 marta 1952 goda: prodolžajuščajasja diskussija [Die Note vom 10. März 1952: eine fortgesetzte Diskussion]; in: Rossija i Germanija, Band 3, otv. red. (Hrsg.) B. M. Tupolev, Moskau 2004, S. 311-330.



„Arbeiter- und Bauernstaats“, der Jurist Walter Linse, aus West-Berlin „entfernt“ wurde.<sup>24</sup> Diese Aktion kann kaum ohne Billigung von sowjetischer Seite und wahrscheinlich von Stalin persönlich durchgeführt worden sein.

In Stalins letztem Lebensabschnitt war die deutsche Frage faktisch „eingefroren“. Die gesonderte Entwicklung zweier deutscher Staaten wurde als unabänderliche Tatsache aufgenommen. Maßnahmen zur Vertiefung der Spaltung wie die Verkündung des „Aufbaus des Sozialismus“ in der DDR und die vollständige Schließung der Grenze zur BRD (Mai bis Juni 1952) wurden gebilligt. Seitens der DDR-Führung und der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) stellte sich Ende 1952 sogar die Frage einer Schließung der Grenze zwischen Ost- und West-Berlin.

Die Situation änderte sich, als nach dem 5. März 1953 die neue „kollektive Führung“ an die Macht kam. Einer der ersten Schritte des neuen Außenministers, der wiederum Molotov hieß, war die kategorische Anweisung an die SKK, auf Pläne zur „Einführung eines Grenzschutzes an der Sektorengrenze zwischen Ost- und West-Berlin“ zu verzichten; diese Pläne seien „aus politischen Erwägungen unannehmbar und zudem eine grobe Vereinfachung“.<sup>25</sup> Von Mitte April bis Anfang Mai 1953 wurden dem Minister einige Projekte für neue Initiativen zur deutschen Frage zur Prüfung vorgelegt. In Bezug auf die deutsch-deutschen Beziehungen wurde die Idee vorgebracht, eine provisorische gesamtdeutsche Regierung einzusetzen mit einem Mandat, das die Vorbereitung und Durchführung von gesamtdeutschen Wahlen sowie die Teilnahme an Friedensverhandlungen beinhaltete. Dabei sollten die bestehenden Regierungen der DDR und „Westdeutschlands“ beibehalten werden (die offizielle Bezeichnung „BRD“ versuchte man zu vermeiden). In Bezug auf die DDR wurde beantragt, die Kontrolle der Besatzungsmächte über die Tätigkeit der deutschen Behörden aufzuheben, die Sowjetische Kontrollkommission und damit das Besatzungsregime aufzulösen, die von sowjetischen Tribunalen verurteilten ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen zu begnadigen, die Reparationszahlungen zu halbieren, die SAG-Betriebe den deutschen Behörden zu übergeben usw. Verantwortlich für dieses Programm zeichneten vor allem jene Diplomaten aus der dritten Europäischen Abteilung des Außenministeriums, die zuvor mit der Noteninitiative vom 10. März 1952 befasst waren, Semenov, Gribanov und Puschkin, denen sich noch Jakov Aleksandrovič Malik anschloss. Eine besonders aktive Rolle in dieser Gruppe spielte Vladimir Semenič Semenov, der Ende Mai mit dem neu eingerichteten Amt des Hochkommissars der UdSSR in Deutschland betraut wurde.<sup>26</sup>

Es ist eine Version im Umlauf, nach der sich progressive Ansätze in den sowjetischen Deutschlandplänen nach Stalin mit dem Namen Berija verbinden, während Molotov und dem Außenministerium insgesamt die Rolle einer reaktionären, antireformerischen Kraft zugeschrieben wird. Vorgefundene Dokumente bestätigen diese Version nicht. Es gibt Gründe für die Annahme, dass keine besonderen Widersprüche zwischen dem Außen- und dem Innenministerium und persönlich zwischen Berija und Molotov existierten (letzterer war jenem sogar etwas voraus), sondern dass der Widerstand gegen eine rasche und entschiedene Wendung zumindest in der Deutschlandpolitik vom Parteiapparat unter Führung von Nikita Sergeevič Chruščev ausging. Gerade dessen ideologisierte Vorstellung von der Welt, seine diplomatische Unerfahrenheit und seine persönliche Sympathie gegenüber Ulbricht, der konservativsten

---

<sup>24</sup> Georg Bailey/S. Kondraschow/D. Murphy: Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin, Berlin 2000, S. 144-146.

<sup>25</sup> Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation (AVP RF), f. 06, op. 12, d. 283, p. 18, l. 1-3.

<sup>26</sup> Siehe AVP RF, f. 082, op. 41, d. 18, ll. 44-47; d. 19, p. 271, ll. 9-67.

Persönlichkeit in der damaligen DDR-Führung, trugen dazu bei, dass es im Juni 1953 zu den Unruhen in der DDR kam und die sowjetische Politik danach auf die Stalinschen Rezepte der Konfrontation mit dem Westen zurückgriff. Die Positionen der gemäßigten Reformkräfte, die von den führenden Deutschlandkennern des Außenministeriums und dem Minister selbst geteilt wurden, wurden dadurch untergraben, dass der Westen in keiner Weise auf die sich im Frühjahr 1953 abzeichnenden Bewegungen in der sowjetischen Position reagierte, sondern im Gegenteil den „psychologischen Krieg“ gegen die UdSSR und die DDR verstärkte.<sup>27</sup>

Versuche, diese Tendenz zu durchbrechen, unternahm die sowjetische Delegation auf der Berliner Konferenz im Januar/Februar 1954, obwohl die Überzeugungskraft und die potentielle Wirksamkeit der sowjetischen Position in der deutschen Frage nach den Ereignissen von 1953 in der DDR in hohem Maße erodiert war. Diese zeigten vor allem den schwachen Rückhalt der SED in der Bevölkerung und die fortbestehende Stärke nationalistischer Stimmungen. Schließlich musste man sich selbst von der nur verbalen Unterstützung des Projekts gesamtdeutscher Wahlen verabschieden: Hätten sie in einem vereinigten Deutschland unter den gegebenen Umständen stattgefunden, wären unweigerlich solche Kräfte an die Macht gelangen, deren Politik nicht nur den Untergang des „Sozialismus“ in der DDR, sondern auch eine Kampfansage an die staatlichen Interessen der UdSSR, Polens und anderer östlicher Nachbarländer Deutschlands bedeutet hätten. Unter diesen Bedingungen waren die Wortmeldungen des Leiters der sowjetischen Delegation auf der Berliner Konferenz, V. M. Molotov, zur deutschen Frage in der Sache recht hart und schufen keinen Boden, um Vereinbarungen zu erzielen. In vertraulichen Gesprächen jedoch (vor allem mit dem Secretary of State der USA, John Foster Dulles, und Außenminister Anthony Eden) ließ „Mr. Njet“, wie Molotov im Westen genannt wurde, eine große Flexibilität erkennen und war bisweilen bereit, sich mit einigen Äußerungen seiner Gesprächspartner einverstanden zu erklären, so mit der positiven Einschätzung der Persönlichkeit von Bundeskanzler Konrad Adenauer.<sup>28</sup>

Übrigens nahm Molotov auf den Plenarsitzungen der Konferenz vor allem gegen Ende der Forumsarbeit seine Kritik gegenüber den Westmächten und der NATO erheblich zurück. Mehr noch, der Leiter des Außenamts der UdSSR schloss prinzipiell die Möglichkeit nicht aus, dass die NATO und das von ihm vorgeschlagene europäische Sicherheitssystem nebeneinander existierten. Unvereinbar war für ihn nur die Koexistenz dieses Systems mit der Europäischen Verteidigungsunion (EVU), die damals besonders von Adenauer vorangetrieben wurde und die äußerst revanchistische Ansichten vertrat. Mit seiner Erklärung, dass „der Nordatlantische Block *ohne Wiederbelebung des deutschen Militarismus* gegründet wurde, die europäische Verteidigungsunion hingegen der Wiedererstehung des deutschen Militarismus dient“, desavouierte der sowjetische Außenminister im Grunde die frühere, gegen die NATO gerichtete Rhetorik, derer er sich selbst reichlich bedient hatte.<sup>29</sup> Von da aus war es nur noch ein Schritt bis zur Idee einer möglichen Beteiligung der UdSSR an der NATO, die nach Ende des Berliner Forums laut wurde – in der Erklärung der Sowjetregierung vom 31. März 1954.

All diese neuen Ansätze in der sowjetischen Haltung fanden leider keinen Widerhall im Westen. Andererseits verteidigte auch die sowjetische Seite ihre Initiativen nicht nachdrücklich genug. Es

---

<sup>27</sup> Siehe: Očerki istorii Ministerstva inostrannyh del Rossii, T. 1, S. 361.

<sup>28</sup> Siehe: H.-J. Rupieper: Die Berliner Außenministerkonferenz von 1954, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1986, H. 3, S. 441.

<sup>29</sup> AVP RF, f. 144, po.1, d. 5, p. 1, l. 243. Hervorhebung A. F.

ist durchaus möglich, dass die Mehrheit der sowjetischen Führung den Wechsel in der Haltung zur NATO nicht billigte. Und es ist kein Zufall, dass die zitierten Äußerungen Molotovs nur im Stenogramm erhalten geblieben, aber weder in die Pressemitteilung noch in den vom Außenministerium zum Dienstgebrauch herausgegebenen Materialband zur Konferenz eingegangen sind. Der Minister war vielmehr erschrocken, dass er zuviel gesagt hatte.

Man griff erneut zur Methode des „Gegenschlags“: Als sich zum Jahreswechsel 1954/55 nach dem Scheitern der EVU eine Perspektive zur Legalisierung der Wiederbewaffnung Westdeutschlands durch seine Aufnahme in die Westeuropäische Union (WEU) und die NATO abzeichnete („Pariser Vereinbarungen“), reagierte die sowjetische Seite zum einen mit der Drohung, die sowjetisch-britischen und sowjetisch-französischen Verträge von 1942 bzw. 1944, die gegen die erneute Bedrohung des Friedens durch den deutschen Militarismus gerichtet waren, aufzukündigen und zum anderen mit eiligen Maßnahmen zur Gründung eines eigenen militärisch-politischen Blocks, des Warschauer Pakts.

Molotovs letzte Versuche, die Möglichkeit eines wie immer gearteten Dialogs zur deutschen Frage aufrechtzuerhalten, waren seine aus den Memoiren Chruščevs<sup>30</sup> bekannte Ablehnung einer Aufnahme der DDR in den Warschauer Pakt (offizielle Dokumente dazu fehlen) und sein Plädoyer für eine flexiblere Haltung auf der Außenministerkonferenz in Genf, vorgetragen auf zwei Sitzungen des Präsidiums des ZK der KPdSU am 6. und 7. November 1955. Heute sind die Aufzeichnungen der entsprechenden Diskussionen, im Verlauf derer die Teilnehmer diese Vorschläge einmütig ablehnten, veröffentlicht<sup>31</sup>.

Gegensätzliche Positionen zur deutschen Frage gab es später zuweilen auch unter Chruščevs engsten Beratern zur Zeit seiner Alleinherrschaft (zum Beispiel in der Frage, ob man von der Aufrechterhaltung einer einzigen deutschen Nation oder von zwei Nationen, einer „sozialistischen“ und einer „kapitalistischen“, sprechen soll)<sup>32</sup> und zwischen den Vertretern der UdSSR und der DDR (sowohl unter Chruščev als auch unter seinem Nachfolger Brežnev). Schließlich war auch die Lösung der deutschen Frage unter Gorbačev vom Konflikt zwischen den „Deutschlandexperten“ (unter Führung von Valentin Michajlovič Falin) und den „Amerikaexperten“ (unter Führung von Anatolij Sergeevič Černjajev) begleitet. Teilweise sind

---

<sup>30</sup> N. S. Chruščev: Vremja, ljudi, vlast. Vospominanija. Kn. 4 [Zeit, Menschen, Macht. Erinnerungen, Buch 4], Moskau 1999, S. 479f.

<sup>31</sup> A. A. Fursenko (Hrsg.): Prezidium CK KPSS 1954-1964. T. 1 Černovye protokol'nye zapisi zasedanij. Stenogrammy [Das Präsidium des ZK der KPdSU 1954-1964. Bd. 1. Rohfassungen der Sitzungsprotokolle. Stenogramme], Moskau 2003, S. 58-60.

<sup>32</sup> V. S. Semenov schreibt in seinen Tagebuchaufzeichnungen vom 6. Juni 1964, dass er in einem Redetext des „Chefs“ (d. h. Chruščevs) eine Korrektur vorgenommen hatte, deren Sinn darin bestand, dass „man die Tatsache der Herausbildung einer neuen sozialistischen Nation in der DDR berücksichtigen muss“. Weiter heißt es, dass Chruščevs Helfer Lebedev und Trojanovskij „zischten, dass das ‚irgend so ein Unsinn‘ sei“, während Adžubej einwandte: „Vielleicht ist das richtig, aber es so zu sagen unpolitisch. Und ich bin mit meiner Formulierung durchgefallen.“ Siehe: E. V. Semenov/ B. L. Chavkin: Ot Chruščeva do Gorbačeva. Iz dnevnika Črezvyčajnogo i Polnomočnogo Posla, zamestitelja ministra inostrannyh del SSSR V. S. Semenova. [Von Chruščev bis Gorbačev. Aus dem Tagebuch des Außerordentlichen und Bevollmächtigten Gesandten und stellvertretenden Außenministers der UdSSR V. S. Semenov], in: Novaja i novejšaja istorija [Neue und neueste Geschichte] 2004, Nr. 3, S. 113. Leider haben sich in den Text zwei Fehler eingeschlichen: Anstatt „Nation“ (nacija) steht „Wissenschaft“ (nauka) und als „Chef“ ist in den Anmerkungen aus irgendeinem Grund Gromyko genannt.

diese Probleme schon Gegenstand historischer Analysen geworden<sup>33</sup>, vieles bleibt jedoch noch künftigen Forschern überlassen.

---

<sup>33</sup> Siehe vor allem A. M. Filitov: Sovetskij Sojuz i „novaja vostočnaja politika“ FRG [Die Sowjetunion und die „neue Ostpolitik“ der BRD], in: N. I. Egorova/A. O. Čubar’jan (Hrsg.): Cholodnaja vojna i politika razrjadki: diskussionnye problemy [Kalter Krieg und Entspannungspolitik: strittige Fragen], Bd. 1, Moskau 2003, S. 163-186; Sovetskaja politika i ob-edinenie Germanii [Die Sowjetpolitik und die Vereinigung Deutschlands], in: Otečestvennaja istorija [Vaterländische Geschichte] 2004, Nr. 6, S. 45-60, sowie die darin aufgeführte umfangreiche Bibliografie von Arbeiten russischer und ausländischer Autoren.

## Hans Mommsen, Feldafing

### Russland in den Konzepten des konservativen Widerstandes gegen Hitler

Auf den ersten Blick spielte Russland in den Zukunftsvorstellungen des deutschen Widerstandes gegen Hitler eine untergeordnete Rolle. Als Faktor der Weltpolitik fand die Sowjetunion Berücksichtigung in den Plänen für eine künftige Umgestaltung Europas, aber die Blicke der Verschwörer richteten sich in erster Linie auf den europäischen Westen und auf eine Schaffung einer europäischen Staatengemeinschaft. In ihrer großen Mehrheit lehnten sie den Kommunismus zumal in seiner sowjetischen Erscheinungsform scharf ab, und aus dieser Einstellung heraus gab es nur wenig Interesse an den inneren Verhältnissen der Sowjetunion und der Lage ihrer Völker im einzelnen.<sup>1</sup>

In den frühen Neuordnungsplänen Moltkes firmierte Russland unter der Rubrik der „Schutzverwandten“, und es überwog die Auffassung, dass Russland nicht zur europäischen Staatengemeinschaft zu rechnen sei. Gleichzeitig bestand bei der konservativen Opposition weitgehend Übereinstimmung, dass ein künftiges Europa Russland einbeziehen müsse. Die verbrecherischen Siedlungsvorhaben des NS-Regimes stießen allgemein auf scharfe Ablehnung. Nur bei Fritz-Dietlof von der Schulenburg finden sich Anklänge einer Integration von Teilen Ost- und Ostmitteleuropas in einen unter deutscher Führung stehenden Großraum.<sup>2</sup>

Der Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes stellte die deutsche Opposition, die noch immer ihre Kraft darauf verwandte, durch Denkschriften im Innern und diplomatische Kontakte nach außen den Eintritt Deutschlands in den Krieg zu verhindern, vor vollendete Tatsachen. Die Reaktion in Kreisen des nationalkonservativen Widerstandes war zwiespältig und sowohl Ulrich von Hassell wie Carl Friedrich Goerdeler erblickten darin die Gefahr auch einer innenpolitischen Annäherung von Bolschewismus und Nationalsozialismus.<sup>3</sup> Ähnlich dachte Eduard Wagner, der Generalquartiermeister des Heeres, der eine ideologische Angleichung beider Regime voraussagte.<sup>4</sup>

In der Folge schlugen die Anstrengungen der Opposition fehl, eine Ausweitung des Krieges nach Westen zu verhindern. Der Triumph Hitlers im Frankreichfeldzug führte vielmehr zu einer Isolierung der deutschen Opposition, die sich erst seit Ende 1940 wieder neu zu formieren begann. Die entscheidende Wende brachte jedoch Hitlers Entschluss vom folgenden Frühjahr, die Sowjetunion anzugreifen. Zunächst gelang es dem Diktator, die große Mehrheit der Truppenführer hinter sein Programm des „rassischen Vernichtungskrieges“ zu bringen. Erst die Rückschläge vom Winter 1941/42 lösten eine breite Ernüchterung aus und schufen in gewisser Hinsicht die Grundlagen für die konkreten Umsturzpläne der Verschwörer.

---

<sup>1</sup> Vgl. Gerd R. Ueberschär: Das „Russlandbild“ in nationalkonservativen Widerstandskreisen gegen Hitler, in: Karl Eimermacher/Astrid Volpert (Hrsg.): Verführungen der Gewalt. Russen und Deutsche im Ersten und Zweiten Weltkrieg, München 2005, S. 205-219.

<sup>2</sup> Hans Mommsen: Fritz-Dietlof von der Schulenburg und die preußische Tradition, in: ders.: Alternative zu Hitler. Studien zur Geschichte des deutschen Widerstandes, München 2000, S. 237 ff.

<sup>3</sup> Ueberschär, „Russlandbild“, S. 208.

<sup>4</sup> S. Elisabeth Wagner (Hrsg.): Der Generalquartiermeister. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen des Generalquartiermeisters des Heeres, General der Artillerie Eduard Wagner, München 1963.

Innerhalb der sich formierenden nationalkonservativen Opposition wurden die militärischen Erfolge der Wehrmacht gegen die Sowjetunion frühzeitig mit Skepsis betrachtet, da man als Auswirkung des Feldzuges im Wesentlichen eine Kriegsverlängerung sah. Ulrich von Hassell konstatierte, dass der Angriff auf die Sowjetunion auf eine gefährliche Überspannung der deutschen Kräfte hinauslief.<sup>5</sup> Eindrücklich wiesen die Fachleute in der deutschen Botschaft in Moskau auf die Unterschätzung der militärischen Stärke der Sowjetunion und deren wirtschaftliches Potential hin.<sup>6</sup> Nur vereinzelt regte sich Skepsis unter den führenden Militärs, so bei Friedrich Olbricht, dem Chef des Allgemeinen Wehrmachtsamtes, und bei Carl Heinrich von Stülpnagel, dem späteren Oberbefehlshaber der 17. Armee.<sup>7</sup>

Hassell verfolgte die militärischen Operationen mit zunehmender Skepsis. Helmuth James von Moltke war zunächst optimistisch, warnte aber sogleich vor der Annahme, dass der Feldzug einen „militärischen Spaziergang“ darstelle, und sah voraus, dass es der sowjetischen Seite gelingen werde, sich weitgehend „intakt nach Osten zurückzuziehen“.<sup>8</sup> Er räumte ein, ebenso wie die deutsche und die internationale Öffentlichkeit von falschen Erwartungen ausgegangen zu sein, denn „die Kampfmentalität und die taktische Führung der Russen“ seien „über alles Erwarten gut“; auch er sei „über Russland doch offenbar ganz falsch unterrichtet“ gewesen.<sup>9</sup> Wenige Tage später gab er offen zu, dass er, durch „Vorurteile verführt“, fälschlich geglaubt habe, „Russland würde von innen zusammenbrechen und wir können dann in dem Gebiet eine Ordnung schaffen, die uns ungefährlich sein würde“.<sup>10</sup>

Im engeren Zirkel der Opposition traten daher noch vor der Krise von Moskau Bedenken und Kritik, nicht zuletzt an dessen terroristischen Begleiterscheinungen und der beginnenden Judenvernichtung, in den Vordergrund. Von Hassell notierte im November 1941: „Wer in die Dinge hineinsieht, empfindet deutlich das Steigen schwarzer Wolkenwände, materieller, besonders moralischer und in weiterem Sinne auch militärischer“ Art.<sup>11</sup> Einer der konsequentesten Warner war Hans Oster, der im Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 den „endgültigen Schritt zur deutschen Niederlage erblickte.“<sup>12</sup> Ludwig Beck und Friedrich Olbricht teilten diese Auffassung.

Eine Ausnahme machte Fritz-Dietlof von der Schulenburg, der als Regierungspräsident von Schlesien die Querelen mit der Partei satt hatte und am 1. Juni 1941 in sein angestammtes Infanterieregiment Nr. 9 eintrat. Er nahm an dem russischen Feldzug mit großer Zuversicht teil und erwartete eine grundlegende Neuordnung in einem vom Deutschland geführten „europäischen Großwirtschaftsraum“. Trotz der desolaten ökonomischen Verhältnisse gewann er einen positiven Eindruck von der Einstellung der einheimischen Bevölkerung und ihrer trotz der bolschewistischen Unterdrückung weitgehend ungebrochenen einfachen Religiosität.

---

<sup>5</sup> Ulrich von Hassell: Vom andern Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938-1944, Frankfurt 1964, Aufzeichnung vom 2. März 1941, S. 163.

<sup>6</sup> S. Robert Gibbons: Opposition gegen Barbarossa im Herbst 1940. Eine Denkschrift aus der deutschen Botschaft in Moskau, in: VfZ 23 (1975), S. 332-340. Vgl. Hans von Herwarth: Zwischen Hitler und Stalin. Erlebte Zeitgeschichte 1931-1945, Frankfurt 1985, S. 207.

<sup>7</sup> S. Ueberschär, „Russlandbild“, S. 212.

<sup>8</sup> Brief vom 1.7.1941, in: Helmuth James von Moltke: Briefe an Freya 1939-1945, München 1988, S. 259.

<sup>9</sup> Brief vom 3.7.1941, ebd., S. 260.

<sup>10</sup> Brief vom 17.7.1941, ebd. S. 279.

<sup>11</sup> Ulrich von Hassell, Tagebücher, Aufzeichnung vom 10. November 1941, S. 209.

<sup>12</sup> Romedio Galeazzo Graf Thun von Hohenstein: Der Verschwörer. General Oster und die Militäropposition, Berlin 1982, S. 209.

Wie die Formulierungen seines Kriegstagebuchs zeigen, stand Schulenburg unter dem Eindruck der im Deutschland der 20er Jahre verbreiteten Russland-Romantik, die ja auch bei der Idee der „jungen Völker“ Pate gestanden hatte, wie sie von Arthur Moeller van den Bruck propagiert worden war. Schulenburg löste sich nach und nach von der pauschalen Geringschätzung der Vitalität und sittlichen Einstellung der überwiegend bäuerlichen russischen Bevölkerung, mit der er in Kontakt gekommen war. Zugleich musste er sich eingestehen, dass der innere Zusammenhalt des Sowjetsystems weit größer war, als die deutsche Führung erwartete. Er erkannte, dass die Vernichtungspolitik des NS-Regimes mit der von ihm vertretenen Zielsetzung, das russische Bauerntum als natürliche Hilfstruppe im Kampf gegen den Sowjetstaat und als „Kern des neuen Russland“ zu gewinnen, unvereinbar war.<sup>13</sup>

Für die Mehrzahl der Verschwörer rückte der Zwiespalt zwischen den Visionen und der terroristischen und grausamen Wirklichkeit der deutschen Besatzungspolitik im Ostraum immer stärker ins Bewusstsein. Das gilt zumal von der Militäropposition. Es ist irreführend, ihre Entscheidung, sich der Umsturzbewegung anzuschließen, ausschließlich oder primär in den Zusammenhang mit der sich zu ungunsten des Reiches verändernden militärischen Lage, insbesondere an der Ostfront, zu stellen. Die scharfe Kritik, die namentlich von Repräsentanten der bürgerlichen Opposition gegen die Gewaltmethoden und Verbrechen des Regimes artikuliert wurde, war auch von der Überlegung getragen, dass dadurch das Ansehen des Reiches und die Reputation der Wehrmacht aufs schwerste beschädigt wurden, so dass die von der Opposition angestrebte Verständigung mit den Westmächten oder mit Stalin immer aussichtsloser werden musste.

Zugleich wurde auch in den Augen der oppositionell eingestellten hohen Offiziere die Chance, den Krieg für das Reich siegreich zu beenden, immer geringer. Generaloberst Friedrich Fromm hatte Hitler am 29. September 1942 darauf hingewiesen, dass der Krieg angesichts des anwachsenden Ungleichgewichts der verfügbaren Rohstoffe und der Rüstungsproduktion auf mittlere Sicht verloren gehen musste.<sup>14</sup> Dies war umso mehr der Fall, als Hitlers Führungsentscheidungen zu einer kontinuierlichen Überdehnung der deutschen Kräfte führten. Konsequent betrieb Henning von Tresckow, Ia der Heeresgruppe Mitte, eine Reform der Spitzengliederung des Ostheeres, indem er auf die Armeebefehlshaber, die er persönlich kannte, einwirkte und sie zum Handeln zu bewegen suchte. Diese Initiative scheiterte auf der ganzen Linie, da Hitler sich gegen derartige Schritte sträubte und die Generalität nicht den Mut fand, sie mit Nachdruck vom Diktator zu fordern.<sup>15</sup>

Die Erkenntnis, mit Teilreformen nicht weiterzukommen, bewog Henning von Tresckow dazu, von sich aus den Umsturz mit dem Ziel der Ausschaltung oder Liquidierung Hitlers zu betreiben. An die Seite der bis dahin weitgehend isolierten Opposition unter Ludwig Beck und Carl Friedrich Goerdeler trat nun die Verschwörergruppe, die Tresckow zunächst im Bereich der Heeresgruppe Mitte ins Leben rief und die dann Verbindung zu den bestehenden

---

<sup>13</sup> S. Ulrich Heinemann: Ein konservativer Rebell. Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und der 20. Juli, Berlin 1990, S. 78 f.

<sup>14</sup> S. die grundlegende Untersuchung von Bernherd B. Kröner: Generaloberst Friedrich Fromm. Eine Biographie, Paderborn 2005, S. 463 und S. 460 ff.

<sup>15</sup> Vgl. Bodo Scheurig: Henning von Tresckow, Frankfurt am Main 1987, S. 144 ff.

Oppositionszirkeln im Reichsgebiet aufnahm. Zwar gab es erste Kontakte schon im Spätherbst 1941, aber nicht vor dem Frühjahr 1942 gelangte die Umsturzplanung in ein konkretes Stadium.<sup>16</sup>

Ausgangspunkt von Tresckows Entschluss, durch ein Attentat auf Hitler eine Wende herbeizuführen, war die sich abzeichnende militärische Krise an der Ostfront. Die Hauptursache für das sich abzeichnende Ungleichgewicht gegenüber der Roten Armee erblickte die sich konsolidierende Verschwörung in der notorischen Unterschätzung der Widerstandskraft der Sowjetunion und der Schlagkraft der russischen Armeen. Hinzu traten die strategischen Fehlentscheidungen Adolf Hitlers und die kontinuierliche Überdehnung der deutschen militärischen Ressourcen.

Die kritische Beurteilung der militärischen Lage durch Tresckow verband sich mit einer grundsätzlichen Ablehnung der gegenüber der sowjetischen Gesellschaft angewandten Gewaltmethoden. Hitlers Zielsetzung, nicht nur das Sowjetsystem, sondern auch den russischen Staat zu zerschlagen und Russland seiner lebendigen Kraft zu berauben, wurde von Tresckow nachdrücklich verworfen. Die Vernichtungsstrategie der deutschen Seite macht er in erster Linie für den wachsenden Widerstand des Gegners verantwortlich. Wiederholt erklärte er, dass der Krieg nicht gegen das russische Volk geführt werden dürfe.<sup>17</sup> Er stand mit dieser Überzeugung nicht allein. Nicht zuletzt Claus Schenk von Stauffenberg stimmte ihm darin ausdrücklich bei. Gegenüber Herwarth von Bitterfeld äußerte er, er habe „das instinktive Gefühl, dass die Sowjetunion nur mit Hilfe der dort lebenden Russen und der anderen vielen Völkerschaften zu schlagen war“.<sup>18</sup>

Tresckow hatte schon im Herbst 1941 die Aufstellung einer russischen Befreiungsarmee von 200000 Mann vorgeschlagen. Mit der Auffassung, die Betreuung der Freiwilligen nicht der SS zu überlassen, fand er zunächst auch Unterstützung beim OKW. Seitdem rissen die Bestrebungen nicht mehr ab, durch die Formierung von Freiwilligen- und Hilfswilligenverbänden den Personalmangel im Heer abzumildern. Claus Schenk von Stauffenberg war im Rahmen seiner Tätigkeit in der Organisationsabteilung des OKW daran maßgeblich beteiligt. Hitler hatte im Juli 1941 ausdrücklich erklärt, dass „ein Russe niemals Waffen tragen werde“. Er ließ sich allenfalls dazu bewegen, der Aufstellung von Kosakenverbänden und Angehörigen der Turkvölker zuzustimmen. Daher scheiterte die Absicht, eine russische Freiwilligenarmee zu schaffen, bis Ende 1944 vor allem am Einspruch Hitlers und Keitels. Gleichwohl betrieb Stauffenberg weiterhin nachdrücklich die Aufstellung von russischen und ukrainischen Freiwilligenverbänden in Rahmen der Wehrmacht und versuchte, die entgegenstehenden Weisungen des Diktators bewusst zu unterlaufen, der im Februar 1942 die weitere Aufstellung von „Ostbataillonen“ untersagte. Ebenso blockierte der Diktator die Erteilung von Deutschunterricht für die russischen Hilfswilligen.

Die trotz der Haltung Hitlers erfolgte Mobilisierung von mehreren hunderttausend russischen Hilfswilligen für die Wehrmacht entsprang in erster Linie der Einsicht in die verheerende Ersatzlage der Wehrmacht, die durch kurzfristige Auskämmungsschritte in der Etappe und in der

---

<sup>16</sup> Vgl. Hans Mommsen: Die Stellung der Militäropposition im Rahmen der deutschen Widerstandsbewegung gegen Hitler, in: ders.: Alternative zu Hitler, S. 370 ff.; s. auch die Darstellung von Winfried Heinemann: Der militärische Widerstand und der Krieg, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 9/I, München 2004.

<sup>17</sup> S. Mommsen, ebd., S. 382.

<sup>18</sup> Nach Herwarth von Bitterfeld zitiert bei Christian Müller: Oberst i.G. Stauffenberg, Eine Biographie, Düsseldorf 1970, S. 224.



Wirtschaft des Altreiches nicht wirksam behoben werden konnte. Für Stauffenberg und seine Mitarbeiter verband sich damit zugleich die Absicht, die Behandlung der sowjetischen Bevölkerung als „Untermenschen“ zu beenden und ihr eine reale Perspektive, an der Auslöschung des Bolschewismus teilzunehmen, einzuräumen. Dem Leiter der Abteilung Fremde Heere, Oberstleutnant i.G. von Roenne, erklärte er gerade heraus: „die russischen Freiwilligen stellten eine große Hoffnung dafür dar, dass ein befreites Deutschland nicht der bolschewistischen Diktatur verfiel, weil sie diese stürzen helfen wollten“.<sup>19</sup> Er erblickte in den russischen Freiwilligenverbänden einen Ansatzpunkt, um „die Völker der Sowjetunion gegen ein verhasstes System aufzurufen und sie zu echten Verbündeten Deutschlands zu machen“.<sup>20</sup>

Dass all diese Schritte zu spät kamen und zu halbherzig waren, lag in erster Linie an der obstinaten Haltung des Diktators, der erst unter massivem Druck bereit war, einige Konzessionen einzuräumen, aber die Gleichstellung der Freiwilligen mit den deutschen Heeresangehörigen starrsinnig verweigerte. Ob diese Strategie ernsthafte Chancen gehabt hätte, ist fraglich, auch wenn schließlich der Versuch des Aufbaus einer russischen Streitmacht unter General Wlassow unternommen wurde. Tresckow, Stauffenberg und ihre Mitverschworenen zogen daraus die Konsequenz, dass eine Lösung nur mittels der Beseitigung des Diktators zu erreichen war. Denn eine alternative Politik hätte ein grundlegendes Revirement der Behandlung der sowjetischen Zivilbevölkerung zur Voraussetzung gehabt. Es war den Verantwortlichen bewusst, dass die Aufstellung einer russischen „Freiwilligenarmee“ zugleich ein erhebliches militärisches Risiko darstellte, solange man nicht die Lage der russischen Zivilbevölkerung entscheidend verbesserte.

Stauffenbergs Entschluss, aktiv Hochverrat zu begehen und konkrete Vorbereitungen für ein Attentat zu treffen, war von der Überzeugung getragen, dass nur durch eine „Beseitigung der jetzigen Führung“ das drohende Verhängnis einer militärischen und politischen Katastrophe noch abgewendet werden konnte. „Ein wesentliches Moment für die schlechte Gesamtlage“, betonte er in einer Ausarbeitung, die er am Umsturztag bei sich trug, „stellt die Behandlung der besetzten Länder dar. Den Anfang vom Ende der gesamten militärischen Entwicklung bilde der russische Feldzug, der mit dem Befehl zur Tötung aller Kommissare begonnen habe und mit dem Verhungernlassen der Kriegsgefangenen und der Durchführung von Menschenjagden zwecks Gewinnung von Zivilarbeitern fortgesetzt worden sei.“<sup>21</sup> Das zielte darauf ab, dass die völkerrechtswidrige und unmenschliche Behandlung nicht nur der Kriegsgefangenen, sondern auch der zivilen Bevölkerung die Widerstandskraft des sowjetischen Gegners entscheidend verstärkt und zur inneren Stabilisierung der Stalinschen Herrschaft geführt hatte.

Mit der politischen Zielsetzung Stauffenbergs, die Wehrmacht „als in der Hand ihrer Führer verwendbares Instrument“ zu erhalten, verknüpfte sich das moralische Motiv, das sich gegen die systematische Anwendung von Gewalt gegen die Zivilbevölkerung richtete und die Methoden der NS-Besatzungspolitik aufs schärfste verurteilte. So waren es denn in erster Linie die Auswirkungen von Hitlers „Rassenvernichtungskrieg“ gegen die Sowjetunion, die den Ausschlag für die konkrete Umsturzplanung gaben, die bei der Heeresgruppe Mitte ihren Ausgang nahm.

---

<sup>19</sup> S. Peter Hoffmann: Claus Schenk von Stauffenberg und seine Brüder, Stuttgart<sup>2</sup>1992, S. 255.

<sup>20</sup> Zitiert nach Christian Müller, Stauffenberg, S. 227.

<sup>21</sup> Spiegelbild einer Verschwörung. Die Kaltenbrunnerberichte an Bormann und Hitler über das Attentat vom 20. Juli 1944, Stuttgart 1961, S. 34.

Eine Parallele dazu bildet der Entschluss der studentischen Widerstandsgruppe der „Weißen Rose“, in Flugblättern und Wandinschriften zum Sturz des NS-Regimes aufzurufen. Die Zuspitzung ihres Protestes erfolgte unter dem Eindruck der Gewaltpolitik im besetzten Russland und insbesondere der Schlacht von Stalingrad, die den Studenten, die als Soldaten in Russland eingesetzt waren, eindrücklich vor Augen stand. In zahlreichen Feldpostbriefen berichtete Willi Graf von den Verhältnissen in den besetzten Gebieten der Sowjetunion, von der Notlage der Bevölkerung und der Intelligenz und Aufgeschlossenheit der Menschen dort.<sup>22</sup> In besonderem Maße setzte sich Alexander Schmorell, der in Orenburg geboren war und sich mit dem „russischen Volk“ solidarisch fühlte, für eine humane Behandlung der sowjetischen Bevölkerung ein. In der deutschen Niederlage in Stalingrad erblickte er die Chance, auf eine Beendigung des für beide Völker verhängnisvollen Kriegs hinwirken zu können.<sup>23</sup> Die deutschen Verbrechen in Russland und die verheerenden Auswirkungen des Krieges gaben so den Ausschlag für das Hervortreten der „Weißen Rose“.

Was die Haltung der national-konservativen Opposition zur Sowjetunion anging, war sie durchweg von einer scharf antikommunistischen und antibolschewistischen Einstellung geprägt, wobei zunächst die Vorstellung überwog, dass das Sowjetsystem im Verlauf des Feldzugs zusammenbrechen werde. Diese Erwartung wurde jedoch vor allem bei Moltke frühzeitig von der Einsicht beiseite gedrängt, dass Russland nach dem Kriege eine wichtige Rolle spielen würde. In dem von Kreisau inspirierten Schönfeld-Memorandum vom 31. Mai 1942 war der Verzicht auf territoriale Ziele und der Wille zu künftiger wirtschaftlicher und kultureller Zusammenarbeit mit Russland ausgesprochen sowie die Hoffnung ausgedrückt, dass es dort zu einer Wiederbelebung des christlichen Glaubens und einem Neuaufbau der orthodoxen Kirche kommen könne. Dies werde mehr als alles andere die Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Russland und der europäischen Föderation bilden.<sup>24</sup>

Bei den Verschwörern überwog die Zurückhaltung gegenüber der Sowjetunion. Sie beruhte auf ihrer ausgeprägten Westorientierung. Ulrich von Hassell erblickte im Kampf gegen den „uneuropäischen“ Bolschewismus eine genuin europäische Aufgabe, wenngleich er die Vernichtungsstrategie Hitlers ablehnte und an der „europäischen Führungsrolle“ Deutschlands festhalten wollte. Die ausbleibende Verhandlungsbereitschaft der Westmächte veranlasste ihn jedoch im Sommer 1943, für eine Verständigung mit Stalin einzutreten. Eine „gesunde europäische Mitte“, notierte er, läge „im Interesse sowohl des Ostens als auch des Westens“, und es gäbe nur noch den „Kunstgriff“, „entweder Russland oder den Angloamerikanern begreiflich zu machen, dass ein erhalten bleibendes Deutschland in ihren Interesse liegt“.<sup>25</sup> Die Ostorientierung war für ihn jedenfalls eine Notlösung und vermutlich nur Mittel zum Zweck, um auf Großbritannien einzuwirken.

Adam von Trott zu Solz stand in dem Bestreben, die außenpolitische Absicherung des Staatsstreichs zu erreichen, vor dem Dilemma, dass die westlichen Alliierten nicht bereit waren,

---

<sup>22</sup> Anneliese Knoop-Graf/ Inge Jens (Hrsg.): Willi Graf. Briefe und Aufzeichnungen, Frankfurt am Main 1988, S. 167 f., 169 und passim.

<sup>23</sup> Igor Chramov (Hrsg.): S. Alexander Schmorell. Gestapo-Verhörprotokolle Februar-März 1943, Orenburg 2005, S. 29 und 58 f. (Faksimile mit russischer Übersetzung).

<sup>24</sup> Abgedruckt bei Ger van Roon: Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967, S. 575-577.

<sup>25</sup> Siehe Gregor Schöllgen: Ulrich von Hassell 1881-1944. Ein Konservativer in der Opposition, München 2004, S. 131f.

von dem Prinzip des *unconditional surrender* Abstriche zu machen und strategische Konzessionen zuzusagen. Das bewog ihn, 1944 erneut Kontakte zu sowjetischen Vertretern in Schweden zu knüpfen, um die Frage zu klären, ob die Sowjetregierung eine nach links umgebildete Umsturzregierung unterstützen würde. Die wenig spätere Kontaktaufnahme Julius Lebers und Adolf Reichweins mit der Berliner Saefkow-Bästlein-Gruppe diente dem gleichen Ziel. Indessen war ihre Hinwendung zu einer Ostorientierung nicht bloß taktischer Natur.<sup>26</sup> Reichwein setzte sich für eine langfristige Zusammenarbeit mit der Begründung ein, dass Russland „das große und mächtige Land der Zukunft“ und dass „gegen Russland... eine künftige europäische Politik nicht möglich“ sei,<sup>27</sup> und ähnlich dachten die Sozialisten in der Bewegung des 20. Juli 1944.

Trott nahm eine etwas widerspruchsvolle Haltung ein, indem er bei seinen ausländischen Gesprächspartnern für ein Zusammengehen gegen das bolschewistische Regime plädierte und sich bereit zeigte, innenpolitische Konzessionen zu akzeptieren, wobei er seine grundsätzliche Skepsis gegenüber dem angelsächsisch geprägten Kapitalismus beibehielt.<sup>28</sup> Seine große Denkschrift „Deutschland zwischen Ost und West“, die in Zusammenarbeit mit Franz Josef Furtwängler entstand, erhob die Forderung, dass Deutschland eine Mitte halten müsse „zwischen dem ‚Realprinzip‘ des Ostens und dem ‚Personalprinzip‘ des Westens“, damit eine Brücke zwischen westlichem Liberalismus und östlichen Kollektivismus.<sup>29</sup>

Die Vorstellung von Deutschland als „Brücke zwischen Ost und West“ spielte im Denken der Verschwörer eine nicht geringe Rolle. In ihr spiegelte sich die verbreitete Skepsis gegenüber dem liberalen Parlamentarismus. Diese Formel bot großen Spielraum für pseudosozialistische und berufsständische Ideengänge und abendländische Ideen, wie sie auch Alfred Delp mit der Forderung vertrat, dass sich Europa dem Zugriff „raumfremder Mächte“ - der USA wie der Sowjetunion - entziehen müsse. Aber daran drückte sich keine Affinität zum Sowjetsystem aus.<sup>30</sup>

In der Frage einer Annäherung an die bestehende Sowjetunion schieden sich hingegen die Geister. Im Ganzen setzte sich die Überzeugung durch, dass man versuchen musste für den Fall, dass es nicht zu einer Verständigung mit den Westmächten kam, mit Stalin zu verhandeln. So trat Tresckow nachdrücklich dafür ein, Friedrich Werner von der Schulenburg, den früheren deutschen Botschafter in Moskau, der Stalin gut kannte, durch die deutschen Linien zu schleusen, um im Auftrag der Umsturzregierung Verhandlungen aufzunehmen. Schulenburg erklärte sich unter der Bedingung bereit, dass gleichzeitig mit den Westmächten verhandelt würde, und wandte sich gegen Illusionen, eine Spaltung der Allianz anstreben zu wollen.

Es ist offen, ob sich Stalin im Sommer 1943 zu ernsthaften Verhandlungen bereit gefunden hätte, aber dies setzte ohnehin die vollständige Ausschaltung Hitlers voraus.<sup>31</sup> Es ist zugleich fraglich, ob auf deutscher Seite zu diesem Zeitpunkt die Bereitschaft vorhanden gewesen wäre, zu den Grenzen von 1939 zurückzukehren und die sowjetische Eingliederung der baltischen Staaten

---

<sup>26</sup> Siehe Gerd. R. Ueberschär: Das Russlandbild im Widerstand (=Jahrbuch des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes), Wien 1997, S. 80 f.

<sup>27</sup> Kaltenbrunnerbericht vom 21.11.1944, S. 491.

<sup>28</sup> Vgl. Klemens von Klemperer: Die verlassenen Verschwörer. [Der deutsche Widerstand auf der Suche nach Verbündeten, 1938-1945](#), Berlin 1994, S. 321; von Klemperer bezeichnet Trott daher als Illusionisten.

<sup>29</sup> Ebd., S. 332 und S. 529 sowie Kaltenbrunnerberichte vom 24. Juli und 21. November 1944, S. 34 und S. 493.

<sup>30</sup> Vgl. Mommsen, Alternative zu Hitler, S. 271 f.

<sup>31</sup> Siehe Ingeborg Fleischhauer: Der Widerstand gegen den Russlandfeldzug, Berlin 1987, S. 24 ff.

rückgängig zu machen. Überdies scheiterten alle Versuche Peter Kleists, mit der sowjetischen Gesandtin in Stockholm, Alexandra Kollontaj, Verbindung aufzunehmen, und das galt ebenso für die Bemühungen von Adam Trott zu Solz vom November 1943.

Goerdeler setzte sich im Juli 1944 erneut dafür ein, Schulenburg wegen dessen persönlicher Bekanntschaft mit Stalin als Außenminister in der geplanten Umsturzregierung vorzusehen bzw. ihn zum Sondergesandten in Stockholm zu ernennen. Derartige Erwägungen besaßen einen ausgeprägt utopischen Charakter, wenngleich sie auf der zutreffenden Annahme beruhten, dass Stalin pragmatischen politischen Erwägungen zugänglich war. Das Hervortreten und das Programm des Nationalkomitees Freies Deutschland wurden ernst genommen, zugleich sah man in dessen eher zurückhaltenden politischen Forderungen einen positiven Ansatzpunkt für Verhandlungen mit Moskau. In jedem Falle bewirkte diese Initiative, dass die Verschwörer den künftigen Einfluss kommunistischer Gruppierungen großes Gewicht beilegte. Dies schlug sich auch in der behutsamen Kursschwenkung Stauffenbergs nieder, die künftige Umsturzregierung stärker nach links abzusichern.

In eine ähnliche Richtung gingen Überlegungen in einer von Moltke anlässlich seines Türkeiaufenthaltes inspirierten Denkschrift vom Dezember 1943. Darin wurde „eine kommunistisch-bolschewistische Entwicklung Deutschlands und die Entstehung eines deutschen National-Bolschewismus für die schwerste und bedrohlichste Zukunftsgefahr für Deutschland und Europa“ hingestellt und vor diesem Hintergrund eine militärische Kooperation mit den Westalliierten gefordert. Diese sollte die Besetzung Deutschlands durch die Alliierten bei einer gleichzeitigen Stabilisierung der Ostfront ermöglichen.

Eine Umsturzregierung, hieß es in dem Exposé, „müsste, um gegenüber der Arbeiterschaft und ihren kommunistischen Tendenzen nicht von vornherein in aussichtsloser Lage zu sein, innenpolitisch mit einem sehr starken linken Flügel operieren...“<sup>32</sup> Es war zugleich eine „Beteiligung persönlich vernünftiger und nicht an Russland gebundener Kommunisten“ an der Regierung erwogen. Das zeigte, dass die Opposition nur eine höchst unzureichende Kenntnis der kommunistischen Politik besaß. Desgleichen war, wohl auch aus taktischen Erwägungen heraus, die kommunistische Bedrohung überscharf gezeichnet.<sup>33</sup>

Ursprünglich waren die Verschwörer von der Vorstellung ausgegangen, auf der durch das NS-Regime geschaffenen *tabula rasa* eine neue politische und gesellschaftliche Ordnung zu errichten. Seit 1943, vollzog sich, wohl auch in Vorwegnahme des Kriegsendes, eine generelle Repolitisierung. Dies schlug sich auch in einer verstärkten richtungspolitischen Auffächerung der Bewegung des 20. Juli nieder. Stauffenberg, der immer mehr die Vorbereitung des Umsturzes in die Hand nahm, reagierte auf die sich verändernde politische Lage ganz im Sinne der Türkei-Denkschrift, indem er eine stärkere Berücksichtigung der Sozialisten anstrebte und erwog, an der Stelle Goerdelers Julius Leber oder Wilhelm Leuschner mit dem Kanzleramt im Übergangskabinett zu betrauen. Es blieb jedoch bei der bislang vereinbarten Zusammensetzung des Kabinetts, in dem Sozialisten eine Reihe von Schlüsselpositionen einnahmen. Diese eher atmosphärische Kursänderung bewog Hans-Bernd Gisevius, der sich als Verbindungsmann von Goerdeler betrachtete, bei Allan Dulles, dem amerikanischen Geschäftsträger in Bern und Leiter

---

<sup>32</sup> Ger van Roon: Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967, S. 585.

<sup>33</sup> von Klemperer spricht von einem „Gespenst des Kommunismus“.

des OSS, zu intervenieren und Stauffenberg zu unterstellen, dass er ein Zusammengehen mit der Sowjetunion und die Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung anstrebe.

Erwägungen einzelner Verschwörer wie Carl Goerdeler, potenzielle Differenzen zwischen den Alliierten ausnützen zu können, um den Kernbestand des Deutschen Reiches zu retten, erwiesen sich als verfehlt. In den Wochen vor dem Attentat wurde klar, dass es zur bedingungslosen Kapitulation keine Alternative gab, wie vor allem Otto John, Stauffenbergs außenpolitischer Berater, klar machte. Während sich Goerdeler Illusionen über die künftige deutsche Ostgrenze machte, sah Moltke den Verlust von Ostpreußen und der östlichen Provinzen des Reiches, damit auch seiner schlesischen Heimat, frühzeitig voraus. Es blieb, was das Verhältnis zur Sowjetunion anging, die Hoffnung, dass es nach dem Umsturz zu Verhandlungen kommen würde, an denen Friedrich Werner von der Schulenburg beteiligt werden sollte.

Die extrem negative Reaktion der sowjetischen Presse auf das gescheiterte Attentat, die der britischen Verurteilung nicht nachstand,<sup>34</sup> wäre sicherlich nicht das letzte Wort der sowjetischen Führung gewesen. Aber wir wissen darüber fast nichts, und es stellt sich die Frage, ob die sowjetischen Akten vielleicht doch näheren Aufschluss über Moskaus Reaktion auf die Bewegung des 20. Juli geben werden.

---

<sup>34</sup> Vgl. Hans Mommsen: Der 20. Juli 1944 und die deutsche Arbeiterbewegung, in: ders., Alternative zu Hitler. S. 306.

## A. L. Litvin, Kazan'

### Das Schicksal der Deutschen in Tatarstan in den 1930er und 1940er Jahren

Die russische Provinz, hier geht es konkret um Kazan', heute Hauptstadt der Republik Tatarstan, hatte schon immer Beziehungen zur deutschen Kultur, Wissenschaft und Industrie. Der ersten Deutschen kamen vor mehr als 200 Jahren hierher. Die deutsche Gemeinde in Kazan' war zahlenmäßig nicht sehr groß. Dank der Gründung der Universität im Jahre 1804 entstand jedoch eine Nische, in der die Deutschen eine Wirkung als Kulturträger entfalten konnten. Die ersten Professoren der Universität waren die deutsche Gelehrten Friedrich Zeplin aus Mecklenburg, der den Lehrstuhl für allgemeine Geschichte, Statistik und Geografie erhielt, und Heinrich Erich aus Erfurt, Adjunkt für die Gebiete Altertum, Latein und Griechisch. Im Jahre 1805 kamen weitere hinzu: Martin Hermann, Doktor der Philosophie aus Tübingen, Heinrich Bünemann, Doktor der Jurisprudenz aus Hannover, und der bekannteste Deutsche in Kazan', der Mediziner Karl Fuchs, der 1823 Rektor der Universität wurde. Die Deutschen waren an der Gründung der Orientabteilung der Universität und der Kazaner Mathematischen Schule beteiligt. Anfang des 20. Jahrhunderts (1903-1904) waren 2,5 Prozent der Kazaner Studenten deutscher Herkunft. Die von ihnen eingebrachte Kultur hat Spuren in der Topografie der Stadt hinterlassen: An der Schwelle vom 19. zum 20. Jahrhundert erfreute sich der Park „Deutsche Schweiz“, der aus der Datschensiedlung der deutschen Professoren hervorgegangen war, großer Beliebtheit bei den Kazanern. Bekannt sind heute der Professor-Karl-Fuchs-Park mit dem Denkmal des Gelehrten sowie einige Gebäude der Stadt, die nach Entwürfen von Karl Müfke (1869-1933) errichtet wurden.<sup>162</sup>

Die ehrwürdige Geschichte der deutschen Gemeinde konnte jedoch nicht verhindern, dass es in den Jahren des Ersten Weltkriegs auch in Kazan' zu chauvinistischen antideutschen Ausschreitungen kam. In den örtlichen Archiven und in zeitgenössischen Periodika finden sich Materialien zu derartigen Vorfällen auf den städtischen Märkten, in Geschäften und Apotheken sowie zur Einschränkung der Rechte der Deutschen.

Zu sowjetischer Zeit erlebten die Deutschen sehr wechselhafte Schicksale. Bekannt ist die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Sowjetrußland in den 1920er Jahren, die vor allem militärische Fragen betraf. Deutschland baute damals entgegen den Bestimmungen von Versailles mit Hilfe der UdSSR sein militärisches Potenzial wieder auf. In Kazan' gab es von 1926 bis 1933 gemeinsame Ausbildungsmaßnahmen für Panzerfahrer, die als „Technische Lehrgänge der Gesellschaft zur Unterstützung der Verteidigung und des Aufbaus von Luftfahrt und Chemie der UdSSR (*Osoviachim*)“ ausgegeben wurden. Die Operation zur Schulung deutscher Panzerfahrer auf sowjetischem Territorium hatte den Decknamen „Kama“. Gemäß des am 2. Oktober 1926 in Moskau zwischen den Militärbehörden Deutschlands und der UdSSR unterzeichneten Vertrags war die deutsche Seite für den Bau von Klassenräumen und Werkstätten zuständig und hatte Prototypen neuer Panzer zur Verfügung zu stellen. Die Hälfte der 66 Kursteilnehmer waren Angehörige der Reichswehr, die andere Hälfte Rotarmisten. Von deutscher Seite leitete General Lutz die Schule. Die Kursteilnehmer trugen Zivilkleidung oder sowjetische Uniformen. Die Lehrgänge dienten der Ausbildung von Panzerbesatzungen und motorisierten Infanterieeinheiten.<sup>163</sup> An den

---

162 Ausführlich dazu siehe: M. K. Korbut: *Kazanskij gosudarstvennyj universitet za 125 let* [125 Jahre Staatliche Universität Kazan], Kazan' 1930, Bd. 1, S. 16; E. A. Višlenkova: *Professor Kazanskogo universiteta: problema identičnosti* [Professor an der Universität Kazan': Probleme der Identität]; in: *Istorik sredi istorikov* [Historiker unter Historikern], Kazan' 2001, S. 85-93.

163 Ausführlicher dazu siehe: A. A. Achtamzjan: *Voennoe sotrudničestvo SSSR i Germanii v 1920-1933 gg (po novym dokumentam)* [Die militärische Zusammenarbeit der UdSSR und Deutschlands 1920-1933 (nach neuen Dokumenten)], in: *Novaja i novejšaja istorija* [Neue und neueste Geschichte] 1990, Nr. 5; Ju. L. Djakov/ T. S.

Lehrgängen nahm auch der künftige Generaloberst Heinz Guderian teil, der 1930 nach Kazan' kam. Sowjetischer Lehrgangsführer war Brigadekommandeur Iskander Talkovskij. Im Juni 1941 wurde er der „Spionage zugunsten der Deutschen“ bezichtigt. Talkovskij beteuerte gegenüber dem Untersuchungsrichter des NKVD seine Unschuld und erklärte die Zusammenarbeit mit den Deutschen Ende der 1920er Jahre mit seiner damaligen Dienststellung. So habe unter anderem auch ein privates Treffen mit Guderian, der Talkovskijs Ehefrau bei dieser Gelegenheit Parfüm schenkte, zu seinen Verpflichtungen gehört. Der Untersuchungsrichter jedoch beurteilte dies als „Dankbarkeit der Deutschen für Spionage“. Im Februar 1942 wurde Talkovskij vom NKVD erschossen.<sup>164</sup>

Im März 1930 fasste das Politbüro des Zentralkomitees der VKP(b) den Beschluss zur massenhaften Rekrutierung von Ausländern für die Großbaustellen des ersten Fünfjahresplans. Die Zahl der Einzuladenden wurde wie folgt festgelegt: 1929-1930 sollten etwa 5.000, 1930-31 bis zu 10.000 ausländische Fachleute in die UdSSR kommen. Die unmittelbare Leitung dieser Kampagne lag beim Obersten Rat für Volkswirtschaft (VSNCh).

Eines dieser dringlichen Vorhaben war 1928 der Bau der Ersten Pelzbekleidungsfabrik in Kazan', die 1930 in ein Pelzbekleidungskombinat aus mehreren Fabriken umgewandelt wurde. Im Zuge der Umsetzung der Beschlüsse des Politbüros kamen in den Jahren 1929 bis 1932 41 deutsche Experten zur Arbeit in das im Aufbau befindlichen Pelzbekleidungskombinat und zur Montage der Ausrüstung für das Elektrizitätswerk nach Kazan'. Es waren in erster Linie Männer bis 45 Jahre: Schlosser und Monteure, größtenteils aber Facharbeiter für Pelzbearbeitung und -färbung.

Sie alle unterlagen sogleich der Beobachtung durch die Ortsleitung der Vereinigten staatlichen politischen Verwaltung beim Rat der Volkskommissare der UdSSR (OGPU). Schon 1930 wuchs sich die reguläre Beobachtung in eine spezielle Operation mit dem Decknamen „Braunes Spinnennetz“ aus mit dem Ziel, unter den Ankömmlingen Anhänger des Faschismus und sowjetfeindliche Elemente auszumachen. Sämtliche gegen deutsche Fachleute in Kazan' gerichteten Untersuchungsverfahren und Beobachtungsfälle sind in neun Bänden zusammengefasst.<sup>165</sup> Darin befinden sich Fragebögen, die von den Einreisenden ausgefüllt worden sind, Persönlichkeitsprofile, verfasst von den Mitarbeitern der OGPU sowie Kopien der Arbeitsverträge.

Die deutschen Arbeiter unterlagen einer Bewährungszeit von zwei Monaten, nach denen sie das Recht hatten, den Vertrag zu lösen. Sie erhielten eine Monatsvergütung von 350 Mark und ein Hotelzimmer als Unterkunft. Aus den Angaben in den Fragebögen geht hervor, dass 15 Personen wegen der in Deutschland herrschenden Arbeitslosigkeit nach Kazan' gekommen waren und einzig das Ziel hatten, Geld zu verdienen. Die Ingenieure Jakob Litzel aus Oberhausen (geb. 1894) und Woldemar Lohmann aus Suderode (geb. 1903) sowie Emil Sergon aus Rothenburg (geb. 1889) wurden von einer Firma zur Montage von Fabrik-ausrüstungen nach Kazan' geschickt. Nur der deutsche Kommunist Heinrich Marx aus Bayern (geb. 1905) schrieb, dass er zur Arbeit nach Kazan' gekommen, um die UdSSR kennen zu lernen. Die Mitarbeiter der OGPU verfassten die Persönlichkeitsprofile der Deutschen nach bekannten Methoden, indem sie kompromittierendes Material über

---

Bušueva: Fašistskij meč kovalsja v SSSR [Das faschistische Schwert wurde in der UdSSR geschmiedet], Moskau 1992; B. F. Sultanbekov/ S. S. Chafizova: „Kama na Volge“ [Kama an der Wolga], in: Ècho vekov [Echo der Jahrhunderte], Kazan' 2005, Nr. 2, S. 146-156, u.a.

<sup>164</sup> Siehe D. R. Šarafutdinov: Komdiv Iskander Tal'kovskij [Der Divisionskommandeur Iskander Talkovskij], in: Istorik sredi istorikov, S. 328.

<sup>165</sup> Archiv der Verwaltung des Föderalen Sicherheitsdienstes der Russischen Föderation für die Republik Tatarstan (im weiteren UFSB RF po RT), D. (Verzeichniseinheit) 1174, T. 1-9.

potenzielle „Feinde“, d.h. „Saboteure“, Antikommunisten“, und - nur bei garantiertem Erfolg - über „ausländische Spione“ zusammenstellten. Einige Deutsche wurden beschuldigt, sich negativ über das Leben in der Sowjetunion geäußert sowie Wirtschaftsverbrechen (Diebstahl von Pelzwaren), Schädlingstätigkeit u.a. begangen zu haben. Sie wurden in der Regel aus der UdSSR ausgewiesen.

Die fabrizierten politischen Verfahren richteten sich nicht nur gegen die eingereisten deutschen Arbeiter, sondern auch gegen sowjetische Staatsbürger deutscher Herkunft, vor allem gegen Wolgadeutsche. Aus einem Dokument des Jahres 1932 geht hervor, dass für die örtlichen Mitarbeiter des NKVD Fritz Morgenstein aus Lützen (geb. 1895) von „größtem operativem Interesse“ war. Er wurde zum „Organisator einer konterrevolutionären, faschistischen Organisation“ erklärt, der „seine Tätigkeit“ über die Schwestern Ottilie und Therese Kolne, Deutschlehrerinnen in Kazan’, entfalte. Nach behördlichen Angaben gehörten der Gruppe 16 deutsche, österreichische und sowjetische Staatsbürger an. Es gab ganz unterschiedliche Gründe, sie dieser Gruppe zuzuordnen: K. Kaiser fotografierte oft schlecht angezogene Einwohner der Stadt, S. Klein fuhr häufig nach Moskau, E. Hipper hatte einen Verwandten, der Kriminalkommissar in Leipzig war, und der Vater von K. Peisker war Angehöriger der NSDAP. Auch einige russische Frauen, die mit den deutschen Fachleuten zusammenlebten, bezog man in die Gruppe ein.

Im Jahre 1934 teilte der tatarische NKVD mit, dass im System der pelzverarbeitenden Industrie von Kazan’ „eine konterrevolutionäre Gruppe von Spezialisten entlarvt und liquidiert wurde, die beim Aufbau der Pelzwarenfabriken Schädlingsarbeit begingen“. Einige deutsche Arbeiter wurden ausgewiesen. In dem Maße wie nach 1933 die Arbeitslosigkeit in Deutschland zurückging, verließen die deutschen Arbeiter allmählich Kazan’. Das Schicksal derjenigen, die blieben, war dramatisch.

Der Erlass des NKVD der UdSSR vom 25. Juli 1937 „Über die Durchführung repressiver Maßnahmen gegenüber deutschen Staatsangehörigen, die der Spionage gegen die UdSSR verdächtigt werden“, forderte die Erstellung von Listen aller deutschen Staatsangehörigen und gesondert derjenigen, die in kriegswichtigen Fabriken und bei der Eisenbahn arbeiteten. Letztere sollten innerhalb von fünf Tagen verhaftet werden (beginnend mit dem 29. Juli).<sup>166</sup> Daraufhin fingen in Kazan’ die Verhaftungen deutscher Facharbeiter an. Gegen 19 Personen wurden Untersuchungen eingeleitet, sechs von ihnen wurden verurteilt. Die Materialien zu diesem Gerichtsprozess, der am 11. Juli 1938 endete, sind archiviert. In der Anklageschrift ist vom „Geständnis“ der Angeklagten die Rede, gegen die Sowjetunion spioniert zu haben. Im Jahre 1939 sandten die Verurteilten Friedrich John und Erich Hipper Briefe an die deutsche Botschaft in Moskau, in denen sie sich über die Unrechtmäßigkeit ihrer Haft beklagten. Sie beteuerten ihre Unschuld und gaben an, dass die Untersuchungsrichter sie zu Unrecht zu „Spionen“, erklärt hätten. Am 9. Januar 1940 durften die Verurteilten und ihre Ehefrauen das Land verlassen. Später gab man ihnen sogar ein Teil ihrer konfiszierten Sachen zurück. Alle Beteiligten dieser erdachten Organisation wurden 1989 rehabilitiert.

Zeitgleich mit der Verhaftung deutscher Spezialisten in Kazan’ fabrizierten die örtlichen Tschekisten 1937 auch eine „konterrevolutionäre faschistische Organisation ‚Bruderschaft in der Not‘“, die Sowjetdeutsche gegründet haben sollten. Man beschuldigte sie antisowjetischer Agitation. 71 Personen wurden verhaftet, hauptsächlich Angestellte (Lehrer, Buchhalter, Ärzte u.a.). Der Gerichtsprozess fand am 28. Oktober 1937 in Kazan’ statt. 16 Personen wurden zum Tode durch Erschießen verurteilt, die übrigen zu Haftstrafen von 8 bis 10 Jahren.

---

<sup>166</sup> Leningradskij martirolog [Leningrader Martyrologium]. 1937-1938, St. Petersburg 1996, T. 2, S. 452f.



1957 hob ein Beschluss des Obersten Gerichts Tatarsiens das Urteil auf und der Fall wurde wegen fehlenden Tatbestands eines Verbrechens eingestellt.<sup>167</sup>

In den Jahren 1937 und 1938 nahmen die Massenverhaftungen unter den Deutschen in der UdSSR die Gestalt eines Genozids an.<sup>168</sup> Die Archive der Republik Tatarstan enthalten Angaben über verhaftete Deutsche aus den Jahren 1918 bis 1953. Es ist schwierig, die ausländischen Staatsbürger unter ihnen herauszufiltern, da zum Beispiel für 1937 Deutsche angeführt werden, die wegen Trotzismus, Faschismus, Zugehörigkeit zu bestimmten religiösen Bekenntnissen usw. verhaftet wurden. Von Januar bis Juli 1938 wurden in Kazan' 30 Deutsche wegen „Spionage“ zugunsten Deutschlands verhaftet.<sup>169</sup>

Zu Beginn des Krieges zwischen Deutschland und der UdSSR am 22. Juni 1941 verschärfen sich die antideutschen Stimmungen im Land: Die Autonome Republik der Wolgadeutschen wurde im Juli 1941 liquidiert und etwa eine Million Sowjetdeutscher nach Kasachstan verbannt. Die Deutschen verloren jegliche Bürgerrechte und alle Erwachsenen wurden zu „Arbeitskolonnen“ mobilisiert, das heißt in Arbeitslager gesteckt. Am 8. September 1941 unterschrieb Stalin eine Direktive des Volkskommissariats für Verteidigung zur Entfernung aller deutschen Kriegsdienstleistenden aus der Armee und ihrer Kommandierung zu Bautrupps. Das bedeutete, dass etwa 350.000 Russlanddeutsche Zwangsarbeit im System des Gulags leisten mussten.<sup>170</sup>

In den Jahren 1941 und 1942 wurden etwa 15.000 Sowjetdeutsche, vor allem ehemalige Kriegsdienstleistende, in die Siedlung Urussu im tatarischen Bezirk Jutasinsk (fast 400 km von Kazan' entfernt) und in das Wolgalager („Wolžlag“) der Bezirksstadt Svijažsk (etwa 60 km von Kazan') zwangsverlegt. Die Internierten des Wolgalagers bauten 1942 die Eisenbahn zwischen Svijažsk und Uljanovsk. Von September bis November 1942 konstruierten die NKVD-Organen bei ihnen den Fall der „deutschen antisowjetischen aufständischen Organisation ‚Schwarze Reichswehr‘“. Es wurden 59 Personen verhaftet und der „Bildung einer deutsch-faschistischen konterrevolutionären Gruppe“ beschuldigt, welche Diversion, Terrorakte, das Überlaufen zur Wehrmacht unter Waffen usw. vorbereitet hätte. Der Gerichtsprozess fand am 12. Dezember 1942 in Moskau statt. 54 Angeklagte wurden zum Tode durch Erschießen, fünf aufgrund ihrer Minderjährigkeit zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt. In den archivierten Akten zu diesem Fall befinden sich Personenangaben der Verhafteten, die während der Untersuchung angefertigten Verhörprotokolle sowie die Anklageschrift, die die operative Tscheka-Abteilung des Wolgalagers des NKVD der UdSSR am 6. November 1942 vorlegte. Darin wurde auf 34 Schreibmaschinenseiten die „Schuld“ jedes Angeklagten dargelegt. Sie hätten „unter den mobilisierten Deutschen auf Veranlassung des deutschen Wehrmachtkommandos konterrevolutionäre aufständische Tätigkeit entfaltet“. Alle 59 Personen wurden 1957 wegen fehlenden Tatbestands eines Verbrechens rehabilitiert.

Im Zuge der Rehabilitierungsmaßnahmen fragte man am 13. September 1956 einen der Verurteilten, Kornelius Hamm (geb. 1913), ob er etwas zum Kern der Anklage von 1942

<sup>167</sup> Zentrales Staatsarchiv historisch-politischer Dokumentationen der Republik Tatarstan (im weiteren CGA IPD RT), Bestand 8233, D. 2-12260, 2-8877, 2-13654.

<sup>168</sup> Ausführlicher dazu siehe: Repressii protiv nemcev Povolž'ja [Repressionen gegen die Wolgadeutschen], in: Istoričeskij archiv 1993, Nr. 3, S. 213-217; Stalinskie „čistki“ nemeckoj politëmigracii v 1937-1938 godach [Die Stalinschen „Säuberungen“ unter den deutschen Politëmigranten 1937-1938]; in: Istoričeskij archiv 1992, Nr. 1, S. 119-120; A. L. Litvin: Nemeц-vrag: predislovie k publikacii dokumentov [Der Deutsche als Feind: Vorwort zur Dokumentenedition], in: Ab Imperio 2001, Nr. 4, S. 229-261.

<sup>169</sup> UFSB RF po RT, D. 11, Blatt 1-2.

<sup>170</sup> Siehe V. Krieger: Patrioty ili predateli? Političeskie i ugovolnye processy protiv rossijskich nemcev v 1942-1946 [Patrioten oder Verräter? Politische und Strafprozesse gegen Russlanddeutsche 1942-1946], in: Rodina [Heimat] 2002, Nr. 10, S. 93-98.

sagen könnte. Er antwortete, dass er völlig unschuldig sei und dass er seine Geständnisse gegenüber dem Untersuchungsrichter in „fast bewusstlosem Zustand“ gemacht habe und keine Verantwortung dafür tragen könne, da sie nicht der Wirklichkeit entsprächen. Die Mutter des verurteilten Ewald Mergenthaller (geb. 1922), schrieb im Dezember 1955 an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Kliment Efremovič Vorošilov, dass ihr Sohn 1941 in Baku die Marine-Flugschule absolvierte und gleich mit Kriegsbeginn aus der Armee entlassen wurde, nur weil er Deutscher war. 1942 befand er sich im Wolgalager und wurde wegen vermeintlicher „Teilnahme an einer aufständischen Bewegung“ zu acht Jahren Haft verurteilt. Im Jahre 1950 endete seine Haftzeit und er wurde zur ewigen Ansiedlung in einen der am weitesten entfernten Bezirke des Gebiets Novosibirsk verbannt. Die Mutter bat nun, „die Schande von uns zu nehmen und meinem Sohn die Möglichkeit zu geben, in die Reihen der vollwertigen Sowjetbürger zurückzukehren und Lebensfreude zu empfinden.“<sup>171</sup>

Nach statistischen Angaben des tatarischen NKVD wurden 1942 auf dem Territorium der Republik außer den Gefangenen des Wolgalagers 21 Deutsche verhaftet, darunter zwei Kriegsgefangene, 1943 waren es 14, 1944 neun und 1945 einer.<sup>172</sup> Auch nach Ende des Zweiten Weltkrieges ging in Kazan' der Krieg des Sicherheitsdienstes gegen die Deutschen weiter. So wurde Ende April 1946 die Wolgadeutsche Marina Weber (geb. 1897) verhaftet. Man beschuldigte sie „antisowjetischer Gespräche“. Vor Gericht erklärte sich Weber am 8. Juli 1946 für unschuldig, was aber ihre Verurteilung zu acht Jahren Lager nicht verhindern konnte. Sie wurde 1989 rehabilitiert.

In den letzten Jahren untersuchen russische Historiker verstärkt die Schicksale deutscher Kriegsgefangener, verließen doch allein nach Angaben der Hauptverwaltung für die Angelegenheiten der Kriegsgefangenen und Internierten beim NKVD der UdSSR um 1950 etwa zwei Millionen von ihnen das Land und kehrten nach Deutschland zurück.<sup>173</sup> In den Jahren 1946 bis 1948 fanden in Kazan' Gerichtsprozesse gegen ehemalige Kriegsgefangene statt, die der Kriegsverbrechen beschuldigt wurden. Am 31. Dezember 1946 begann die Verhandlung gegen einen Bataillonskommandeur des 236. Grenadierregiments der 69. Division, Hauptmann Erwin Unterspan (geb. 1909), sowie gegen Leutnant Friedrich Jaskowski (geb. 1903), Hauptmann Oskar Birkenberg (geb. 1903), Leutnant Hans Wolf (geb. 1897), Oberleutnant Helmut Schmidt (geb. 1912) und Hauptmann Wilhelm Christ (geb. 1914). Alle sechs waren Nationalsozialisten und dienten in einem Bataillon für die Durchführung von Strafmaßnahmen. Sie wurden beschuldigt, Juden in Litauen erschossen und Strafaktionen gegen die Zivilbevölkerung des Gebiets Smolensk durchgeführt zu haben. Am 29. Oktober 1947 verurteilte sie das Militärgericht der Truppen des Innenministeriums von Tatarien zu 15 bis 20 Jahren Zwangsarbeit. Eine Berufung wurde ihnen 1954 verweigert,

---

<sup>171</sup> CGA IPD RT, Bestand 8233, D. 333, T. 6-13.

<sup>172</sup> UFSB RF po RT, D. 21, T. 1-3.

<sup>173</sup> I. V. Bezborodova: Inostrannye voennoplennye i internirovannye v SSSR. Iz istorii dejatel'nosti Upravlenija po delam voennoplennyh i internirovannyh NKVD-MVD SSSR v poslevoennyj period (1945-1953) [Ausländische Kriegsgefangene und Internierte in der UdSSR. Zur Geschichte der Verwaltung der Angelegenheiten der Kriegsgefangenen und Internierten beim NKVD-MVD der UdSSR in der Nachkriegszeit], in: Otečestvennaja istorija [Vaterländische Geschichte] 1997, Nr. 5, S. 171. Siehe auch: Voennoplennye v SSSR 1939-1956. Dokumenty i materialy [Kriegsgefangene in der UdSSR 1939-1956. Dokumente und Materialien], Moskau 2000; S. S. Bukin: V čužoj zemle. Pamjati voennoplennyh, umeršich v Novosibirskoj oblasti v 1944-1948 gg. [In fremder Erde. Erinnerungen an Kriegsgefangene, die im Gebiet Novosibirsk in den Jahren 1944 bis 1948 ihr Leben ließen], Novosibirsk 2000; V. B. Konasov/ A. L. Kuz'mynch: Nemeckie voennoplennye v SSSR. Istoriografija, bibliografija, spravočno-ponjatijnyj apparat [Deutsche Kriegsgefangene in der UdSSR. Historiografie, Bibliografie, Terminologisches Register], Vologda 2002; S. V. Točenov: Lager' № 48, in: Otečestvennaja istorija 2001, Nr. 4, S. 112-125 u. a.

aber am 28. September 1955 wurden sie in die Bundesrepublik Deutschland entlassen.<sup>174</sup> In den Jahren 1947 und 1948 verurteilte das Militärgericht des Militärbezirks Wolga für ähnliche Vergehen 14 Personen zu Zwangsarbeit unterschiedlicher Dauer. Sie alle wurden im September 1955 auf Grundlage des Erlasses des Obersten Sowjets der UdSSR über die Repatriierung und Evakuierung „einiger Kategorien von Bürgern“ aus der UdSSR in die Bundesrepublik Deutschland entlassen.

Seither sind viele Jahre vergangen. In Kazan', Elabuga und Arsk liegen die Gräber ehemaliger deutscher Kriegsgefangener. In Kazan' entstand erneut eine deutsche Gemeinde, die seit 1993 den Namen Karl Fuchs trägt. Die Universität arbeitet heute aktiv mit einer Reihe deutscher Hochschulen zusammen, vor allem mit der Universität Gießen. Wir haben gemeinsame wissenschaftliche und kulturelle Projekte. Die Zusammenarbeit hilft, die Wunden besser vernarben zu lassen, die die unvergessene Vergangenheit hinterlassen hat.

---

<sup>174</sup> UFSB FR po RT, D. 31786, Bl. 2-5, 33, 299, 366.